Mittwoch, 16. Mai 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 114 - 20.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Innerdeutsche Beziehungen: Der für Herbst ins Auge gefaßte Honecker-Besuch in der Bundesrepublik ist offenbar noch keineswegs sicher. Wie die WELT erfuhr, erachtet die SED-Führung die Reise zwar nach wie vor als wünschenswert, will sie jedoch von der allgemeinen politischen Lage im Herbst abhängig machen. (S. 5)

Medien: Als erstes Landesparlament verabschiedete der Niedersächsische Landtag mit der absoluten Mehrheit der CDU ein Rundfunkgesetz, das die Frage des Privatfunks regelt. SPD und Grüne kündigten ein Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht an. (S. 5)

Rüstung: Weltweit werden in diesem Jahr fast 1000 Milliarden Dollar für Waffen ausgegeben, ermittelte die amerikanische Rüstungskontrollbehörde.

Großbritannien: Verteidigungsminister Heseltine will die Rheinarmee um 4000 Mann Kampftruppen und ein neues Panzerregiment verstärken und die Kampfkraft der Kriegsmarine erheblich erhöhen. (S. 8)

Jugoslawien: Die neue kollektive Führung wurde gestern im Parlament für eine Amtszeit von fünf Jahren vereidigt. Vorsitzender des Gremiums und damit nominelles Staatsoberhaupt wurde der Montenegriner Veselin Djuranovic.

Olympia: US-Präsident Reagan lehnt es ab, eine aktivere persönliche Rolle in den Bemühungen zu spielen, die Sowjets von ihrem Boykott abzubringen. Es handele sich hier um ein Problem zwischen Moskau und dem Internationalen Olympischen Komitee. (S. 8)

MX-Rakete: Kurz vor der Abstimmung im Kongreß über weitere Gelder für das Waffensystem hat Reagan die Opposition vor Versuchen gewarnt, das Projekt doch noch zu Fall zu bringen. Ohne die MX gebe es nur noch wenige Möglichkeiten, Moskau zu Verhandlungen über Rüstungskontrolle zu bewegen. (S. 7)

China: Regierungschef Zhao bekräftigte vor dem Volkskongreß den Wunsch seiner Regierung, die Zusammenarbeit mit der UdSSR und den USA zu vertiefen. Die Wirtschaftsreformen sollen fortgesetzt werden.

Spionage: Zu lebenslanger Haft wurde in San Francisco ein Elektronikfachmann verurteilt, der für mindestens 250 000 Dollar Geheiminformationen über die strategische Atomrakete „Minuteman" an Polen verkauft hatte.

Heute: Beginn der NATO-Frühjahrstagung in Brüssel. – Tagung des FDP-Bundesvorstands und der Fraktion über das Amnestie-Gesetz.

ZITAT DES TAGES



„Die Sowjetunion zahlt niemals für Dienste, die man im voraus leistet"

Der ehemalige amerikanische Außenminister Henry Kissinger auf einer Pressekonferenz in Wien (S. 12)
FOTO: W. STECHE/VISUM

WIRTSCHAFT

Hoesch: Für 1984 kann nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Rohwedder noch keine Dividende gezahlt werden, doch werde man auf eine vernünftige Kapitalverzinsung hinarbeiten. Der Gesamtumsatz von Hoesch sank 1983 um 8,3 Prozent (S. 15)

Audi: Mit acht Milliarden DM wurde 1983 der bislang höchste Umsatz erzielt. (S. 15)

Internationale Energieagentur: Neuer IEA-Chef wird die Deutsche Helga Steeg (57), zuletzt Ministerialdirektorin im Bundeswirtschaftsministerium.

Opec: Die Öleinnahmen der 13 Mitgliedstaaten beliefen sich 1983 nach Schätzungen der Shell auf 160 Milliarden Dollar – mehr als 40 Prozent weniger als 1980. Besonders hohe Einbußen habe Saudi-Arabien erlitten. (S. 13)

Börse: Die deutschen Aktienmärkte konnten sich gestern leicht erholen. Bei den Standardwerten gab es kleinere Gewinne bis zu 1,50 DM pro Aktie. Am Rentenmarkt hat sich die Lage stabilisiert. WELT-Aktienindex 148,9 (148,4); Dollarmittelkurs 2,7537 (2,7675) DM; Goldpreis je Feinunze 373,25 (372,55) Dollar.

KULTUR

Cannes: Französische Produktionen, Alain Corneaus „Fort Saganne" und Andrzej Zulawskis „La femme publique" prägten die erste Halbzeit der 37. Filmfestspiele. Werner Herzog konnte mit „Wo die grünen Ameisen träumen" kaum mehr als einen Achtungserfolg erringen. (S. 21)

Lorin Maazel: Der scheidende Direktor der Wiener Staatsoper wird für einige Zeit das Symphonie-Orchester von Pittsburgh übernehmen. Er ersetzt André Previn, der als Musikdirektor der Philharmoniker nach Los Angeles wechselt. Maazel ist in Pittsburgh aufgewachsen.

SPORT

Fußball: Der Stuttgarter Guido Buchwald (23) wird am Dienstag gegen Italien in Zürich sein erstes Spiel in der deutschen Nationalmannschaft bestreiten. (S. 11)

Motorsport: Renault denkt an Rückzug aus der Formel-1-Weltmeisterschaft. Das Werk hat Probleme mit dem Treibstoffverbrauch seiner Wagen.

AUS ALLER WELT

Moon: Der aus Korea stammende Sektenführer Sun Myung Moon muß in den USA im Juni eine 18monatige Haftstrafe wegen Steuerhinterziehung antreten. Das Oberste US-Gericht hat eine Berufung gegen das Urteil nicht zugelassen. (S. 22)

Ladenschluß: Nach dem Motto „Berlin – durchgehend geöffnet" gibt die Stadt in diesem Sommer allen City-Geschäften freie Hand, freitags bis 21 Uhr zu öffnen.

Wetter: Wechselnd bewölkt, regnerisch. 11 bis 19 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Streiks bei Regionalzeitungen behindern den WELT-Vertrieb. Wo irgend möglich, wird auf Zustellung per Post umgestellt.

Metall-Arbeitgeber sperren aus. Autoindustrie in Schwierigkeiten

Vor Spitzengespräch im Druckbereich / Blüm für „differenzierte Lösungen"

DW. Bonn / Stuttgart

Als Antwort auf den am vergangenen Montag begonnenen Streik von 13 000 Beschäftigten in wichtigen Zulieferbetrieben der Automobilindustrie haben die Metallarbeitgeber in Nordwürttemberg / Nordbaden gestern die Abwehraussperrung beschlossen, die am kommenden Dienstag von 0.00 Uhr an beginnen soll. Über den Umfang dieser „Abwehraussperrung" soll am Freitag entschieden werden. Die IG Metall dehnte den Arbeitskampf auf einen 15. Betrieb aus und schlug dem Arbeitgeberverband vor, heute die regionalen Tarifverhandlungen fortzusetzen. Dies lehnten die Arbeitgeber ab, schlugen aber ihrerseits Gespräche unter Einbeziehung der Spitzenorganisationen vor.

In der Druckindustrie wird es am 22. Mai zu einem neuen Spitzengespräch in Frankfurt kommen. Darauf einigten sich die IG Druck und Papier und der Bundesverband Druck.

Die Audi NSU Autounion AG gab bekannt, daß Anfang nächster Woche in ihren Werken Ingolstadt und Nekkarsulm die Produktion vorläufig eingestellt werde, eine Folge der Schwierigkeiten bei der Zulieferung. Auch Daimler-Benz kündigte Stillegungen der Produktion für den Donnerstag an. Bei BMW werden – wie bei Audi – etwa 20 000 Mitarbeiter von den angekündigten Produktionsstillegungen betroffen sein. Eine BMW-Sprecherin sagte in München, das gelte für die erste Phase des Produktionsstopps. Es könnten aber „von Tag zu Tag mehr werden", wenn der Streik länger dauere. Morgen solle bei BMW noch gearbeitet werden, am Freitag würden die Bänder dann stillstehen. Die Firmenleitung beabsichtige nicht, Kurzarbeitergeld bei

SEITE 3:
Weitere Beiträge

der Bundesanstalt für Arbeit zu beantragen. Sie teile die Auffassung der Arbeitgeberverbände, daß eine derartige Zahlung eine unzulässige Einmischung in einen Arbeitskampf darstellen würde. Die Entscheidung der südwestdeutschen Metallarbeitgeber für dieAussperrung war mit großer Mehrheit gefallen. Von 146 Mitgliedern des Verbandsmitgliederrates stimmten 139 mit Ja. Ein Mitglied votierte gegen die Aussperrung, sechs Vertreter enthielten sich der Stimme.

Arbeitgeber-Verhandlungsführer Hans Peter Stihl begründete die Aussperrung damit, daß zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden Chancen- und Waffengleichheit bestehen müßten. Stihl: „Sobald Tarifautonomie zum Diktat einer Vertragsseite wird, sobald Tarifverträge nur noch die Handschrift der stärkeren Partei tragen, ist die Tarifautonomie in ihrer Funktionsfähigkeit entscheidend in Frage gestellt. Es kann nicht angehen, daß nur die eine Seite kämpfen darf, die andere Seite aber dazu verurteilt ist, schwere Schäden wehrlos hinzunehmen. Wenn die Arbeitgeber einen gewerkschaftlichen Schwerpunktstreik ohne das Abwehrmittel der Aussperrung hinnehmen müßten, hieße das, dem Machtanspruch der Gewerkschaften zu weichen und zu einer einseitigen Tarifpolitik zu kommen.

Die IG Metall warf den Arbeitgebern vor, mit dem Aussperrungsbeschluß „im Gegensatz zu ihren öffentlichen Beteuerungen voll und ganz auf die Verschärfung des Arbeitskampfes zu setzen". Scharf kritisiert wurde das Vorgehen der Unternehmerseite von der SPD-Bundestags fraktion.

Bundesarbeitsminister Norbert

● Fortsetzung Seite 12

„Was ist das Wort der FDP noch wert?"

CSU-Fragen nach dem Scheitern der Amnestie / Kohl: In großer Druckkulisse

DW / ms. Bonn

Nach dem Scheitern des geplanten Amnestiegesetzes für Steuersünder im Zusammenhang mit Parteispenden hat die CSU gestern die Frage gestellt, „was das Wort des Koalitionspartners FDP noch wert ist". Vor allem der Widerstand aus den Reihen der FDP hatte das umstrittene Vorhaben der Koalition zu Fall gebracht.

Der amtierende CSU-Generalsekretär Gerold Tandler sagte in der „Bild"-Zeitung, die Frage, ob die Koalition jetzt gefährdet sei, „muß der Bundeskanzler beantworten". Es müsse auch gefragt werden, ob eine verläßliche Politik mit der FDP möglich sei, wenn sich Hans-Dietrich Genscher und Wolfgang Mischnick „für eine Sache stark machen und dann von der Partei hängengelassen werden". Tandler: „Die FDP wäre gut beraten, alles zu tun, damit soetwas nicht nochmal passiert. Der Kreditrahmen der FDP ist nicht grenzenlos."

Tandler verband seine Kritik an der FDP in der Amnestiefrage mit der generellen Aufforderung, „jetzt in sich zu gehen". Auf Dauer könne es nicht gut sein, eine linke Wählerschicht anzusprechen, „die die FDP nach der sogenannten Wende verloren hat". Die Partei gerate dabei zwischen zwei Stühle. Und auf die Frage, ob der Informationsaustausch zwischen den Koalitionspartnern stimme, entgegnete der CSU-Politiker: „Ich habe nur durch blanken Zufall von diesem wichtigen Amnestiegesetz erfahren. Mehr muß ich nicht sagen." Tandler erinnerte an das „Angebot" von Strauß, regelmäßige Konsultationen einzuführen.

Bundeskanzler Kohl will das Thema Parteispenden in einer grundsätzlichen Diskussion „durchkämpfen", gleich ob es im Bundestag zu einer Vorlage komme oder nicht. Jedenfalls werde es am Donnerstag kommender Woche im Parlament eine Debatte darüber geben, sagte Kohl vor dem Bundesverband der Deutschen Industrie in Bonn. Zum augenblicklichen Diskussionsstand bemerkte der Kanzler: „Wir sind in einer großen Druckkulisse. Und es gibt nicht wenige, die dabei sind, umzufallen oder sie sind schon umgefallen." Die Spender hätten demokratischen Parteien geholfen, „und dies hat mit krimineller Haltung überhaupt nichts zu tun". Kohl forderte die SPD öffentlich auf, Rechenschaft zu geben über die „Kanzlerspende", die sie in den Wahlkämpfen 1976 und 1980 für Helmut Schmidt gesammelt habe. „Wo sind eigentlich all diejenigen, die damals für die SPD an die Industrie herangetreten sind." In den 30 Jahren seiner politischen Tätigkeit habe er, Kohl, „noch nicht ein solches Maß an Heuchelei und Verleumdung erlebt wie in diesen Tagen".

Der scheidende BDI-Präsident Professor Rodenstock sagte, es könne kein Zweifel daran bestehen, daß die derzeitigen Regierungsparteien und die SPD „eine Verpflichtung aus ihrem früheren Verhalten" heraus gegenüber Spendern hätten, die im Vertrauen auf eine jahrzehntelang geübte und geduldete Form Unterstützung geleistet hätten.

Oppositionsführer Vogel sprach gestern von einem „empörenden und dreisten Anschlag" auf den Rechtsstaat, für den Kohl und Genscher verantwortlich seien. Ein „Hauch von Watergate" umgebe Bonn.

Ost-Raketen: Bonn nicht überrascht

Westen wertet Stationierungsankündigung als Teil der Kreml-Propaganda

DW. Bonn/Moskau

Die von der Sowjetunion angekündigte Stationierung neuer Atomraketen in der „DDR" ist im Westen überwiegend als propagandistische Maßnahme des Kreml interpretiert worden. Westliche Diplomaten in Moskau vertraten die Auffassung, die Veröffentlichung des entsprechenden Kommuniqués des Verteidigungsministeriums der UdSSR durch die Nachrichtenagentur Tass am Dienstag abend solle der Anti-Raketenbewegung in den NATO-Ländern neuen Auftrieb geben, denn mit dem Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen im Herbst 1983 habe diese Bewegung viel an Bedeutung verloren.

Ähnlich äußerte sich der stellvertretende US-Außenminister Richard Burt. Nachdem Moskau die Verhandlungen verlassen habe, hoffe die Sowjetunion, daß sie „in der westlichen Öffentlichkeit genug Angst schüren" könne, um die NATO die wichtigen Zugeständnissen zu bringen. Das US-Außenministerium bezeichnete die zusätzliche Raketenaufstellung als „völlig ungerechtfertigt", umso mehr als die UdSSR im atomaren und konventionellen Bereich ohnehin schon überlegen sei.

Verschiedentlich wurde das Kommuniqué des Kreml auch als Versuch gedeutet, im Vorfeld der NATO-Frühjahrstagung die Nachrüstungsdebatte in den Niederlanden zu beeinflussen, wo Ministerpräsident Lubbers mit der vorgesehenen Stationierung von 48 Marschflugkörpern auf Schwierigkeiten stößt.

In Bonn beschränkte sich Regierungssprecher Jürgen Sudhoff gestern im Gespräch mit der WELT auf die Bemerkung , die Absicht der Sowjets „war dem Westen seit einiger Zeit bekannt". Moskau sollte, statt erneut vorzurüsten, auf die Vorschläge eingehen, die der Westen während der – von den Sowjets abgebrochenen – INF-Verhandlungen in Genf gemacht habe.

Die sowjetischen Medien veröffentlichten gestern kommentarlos die offizielle Mitteilung über die Aufstellung einer „zusätzlicher Anzahl sowjetischer operativ taktischer Raketenkomplexe größerer Reichweite" in der „DDR" und der CSSR. Um welchen Raketentyp und um wieviele „Komplexe" es sich dabei handelt, wurde nicht gesagt. Westliche Experten gehen davon aus, daß es sich bei der Stationierung weiterer Raketen in Mitteldeutschland um die SS 22 handeln könnte. Sie ist die Nachfolgerin der „Scaleboard" (SS 12) und hat die gleiche Reichweite von rund 1000 Kilometern. Es wurde darauf hingewiesen, daß ihre Planung und Entwicklung Jahre zurückreiche, längst bevor die NATO den Doppelbeschluß gefaßt hat. Die Raketen seien bisher bereits im Westen der UdSSR in Stellung gebracht worden. Deshalb kamen Sicherheitsexperten zu dem Schluß, daß sich an der Bedrohung qualitativ nichts ändere, weil nach der sowjetischen Militärplanung die SS-22-Raketen sowieso im Spannungsfall nach vorne verlegt werden sollen.

London: Ein Foto stiftet Verwirrung

wth, London

Ein Bild, ein Gruß und ein geplanter böser Bildtext sind in Großbritannien zu einer Affäre geworden. Fast alle britischen Zeitungen veröffentlichten am Dienstag ein Foto des britischen Bergarbeiterchefs Arthur Scargill, der mit erhobenem Arm demonstrierende streikende Bergarbeiter in Mansfield begrüßte. Die auflagenstärkste britische Zeitung, das Boulevardblatt „Sun" jedoch hatte die Absicht, dieses Foto mit dem Begleittext „Mein Führer" zu veröffentlichen. Die Druckergewerkschaft des Hauses nahm aber Anstoß und verweigerte sich. So erschien denn in der „Sun" statt des Titelfotos ein weißer Fleck, auf dem die Nachricht gedruckt war, daß der Druck dieses Bildes von den Gewerkschaften verhindert worden sei.



Arthur Scargill mit erhobener Hand
FOTO: AP

Arthur Scargill, militanter Präsident der britischen Bergarbeiter-Gewerkschaft, nannte den beabsichtigten Bildtext den „Tiefpunkt einer Schmierkampagne Fleet Streets" gegen ihn. Er hat Rechtsanwälte bemüht.

Der Streik der britischen Bergarbeiter steht inzwischen in der zehnten Woche, ohne signifikante Wirkung erzielt zu haben. Die Energieversorgung des Landes wurde bisher nicht behelligt, die Kohlevorräte reichen noch für mindestens vier Monate. 42 000 der 183 000 Bergarbeiter haben sich bisher dem Streikaufruf Scargills widersetzt und arbeiten weiter. Scargill kündigte gestern an, daß die Bergarbeiter ihren Streik notfalls bis Weihnachten durchstehen würden. Die Regierung Thatcher glaubt, dem Ausstand entgegenstehen zu können.

DER KOMMENTAR

Aussperrung

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Es kommt, wie es die Gewerkschaften vorhersehen konnten: Dem Erzwingungsstreik wird die Abwehraussperrung folgen. Nun wird der DGB ein großes Geschrei über die Unternehmerwillkür anstimmen. Man erinnert sich noch der jahrelangen Kampagne, die den Gewerkschaften den Streik zuerkannte und den Arbeitgebern die Aussperrung absprach, weil angeblich der Streik nur die Vormacht der Unternehmer ausgleiche.

Aus guten Gründen gibt es kein Gesetz über Streik und Aussperrung. Es gibt aber eine aus dem Grundgesetz entwickelte höchstrichterliche Rechtsprechung, die den Gewerkschaften, den Arbeitgebern und der Öffentlichkeit eine objektive Orientierung ermöglicht. Für alle verbindlich sind allein die von der Rechtsprechung gesetzten Maßstäbe. Das bleibt auch dann so, wenn die Gewerkschaften gegen das als konservativ gescholtene Bundesarbeitsgericht Front machen.

Das geltende Recht dient dem Arbeitsfrieden. Streik und Aussperrung legitimieren sich aus dem Ziel, den Arbeitsfrieden wiederherzustellen. Die Vernichtung des Sozialpartners durch Streik oder durch Aussperrung kann kein legitimes Ziel sein. Deshalb hält die Rechtsprechung den Grundsatz der Parität hoch und unterwirft die streitenden Parteien dem Gebot der Verhältnismäßigkeit aller Kampfmaßnahmen. Dem Grundsatz der Parität entspricht das Prinzip der Waffengleichheit, und daraus folgt: Dem Streikrecht der Gewerkschaften entspricht das Recht der Arbeitgeber auf Abwehraussperrung. Daran ändert sich nicht das geringste, wenn die Gewerkschaften die grob irreführenden Schlagwörter „Angriffsaussperrung" und „kalte Aussperrung" hinausposaunen.

Die aktuelle Situation bietet Anschauungsunterricht über den vernünftigen Sinn dieser Regeln. Die IG Metall schickt ein paar tausend Arbeitnehmer von Zulieferfirmen in den Streik; damit zwingt sie große Autofabriken außerhalb des vom Arbeitskampf betroffenen regionalen Tarifgebiets, ihre Produktion einzustellen, und auf diese Weise bedroht sie mehr als eine Million Arbeitsplätze. Es widerspräche dem Grundsatz der Parität, wenn die Arbeitgeber das ohne Gegenwaffe erdulden müßten. Es läge dann ja in der Macht der Gewerkschaften, willkürlich die Grenze festzulegen, von der an das Kaputtstreiken beginnt. Parität verlangt Balance – wenn es sein muß, durch die Abwehraussperrung. In unserem Rechtsstaat herrscht nicht mehr die revolutionäre Gewalt des Klassenkampfes.

Kabul bewaffnet Arbeiter, Bauern und Beamte

DW. Islamabad

Die afghanische Regierung will Arbeiter, Bauern und Angehörige des öffentlichen Dienstes bewaffnen. Radio Kabul meldete, es sollten „Selbstverteidigungsgruppen" gebildet werden, die Fabriken, landwirtschaftliche Betriebe und Regierungsgebäude vor Angriffen moslemischer Kämpfer schützen sollen. Westliche Diplomaten hatten kürzlich darauf hingewiesen, daß die afghanische Regierung unzufrieden sei, weil Polizei und Streitkräfte als unzuverlässig eingestuft werden müßten.

Da die afghanische Armee durch Fahnenflucht von Soldaten auf ein Drittel zusammengeschrumpft ist, hat das Regime in Kabul mehrmals die Einberufungsbestimmungen verschärft. Im März war bekanntgeworden, daß auch Oberschulabsolventen und Studenten für zwei Jahre einberufen werden können. Armeepersonal bei der Zentralregierung muß vier Dienstjahre ableisten, in der Provinz gelten drei Jahre. Wehrdienstverweigerern und Deserteuren wurden drakonische Strafen angedroht.

Das Wehrpflichtalter in Afghanistan war zu Beginn dieses Jahres von 21 auf 18 Jahre gesenkt worden. Dennoch gelang es dem Regime nicht, die Probleme in den Streitkräften zu bewältigen. So schmolz die 7. afghanische Division, die ursprünglich eine Sollstärke von 8000 Soldaten hatte, auf 1000 Mann zusammen. Sobald Wehrpflichtige in die Division aufgenommen werden, versuchen sie bei der ersten besten Gelegenheit zu entkommen. Die Einheit wird praktisch von 20 sowjetischen „Beratern" befehligt.

Marcos-Regime nach Wahl in ernster Gefahr

dpa, Manila

Nach den Parlamentswahlen auf den Philippinen bahnt sich mit einem überraschenden Erfolg der Opposition in Manila eine Sensation an. Sollte sich der nach Teilergebnissen eindeutige Vorsprung der Opposition stabilisieren, wäre das seit 18 Jahren herrschende Regime von Präsident Ferdinand Marcos jetzt ernsthaft gefährdet.

Nach Auszählung von knapp 30 Prozent der abgegebenen Stimmen führt die Opposition nach inoffiziellen Angaben bereits in 91 Wahlkreisen, während Kandidaten der Marcos-Regierungspartei in 75 Wahlkreisen vorn liegen. In der besonders umstrittenen Metropole Manila hat die Opposition Aussicht, 16 der insgesamt 21 Stadtwahlkreise zu erobern. Marcos hatte noch am Vorabend der Wahl von einem „Erdrutschsieg" seiner „Bewegung für eine neue Gesellschaft" gesprochen, und seine Frau Imelda Marcos, Gouverneurin von Manila, hatte der Opposition in ihrer Hauptstadt keinen Sitz eingeräumt.

Der Präsident, der sich in seiner Heimatprovinz im Norden aufhält, hat sich bisher nicht zu der ihm drohenden Niederlage geäußert. Oppositionsführer Salvador Laurel und Führer der aus 13 Parteien bestehenden Sammelbewegung Unido sagte, das Wahlergebnis übertreffe die kühnsten Erwartungen. „Dies ist eine Wahl des Protestes und der Abscheu." Die Opposition sprach von dem lang ersehnten Wiederbeginn der Demokratie auf den Philippinen.

Seite 2: Abrechnung mit Marcos

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Rohstoff Mut

Von Peter Gillies

In aller Ungestörtheit Gewinne zu machen, aber gegen Verluste vom Staat abgesichert zu werden, ist keineswegs unlogisch. In vielen Staaten und manchen Branchen wird dieses Konzept angewendet, hier unter dem Tarnnamen einer neuen Technologie- oder Industriepolitik, dort als offener Protektionismus oder als verdeckte Subvention zum Schutz bestimmter Betriebe und Arbeitsplätze. Dennoch hat sich die deutsche Industrie anders entschieden: Sie begehrt das volle Wagnis, bekennt sich zum marktwirtschaftlichen Suchprozeß der riskanten Innovation.

Die Unbequemlichkeit als Programm? So uneigennützig sind Unternehmer nicht. Sie wissen jedoch, daß ihnen mit dem Wagnis etwas Wichtigeres abgenommen wird: die Freiheit. Deswegen müssen sich Marktwirtschaftler gegen die Tendenz stemmen, Gewinne privatisieren und Verluste verstaatlichen zu wollen. Zum Wettbewerb um die beste Lösung gehört das „Recht auf Pleite". Wer ihn und den technischen Fortschritt verhindert, gefährdet Wachstum und Arbeitsplätze.

Der Bundesverband der deutschen Industrie zeigte auf seiner Bonner Tagung Anflüge von Gewissenserforschung, wenn er einräumt, sich nicht frühzeitig mit ausreichenden Kapitaldecken für die Innovation gerüstet und dem Staat so manchen „wohltuenden" Eingriff in die Märkte erlaubt zu haben. Daß mit Steuergeld rund drei Viertel der Forschungsförderung für Projekte mit Technologien von gestern verpulvert werden – von den vielen anderen Subventionen ganz abgesehen – bedarf dringend der Korrektur.

Trotz verbreiteter (wenn auch abnehmender) Wehleidigkeit verdient herausgehoben zu werden, daß die Deutschen als rohstoffarmes Land über die wichtigsten Ressourcen in Fülle verfügen: über Sparkapital und qualifizierte Mitarbeiter. In beiden Fällen steht ihnen aber noch die Aufgabe bevor, den Risiko- und Wettbewerbsgedanken stärker zu verankern. Das beginnt in der Schule und endet am Bankschalter. Solange Vollkaskomentalität und Rundumsicherheit das Denken prägen, hat die Innovation wenig Chancen.

In einem Arbeitskampf, in dem für weniger Arbeit bei mehr Lohn und weniger Risiko gestritten wird, sind die Erinnerungen an die innovativen Kräfte sperrig. Aber wer davor die Augen verschließt, schließt Wohlstand und Arbeitsplätze aus.

Abrechnung mit Marcos

Von Christel Pilz

Haben die Filipinos ihr Schicksalswort gegen Präsident Marcos gesprochen? Die ersten Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 14. Mai deuten auf einen überwältigenden Wahlsieg der Oppositionskoalition Unido.

Zwar ist die Auszählung noch längst nicht beendet. Aber der Trend zeigt, daß mehr als sechzig Prozent der Wählerschaft gegen die „neue Gesellschaftspartei" (KBL) von Präsident Marcos stimmten.

Speziell für Imelda Marcos, die mächtige und ehrgeizige Präsidentengattin, ist das Votum eine Abfuhr. Als Gouverneurin von Metromanila und Ministerin für Siedlungen hatte sie für die KBL-Kandidaten in Manila wie in den Provinzen gekämpft. Noch am Wahlvorabend hatte sie einen „totalen Wahlsieg der KBL in Manila" für selbstverständlich erklärt.

Einen überwältigenden Wahlsieg für die KBL hatte auch Präsident Marcos prophezeit. Mit einem Mal ist die Illusion der ewigen Macht zerrissen. Die Fehleinschätzung durch den kranken 67jährigen Präsidenten erklärt sich vielleicht damit, daß seine Entourage im Elfenbeinturm des Palastes ihn darüber täuschte, wie groß die Abneigung gegen ihn in der philippinischen Öffentlichkeit geworden ist.

Der Schock sitzt tief im Präsidentenpalast. Was wird Marcos tun? In einigen Wahlbezirken in Metromanila wurde die Auszählung gestoppt. Zahlreiche Wahlurnen sind verschwunden, Wahlzettel wurden auf Abfallhaufen gefunden.

Die Wahl stellt Marcos vor die kritischste Wahl seit seiner Amtsübernahme vor 19 Jahren: Das Votum drastisch zu manipulieren und damit den Ausbruch der Volkswut zu riskieren, oder sich dem Volkswillen zu beugen, die Philippinen zur parlamentarischen Demokratie zurückzuführen und seinen Abschied von der Macht einzuleiten. Wo steht das Militär? Immerhin, der radikale Teil der Opposition scheiterte: seine Boykottaufrufe blieben unbeachtet. Die Filipinos gaben ein Zeichen ihrer Reife. Marcos täte gut daran, es zu respektieren.

Anfang in Lusaka

Von Manfred Neuber

Im südlichen Afrika kommt der Prozeß der Entspannung voran. Wenn die sogenannten Frontstaaten ihre Haltung gegenüber Südafrika überprüfen und teilweise revidieren, muß auch die Guerrilla-Bewegung Swapo darauf achten, am Verhandlungstisch nicht ins Abseits zu geraten.

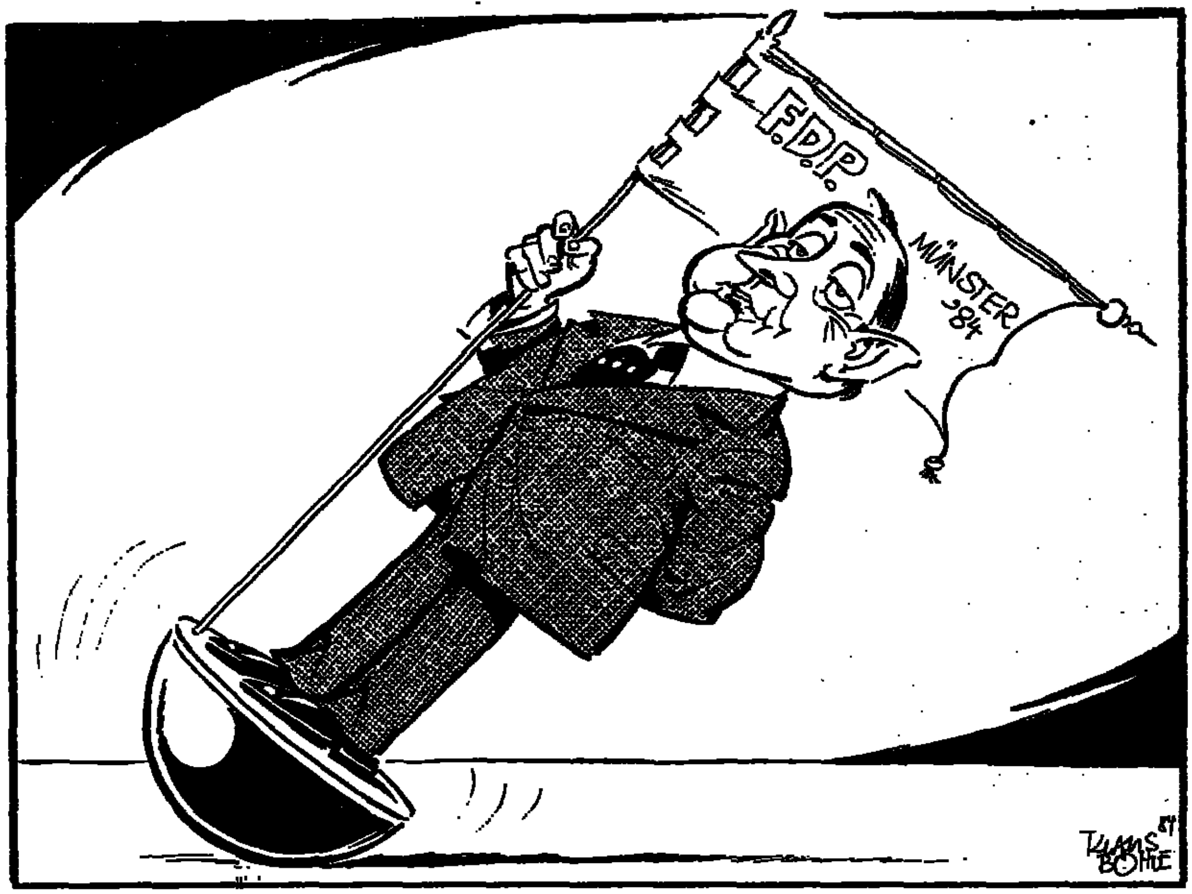
Angola machte den Anfang mit Kontakten zu den Südafrikanern, die ihrerseits einen Burgfrieden mit Moçambique schlossen. Diese vor kurzem noch für undenkbar gehaltenen Fortschritte ermutigten Präsident Kaunda von Sambia, als Vermittler im Namibia-Konflikt zu fungieren.

Das Gruppenbild aus Lusaka – Gastgeber Kaunda zwischen Swapo-Chef Nujoma und dem südafrikanischen Generaladministrator de Niekerk – erstaunte die Weltöffentlichkeit. Obwohl im ersten Anlauf noch kein Verhandlungserfolg erreicht werden konnte, signalisiert es doch die Bereitschaft zum Aufeinander-Zugehen.

An den Maximalforderungen beider Seiten liefen sich zunächst die Gespräche zwischen Swapo und der Mehr-Parteien-Konferenz in Namibia fest. Trotzdem sieht Pretoria in dieser Begegnung einen nützlichen Schritt in Richtung auf die Unabhängigkeit von Südwest nach freien und fairen Wahlen.

Von der Vorbedingung des Abzugs der Castro-Söldner im benachbarten Angola vermag Südafrika nicht abzugehen, wie es auch die UNO-Fiktion von der Swapo als „alleinige und authentische Stimme" der Bevölkerung Namibias nicht akzeptiert. Das verbale Abtasten in Lusaka öffnete jedenfalls günstigere Perspektiven als eine verschärfte Kampftätigkeit.

Auf die Swapo-Forderung nach einem Waffenstillstand ging Südafrika vorerst nicht ein, weil es eine Falle vermutet. Formell gesehen bedarf es keiner solchen Übereinkunft, wenn die Swapo ihren Terror einstellt, denn es existiert auch kein erklärter Kriegszustand. Andererseits sieht Nujoma in dem Vorschlag für eine neue Namibia-Konferenz in Windhuk einen Versuch, die UNO-Resolutionen über Namibia zu unterlaufen. Um das gegenseitige Mißtrauen abzubauen, bedarf es wohl noch etlicher Zusammenkünfte. Ein Anfang ist gemacht.



Fester Standpunkt ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Zum Boykott die Angst

Von Klaus Blume

Wer einst Mitglied der letzten gesamtdeutschen Olympia-Mannschaft war, hat wohl schon deshalb einen anderen Blickwinkel entwickelt, als er im ersten deutschen *Arbeiter- und Bauerparadies* verordnet wird. Nehmen wir das Beispiel Dieter Krause, 1960 in Rom Olympiasieger in der deutsch-deutschen Kajak-Staffel und nun einer der Mannschaftsführer der „DDR"-Schwimmer. Originalton Krause in Wien: „Unter einem Avery Brundage, so umstritten der große alte Olympier auch immer gewesen ist, hätte es vielleicht diese Entwicklung nicht gegeben. In seiner ganzen Unabhängigkeit hätte er wohl alles getan, um die einen wie die anderen zu überzeugen."

Rückblende: Als bei den Olympischen Spielen 1972 in München ein arabisches Terrorkommando israelische Sportler niedermetzelte, sprach der damalige amerikanische IOC-Präsident Avery Brundage den Satz: „The games must go on". Viele haben dieses kaltblütige Hinweggehen über Mord und Terror im Namen der großen Show verurteilt. Doch das mag dahingestellt bleiben. Hier fällt auf, daß ein Ostblock-Sportler, ein Funktionär sogar, nicht mehr die unfehlbare Weisheit seiner marxgewollten Obrigkeit kritiklos preist; daß er vielmehr in dürren Worten sagt, daß nicht nur die anderen irren, sondern auch die einen, die nie irren.

Wäre Olympia nur die Addition von Welt- und Europameisterschaften, wer würde schon über Boykott und Gegen-Boykott reden? Aber nicht der olympische Wettkampf oder gar der olympische Sieg ist die Grundidee der Spiele – der oft erwähnte und stets banalisierte Spruch, daß es auf die Teilnahme, nicht auf den Sieg ankomme, hat schon seinen tieferen Sinn – und so geht es im Sommer in Los Angeles auch weniger darum, wer bei den Bogenschützen ins Schwarze trifft oder bei den Marathonläufern den längeren Atem hat. Das ermitteln ohnehin die Fachverbände bei ihren diversen internationalen Meisterschaften. Los Angeles wird prächtige Spiele bieten, eine *gigantische Show – nicht umsonst liegen* Hollywood und Disneyland in unmittelbarer Nachbarschaft –; die Menschen werden sich in den Rängen drängen und jubeln, und das Fernsehen wird die Bilder in die „DDR" tragen. Dort werden andere Menschen zuschauen und sagen: *Und die unseren sind nicht dabei.*

Udo Beyer, seit Jahren weltbester Kugelstoßer und Kapitän des „DDR"-Teams, erläuterte den Boykott-Beschluss seines Parteivorsitzenden Erich H. so: „Die Olympischen Spiele sind stark genug, um auch das zu überstehen. Sie werden weitergehen." Auch hier also keineswegs die sozialistenpflichtgemäße Verdammung kapitalistischer Schurkereien, verbunden mit verachtungsvoller Abwertung der nunmehr warschaupaktlosen Wettbewerbe, sondern das klare Bekenntnis, daß Olympia eine schöne Sache ist und auch in der gegenwärtigen Besetzung bleibt.

Aber für die „DDR"-Führung ist nun die mehr oder weniger sportliche Disziplin des Kneifens erste Sozialistenpflicht. Panem et circences? Ersteres wird knapper und letzteres entfällt ganz. Wie reagiert das Volk zwischen Elbe und Oder? 25 000 Karten hatten sie für das Leichtathletik-Sportfest in Erfurt abgesetzt, damals, als es noch „Olympia-Qualifikation für Los Angeles" hieß. Als per „Neues Deutschland" das Sportfest in ein schlichtes Sportfest umbenannt wurde, kamen ganze 2000. Um das zu verdeutlichen: 23 000, die bereits eine Einlaßkarte gekauft hatten, blieben zu Hause, weil es nicht mehr um *Olympia* ging. *Müller* (Leipzig) gegen Müller (Dresden) unter Leitung des Kampfrichters Müller (Rostock) faszinierte allenfalls Frau Müller. Vox populi. Somit war der erste Schritt in die sportliche Isolation vollzogen. Im stillen fragt man nach den Motiven des großen Bruders in Moskau, der so überaus großzügig und geräuschvoll auf die Chance zu sportlichen Großtaten verzichtet. Seit längerem schon wird ihm von den Athleten und Athletinnen aus der „DDR" mit schöner Regelmäßigkeit das Fell über die Ohren gezogen. Russen schlagen gehen – *das* ist längst erste Sportlerpflicht im sozialistischen Deutschland, im sozialistischen Osten. Daß man die Amerikaner und die anderen Deutschen längst überrundet hat, ist nicht so furchtbar wichtig.


Ungenierte Gemeinsamkeit: Sowjetschwimmer *Smirjagin, Sidorenko*, US-Schwimmerinnen Ruiz, Costie in Rom FOTO: AP

Russen schlagen gehen – darauf kommt es an. Darauf zielen in Wirklichkeit die „Nationen"-Wertungen der „DDR"-Blätter. Denn: Wer ist nun der Größte im gelobten sozialistischen Paradiesverbund? Los Angeles hätte es an den Tag gebracht, so wie im Winter Sarajevo. *Wurde der Boykott wirklich nur wegen des amerikanischen Klassenfeindes angezettelt?*

Die Angst geht um in der „DDR". Die Angst vor der sportlichen Isolation, denn auf internationalen Großveranstaltungen im Westen glänzte bisher nicht der „DDR"-Meister Müller (Leipzig), sondern der Olympiasieger Müller aus Leipzig. Die Angst geht um in der Sportgroßmacht „DDR", die *Jugend könne ihnen von der Fahne* gehen. Wer garantiert denn, daß Moskau künftig nicht auch zum Boykott diverser Welt- und Europameisterschaften aufruft? Und was ist dann? Nichts ist dann mit Prestige, mit Prämien, mit, vor allem, den schönen Auslandsreisen. Dann aber hat man kein Ziel mehr, für das es lohnte, sich anzustrengen. Und wenn die Jugend im Sozialismus kein Ziel („Perspektive") mehr hat, das lohnt, sich anzustrengen, *dann wird das sehr schwer für* die, die ihr Ziele weisen und sie bei der Stange halten sollen.

IM GESPRÄCH Viktor Kulikow

Osteuropas Zuchtmeister

Von Carl Gustaf Ströhm

Zum 39. Jahrestag des Sieges über Deutschland trat er mit zwei interessanten Thesen hervor. Einmal deutete er an, die Sowjetunion sei willens, auch im Weltraum den militärischen Wettlauf gegen Amerika *aufzunehmen*. Zum anderen betonte er, die Teilung Europas, wie sie 1945 als Folge des Krieges entstand, sei unumstößlich und „endgültig". Viktor Georgjewitsch Kulikow, Marschall der Sowjetunion, Mitglied des ZK der KPdSU und vor allem Oberbefehlshaber der *Streitkräfte* des Warschauer Paktes, hatte damit zwei Pflöcke eingeschlagen, die man eher politisch denn militärisch qualifizieren möchte.


Steiler Aufstieg seit Breschnews Amtsantritt: Kulikow FOTO: CAMERA PRESS

Manches spricht dafür, daß der Marschall zu jenem militärisch-politischen Establishment des Sowjetsystems gehört, dessen Gewicht in den letzten Jahren – als Folge des permanenten Nachfolge-Zustands seit Breschnews Erkrankung und seit Andropows Tod – permanent zugenommen hat. Nicht mehr die Parteispitze allein beantwortet heute politische Fragen, auch die Militärs melden sich zu Wort, am deutlichsten nach dem Abschuß der südkoreanischen Verkehrsmaschine, als die politische Führung wochenlang sprachlos blieb.

Für Kulikow ist das Problem Osteuropa die Hauptaufgabe. Auf zahllosen Inspektionsreisen überzeugt er sich von der Treue und Zuverlässigkeit der mit Moskau verbündeten und an Moskau angebundenen Armeen. Interessant ist, *daß* dieser militärische Verbindungsstrang in letzter Zeit immer deutlicher hervortritt. Die Ostblock-Verteidigungsminister – allesamt hohe Offiziere – erhalten von Moskau Lenin-Orden.

Kulikow, Jahrgang 1921, seit 1939 bei der Roten Armee, Teilnehmer am finnischen Winterkrieg 1939, an der Besetzung Estlands 1940, an Kesselschlachten nach dem deutschen Angriff 1941 (wobei er nur knapp einer Gefangennahme durch die Wehrmacht *entging*), *ist eine Mischung* von Haudegen und militärischem Denker. Er hat schon in jüngeren Jahren über die Zusammenhänge von Politik und Militärs im damaligen Sowjetsystem nachdenken müssen. Auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956, als Chruschtschow seine sensationelle Rede gegen Stalin hielt, soll Kulikow, damals Kommandeur der Panzer-Stoßdivision Irkutsk, als Delegierter wegen kritischer Bemerkungen über die Hinrichtung des Marschalls Tuchatschewskij durch Stalin mit dem *cholerischen Parteichef* aneinandergeraten sein. Bemerkenswert ist auch, daß Kulikow – trotz hervorragender Tapferkeit im Kriege – bis in die sechziger Jahre nicht sehr schnell befördert worden ist.

Ab Mitte der sechziger Jahre allerdings ging es im Eiltempo bergauf: Kommandeur des Wehrkreises Murmansk, Kommandeur des Wehrkreises Kiew und 1968 maßgeblich an der Okkupation der Tschechoslowakei beteiligt, 1969 Oberbefehlshaber in der „DDR", 1971 Generalstabschef und 1977 schließlich Befehlshaber des Warschauer Paktes. Ob das die Endstation ist oder ob weitere militärische und gar politische Aufgaben warten, hängt nicht zuletzt davon ab, wie *sich die Machtlage im Kreml* weiter entwickelt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE WALL STREET JOURNAL

Zur westlichen Kreditpolitik gegenüber der Sowjetunion schreibt das New Yorker Blatt:

Eine Gruppe westlicher Banken hat in der vergangenen Woche jede Erinnerung an unsichere polnische Kredite beiseitegeschoben und sich mit einem neuen 250-Millionen-Dollar-Kredit für die Sowjetunion ein weiteres Mal fröhlich im Roulette versucht ... Die Sowjets (schuldeten) *im Juni letzten Jahres dem Westen* bereits mehr als 28,7 Milliarden Dollar ... Die Höhe der staatlich subventionierten Kredite ... wirft für die führenden europäischen Politiker und Wirtschaftsbosse eine interessante Frage auf: Wann haben die Steuerzahler in den Kreditgeberländern beschlossen, den Kommunismus zu subventionieren? ... Die amerikanischen Bankiers haben in der vergangenen Woche beschlossen, einen Punkt zu machen. Wir fragen uns, wie viel die Europäer noch zum sowjetischen Reich beitragen wollen, ehe sie zu derselben Schlußfolgerung gelangen.

LE MATIN

Zum Tarifkonflikt in der deutschen Metallindustrie meint die Pariser Zeitung:

Wenn sich die Führung der IG Metall auf das Abenteuer eingelassen hat, dann vor allem, um zu zeigen, daß sie nach Jahren des Stillhaltens und der seit drei Jahren anhaltenden Stagnation der Kaufkraft für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit des „made in Germany" noch existiert. Gegenüber einer neuen Regierungsmannschaft in Bonn fühlt sie sich verpflichtet, etwas zu tun, selbst wenn die 35 Stunden ihr nicht als ein sehr attraktives Mittel erscheinen. Das heißt, daß man ebenso von einem politischen Test, wenn nicht sogar von einem politischen Streik sprechen kann.

HAMBURGER MORGENPOST

Im Nordbadischen wird ein kleiner Betrieb bestreikt, der Kolben herstellt. Zwischen München und Berlin können deshalb Zehntausende von Arbeitnehmern ihre Autos nicht mehr bauen und müssen zu Hause bleiben. Ihr Arbeitgeber zieht ihnen den Ausfall vom Lohn ab. Nun mag die IG Metall ruhig von einer „kalten Aussperrung" reden und den Automobilfirmen vorwerfen, sie hätten eben ihre Lagerbestände rechtzeitig aufstocken müssen. Damit ist das Problem nicht vom Tisch, wer denn nun die Männer und Frauen *bezahlt*, die plötzlich auch außerhalb des bestreikten Tarifgebietes nicht mehr arbeiten können.

BERLINER MORGENPOST

Zum Amnestiegesetz meint das Blatt:

Die Bonner Regierungskoalition steht nicht vor ihrem Ende, aber vor einer schweren Niederlage. Sie wird das *umstrittene Amnestiegesetz* für Steuersünder nicht durchbringen können, sondern zurückziehen müssen ... Was bleibt, ist ein neuerlicher Umfall der FDP, mit dem sie groteskerweise noch Profil zu gewinnen hofft.

Ausschluß von Abgeordneten wegen Befangenheit?

Zu einer von der Opposition erörterten Verfassungsklage / Von Rupert Scholz

Politische Aufregung treibt mitunter kuriose, manchmal sogar gefährliche Blüten. So wird im Streit *um die Amnestierung von* Steuersündern bei der Parteienfinanzierung die Frage aufgeworfen, ob Bundestagsabgeordnete, die von einer solchen Amnestie begünstigt werden können, nicht wegen „Befangenheit" von der Abstimmung über ein solches Gesetzgebungsvorhaben im Bundestag ausgeschlossen sein müßten. Von der Opposition im Bundestag hört man sogar Erwägungen, solche Abgeordnete durch Spruch des Bundesverfassungsgerichts auszuschließen.

Solche Überlegungen offenbaren ein gravierendes Mißverständnis des parlamentarischen Mandats *in der repräsentativen Demokratie.* In der Sprache der Verfassung selbst: Alle Abgeordneten „sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen". Das hiermit umrissene freie Mandat steht für niemanden zur Disposition, weder für den einzelnen Ageordneten selber noch für Dritte. Ein wirklich freies, gleiches und verantwortliches Abstim*mungsverhalten des Abgeordneten* setzt die Freiheit der eigenen Gewissensentscheidung voraus, duldet also weder die Überprüfung von Motivlagen noch die Zensur nach möglichen eigenen Interessen oder gar nach von dritter Seite zu bestimmender oder zu beeinflussender Berechtigung. Jeder einzelne Abgeordnete ist Teil des Verfassungsorgans Bundestag insgesamt, verfügt also über die gleichen Rechte und Pflichten wie alle anderen Abgeordneten – ohne Ansehen von Person, Meinung und potentiellem Eigeninteresse. Stimmt ein Abgeordneter über Gegenstände mit ab, die ihn persönlich interessieren, so mag man über seinen politischen Stil *streiten; unbestreit*bar ist jedoch sein Recht zur Entscheidungsteilnahme.

Wie wollte ein Parlament sonst Entscheidungen über die eigenen Diäten rechtfertigen? Sollen Abgeordnete, die aus dem Beamtenberuf kommen, an Abstimmungen über Besoldungsgesetze nicht teilnehmen? Sollen Abgeordnete, die Rechtsanwälte oder Ärzte sind, von Entscheidungen zum Prozeß-, *Rechtsanwalts-, Ärzte- oder* Krankenversicherungsrecht ausgeschlossen sein? Sollen Abgeordnete mit Mietwohnungen etwa von Entscheidungen zum Miet- oder Wohnungsrecht ausgeschlossen sein? Alles offenkundig absurde Vorstellungen.

Die gegenteilige – verfassungswidrige! – Konsequenz wäre das ständisch gegliederte Parlament und das gebundene Mandat. Die parlamentarische Demokratie lebt vom Vertrauen in die Freiheit des Abgeordneten und in seine Fähigkeit, auch dort im Sinne des von ihm mit zu repräsentierenden und zu verwirklichenden Gemeinwohls zu votieren, wo die konkrete Entscheidung ihm *selbst* – auch als Privatperson – konkret Nutzen oder Nachteil bescheren kann. Dieses Vertrauen muß politisch naturgemäß vor allem dem Bürger gegenüber gerechtfertigt werden. Dieser entscheidet jedoch allein mit seinem Wahlrecht darüber, ob dieses Vertrauen gerechtfertigt worden ist oder nicht. Im Unterschied zum Richter und Beamten, die bestimmte Einzelfälle unmittelbar *zu entscheiden haben*, gibt es beim Abgeordneten keinen Ausschluß wegen Befangenheit. So ist sogar ein Abgeordneter, dem eine bestimmte Straftat vorgeworfen wird und dessen Immunität aufgehoben werden soll, nach dem geltenden Recht der Geschäftsordnung des Bundestages nur von der Antragstellung ausgeschlossen und im Rederecht beschränkt.

Nur im Falle ganz besonderer Interessenkonflikte tritt die Freiheit und Selbstverantwortung des Abgeordneten zurück: nämlich in den *Fällen der Inkompatibilität* von Abgeordnetenmandat und anderen öffentlichen Ämtern, namentlich dem *von Beamten und Richtern.* Darüber hinaus hat sich der Bundestag selbst bestimmte Verhaltensregeln in seiner Geschäftsordnung gesetzt, die konkret die Offenbarung, teilweise auch die Unzulässigkeit bestimmter entgeltlicher Tätigkeiten oder Interessen festhalten, weil diese erfahrungsgemäß geeignet sein können, die freie und verantwortliche Mandatsausübung in Frage zu stellen. Der Fall *einer eventuellen Amnestiebetroffenheit* fällt jedoch nicht unter diese Tatbestände; und ein Verbot der Teilnahme an bestimmten Abstimmungen gibt es – im Einklang mit der Verfassung – auch laut Geschäftsordnung nicht.

Dies alles sollte allen Abgeordneten und Fraktionen des Bundestages bekannt sein und – über jeden politischen Streit hinweg – auch gemeinsam vertreten werden. Man *mag einen Abgeordneten, der von* einer Amnestiegesetzgebung begünstigt werden kann, wegen seiner *Abstimmungsteilnahme* politisch attackieren; sein freies Mandat darf ihm jedoch nie bestritten werden. Wer dies unternimmt, spielt nicht nur mit parlamentarischen Spielregeln, sondern mit dem parlamentarischen Mandat selbst.

Professor Dr. Rupert Scholz, Berliner Senator für Bundesangelegenheiten, ist Mitverfasser des Grundgesetz-Kommentars Maunz-Dürig-Herzog-Scholz



Das Lager ist leer, die Produktion stockt

Die Zulieferfirmen werden bestreikt, und getroffen wird die gesamte Autoindustrie. Aus Kostengründen haben die Autofirmen keine große Lagerhaltung mehr, wie noch vor einigen Jahren. Fazit: In einigen Tagen muß die Produktion eingestellt werden.

Von HARALD POSNY

Wie sich die Bilder gleichen: Schon vor sechs Jahren zeigte ein Streik in dem für die Autoproduktion sensiblen IG Metall-Tarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden ein ähnliches Gesicht. Am 15. März begann der Streik und vom 1. April an kam die deutsche Automobilproduktion erst teilweise, dann völlig zum Erliegen.

Freilich sind die Forderungen, um die sich die anrollende Streikwelle drehte, heute ungleich einschneidender. Heute geht es um die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, damals „nur" um die Besitzstandsicherung bei technologischem Wandel, um Ausgleichsbeträge bei „Abgruppierungen".

Damals waren 85 000 Beschäftigte im Streik, 146 000 wurden im Streikverlauf von den Unternehmern ausgesperrt. Dieser Streik kostete die Metallindustrie insgesamt 150 Mill. DM täglich.

Die Taktik der IG Metall ist heute wie damals die gleiche. Mit relativ wenigen Streikwilligen, derzeit etwa 13 000 in 15 wichtigen süddeutschen Zulieferbetrieben, wird die gesamte Inlandsproduktion im Fahrzeugbau lahmgelegt. Selbst wenn nicht ausgesperrt wird, werden in Kürze reichlich 150 000 Autobauer kurzarbeiten oder mit dem Abstellen der Montagebänder ohne Beschäftigung sein.

Spätestens ab Montag kommender Woche – wahrscheinlich aber früher – wird es in deutschen Herstellerwerken zu massiven Ausfällen kommen. Bislang hält man sich mit vorgehaltenen Teilen, die für das „technische Innenleben" eines Autos lebenswichtig sind, über Wasser. Und es sind längst nicht die großen Teile, die als erste fehlen, denn Kühler werden für maximal sieben Tage auf Lager gehalten, nicht aus Platzmangel, sondern aus Kostengründen.

Der Zwang zu kostenbewußtem Handel hat vor den Lagerbeständen nicht halt gemacht, der spitze Rechenstift der Logistiker in den Betrieben hat dafür gesorgt, daß selbst kleine Teile fürs Auto nicht länger als nötig bevorratet werden.

Wer viel auf kurzem Weg aus eigenem Werke bezieht, kann vielleicht drei Wochen reichen; wer das Pech hat, seine Zulieferer im Streikgebiet zu haben, wird schon nach 3 Tagen „auf dem Zahnfleisch gehen", wie sich ein Automanager drastisch ausdrückte. Im Gegensatz zu früheren Jahren ist die Menge der in eigenen (Tochter-) Werken gefertigten Autoteile drastisch gesunken. Zulieferungen sind meist preiswerter zu kalkulieren.

Geringe Lagerhaltung und höhere Zukäufe haben die Autobauer heimischen, aber auch ausländischen Streiks gegenüber angreifbarer gemacht. Auf der anderen Seite können, so Audi-Chef Rudolf Habbl, die Läger nicht so weit heruntergefahren werden, daß ein vernünftiges Anlaufen der Produktion nach Streikende unmöglich wäre. Zu etwa 50 bis 60 Prozent sind heutzutage die deutschen Autohersteller von fremden Lieferungen abhängig. Bei Ford fehlen zurzeit 600, wenn Hessen mitstreikt weitere 800 Teile, für sämtliche Modellreihen. Bei Daimler Benz stammt von den benötigten Autoteilen wertmäßig die Hälfte von Zulieferern, weltweit 30 000. Davon sind etwa 1000 „Stammlieferanten" vom Stahl über Kühler, Batterien, Reifen, Elektronik und Scheiben. Kaum nennenswert ist der Anteil der Auslandslieferungen. Ford wird (aus England) vielleicht mehr beziehen als Daimler.

Daraus wird auch deutlich, daß verstärkte Lieferungen aus dem Ausland schon aus Kapazitätsgründen kurz- und mittelfristig gar nicht möglich sind. Außerdem: Diese Werke beliefern nicht nur ihre heimischen Industrien, die sie nicht „hängen" lassen können, weil in der Bundesrepublik gestreikt wird, sie würden sich gleichzeitig einem Nachfrageboom aller deutschen Autohersteller gegenübersehen. Schließlich sind Spezialteile schwer zu bekommen, sie müßten bei neuen Lieferanten auch erst über längere Zeit getestet werden.

Es wird jedoch nicht ausgeschlossen, daß im Zuge verstärkter Zusammenarbeit innerhalb der EG künftig mehr aus dem Ausland bezogen wird, wenn Preis, Qualität und Liefertreue stimmen. Bislang hatte man aus Sicherheitsgründen und aus Kundentreue deutsche Lieferanten nicht benachteiligen wollen.

Zwar leben die deutschen Autohersteller längst nicht so sehr „von der Hand in den Mund" wie z. B. die Japaner. Die haben ihre Kostenvorteile zum guten Teil aus einer Lagerhaltung, die „bei Null" liegt, abgesehen davon, daß sie sämtliche Teile aus dem Inland beziehen. Die Deutschen eiferten ihnenin Rationalisierunganstrengungen nach, doch soweit haben sie es nicht gebracht, daß Teile für die tägliche Autofertigung unmittelbar vor den Schichten im Lkw von den Zulieferern direkt ans Montageband gefahren werden. Kosten für Lagerhaltung entstehen daher kaum, auch keine Finanzierungskosten. Die Japaner, das zeigen immer wieder Gespräche mit ihnen, haben für die Gewerkschaftsforderungen nach der 35-Stunden-Woche nur ein Kopfschütteln übrig, insgeheim werden sie sich über einen neuen Produktivitätsschub freuen, der sie keinen müden Yen kostet.

Ob Japan von einem anhaltenden Streik profitieren kann, ist fraglich. Einmal gilt die Markentreue bei den Deutschen als sehr ausgeprägt, am geringsten ist sie zwar bei kleineren Fahrzeugen von VW, Audi, Ford und Opel, ganz groß ist die Treue zu BMW und Daimler Benz.

Insgesamt haben deutsche Käufer ganz genaue Vorstellungen über „ihr" künftiges Fahrzeug. Sie warten lieber noch einige Zeit bis ihre Version vom Band rollt. Aber schon in den letzten Tagen ist es schwieriger geworden bestimmte Kundenwünsche auftragsgemäß auszuführen. Viele Fahrzeuge werden zwar noch vollständig, aber nur noch mit den im Lager vorhandenen Teilen montiert. Eine generelle Fertigung, „soweit es eben geht", kann es nur solange geben, wie z. B. Rücklichter oder Scheibenwischer fehlen, ohne Motoren und Reifen bekommt man den Wagen schon nicht aus der Halle, und die Fertigstellung nach Wochen wird teurer als die jetzige Einstellung der Produktion.

Absatz- und Umsatzausfälle werden jedoch nicht zu vermeiden sein. Bei Audi z. B. könnte der Fertigungsausfall von 3 bis 4 Wochen am Jahresende gerade die Zahl von verkauften Autos fehlen lassen, die notwendig für eine wirtschaftliche Fertigung und ein zumindest ausgeglichenes Ergebnis nötig sind. Mit Sonderschichten, so schätzt Habbel, sind diese Ausfälle kaum auszugleichen, ganz abgesehen davon, daß es den Gewerkschaften ja eben nicht um Mehrarbeit der Beschäftigten sondern um die Verteilung von vorhandener Arbeit auf mehr Hände geht.

Immerhin: Jeden Tag, an dem wegen des Streiks die Bänder still stehen, werden z. B. bei Opel 2500, bei VW rund 3500, bei BMW 2000 Autos weniger gebaut.



Der Nachschub bleibt aus: Am Donnerstag muß BMW die Produktion weitgehend einstellen. FOTO: GERTRAUT BRACHAT-UMMER

Eine Pause sucht den Segen der Richter

Zugegeben, der Fall ist etwas kompliziert: Es gibt sie, die „NATO-Pause", obwohl es sie eigentlich gar nicht geben dürfte. Und weil es sie dennoch gibt, soll es sie künftig auch geben dürfen – ganz offiziell. Ein Fall für das Arbeitsgericht Bad Hersfeld.

Von BERND HUMMEL

Die Ermittlungen beim Bundesgrenzschutz gleichen einer Phantomjagd, und ihr Ausgang ist zweifelhaft. Gesucht: Die „NATO-Pause", eine Arbeitsunterbrechung, für die es keine Rechtsgrundlage gibt. Noch nicht, denn die Legitimation soll erst durch die Mitwirkung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im nachhinein über das Gewohnheitsrecht vor dem Arbeitsgericht erstritten werden.

Unbestritten existiert sie, die NATO-Pause, die es offiziell gar nicht gibt und von der keiner weiß,wie sie an ihren Namen kommt. In manchem BGS-Standort ist sie schon seit Jahrzehnten Brauch und obgleich niemand weiß, ob und wer sie jemals angeordnet hat, wird sie in zahlreichen BGS-Abteilungen täglich üblicherweise ab 9 Uhr morgens unterschiedlich lang genommen.

Aufgeschreckt durch die beim Arbeitsgericht eingereichte Klage schickte das Bundesgrenzschutzkommando Mitte in Kassel den hessischen BGS-Abteilungen unlängst einen fernschriftlichen Fragenkatalog ins Haus. Binnen sechs Tagen mußten die Abteilungskommandeure detaillierte Angaben über Arbeitszeiten, Arbeitsunterbrechungen und regelmäßige Pausen an ihren Standorten melden. Ergebnis: Die NATO-Pause ist durchaus üblich.

Der Rechtsstreit um die zwar nicht legitime, bisher offensichtlich aber geduldete Pause war entstanden, als sich im Oktober 1983 der pflichtbewußte Kommandeur einer hessischen Einsatzabteilung dafür interessierte, ob für BGS-Beamte und Zivilbedienstete überhaupt ein Anspruch auf diese Arbeitsunterbrechung besteht. Er suchte vergeblich nach gesetzlichen Regelungen oder Anweisungen. Im Gegenteil: Die Arbeitszeitordnung, fand der Kommandeur heraus, weist ausdrücklich darauf hin, daß Pausen nicht zur Arbeitszeit zählen.

Die Kantine spürte die schädlichen Folgen

Für den Abteilungskommandeur eine klare Sache. Er bot den Beamten eine Frühstückspause von 15 Minuten an, die freilich mit einer Verlängerung der täglichen Dienstzeit abgegolten werden sollte. Weil der GdP-geführte Personalrat ablehnte, wurde jedwede NATO-Pause für die Truppe gestrichen. Eine Anordnung, die seitdem unangefochten für die BGS-Beamten örtlich Gültigkeit hat.

Seither bietet sich für die Truppe, die nach Berechnungen des Kommandeurs in Einzelfällen täglich zwischen 30 und 90 Minuten NATO-Pause nahm, auch die Möglichkeit zum morgendlichen Kantinengang nicht mehr; zum Leidwesen des Kantiniers, der in einer Beschwerde vom 10. Februar den Innenminister wissen ließ, er sehe sich, „um nicht Konkurs anmelden zu müssen", nach 12jährigem aktiven Dienst gezwungen, den Pachtvertrag zu kündigen. Und als hätte es noch eines zusätzlichen Beweises für die vom Abteilungskommandeur gerügten morgendlichen Kantinengänge der Beamten bedurft, teilte der Pächter dem Innenminister schriftlich mit, schließlich habe die gestrichene „Frühstückspause" einen Umsatzrückgang von 60 Prozent bewirkt.

Zu rechtlichen Schritten gegen die untersagte Pause sahen sich allerdings andere veranlaßt: 11 Zivilbedienstete, die in den Kraftfahrzeug- und Waffenwerkstätten der BGS-Abteilung tätig sind, und der Grenzschutzverwaltung (GSV) unterstehen. Sie reichten, beraten durch Funktionäre der GdP, am 29. März Klage beim Arbeitsgericht in Bad Hersfeld gegen die Grenzschutzverwaltung ein. Schließlich – so steht es in der Klagebegründung – handle es sich um eine „seit 20 Jahren übliche Arbeitszeitunterbrechung zur Einnahme von Erfrischungsgetränken." Da die Arbeitsverträge dieser Beschäftigten darüber nichts aussagen, wird zudem noch ein vermeintliches Gewohnheitsrecht für diese Pausen reklamiert.

Statt 15 Minuten eine „Kurzpause"

Noch bevor im August vor dem Arbeitsgericht eine Entscheidung getroffen wird, hat sich der örtliche Chef der Grenzschutzverwaltung bereits eindeutig entschieden, und unabhängig von seiner ihm übergeordneten Dienststelle der Grenzschutzverwaltung Mitte in Kassel eine Regelung getroffen: Er ordnete anstelle der vom Abteilungskommandeur untersagten 15minütigen Frühstückspause eine 14 Minuten dauernde „Kurzpause" für seinen Bereich an. Diese Pause, befanden er und die Kläger, sei besonders in den Werkstätten im Interesse der „Gewährleistung absoluter Sicherheit und Präzision.". So wurde durch einen zeitlichen Unterschied von 60 Sekunden nach Lesart des zuständigen Verwaltungsleiters aus einer untersagten Frühstückspause eine bisher geduldete Kurzpause.

Bilanz: Ob NATO-Frühstücks- oder Kurzpause beim BGS, wo sie nicht hereingearbeitet wird, finanziert sie der Steuerzahler. Das Arbeitsgericht Bad Hersfeld muß nun entscheiden, ob es die NATO-Pause nachträglich sanktioniert und damit aus einem vermeintlichen Gewohnheitsrecht gar ein einklagbares Recht wird.

Streik-Folgen: Hat Nürnberg den Schwarzen Peter?

Noch ist ungeklärt, ob die Mitarbeiter von Automobil-Betrieben, die infolge des Streiks bei den Zulieferern die Produktion einstellen müssen, ausgefallenes Einkommen ersetzt bekommen. Sicher ist nur, daß weder die Arbeitgeber zur Lohnfortzahlung verpflichtet sind noch die Gewerkschaften zur Streikkasse gebeten werden können.

Von JOACHIM WEBER

Weder Arbeitgeber noch Gewerkschaften sind zu Zahlungen verpflichtet, weil es – wie bei BMW und möglicherweise ab Anfang nächster Woche auch bei Opel – weder um einen Streik geht noch um eine Aussperrung. Daran ändert auch die geschickte Sprachregelung der IG Metall nichts, die den Sachverhalt als „kalte Aussperrung" bezeichnet.

Damit liegt der Schwarze Peter bei der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit. Doch auch hier sind die Parteien geteilter Meinung. „Wir gehen davon aus, daß die BA zahlt", heißt es bei der IG Metall in Frankfurt. Zunächst einmal müsse der Arbeitgeber „sehr streng beweisen", daß er wirklich nicht produzieren kann. Wenn aber der Arbeitgeber tatsächlich die Stillegung – auch gegenüber dem eigenen Betriebsrat – durchsetze, dann müsse er eben Kurzarbeit beantragen. Damit aber wäre die Arbeitsverwaltung in der Zahlungspflicht.

Ganz so einfach mögen die Metall-Arbeitgeber das Problem nicht sehen. Auf keinen Fall habe der Betriebsrat ein Recht zur Mitbestimmung bei der grundsätzlichen Entscheidung über eine streikbedingte Arbeitsreduzierung, so Gesamtmetall-Sprecher Werner Riek. Lediglich beim „Wie", bei der Organisation der Kürzungen dürfe er mitreden. Und: „Die Bundesanstalt muß sich neutral verhalten, sonst würde sie als heimliche Ersatz-Streikkasse mißbraucht."

Diese Erkenntnis ist keineswegs neu. Schon am 22. März 1973 trat eine Neutralitätsanordnung der Bundesanstalt für Arbeit in Kraft, die genau diesem Mißbrauch vorbeugen sollte. Danach darf die Arbeitsverwaltung dann keinen Pfennig zahlen, wenn die Gewerkschaft die gleiche ist und im betroffenen Tarifgebiet „nach Art und Umfang" identische Forderungen gestellt werden.

Klare Verhältnisse schafft diese Bestimmung im akuten Fall nur für Baden-Württemberg. Wenn zum Beispiel Daimler-Benz durch den Streik der schwäbischen und badischen Zulieferer die Produktion einstellen muß, dann sind die Forderungen – weil im selben Tarifbezirk – zwangsläufig identisch. Die Daimler-Arbeiter gehen also leer aus.

Wirkt sich aber der Schwabenstreich der IG Metall auf Auto-Werke in Hessen (Opel), Niedersachsen (VW), Nordrhein-Westfalen (Ford) oder wie wohl zuallererst auf BMW in Bayern aus, dann beginnen die Interpretationsschwierigkeiten. Denn die Gewerkschaften, denen die Neutralitätsanordnung natürlich nicht unbekannt ist, haben für jeden Tarifbezirk ein in Nuancen anderes Forderungspaket geschnürt, das zum Beispiel in der Lohnhöhe oder in Forderungen zum Manteltarif variiert.

Worum es jetzt also geht, ist die Abklärung, ob die regionalen Forderungen nach Art und Umfang tatsächlich identisch sind oder nicht. Dabei stehen sich zwei Rechtsauffassungen gegenüber. Die IG Metall will die Neutralitätsanordnung natürlich im strengen Wortlaut interpretiert wissen. Die Arbeitgeber hingegen sind für die sinngerechte Auslegung und damit der Meinung, daß die 35-Stunden-Woche bei allen Forderungen so weit im Vordergrund steht, daß allein durch dieses Schwergewicht Identität gegeben ist.

„Wir werden prüfen müssen, wie weit die Ergebnisse des Arbeitskampfes auch den mittelbar Betroffenen zugute kommen würden", fügt Bundesanstalts-Sprecher Eberhard Mann einen Neutralitäts-Aspekt hinzu. Das letzte Wort in dieser Frage wird sein Chef Heinrich Franke haben. Ehe der Anstaltspräsident jedoch seinen weitverstreuten Vorstand zur Entscheidungsvorbereitung einberufen kann („Das geht auch nicht von heute auf morgen"),mußte erst einmal ein Antrag vorliegen. Noch liegt dieses Start-Signal nicht vor. Eine Klärung noch in dieser Woche ist also höchst unwahrscheinlich.

Keine Chance mehr für Amnestiegesetz / Kanzler will Position der Union im Bundestag darlegen

„SPD lud 1981 zu einem vertraulichen Gespräch"

Der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Philipp Jenninger, schrieb am 14.Mai einen Brief an das SPD-Präsidiumsmitglied Hans-Jürgen Wischnewski. Darin erinnert er an die Rolle der SPD bei der Vorgeschichte zu dem jetzt diskutierten Amnestie-Gesetz.

Sehr geehrter Herr Wischnewski,

der Herr Bundeskanzler hat mir die Beantwortung Ihres Fernschreibens vom 9. Mai 1984 übertragen. Er bat mich, Ihnen mitzuteilen, daß er nach sorgfältiger Prüfung des Sachverhaltes keine Veranlassung sieht, seine Ausführungen im Zusammenhang mit Ihrer Person und der Amnestie für Parteispenden, die er auf dem Bundesparteitag der CDU gemacht hat, zu korrigieren.

Ich teile Ihnen noch einmal mit, was der Bundeskanzler am 9. Mai 1984 vor dem Bundesparteitag der CDU in Stuttgart ausgeführt hat: „Ich will auch darauf hinweisen, daß das, was die Fraktionen der FDP und der CDU / CSU jetzt beschlossen haben, nicht die erste Initiative für ein Straffreiheitsgesetz mit dem genannten Ziel ist. Auch führende Sozialdemokraten waren noch vor kurzer Zeit mit uns der Überzeugung, daß das der richtige Weg ist. Der künftige Schatzmeister der SPD Wischnewski und der Obmann der SPD-Fraktion für Rechtspolitik im vergangenen Bundestag, Fritz Gnädinger, erarbeiteten im Jahr 1981 einen Gesetzentwurf mit demselben Ziel."

Ich kann diesen vom Bundeskanzler geschilderten Sachverhalt in meiner *Eigenschaft als ehemaliger* Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU / CSU-Bundestagsfraktion nur bestätigen.

Ich erinnere Sie daran, daß Sie selbst am 25. November 1981 im Auftrag des Präsidiums der SPD und namens des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, Vertreter der damaligen Koalition und Opposition zu einem vertraulichen Gespräch über die Fragen der Neuregelung der Parteienfinanzierung eingeladen haben. An dem Gespräch nahmen unter anderem von seiten der Opposition die Kollegen Friedrich Vogel, Dr. Kreile und ich teil. Gegenstand des Gesprächs war ein von Ihnen bei dieser Gelegenheit vorgelegter *Gesetzentwurf* zu einer Änderung des Grundgesetzes und zur Änderung steuerrechtlicher Vorschriften mit dem Ziel, die Parteienfinanzierung für die Zukunft neu zu regeln und für Straftaten nach § 370 der Abgabenordnung Straffreiheit herbeizuführen. (Anlage 1) Das gemeinsame Ergebnis des Gesprächs war, den von Ihnen vorgelegten Entwurf zu prüfen und die Beratungen darüber alsbald fortzusetzen. Zu dieser Fortsetzung des Gespräches in dem genannten Kreis kam es indessen nicht. Statt dessen teilten Sie mir einige Wochen später mit, daß nunmehr der damalige Abgeordnete und Obmann der SPD-Fraktion im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages, *Fritz Gnädinger, vom Präsidium* der SPD beauftragt sei, mit de Opposition das Anliegen weiter zu erörtern. Herr Gnädinger hat mir am 14. Dezember 1981 im Auftrag des Präsidiums der SPD eine Aufzeichnung übergeben, die den Vorschlag enthielt, in Anlehnung an das Verfahren der Schweiz für eine Steueramnestie im Jahre 1968, auch in der Bundesrepublik eine derartige Amnestiedurchzuführen (Anlage 2). Diese Aufzeichnung des Kollegen Gnädinger wurde dann in den darauffolgenden Tagen von Mitarbeitern der SPD-Fraktion zu einem Gesetzentwurf „zur steuerlichen Selbstberichtigung und zur Steuernachzahlung" umformuliert (Anlage 3).

Am 16. Dezember 1981 teilte mir *der damalige Parlamentarische* Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Herr Dr. Linde, im Auftrag des SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner mit, daß dieser Gesetzentwurf am 18. Dezember 1981 nach



Philipp Jenninger FOTO:L.KUCHARZ

vorheriger Beratung in den Fraktionen interfraktionell im Deutschen Bundestag eingebracht und in Erster Lesung ohne Aussprache im Plenum beraten werden solle. Gleichzeitig übergab mir Herr Dr. Linde eine von der SPD entworfene Erklärung für die vier Parteivorsitzenden zur Parteienfinanzierung in der unter anderem die Notwendigkeit einer Amnestie *mit der „entstandenen Recht*sunsicherheit" begründet werden sollte. (Anlage 4) Weswegen es dann zu dem vereinbarten Vorgehen nicht gekommen ist, darf ich als bekannt voraussetzen.

Ich halte es für unvertretbar, daß Sie sich heute von diesen verschiedenen Initiativen der SPD distanzieren, an denen Sie als Mitglied des Präsidiums der SPD maßgeblich mitgewirkt haben. Sie haben in der genannten Zeit weder den Vorsitzenden der CDU noch einen Kollegen der *CDU / CSU* gegenüber jemals zu verstehen gegeben, daß Sie sich in Wirklichkeit von dem Vorhaben einer Amnestie distanzieren. Ihr ganzes damaliges Verhalten beweist das Gegenteil. Ich kann abschließend nur zutiefst bedauern, daß Sie und andere führende Persönlichkeiten der SPD heute nicht mehr zu dem stehen wollen, was Sie damals für richtig gehalten haben.

gez. Philipp Jenninger

Vogel: Ein „Hauch von Watergate" über Bonn

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Als „empörenden und dreisten Anschlag auf den Rechtsstaat" hat SPD-Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel die Amnestiepläne der Bundesregierung gestern bezeichnet. Über Bonn liege „ein Hauch von Watergate". Er bekräftigte daß die Sozialdemokraten „alle nur möglichen Mittel einsetzen" würden, um das Gesetzesvorhaben zu Fall zu bringen. Gerade durch die „Eigenbetroffenheit" in der Parteispenden-Affäre werde der Widerstand der SPD noch „glaubwürdiger".

Falls der von ihm in Schreiben an Bundestagspräsident Barzel und die anderen Fraktionsvorsitzenden im Bundestag geforderte Verzicht auf die Stimmabgabe der betroffenen Abgeordneten bei der ersten Lesung des Amnestiegesetzes im Bundestag nicht stattfinde, werde die SPD sofort beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eine Einstweilige Anordnung im Zuge eines „Organstreits" beantragen. Falls dies nicht zum Erfolg führen sollte, so heißt es in der Fraktion, werde man bis zur endgültigen Verabschiedung des Gesetzes warten müssen, um dann Karlsruhe erneut mit einer Verfassungsklage anzurufen und über den Erlaß einer Einstweiligen Anordnung das Inkrafttreten zu verhindern suchen, damit keine „Beweismittel" vernichtet würden.

Doch offensichtlich gehen auch die Sozialdemokraten inzwischen davon aus, daß es gar nicht zu einer ersten Lesung über die Amnestie kommen wird. Vogel kündigte die Einbringung eines Entschließungsantrags der SPD im Bundestag an, der dann „statt dessen behandelt" werden soll. Nach diesen Plänen soll der Bundestag dabei den „Widerstand" gegen das Gesetzesvorhaben begrüßen und dem „Volk danken, daß es dies verhindert hat". Vogel sprach gestern von seiner „Genugtuung über die Breite des Widerstands. die in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beispiellos" sei. Alle „Rechtfertigungsversuche" seien „jämmerlich zusammengebrochen", spätestens als der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, „die Handwerkerlüge in der Luft zerfetzt hat, genauso wie die Behauptung des fehlenden Unrechtsbewußtseins". Vogel: „Hier fehlt es den Akteuren am Rechtsbewußtsein."

Der Oppositionsführer äußerte sich ausdrücklich „persönlich enttäuscht" über Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, mit dem er jahrelang am selben Kabinettstisch gesessen und den er „wegen seiner Präzision und kühlen Argumentationsfähigkeit" immer geschätzt habe. Außerdem habe sich bisher „kein Bundesjustizminister ähnlich erbärmlich verhalten" wie der Freidemokrat Engelhardt. Aber man müsse „kein Kriminologe" sein, um darauf zu kommen, daß die Amnestiezusage *der Union an die FDP* eine „*Bedingung des Wechsels*" gewesen sei und ein weiterer Grund für das Vorhaben in der Tatsache liege, daß einige betroffene Politiker wüßten, daß sie auf Grund der Abgabenordnung „mit Freiheitsstrafen ohne Bewährung zu rechnen haben. die bisher beispiellos für deutsche Politiker" seien.

Dem *SPD-Präsidium* liegt für die Sitzung heute abend bereits der Entwurf einer Erklärung vor, die morgen vom Parteitag verabschiedet werden soll und in dem die Rede ist von einem „brutalen Eingriff in die Strafrechtspflege". Vogel erklärte gestern, daß sein eigenes „kategorisches Nein" gegen die Amnestiepläne der sozialliberalen Koalition vor zweieinhalb Jahren im SPD-Präsidium „nicht auf Brandts Widerspruch gestoßen ist, im Gegenteil".

Der Koalition geht es nur noch um einen geordneten Rückzug

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Die Verfechter des Amnestiegesetzes in den Reihen der Union sind still geworden. „Bleich, aber gefaßt", so hat Wolfgang Schäuble die Stimmung in den eigenen Reihen geschildert. Das Amnestiegesetz ist tot. Illusionen darüber gibt es nicht mehr. Jetzt geht es in der Koalition nur noch um einen geordneten Rückzug, der freilich den Mißerfolg nicht überdecken kann. Dabei ist die Marschrichtung, die Bundeskanzler Helmut Kohl einschlagen will, ziemlich klar. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion soll bei ihrem Beschluß zugunsten eines Amnestiegesetzes bleiben. Der Kanzler persönlich will die Gründe für diese Position vor dem Deutschen Bundestag darlegen. Nach Lage der Dinge wird dies am 24. Mai sein. Die FDP, die von der Fahne gegangen ist, soll dabei die Motive für ihre Positionsveränderung selbst vertreten. Verständnis, oder gar argumentative Schützenhilfe, so hieß es gestern in der Umgebung des Kanzlers, könne sie dafür von der Union nicht erwarten. „Wir müssen darauf achten, daß die Karten sauber bleiben".

Falsche Einschätzung ?

Bei diesen Überlegungen unterstellt der Kanzler, daß die eigene Fraktion „stehen bleibt". Bislang sieht es so aus, als ob dies der Fall sein werde. Allerdings sind auch in der Union kritische Stimmen über das Vorgehen der Führung in dieser Angelegenheit vorhanden, auch wenn sie, um weiteren Schaden zu vermeiden, nicht öffentlich geäussert werden. Warum, so lautet eine häufig gestellte Frage, hat sich Helmut Kohl in diese Situation hineinmanövriert? Hat er die Standfestigkeit oder die Problemlage der FDP, je nach dem, falsch eingeschätzt ? Hat er geglaubt, die Amnestie gegen eine breite öffentliche Stimmung durchsetzen zu können? Fehler jedenfalls wurden gemacht. Die Koalition hat es versäumt, die Öffentlichkeit auf diesen Schritt vorzubereiten. Noch nicht einmal Vertraute des Kanzlers waren eingeweiht worden. Sie haben erst in der Fraktionssitzung davon erfahren. Die „Macher" wiederum haben sich ob dieses Coups gerühmt. Endlich sei in Bonn einmal ein Vorhaben geheim geblieben. Ein zweiter Fehler war es, und dies wird inzwischen intern eingeräumt, anzunehmen, die Koalition könne über den *Finanzausschuß des* Bundestages das Amnestiegesetz einbringen und damit zunächst einer Parlamentsdebatte aus dem Weg gehen. Dieses Vorgehen verriet mangelnde Sensibilität. Schließlich gehört der Vorsitzende des Finanzausschusses, der FDP-Abgeordnete Hans Gattermann, auch noch zu dem Kreis von Politikern, gegen die Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sind. Die Koalition hat dann diesen Weg korrigiert und den Entwurf als eigenständiges Vorhaben in den Bundestag eingebracht.

„Jeder hat gewußt, daß es schwierig wird", sagt Schäuble, der an der Ausarbeitung des Gesetzentwurfs beteiligt war. Vor allem für die FDP. Aber die Beteiligten hätten durchaus an deren „demoskopische Situation" gedacht und auch daran, daß noch „Restbestände" beim Koalitionspartner vorhanden seien, die sich beim Vollzug der Wende zur Union etwa quälen. Die schmale Basis der FDP, die in der aktuellen Diskussion wiederum deutlich geworden sei, trage auch dazu bei, daß es an einer breiten Führungsstruktur beim Koalitionspartner fehle. Ein großer Teil der FDP sei außerhalb parlamentarischer Verantwortung. Aber trotz allem Bemühen, Gründe für das Ausscheren der FDP zu finden, ist nicht nur bei der CSU und derem Vorsitzenden Franz Josef Strauß Unmut über den *kleineren Koalitionspartner zu erkennen.* Auch im Bundeskanzleramt heißt es, der FDP-Vorsitzende Genscher sei offenkundig nur noch bedingt handlungsfähig. Kohl habe seine Enttäuschung darüber, daß die FDP nicht zur verabredeten Sache steht, auch Genscher spüren lassen.

Die Koalition soll freilich über diesen *peinlichen Vorfall* keinen bleibenden Schaden nehmen. Es gibt keine Alternativen zur jetzigen Koalition und, aus der Sicht der CDU/CSU, auch kein Verlangen, einen anderen *Politiker als Genscher an der Spitze* der FDP zu sehen.

„Aus Mißerfolg lernen"

Ob es in der Koalition zumindest nach außen hin ruhig bleibe, so schilderten CDU-Politiker, hänge davon ab, wie die FDP „ihren Rückzug bewältige". Wenn sie sich etwa als Bewahrer der liberalen Rechtsstaates hinstellen sollte, dann werde dies nicht ohne energischen Widerspruch bleiben. Im Kanzleramt ist man ohnehin etwas in Sorge, daß Strauß seine Unmutsbekundungen über die „unzuverlässige FDP" in den nächsten Tagen noch lauter werden läßt. Kohl jedenfalls hat sich vorgenommen, nach außen hin behutsam mit der FDP umzugehen und keine Koalitionskrise entstehen zu lassen. „Aus jedem Mißerfolg muß man lernen", sagte Schäuble. Für die Zukunft heiße dies, *man müsse noch sorgfältiger versuchen auszuloten,* „was geht, was parlamentarisch zu machen ist".

Das Vorhaben Kohls, sich nach diesem Mißerfolg in eine Parlamentsdebatte zu stürzen, in der es sicherlich heiß hergehen wird, findet in der Union nicht nur Unterstützung. Eine solche Debatte habe nur Sinn, wenn sie mit neuen Fakten, offensiv geführt, zur Abrechnung mit der SPD genutzt werden könne. Sie aufzunehmnen, nur um erneut die Redlichkeit der eigenen Position zu demonstrieren, *werde angesichts des Protestes, mit* dem der Kanzler rechnen müsse, nur begrenzten Erfolg haben.

„Zusammenhang mit politischen Parteien war nicht erkennbar"

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat wiederholt als einen Grund für die *von ihm verfolgte Amnestie erklärt,* es dürfe nicht sein, daß Parteispender, die im guten Glauben und ohne Unrechtsbewußtsein gehandelt haben, aufgrund einer veränderten oder *unterschiedlichen Verfahrenspraxis* bei Staatsanwaltschaften im nachhinein bestraft werden. Der Kanzler hat dabei vor allem von Ermittlungen betroffene mittelständische Unternehmer gemeint.

Ein solcher Fall ist das Vorgehen der Hamburger Staatsanwaltschaft gegen Wilhelm und Wolfgang Leser, Inhaber einer Armaturenfabrik mit rund 200 Beschäftigten in Hamburg. Sie haben der WELT die Unterlagen darüber vorgelegt. Wolfgang Leser: „Wir haben nichts zu verbergen".

Danach stellt sich der Sachverhalt so dar: Im Jahr 1976 ist der Inhaber der Hansa-Gesellschaft für Öffentlichkeitsarbeit und Marktforschung mbh, Dr. E. Weisner, bei der Firma Leser aufgetaucht und hat erklärt, daß es seine politische Absicht sei, Berlin im Bewußtsein der Bevölkerung als Hauptstadt wieder aufzuwerten und den Gedanken an die Wiedervereinigung wachzuhalten. Er überreichte eine vielseitige Broschüre, in der diese Absichten dargestellt worden waren.Er betriebe sein Unternehmen im wesentlichen, um sich aus anfallenden Gewinnen die Mittel zu beschaffen, um diese Gedanken zu verwirklichen. „Irgendein Zusammenhang zwischen Herrn Dr. Weisner und einer politischen Partei war für uns nicht erkennbar. Dr. Weisner ließ im übrigen einfließen, daß er kein CDU-Mitglied sei".

Daraufhin hat die Firma Leser zwei Gutachten zu je 5 000 Mark im Jahre 1976 und eine Durchleuchtung ihrer Büroorganisation auf Rationalisierungsmöglichkeiten hin durch einen Betriebswirt der Hansa zu 5 000 Mark gekauft. Die Inhaber erklären dazu: „Diese beiden Gutachten lagen preis*lich durchaus sowohl im Rahmen un*seres Geschäftsumfanges als auch unserer Interessenlage. Sie sind geradezu als geschenkt zu bezeichnen gegenüber dem, was sich unser Staat auf diesem Gebiet leistet". Im Herbst 1979 sei dann durch die Presse gegangen, daß die Hansa-Betriebsgesellschaft eine Tochter der CDU sei und daß diese Gesellschaft Gelder illegal an die CDU weitergeleitet habe. „Von der CDU erhielten wir jedoch ein Schreiben, daß die Kunden der Hansa keinerlei Nachteile zu befürchten *hätten, da die Geschäftsabwicklung* völlig in Ordnung gewesen sei". Im April 1980 erschienen zwei Angehörige des Finanzamtes, um festzustellen, ob und in welchem Umfang die Firma Leser *Kunde der Firma Hansa* gewesen sind und sie erbaten die beiden Gutachten. Im Mai 1980 wurden die beiden Firmeninhaber von der Staatsanwaltschaft zu dem Vorgang gehört. Dazu erklären Wilhelm und Wolfgang Leser: „Aus den Protokollen über unsere Vernehmung war auf keinen Fall festzustellen, daß wir zur Zeit des Kaufes von Gutachten und Beratertätigkeit bei der Hansa von einem Zusammenhang mit der CDU gewußt hätten". Danach habe man lange Zeit nichts von dieser Angelegenheit gehört, „bis uns am 23. Februar 1984" zwei Strafbefehle zugegangen sind: Wilhelm Leser wurde darin *zu einer Geldstrafe von 38 500 Mark* und Wolfgang Leser zu einer Geldstrafe von 12 250 Mark verurteilt. Beide legten dagegen Berufung ein. Auf anwaltlichen Rat hin akzeptierten sie später die Einstellung des Verfahrens bei Zahlung eines Bußgeldes von zusammengenommen 35 000 Mark. Außerdem mußten Steuer für die 15 000 Mark, die das Unternehmen für die Gutachten und die Beratung ausgegeben hat, nachgezahlt werden. Wilhelm und Wolfgang Leser verweisen aufgrund von Erklärungen der *Bonner Staatsanwaltschaft darauf,* daß sie - wäre ihr Verfahren in Bonn abgewickelt worden - allenfalls mit nur geringen Geldbußen zu rechnen gehabt hätten. Bei der Bonner Praxis hätten sie pro Person nur mit einem Bußgeld bis zu 3 000 Mark zu rechnen gehabt. Bei Spenden bis zu 5 000 Mark hatte die Staatsanwaltschaft Bonn ohnehin jedes Verfahren eingestellt; Wilhelm und Wolfgang Leser wären mit je 7 500 Mark nur knapp über dieser Grenze gelegen. Beide erklärten: „Es gehört schon zu den *Eigentümlichkeiten unseres bundes*deutschen Rechtswesens, wie hier in der Sache unterschiedlich entschieden, geurteilt und bestraft wird."

Worms irritierte die eigene Partei

WILM HERLYN, **Düsseldorf**

Der nordrhein-westfälische Oppositionsführer Bernhard Worms hat sich gestern im Düsseldorfer Landtag der parlamentarischen Diskussion über die Bonner Pläne für Straffreiheit im Zusammenhang mit der früheren Parteispendenpraxis entzogen. Die mit absoluter Mehrheit ausgestattete SPD-Fraktion hatte dieses Thema in die *Aktuelle* Stunde eingebracht – durchaus im Sinne der Bonner SPD-Führung, die auch die SPD-Fraktionen in den anderen Landesparlamenten in diesem Sinne motiviert hat. So werden auch München und Stuttgart über Bonner Pläne (auf Antrag der SPD) debattieren.

Nicht Worms selbst, sondern der Abgeordnete Kurt *Biedenkopf* formulierte die Erklärung der Fraktion, jener Biedenkopf, den Worms im Kampf um die nordrhein-westfälischen Führungspositionen in der CDU vor Jahrefrist entmachtet hatte. Biedenkopf drehte die Argumentation um und sagte, die SPD habe der Opposition eine faire Debatte verweigert. Denn bei einer Aktuellen Stunde bestehe laut Geschäftsordnung für den einzelnen Abgeordneten nur die Möglichkeit eines einmaligen Fünf-Minuten-Beitrages. Dagegen könnten die Vertreter der Landesregierung solange reden, wie sie wollten: „Wenn also der Ministerpräsident 25 Minuten seine Selbstgerechtigkeit darstellen will, dann kann der Oppositionsführer nur fünf Minuten dagegen halten."

Er warf der SPD vor, sie habe den dreimaligen Wunsch der CDU auf *Aufhebung der Redebeschränkung* abgelehnt. Den Sozialdemokraten gehe es also „nicht um eine Sachdebatte,sondern lediglich um einen propagandistischen Schaukampf. Allerdings fügte Biedenkopf auch hinzu, die CDU-Fraktion in Düsseldorf „unterstützt das Anliegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die überwiegende Mehrheit des Stuttgarter Parteitages".

In der Fraktion herrschte helle Aufregung und Verunsicherung über das Schweigen des Vorsitzenden, dem zwei *Redeentwürfe* vorlagen. Vorhaltungen, auch der niedersächsische CDU-Fraktionschef Remmers habe am Vortag im hannoverschen Parlament eindeutig Stellung bezogen, wurde gestern begegnet, Hannover sei nicht Düsseldorf. Worms habe sich offensichtlich an das Versprechen der CDU-Führungsmannschaft halten wollen, vor dem heutigen Mittwochabend kein Abrücken von den Plänen des CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzlers Helmut Kohl in der Öffentlichkeit laut werden zu lassen. Remmers hatte dagegen erklärt, auch in seiner Fraktion bestünden „erhebliche, gewichtige und ganz gründsätzliche „Bedenken" gegen die geplante *„Amnestie". Diese Bedenken seien* bei „zweimaliger, sehr strittiger Diskussion über die Frage der Zustimmung in der Fraktion zutage getreten. Sie würden nun in dem Meinungsbildungsprozeß in Bonn eingebracht.

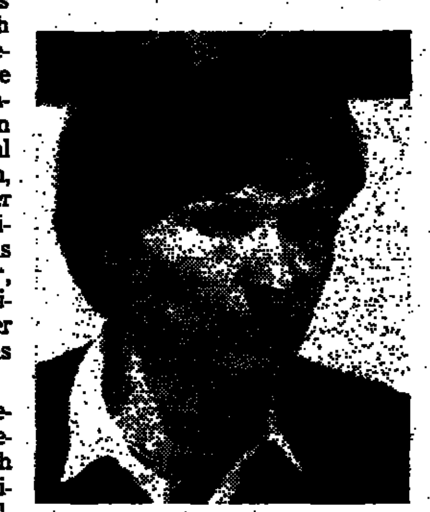
Biedenkopf hätte mit seinem Redebeitrag recht gehabt, daß es der SPD im wesentlichen um eine propagandistische Schau ginge – wenn nicht Ministerpräsident Johannes Rau entgegen seiner ursprünglichen Absicht selbst eingegriffen hätte. Er sagte nämlich: „Ich weiß, daß es in allen Parteien bedrückende Dinge gegeben hat – auch in meiner eigenen." Er rief dazu auf, „jetzt den Weg des Gesetzes zu gehen, sonst verweigert sich eine ganze Generation den Parteien". Führende Mitglieder der CDU-Fraktion bemerkten dazu, Worms hätte diese Sätze sagen müssen.

FDP: Keine Probleme mit Glaubwürdigkeit

Die Generalsekretärin der FDP hat in einem Interview mit dem Deutschlandfunk die Haltung ihrer Partei zum geplanten Amnestiegesetz erläutert. Die WELT veröffentlicht Auszüge aus diesem Interview.

Frage: ... Das geplante Amnestiegesetz ... ist so gut wie gescheitert. Die FDP, die als Initiator der Gesetzesvorlage gilt, ist dabei, ihre Verabredung mit der Union zu brechen. Niemand in Bonn rechnet noch damit, daß sich innerhalb der FDP eine Mehrheit für den Amnestieplan finden läßt... Oder rechnen Sie doch noch mit einer parlamentarischen Beratung des Amnestiegesetzes... ?

Adam-Schwaetzer: ... Es wäre besser, wenn es zu dieser parlamentarischen Beratung nicht mehr kommen würde... Wer nun die Initiative dazu (zum Amnestiegesetz) ergriffen hat, das wird sicherlich auch in den kommenden Wochen ein Spiel des Hin- und Herschiebens werden, und ich glaube, daß uns das überhaupt nicht weiterbringt. Es hat hier einen Plan gegeben, der verabredet worden ist, und ich meine, wir sollten von diesem Plan Abstand nehmen. Ich bin sehr sicher, daß für diese Pläne in der Bundesvorstandssitzung am Mittwochabend der FDP keine Mehrheit sich finden wird, und ich glaube auch, daß in der Fraktion eine Mehrheit hier für eine Unterstützung nicht mehr da ist. Für uns geht es jetzt darum, zu überlegen, wie wir die Geschlossenheit, mit der die Partei dieses Vorhaben abgelehnt hat, für uns weiterverwenden und daraus die Erschütterungen, vor denen wir stehen, überstehen.



Irmgard Adam-Schwaetzer FOTO: SVEN SIMON

Frage: Helfen Sie uns doch ..., den Sinneswandel der FDP zu ergründen. Die FDP-Fraktion hatte doch zunächst einmal dem Gesetzentwurf zugestimmt. Es war also die Parteibasis offenbar, die die Kehrtwendung erzwungen hat?

Adam-Schwaetzer: Auch in der Fraktionssitzung ... sind ... schwerwiegende Bedenken gegen diesen Plan deutlich geworden, und es hat ... eine Zustimmung der Fraktion gegeben. Ich habe im übrigen viel Verständnis für die Kollegen, die im nachhinein sich dann noch einmal sehr genau überlegt haben, wo sie da zugestimmt haben, und dann gesagt haben, daß sie dieses doch nicht mittragen können.

Frage: Genscher und Mischnick haben mit starken Worten die Gesetzesinitiative tagelang verteidigt, und heute handeln sie ja offenbar nicht aus Einsicht, wenn die FDP vom Amnestiegesetzentwurf abrückt, sondern aus Angst vor der öffentlichen Meinung, aus Angst, eine schwere Niederlage im FDP-Bundesvorstand kassieren zu müssen. Das ist doch eigentlich für die liberalen Wähler schwer nachvollziehbar?

Adam-Schwaetzer: ... Die Stellungnahmen aus der FDP-Basis, aus den Landesverbänden sind sicherlich nicht geprägt von einem Eingehen auf eine öffentliche Stimmung, sondern hier war von vornherein die Reaktion, die Ablehnung so groß, daß sie sich im Einklang befand, aber nicht eine Stimmung nachvollzogen hat. Was die Diskussion in den Füh*rungsgremien* angeht, es gibt natürlich Gründe, die dafür sprechen, ein solches Gesetz zu machen, und jeder muß für sich selbst entscheiden, welche Gründe für ihn schwerer wiegen, *die, die darauf abzielen, zu sagen,* es muß hier ein Schlußstrich unter eine Vergangenheit gezogen werden, die wir selbst mitverschuldet haben, oder aber diejenigen, die sagen, die Gerichte sind dafür da, diesen Schlußstrich zu ziehen.

Frage: So oder so, die FDP hat den 'Schwarzen Peter'. Wie will Ihre Partei aus diesem Dilemma herauskommen, die Glaubwürdigkeit der FDP und die Glaubwürdigkeit von Genscher und Mischnick scheinen doch, wie viele Beobachter meinen, schwer angeschlagen?

Adam-Schwaetzer: Was die Glaubwürdigkeit der FDP anbelangt, so sehe ich wirklich keine Probleme, vor allen Dingen, wenn es um die Frage der Koalition geht. *Diese* Koalition hat einen ganz klaren Wählerauftrag. der lautet ..., den Staat in Ordnung zu bringen, die Finanzen in Ordnung zu bringen, einen Wirtschaftsaufschwung zu initiieren. Dieses ist der Wählerauftrag und ... auch der Koalitionsauftrag... Der Wählerauftrag lautete nicht, ein solches Amnestiegesetz zu machen. Die Freien Demokraten werden ihren Wählerauftrag von A bis Z erfüllen, auch das, was in den Koalitionsvereinbarungen festgelegt ist. Da hat es auch in den *vergangenen Monaten überhaupt* keine Diskussion darüber gegeben...

Frage: Da ist wieder die Rede von Unzuverlässigkeit, da ist die Rede vom Umfall der FDP, kurzum, eine schwere Belastungsprobe für die Koalition ist es doch so oder so?

Adam-Schwaetzer: Das kommt darauf an, was letztendlich daraus gemacht wird. Auch die CDU kann ja überhaupt kein Interesse daran haben, ein solches Gesetz dann noch weiter durchzuboxen, wenn hier die Mehrheit ihres Koalitionspartners nicht mehr dahintersteht. Auch die Kritik in den eigenen Reihen der Union ist ja sehr massiv geworden...

„In einer liberalen Partei ist das so..."

WILM HERLYN, **Düsseldorf**

Staatsminister Jürgen Möllemann, Vorsitzender der FDP in NRW, erwartet für heute von den Bonner Gremien seiner Partei eine „nüchterne Bestandsaufnahme" zur Haltung seiner Partei in Fragen einer möglichen Amnestie für Steuersünder der früheren Parteispendenpraxis. Gegenüber der *WELT sagte er gestern:* „Wir müssen uns sachlich mit der ganz überwiegenden Mehrheit der FDP auseinandersetzen." Keinesfalls werde wird sich „die FDP aus den einmal gefaßten Plänen von Bundeskanzler Helmut Kohl und unserem Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher heimlich davonschleichen."

WELT: Sie haben als einer der ersten in Ihrer Partei sich rückhaltlos hinter Genscher und Kohl gestellt. Ihr eigner Landesvorstand votierte aber gegen die Amnestie-Pläne. Stehen Sie nun allein da?

Möllemann: Gewiß nicht. Natürlich ist das ärgerlich, wenn man als Vorsitzender auf die Nase fällt. Und meine Position in der Sache ist auch unverändert. Aber ich muß *und* werde die Argumentation des ganz überwiegenden Teils meiner FDP heute im Bundesvorstand wiedergeben und vertreten. Außerdem: In den von mir entworfenen fünf Punkten, in denen empfohlen wird, die Pläne noch einmal offen und im wechselseitigen Respekt unterschiedlicher Auffassungen zu diskutieren, ist ein für alle gangbarer Weg aufgezeigt worden. Wir haben auch empfohlen, in Verhandlungen mit dem Koalitionspartner die Zurücknahme des Gesetzent*wurfes zu erreichen.*

WELT: Glauben Sie, daß das Ansehen Ihrer Partei geschädigt ist?

Möllemann: Die innerparteiliche Diskussion bestätigt einmal mehr die individualistische und liberale Komponente der Freien Demokraten. In anderen Parteien ist so etwas, so scheint mir, nicht möglich. Das mit dem Hackenzusammenknallen, wenn der Bundesvorstand etwas entscheidet, hat bei der FDP noch nie geklappt. *Und das ist auch gut* so.

WELT: Ist denn nicht die Einheit gerade des Landesverbandes von Nordrhein-Westfalen, der mit 22 Mitgliedern der stärkste ist, gefährdet, wenn sein Vorsitzender so, der Vorstand aber ganz anders entscheidet?

Möllemann: Sie sehen doch an einer *anderen Entscheidung* etwa, *die auch* in der Sitzung getroffen worden ist, daß in anderen Sachfragen wieder Einmütigkeit herrschen kann. Wir haben ja auch beschlossen, daß wir ein Votum abgeben werden auf dem kommenden Bundesparteitag, Hans-Dietrich Genscher als Bundesvorsitzenden wiederzuwählen, ja die Spitze des Bundesvorstandes überhaupt. *Das* ist doch auch ein Vertrauensbeweis für mich.

WELT: Aber Ihre eigenen Parteifreunde sprechen von Unruhe und Verunsicherung?

Möllemann: In einer liberalen Partei ist das so – da kocht der eine oder andere auch sein eigenes Süppchen. Das stört mich nicht. Entscheidend ist doch, daß auch respektiert wurde, daß ich und drei andere Abgeordnete (die Bundestagsabgeordneten Cronenberg, Gattermann und Bockmann, d. Red.) eine andere *Position* in Sachen Amnestie eingenommen haben. Wir haben aber alle um einen Weg gerungen, der es uns erlaubt, seriös vorzugehen – auch mit unserem Koalitionspartner, der CDU/CSU. Doch der kann es auch nicht gelegen sein, einen tiefgreifenden Dissens zwischen FDP-Bundesvorstand und Basis zu haben. Es wäre schon ein Treppenwitz der Geschichte, wenn die Koalition wegen solch einer Frage auseinanderbricht.

Hearing über Bekämpfung neuer Formen des Verbrechens

WERNER KAHL, Bonn

Polizei und Strafverfolgungsbehörden müssen auf die Kriminalität mit ihren neuartigen Verbrechensformen, die in den vergangenen Jahren in der Bundesrepublik Deutschland überproportional angestiegen ist, wirksamer und flexibler reagieren. Das betonten gestern Sachverständige bei einer Anhörung vor den Arbeitsgruppen Rechts- und Innenpolitik der CDU / CSU-Bundestagsfraktion in Bonn. Der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger bezeichnete die Situation, die die Koalition bei ihrer Regierungsübernahme 1982 vorgefunden habe, als schwere rechts- und gesellschaftspolitische Hypothek.

Der Leiter des Hearings, der CDU-Abgeordnete Karl Miltner, forderte mit Nachdruck, die Gesellschaft müsse bei den Ursachen der Verbrechen ansetzen und die Erziehung von Elternhaus und Schule unterstützen. Auf die daraus sich ergebenden Konsequenzen für Familienpolitik, Unterrichtsinhalte, Lehrpläne und Jugendschutz (Geschäftemacher im Videobereich) wurde in einer gemeinsamen Erklärung aller Arbeitsgruppen hingewiesen.

Nach Darstellung der Unionspolitiker hat das Hearing gezeigt, daß viele rechtliche Regelungen überdacht und neue Organisationsformen geschaffen werden müßten. So solle das Bundeskriminalamt beispielsweise stärker in die Verfolgung von Umweltdelikten eingeschaltet werden. Angesichts des im Vorjahr erstmals geringeren Kriminalitätsanstieges warnte der frühere niedersächsische Justizminister Schwind, eine „Tendenzwende" sei – entgegen dem Anschein – nicht erkennbar. Die CDU / CSU will jetzt prüfen, welche gesetzgeberischen Maßnahmen noch in dieser Legislaturperiode eingeleitet werden können.

Moskau beschließt härtere Strafen

AFP, Moskau

„Kriminelle", hauptsächlich im Bereich der Wirtschaft, werden in der Sowjetunion in Zukunft härter bestraft werden. Der Oberste Gerichtshof in Moskauhat die sowjetischen Gerichte zu „strengen Strafen" in Fällen von Spekulation, Korruption und Diebstahl von Volkseigentum angewiesen. Auch Personen, die sich weigern, ein „ehrliches Leben" zu führen sowie rückfällige Verbrecher sollen härtere Strafen erhalten.

Nach Mitteilung der amtlichen Nachrichtenagentur Tass befaßten sich die obersten Richter auch mit „Zwangsmaßnahmen medizinischen Charkaters". Nach Ansicht von Beobachtern könnte es sich dabei um die Zwangsernährung von Hungerstreikenden und Einweisungen in psychiatrische Krankenhäuser handeln.

Ein Rekord für Genscher: 10 Jahre Außenminister

GEORG SCHRÖDER, Bonn

Der Parteivorsitzende Genscher steht wegen des Amnestiegesetzes am Mittwoch im Zentrum des Sturms, der auf der Sondersitzung des Bundesvorstands und der Fraktion der FDP an ihm rütteln wird. Und das ausgerechnet an dem Tag, an dem er nicht ohne Stolz sich und uns daran erinnern wollte, daß er an diesem 16. Mai zehn Jahre an der Spitze des Auswärtigen Amtes steht.

Der Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher kann nicht nur auf die längste Amtszeit in diesem Amt in Bonn zurückblicken, er ist auch der dienstälteste Außenminister im westlichen Bündnis. Das ist gar nicht so wenig, vor allem wenn man daran erinnert, daß der Mann, der sich seinen Namen zuerst als Parteimanager, dann als Bundesinnenminister gemacht hatte, von gar nicht so wenigen voll Skepsis betrachtet wurde, als ihn Walter Scheel zu seinem Nachfolger auf den Sessel des Außenministers hochhievte. Inzwischen genießt der Außenpolitiker Genscher auch unbestreitbar internationales Renommee.

Wenn man in alten Jahrgängen der WELT nachblättert, dann findet man am 10. Juni 1974 ein Gespräch mit dem frischgebackenen Außenminister, aus dem man ersieht, daß er keine Angst vor dem internationalen Parkett hatte. Man kann dann auch nachlesen, daß damals gegenüber Genscher wie heute gegenüber Kohl in den Illustrierten zu seiner Abwertung mangelnde Fremdsprachenkenntnis breitgetreten wurde. Hat ein Konrad Adenauer mit seinem Freund, dem amerikanischen Außenminister Foster Dulles, nicht auch bei Vier-Augen-Gesprächen sich immer nur über einen Dolmetscher verständigt? So damals der selbstbewußte Hinweis Genschers.

Henry Kissinger, nicht gerade bekannt als Schmied von Komplimenten, urteilt in seinen Memoiren über Genscher: „Genscher erwies sich als einer der ganz seltenen Sorte von Menschen, die sich erst im späteren Leben der Außenpolitik zuwenden, dann aber eine ungewöhnliche Begabung für sie zeigen. Er wußte, daß Deutschlands gefährdete Lage keine komplizierten Manöver erlaubte. Seine Erfolge verdankte er seiner Beständigkeit, einem guten Urteilsvermögen, Klugheit, Anständigkeit und seiner Fähigkeit, Vertrauen zu erwecken. Während meiner Amtszeit und der meiner Nachfolger machte er sich einen Namen als 'leader', den man überaus ernst nehmen muß, als jemand, dessen Urteil wir als Bestätigung empfanden, wenn es zustimmend war, als wertvolle Warnung bei den wenigen Gelegenheiten, bei denen wir nicht übereinstimmten."

1974, in einer Zeit, in der die Entspannungs-Euphorie verflogen war, schickte sich Genscher an, nüchterne Außenpolitik zu machen. Daß er den Begriff „Entspannungspolitik" nie ohne das Attribut „realistisch" verwandte, daß er vor der Vollversammlung der UNO die Gelegenheit nutzte, um deutlich zu machen, daß auch nach dem Willen der Bundesregierung trotz aller Verträge die deutsche Frage weiter offen sei, sollte nicht vergessen werden.

Ost-Berlin über künftigen Kurs Moskaus stark verunsichert

„DDR"-Außenminister Fischer mußte sich im Kreml kritische Worte gefallen lassen

HANS-R. KARUTZ, Berlin

In Ost-Berlin herrscht erhebliche Unsicherheit über den weiteren Moskauer Kurs. Deshalb hält die SED-Führung gegenüber Bonn zwar grundsätzlich am Besuch Erich Honeckers im Westen fest, jedoch ist diese Reise noch keineswegs endgültig. Moskau hat gegenüber Ost-Berlin seit Jahresanfang mindestens zweimal massive Kritik an „innerdeutschen Wegen" der SED und einer zu defensiven Unterstützung der Moskauer Anti-Raketen-Aufstellungspläne geäußert.

Dies erfuhr die WELT aus westlichen Quellen in Berlin, nachdem in den vergangenen Tagen hochrangige Abgesandte Ost-Berlins mit westlichen Politikern sprachen. In diesen Unterredungen gewannen die hiesigen Gesprächspartner den Eindruck, daß Ost-Berlin mit „außerordentlicher Skepsis" den nächsten Monaten entgegensieht.

Die „DDR"-Seite verschwieg in diesen vertraulichen Gesprächen nicht ihre „erhebliche Besorgnis", daß weder in den sowjetisch-amerikanischen noch gar in den deutsch-deutschen Beziehungen bereits der Tiefpunkt erreicht sei. Die vorgesehene Reise Honeckers in die Bundesrepublik sei zwar aus Ostberliner Sicht „nach wie vor sehr wünschenswert und auch beabsichtigt", müsse jedoch vom politischen Umfeld im kommenden Herbst abhängig gemacht werden.

Unter welchen sowjetischen Druck die Ostberliner Führung zunehmend gerät, ließ sich gestern beispielhaft anhand der Ostberliner Presse nachweisen: Zum zweitenmal nach November 1983 kündigten die Blätter auf der Titelseite die Stationierung einer „zusätzlichen Anzahl sowjetischer operativ-taktischer Raketenkomplexe größerer Reichweite" an. Offenbar als Gegengewicht dazu placierten die SED-Blätter als Hauptartikel einen Brief Honeckers an den Präsidenten des französischen Widerstandskämpfer-Verbandes. Unter der Überschrift „DDR verwirklicht Schlußakte von Helsinki nach Geist und Buchstaben" wird darin Honeckers Äußerung wiedergegeben, Ost-Berlin strebe „mehr Sicherheit mit weniger Waffen" an.

Die äußere Harmonie zwischen Moskau und Ost-Berlin soll – Quellen aus blockfreien Staaten zufolge – zum erstenmal zum Jahresanfang gestört gewesen sein. „DDR"-Außenminister Oskar Fischer hielt sich am 3./4. Januar in der UdSSR auf und soll scharfe Erklärungen von Andrej Gromyko zu hören bekommen haben. Offenbar mißfielen Moskau die Bemerkungen Honeckers auf der 7. Tagung des SED-Zentralkomitees. Der SED-Chef hatte davon gesprochen, die Gegenmaßnahmen des Warschauer Pakts „lösen in unserem Lande selbstverständlich keinen Jubel aus". Zwar seien sie „unumgänglich" gewesen, aber Honecker schränkte ein: „Wir waren nie Anhänger des Wettrüstens und werden es nie sein."

Honeckers Schlüssel-Satz – in Richtung Bonn gesprochen – kam den Sowjets nicht gelegen: „Wir sind dafür, den Schaden möglichst zu begrenzen." Nachträglich läßt sich die Verärgerung Moskaus auch aus dem Gromyko-Fischer-Kommuniqué herauslesen. Gleich zweimal wird darin der Gast aus Ost-Berlin damit zitiert, er habe „voll und ganz" die von Andropow angekündigte Gegenstationierung unterstützt. In einem gesonderten Absatz heißt es sogar ausdrücklich: „Oskar Fischer erklärte, daß die DDR diese von der Sowjetunion zu recht eingenommene Position voll und ganz teilt."

Eine zweite Phase der Kritik mußte die „DDR"-Führung dann nach dem auffälligen Défilee Bonner Politiker-Prominenz während der Leipziger Messe ertragen. Während der Pakt-Tagung im April in Budapest spielte wiederum der ideologische Konflikt über die möglicherweise „abweichenden" wirtschaftsreformerischen oder allzu sehr mit dem Westen anbandelnden ungarischen und deutschen Genossen eine Rolle.

Erst nach Leipzig und Budapest wurde der Kühle wegen die deutsch-deutsche Atemluft wieder als Wolke sichtbar: Ost-Berlin stoppte den Jugendaustausch; mußte Vikar Quaßdorf nach einem Schreckensurteil für 14 Monate ins Gefängnis; protestierte Ost-Berlin gegen eine angebliche „Kampagne" wege der abschreckenden Kontrollen vor der Bonner Vertretung.

Schroffe Töne Börners gegenüber den Grünen

D. GURATZSCH, Wiesbaden

In Hessen ist der Poker zwischen SPD und Grünen über Tragfähigkeit und Grundlage für die Tolerierung eines SPD-Minderheitskabinetts durch die Grünen auf dem Höhepunkt angelangt. Nachdem der hessische Ministerpräsident Holger Börner kürzlich in einem Interview mit alternativen Zeitungen schroffe Töne angeschlagen hatte, erwarten die Alternativen von der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses im Landtag „endgültigen Aufschluß" über die noch strittigen Fragen. Am Sonnabend beginnt in Lollar bei Gießen die entscheidende Landesmitgliederversammlung der Grünen, auf der über das Bündnis mit der SPD abgestimmt werden soll.

Bei den noch offenen Punkten handelt es sich um die Nachtstarts auf dem Frankfurter Flughafen, geplante Gefängnisneubauten, Straßenbauprojekte sowie Fragen der Müllentsorgung in Hessen.

Unter den Straßenbauprojekten ist die seit 30 Jahren umstrittene Umgehungsstraße für Eltville zum Hauptzankapfel geworden. Während der hessische Wirtschafts- und Finanzminister Heribert Reitz den vierspurigen Ausbau per Sofortvollzug durchdrücken will, verlangen die Grünen eine Reduzierung des Straßenprofils auf zwei Spuren und den Verzicht auf das Mittel des Sofortvollzuges, den Börner ihnen zugesagt hatte.

Bei den hessischen Mülldeponien ist die seit acht Jahren von der Gemeinde angefochtene Sondermüllagerstätte Mainhausen ins Zentrum des Streits gerückt. Hier fordern die Grünen über den von Börenr zugestandenen Verzicht auf die Lagerung von Giftmüll hinaus den grundsätzlichen Verzicht auf eine Lagerung gefährlicher Abfälle unterhalb des Grundwasserspiegels. Darüber sind sie in eine handfeste Auseinandersetzung mit dem hessischen Umweltminister Karl Schneider geraten, der die Deponie trotz aller Widerstände Anfang kommenden Jahres in Betrieb nehmen will.

Vor der Presse hat Börner für beide Streitfragen weitere Konzessionen abgelehnt. Die Straße von Eltville sei eine „höchst überfällige Bauentscheidung". Er stehe zur Entscheidung seines Ministers. Bei Mainhausen habe er den Umweltminister gefragt: „Gibt es noch einen Punkt, wo wir weiter gehen können?" Schneider habe verneint, und er, Börner, wolle seinen Umweltminister nicht „schlachten" lassen. Deshalb müsse die Kooperation mit den Grünen nicht scheitern. Er halte sie für „faire Partner". Börner wörtlich: „Ich will diese Zusammenarbeit. Ich halte sie für eine historische Perspektive."

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Lohse: Einseitigkeit in der Kirche entgegentreten

Appell des Ratsvorsitzenden der EKD an bewußte Christen

idea, Hannover

Die bewußten Christen hat der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Eduard Lohse, gebeten, nicht aus der Kirche auszutreten, sondern mitzuhelfen, daß „wir in der Kirche bei unserem Auftrag bleiben". Dies könne man am besten dadurch, daß man einseitigen Äußerungen entgegentritt und die kritische Auseinandersetzung mit denen sucht, deren Auffassung man nicht teilt. Lohse betonte: „Wir dürfen uns gegenseitig nicht loslassen."

Der hannoversche Landesbischof war vor fünf Jahren am 17. Mai in Berlin zum Ratsvorsitzenden gewählt worden. Wie er in einem Interview mit dem Informationsdienst der evangelischen Allianz (idea) aus Anlaß dieses Jubiläums äußerte, könne man verstehen, daß sich ein bewußter Christ manchmal über Äußerungen in der Kirche kräftig ärgere. Wer deshalb aber aus der Kirche austrete, könne nicht mehr zurechtrücken, „was vielleicht falsch läuft".

Nach seinen Angaben ist es spürbar, daß in den vergangenen 15 Jahren „viele Menschen" die Kirche verlassen haben und keine Kirchensteuern mehr zahlen. Die häufig geäußerte Kritik, daß die Konservativen in der Kirche nicht ernst genommen werden, wies Lohse zurück: „Wir bemühen uns, daß wir sie ebenso zu Wort kommen lassen wie die, die stärker politisch und sozial engagiert sind." In einer Volkskirche müßten unterschiedliche Meinungen geäußert und besprochen werden können.

Lohse nahm auch Stellung zu der Forderung nach Abschaffung oder Änderung des Kirchensteuersystems. Änderungen seien natürlich denkbar. Ein Ende der Kirchensteuer hätte jedoch eine „überaus schmerzhafte Einschränkung kirchlicher Arbeit zur Folge". Der Bischof wandte sich auch gegen eine Mischform, bei der jeder selbst über die Verwendung eines Teils seiner Steuern bestimmen kann, da hierzu ein sehr kompliziertes System aufgebaut werden müsse. Lohse: „Wir möchten deshalb alle Kirchensteuerzahler bitten, daß sie aufmerksam verfolgen, welche Finanzentscheidungen in unseren Synoden getroffen werden."

SPD und die Grünen wollen klagen

Niedersachsen verabschiedet als erstes Bundesland ein Landesrundfunkgesetz

DW. Hannover

Als erstes Landesparlament der Bundesrepublik Deutschland hat der niedersächsische Landtag gestern mit der absoluten Mehrheit der CDU und gegen die Stimmen von SPD, FDP und Grünen ein Landesrundfunk-Gesetz unter Einschluß des Privatfunks verabschiedet. In der vorangegangenen dreistündigen kontroversen Debatte bezweifelten SPD und Grüne die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes und kündigten dagegen Verfassungsklagen an, die über ihre Bundestagsfraktionen beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingereicht werden sollen.

Die Grünen hatten sich mit ihrer Forderung nach Lokalsendern nicht durchsetzen können und sprachen von einer „Markterpressung der Zuschauer". Die wirtschaftlich Schwachen würden in Zukunft ein Informationsdefizit haben.

Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) kritisierte in der Debatte die von der SPD angekündigte Verfassungsklage „als letztes Mittel, um vielleicht doch noch wenigstens für einige Monate den Beginn der neuen Medienzukunft zu verhindern". Die Landesregierung sehe der Klage mit großer Gelassenheit entgegen. CDU und Regierung hätten „sorgfältigst geprüft, daß das Gesetz, das wir machen, auch einer verfassungsmäßigen Überprüfung standhält".

Das Landesrundfunkgesetz gilt für die Veranstaltung von Hörfunk und Fernsehen durch Veranstalter privaten Rechts in Niedersachsen. Es gilt auch für die Verbreitung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen – die außerhalb des Geltungsbereichs des Gesetzes veranstaltet werden – durch technische Übertragungseinrichtungen in Niedersachsen. Den Veranstaltern privaten Rechts sind die öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften und die öffentlich-rechtlichen Weltanschauungsgemeinschaften gleichgestellt. Das Gesetz gilt auch für elektronisch gespeicherte oder fortlaufend verbreitete Programme, bei denen die einzelnen Sendungen jeweils zum Empfang bereitgestellt werden.

Die Sendeerlaubnis wird nach dem Gesetz von der zuständigen obersten Landesbehörde (Erlaubnisbehörde) erteilt. Die Erlaubnis muß für die höchstzulässige Erlaubniszeit beantragt werden. Die Programme müssen auch die Ereignisse des politischen, wirtschaftichen, sozialen und kulturellen Lebens in Niedersachsen darstellen. Der Antragsteller soll erwarten lassen, daß er in der Lage ist, ein Programm zu veranstalten, das professionellen Ansprüchen genügt. Die Auswahl unter den Antragstellern trifft der Landesrundfunkausschuß, dessen Zusammensetzung dem bisherigen Rundfunkrat entspricht.

Das Programm muß nach seinem Inhalt auf eine mindestens landesweite Verbreitung ausgerichtet sein. Es ist zulässig, die technischen Übertragungseinrichtungen für lokale und regionale Bereiche auseinanderzuschalten und dort unterschiedliche Sendungen zu verbreiten. Der Anteil dieser Sendungen am Programm darf nicht mehr als ein Viertel der täglichen Sendezeit betragen. Die Programme müssen die bedeutsamen politischen, weltanschaulichen und gesellschaftlichen Kräfte und Gruppen angemessen zu Wort kommen lassen. Die Werbung ist vom übrigen Programm deutlich zu trennen und darf nur in Blöcken verbreitet werden. Sie darf 20 Prozent des Sendeumfangs nicht übersteigen.

STELLENANGEBOTE



AUTOFLUG

Zum Ausbau unseres Bereichs Industrieausrüstung suchen wir einen bereits berufserfahrenen und ideenreichen

Konstrukteur
Elektromaschinenbau

Das Aufgabengebiet umfaßt die Produkt- und Weiterentwicklung von elektromechanischen und elektrotechnischen Sicherungsanlagen von der Konstruktion bis zur Serienreife. Neben einer Ingenieur-Ausbildung der Elektrotechnik im Niederspannungsbereich wird mindestens 2–3 Jahre Berufserfahrung in den Sparten Elektromechanik und Elektromaschinenbau erwartet; Kenntnisse aus dem Apparatebau wären vorteilhaft.

Interessenten werden gebeten, ihre Bewerbungsunterlagen mit Lichtbild, Gehaltsvorstellung und Angabe des frühestmöglichen Eintrittstermins an unsere Personalabteilung zu senden.

Autoflug, 2084 Rellingen 2/bei Hamburg
Industriestraße 10, Telefon (0 41 01) 3 00 - 2 43

reichelt

Als führendes pharmazeutisches *Großhandelsunternehmen mit 9 Betrieben im* norddeutschen Raum beliefern wir täglich über 3000 Apotheken.

Für den weiteren Ausbau unseres Liefergebiets *suchen wir einen erfahrenen*

Gebiets-Verkaufsleiter

zum Besuch von Apotheken

Sie sollten bereits eine erfolgreiche Tätigkeit im Pharma-Außendienst (Industrie, Handel) nachweisen können.

Nach sehr sorgfältiger Einarbeitung bieten wir Ihnen erfolgsorientierte Bezüge.

Wir bitten um Ihre Kurzbewerbung – oder rufen Sie uns an.

F. Reichelt AG
– Hauptverwaltung –
Rahlau 88–90, 2000 Hamburg 70
Tel. 0 40 / 6 69 88–411 (Sekretariat – Frau Wegener)

AUTOFLUG

Spezialist
Fertigungssteuerung

Zum Aufbau unserer Abteilung Auftragssteuerung suchen wir einen berufserfahrenen Spezialisten für die Fertigungssteuerung. Das Aufgabengebiet erfordert Kenntnisse der innerbetrieblichen Logistik/Fertigungssteuerung für Einzel- und Kleinserienfertigung. Erfahrungen bei der Einführung von EDV-gestützten Systemen und integrierten Informationssystemen sind notwendig. Wünschenswert wäre eine vorhergehende Tätigkeit in der Textilverarbeitung.

Unser neuer Mitarbeiter sollte zwischen 35 und 45 Jahren sein und eine Ausbildung zum Wirtschaftsingenieur oder Technischen Betriebswirt absolviert haben. Zusätzlich ist kaufmännisches Verständnis für die Aufgabenstellung unabdingbar. Führungseigenschaften und Durchsetzungsvermögen sind ebenso erforderlich wie gute Englischkenntnisse. Nach Bewährung ist die Leitung der neugeschaffenen Abteilung vorgesehen.

Interessenten werden gebeten, ihre Bewerbungsunterlagen mit Lichtbild, Gehaltsvorstellung und Angabe des frühestmöglichen Eintrittstermins an unsere Personalabteilung zu senden.

Autoflug, 2084 Rellingen 2/bei Hamburg
Industriestraße 10, Telefon (0 41 01) 3 00 - 2 43

Exam. Krankenschwester ab Ende 30

zur Unterstützung der Oberschwester
für Seniorenwohnsitz in Lübeck gesucht.

Angebote unter U 6583 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



AUTOFLUG

Wir erweitern unsere Vertriebsaktivitäten für

Kraftfahrzeug-Sicherheitsgeräte

und suchen einen

Vertriebskaufmann

Die vielfältige Aufgabe erfordert Erfahrung, Organisationstalent und technisches Verständnis. Unsere Abnehmer sind die Automobilindustrie sowie der Auto-Zubehörhandel (Groß- *und Einzelhandel, Fachabteilungen der Kaufhäuser).*

Von unserem zukünftigen Mitarbeiter erwarten wir eine solide kaufmännische Ausbildung, den Nachweis erfolgreicher verkäuferischer Tätigkeit und die Bereitschaft zu reisen. Gute *englische Sprachkenntnisse sind von Vorteil. Kenntnisse der* Automobil-Zulieferindustrie erleichtern Ihren Start bei uns.

Bitte senden Sie uns Ihre aussagefähige Bewerbung mit Angabe Ihres Gehaltswunsches und des frühestmöglichen Eintrittstermins.

Autoflug, 2084 Rellingen 2 (bei Hamburg)
Industriestraße 10, Telefon (0 41 01) 3 00 – 2 43

Wir sind eine große Institution im Dienstleistungsbereich mit mehreren tausend Mitarbeitern. Aufgrund der Größenordnung und Komplexität unserer Organisation kommt dem

Verwaltungsleiter

ganz besondere Bedeutung zu. Er ist als Hauptabteilungsleiter für fast 300 Mitarbeiter in folgenden Aufgabenbereichen zuständig:

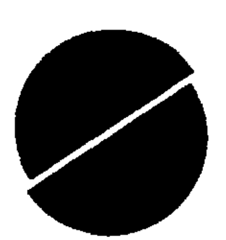
- Beschaffung
- *Transport*
- Allgemeine Verwaltung
- Datenverarbeitung
- *Bauwesen/Liegenschaften*

Wir wenden uns an Herren in leitender Funktion im Alter bis etwa 45 Jahren mit entsprechender Erfahrung in Organisation und Verwaltung, besonders aus den Bereichen Öffentliche Verwaltung, Behörden, Gesundheitswesen oder großen Dienstleistungs-Unternehmen.

Der Stelleninhaber sollte Durchsetzungsfähigkeit und Engagement mit Urteilsvermögen und der Fähigkeit verbinden, sich auf *verschiedenartige* Situationen rasch und adäquat einzustellen. Für Mitarbeiter und Unternehmensleitung sollte er ein kompetenter, respektierter Gesprächspartner sein.

Im Einklang mit der Bedeutung dieser Position liegt die Dotierung im sechsstelligen Bereich *bei bemerkenswerten* Versorgungs- und Sozialleistungen. Der Standort unserer Organisation ist Norddeutschland.

Wenn Sie an dieser wichtigen Aufgabe interessiert sind, sollten Sie sich bitte mit der von uns beauftragten Beratungsgesellschaft für einen ersten, vertraulichen Informationsaustausch in Verbindung setzen. Schriftliche Bewerbungen sollten Sie an die unten aufgeführte Adresse schicken. Gern sichern wir Ihnen strikte Berücksichtigung Ihrer Sperrvermerke zu.



Stein Unternehmensberatung GmbH
Bettinastr. 53–55 · 6000 Frankfurt/M. · Tel. (0611) 74 90 71

Neueinführung eines ethischen Arzneimittels

Als Unternehmen der forschenden pharmazeutischen Industrie und Hersteller bekannter Arzneimittel arbeiten wir seit über 50 Jahren erfolgreich auf nationalen und internationalen Märkten.

Für die bevorstehende Einführung eines neuen Präparates und dessen Etablierung im Markt suchen wir für unsere Hauptabteilung Marketing und Vertrieb einen



Produktmanager-Pharma

Neben Ihrer wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung sollten Sie bereits Ihr Können im Pharma-Markt oder artverwandten Bereichen unter Beweis gestellt haben. Englischkenntnisse sind erforderlich.

Als erfahrener Produkt-Manager ist Ihnen die Aufgabenstellung, speziell bei Neueinführung eines Präparates, bekannt.

Sie finden in unserem Unternehmen nicht nur eine interessante Tätigkeit, sondern auch die entsprechende Dotierung sowie einen respektablen Katalog zusätzlicher Leistungen.

Die Stadt Waltrop, dort haben wir erst vor kurzem unser neues Forschungs- und Verwaltungsgebäude bezogen, liegt nahe den Ruhrgebietsgroßstädten und dem Münsterland.

Wir erwarten gerne Ihre schriftliche Bewerbung. Für eine telefonische Vorabinformation steht Ihnen der Leiter unserer Hauptabteilung Personal und Recht, Herr Fast, Tel. 02309/64-223, zur Verfügung.

Thiemann – ein Unternehmen der Akzo-Gruppe

Thiemann Arzneimittel GmbH
Postfach 440, 4355 Waltrop, Tel. (02309)64-0

Zum frühestmöglichen Termin suchen wir für unsere Kraftschadenabteilung einen

Abteilungsingenieur

für die Beratung der Abteilungsleitung und Schulung der Mitarbeiter in kfz-technischen Fragen, Bearbeitung technisch schwieriger Fälle, Erstellungen von Verkehrsgutachten sowie die Wahrnehmung verschiedenster mit einer Stabsfunktion verbundenen Aufgaben.

Wir erwarten neben einem abgeschlossenen Studium der Fachrichtung Kfz-Technik oder Maschinenbau an einer TU eine mehrjährige Tätigkeit in verantwortungsvoller Position der Kfz-Branche.

Die Aufgabe erfordert Verantwortungsbereitschaft, Verhandlungsgeschick und Fähigkeit zur Teamarbeit.

Wir bieten Ihnen die sozialen Leistungen eines Großunternehmens *sowie eine den Anforderungen* entsprechende Bezahlung.

Eine umfassende Einarbeitung in die neue Aufgabe ist *selbstverständlich.*

Bewerbungsunterlagen sind zu richten an:

Allianz Versicherungs-AG
Zweigniederlassung für Norddeutschland
Personalabteilung
Großer Burstah 3, 2000 Hamburg 11




Produktion mit Zukunft

Ein international angesehenes norddeutsches Maschinenbau-Unternehmen mit ca. 90 Prozent Exportanteil sucht den Nachfolger für den Leiter der Produktionstechnik. Etwa 35 bis 45 Jahre alt, mit Hochschulstudium in Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik, soll der neue Mann kreativ *und aufgeschlossen an der weiteren* Expansion mitarbeiten.
Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 19. Mai, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.
Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen.

Informieren Sie sich umfassend, bevor Sie sich entscheiden!

70%

der Stellenangebote in der WELT sind exklusiv. Sie finden sie gleichzeitig in keiner anderen Zeitung. Das heißt:
Sie brauchen die WELT. Jeden Samstag.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

01-929

Amsterdam

Redegewandten, arbeitswilligen Männern bieten wir überdurchschnittliche Verdienstmöglichkeiten.

Nähere Informationen: Tel. 00 31 / 20 27 33 18 / 27 33 84
Nennen Sie Ihre Telefonnummer, wir rufen zurück.
Estwood B.V. Amsterdam

Fahrer gesucht
Führerschein Kl. 3, Waffenschein erforderl.
Tel. 02 51 / 71 75 26 v. 9–12 Uhr u. v. 14.30–16.30 Uhr

Selbständige Existenz
Moderne Ehe-/Bekanntschaftsanbahnung sucht geeignete Damen und Herren für die Einrichtung einer Filiale. Kapital DM 3000 bis 15 000 erforderlich. Nebenberuflicher Start möglich.
CPA, Postfach 11 04 41, 6000 Frankfurt 11

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Werden Sie der NEUE Foto-Fachhändler

Das von KIS entwickelte und verkaufte Tageslicht-MINILAB macht Furore – im rasant wachsenden 1-Stunden-Farbbilder-Markt – mit außerordentlich hoher Rentabilität und enormen Gewinnmargen

1 Stunden-Service KIS PHOTO

Alte verkrustete Branchenstrukturen brechen auf, neue, zukunftsweisende Technologien und Vertriebssysteme gewinnen rapide an Bedeutung. Fast 2 Milliarden Farbbilder werden jährlich in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt und geprintet (westl. Welt gesamt ca. 20 Mrd. p.a.).
Das ist Ihre CHANCE, im neuen 1-Stunden-Farbbildermarkt hohe Gewinne zu realisieren ● bei überschaubaren Investitionskosten (rd. DM 60.000,- oder Leasing – incl. Beratung, gründliche Ausbildung, kompl. Marketing-Konzept) ● mit einem rasant wachsenden, internationalen Großunternehmen im Rücken (Expansion 1983 +75%/intern. rd. 50% Marktanteil bei Minilabs innerhalb von nur 24 Monaten).
Werden Sie einer der NEUEN, erfolgreichen FOTO-FACHHÄNDLER?
Sprechen Sie umgehend mit uns!
KIS Photo, Oberbilker Allee 167,
4000 Düsseldorf 1
Telefon 02 11/77 10 33

Bis 30% Provision für Vertriebs-Gruppen

auch Immobilien-Makler, Anlageberater, Versicherungs-Agenturen, Steuerberater etc.

Direkt vom Eigentümer vermietete Eigentumswohnungen in Berlin, nur beste Citylagen, Objekte voll modernisiert. Preise auf Gutachterbasis, zwischen 80 000,– bis 300 000,– DM pro Wohnungseinheit mit Mietgarantie.

Interessenten, die entsprechende Erfahrungen besitzen, nehmen bitte Kontakt auf unter M 6599 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Achtung! Marktnische!

Besuchen Sie Ärzte, Handwerksbetriebe, Vereine, Verbände oder *Firmen mit eigenem Firmenzeichen?*
Dann haben wir eine sehr attraktive Neuheit für Sie! Ein leicht verkäuflicher, exklusiver Mitnahmeartikel mit hoher Provision und interessantem Folgegeschäft.
Anfragen seriöser Handelsvertreter an:

Zeitter Versand GmbH, Postfach 21 01 50
8000 München 21
Tel. 0 89 / 7 06 37 37, Telex 52 14 772

Unternehmensberater sucht agilen
Steuerberater
mit fundierter Datex-Erfahrung als unabhängigen Partner (Bürogemeinschaft, Sozietät o. ä.). Standort Hamburg. Räume, Einrichtung, Sekretariat etc. vorhanden. (Ausgangsbasis für Praxisgründung.)
Zuschr. u. N 6600 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Scheidung droht?
... mit der Folge von erheblichen Vermögensschäden und eventueller Existenzgefährdung? Wir helfen mit bewährten Verfahren und sichern Sie vor
Vermögensschäden!
Anfragen, die streng vertraulich behandelt werden, unter M 6469 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Für den Vertrieb unserer bekannten Spezialbaustoffe suchen wir für das Gebiet der PLZ 4 u. 5 eine
Handelsvertretung
die bei Baustoffhandlungen, Dachdecker-Zimmereien, bestens eingeführt ist.
Angeb. erb. u. G 6705 an *WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen*

RENT AN OFFICE
an einer erstklassigen Adresse in *Zürich*
Empfang Telefon
Konferenzraum
RENT A SERVICE
(nach Mass)
Sekretariat Telex
Fakturierung Buchhaltung
FINANZ TREUHAND ZÜRICH
Klausstrasse 19
8034 Zürich
Tel. 01 47 44 47

Spezialist
f. schwierige Kurieraufträge u. andere Problemaufgaben im In- u. Ausland, nur anspruchsv. Einsätze erwünscht, die entspr. professionelles Vorgehen erfordern. Zuschriften unter K 5641 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

US-Firma deutschspr.) sucht für Verkauf v. speziell. Bauprodukten selbst. Generalvertreter für BRD. Geeignete Interessenten mit nachweisl. freiem Eigenkapital von US-Dollar 80.000,– können Erfolgschancen durch Buchhaltungseinsicht überprüfen. Zuschriften unter K 6575 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

MANAGER AUF ZEIT
frei für
- Übergangslösungen
- Sonderaufgaben
- Sanierungen

Betriebswirt, 40 Jahre, mit langjährigen Erfahrungen in *leitenden* Positionen:
- Unternehmensführung, -planung, -auf- und -ausbau
- Finanz- und Rechnungswesen
- Controlling
- Organisation
- Verwaltung

Einsatz in Part-time oder Full-time. Kontaktaufnahme unter W 6585 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Teilhaberschaft
mit evtl. späterer Übernahme eines alteingesessenen Fachbetriebes (Elektroinstallation) im Raum Düsseldorf zum 1. 9. 1984 oder später geboten. Fester Kundenstamm, großzügige Lagerräume, guter Materialbestand. Kontaktaufnahme unter G 6573 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Blitzkurierdienst
weltweit, zuverlässig, 100 % diskret. Angebote unter L 6598 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Unternehmensberater
Dipl.-Sportlehrer, Betriebswirt, suchen Folgeaufträge f. Einkaufs-Freizeit- u. Sportcenter.
Wir bieten Projektservice u. Beratung, auf Wunsch auch als Center-Management einsetzbar, sowohl in neuen als auch in schon bestehenden Objekten, deren Frequentierung nicht zufriedenstellend ist.
Tel. 0 22 72/28 20 od. 0 40/45 39 59
Mo–Fr 15–18 Uhr

Welche größere Firma bietet mir die Möglichkeit zur Gründung eines *Auslieferungslagers?* Lagerhalle von ca. 1000 m² im Kreis Dierdorf/Westerwald vorhanden.
Ang. u. Tel. 0 26 41 / 6 16 62

Suche
zuverlässigen Geschäftspartner für ein sehr lukratives Import- u. Exportunternehmen. Orientalische Großhandelsgüter für europäischen Groß- u. Einzelhandel/Marketing. Anzahlung DM 50 000,– u. 50%ige Geschäftsbeteiligung.
Tel. in USA/Fort Lauderdale/Florida 30 54 74 57 51, Herr Devenkeil

Fensterhersteller gesucht
Wir sind: Vertrieb mit Verkaufsbüros in der gesamten BRD (Umsatz 1983 ca. 7 Mio.). Wir suchen: Hersteller in *Kunststoff-, Aluminium-* und Holzfenstern sowie Haustüren und Rolladen inkl. Montage und Aufmaß, regional und überregional. Wir erwarten: Korrekte Abwicklung, Leistungsfähigkeit. Sofortige Provision (Kaution kann gestellt werden). Tel. von 0 61 96 / 2 58 46 von 9.00 – 17.00 Uhr, Herr Lux.

Graphologische Charakteranalysen
nach der retroversiven Methode MSY/Bern (copyright). Dr. U. Kuhl, Dipl.-Graphologe, Ohlsdorfer Str. 1-3, 2000 Hamburg 60. Info anfordern.

Ihr Büro im Raum Hamburg
Wir vertreten Ihre Interessen in Hamburg bzw. in Norddeutschland:
- Repräsentatives Büro im Landhaus bietet Ihnen:
- Büroadresse – Postservice,
- Telefon-, Telexservice Tag und Nacht, Schreibservice.

Zuschriften erbeten unter P 6635 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Handelsvertreter
für chem. Wartungsprodukte. Dieses Angebot gilt für branchenerf. Verkäufer ebenso wie für Anfänger. Vertriebs-Management-Beratung.
H. Staritzbichler, 2948 Schortens
Klein-Ostiemer-Weg 116
Tel. 0 44 61 / 8 41 59

Auch Sacharows Frau trat in den Hungerstreik

DW. Moskau

Jelena Bonner, die Frau des nach Gorki verbannten Friedensnobelpreisträgers Andrej Sacharow, hat sich am 12. Mai dem Hungerstreik ihres Mannes angeschlossen. Dies verlautete aus Moskauer Dissidentenkreisen. Sacharow war am 2. Mai in einen unbefristeten Hungerstreik getreten, um seiner Forderung einer medizinischen Behandlung seiner Frau im Westen Nachdruck zu verleihen.

Über den gegenwärtigen Gesundheitszustand Sacharows liegen keine Einzelheiten vor. Sacharow und seine Frau waren beide schon vor ihrem Hungerstreik in sehr schlechter körperlicher Verfassung.

Die sowjetischen Behörden hatten Jelena Bonner antisowjetische Verleumdung vorgeworfen und ihr mit einem Verfahrens wegen landesverräterischer Kontakte gedroht, wie eine Freundin der Familie mitteilte. Frau Bonner sei die Auflage erteilt worden, die Stadt Gorki nicht zu verlassen. Sacharow sei entschlossen, die Nahrungsaufnahme „bis zum Ende" zu verweigern, wenn man seiner Frau nicht erlaube, sich zu augenärztlicher Behandlung außer Landes zu begeben.

Kreml kritisiert Japans Rüstung

dpa, Moskau

Das sowjetische Parteiorgan „Prawda" hat gestern das Modernisierungs-Programm der „Selbstverteidigungskräfte" Japans in den Jahren 1986 bis 1990, das vom Verteidigungsrat des Landes verabschiedet worden war, als „militaristisch" bezeichnet. Seine Annahme sei nicht zufällig mit dem Besuch des Pentagon-Chefs Weinberger in Tokio zusammengefallen. Diese „Pläne der weiteren Steigerung der Militärmacht Japans" zeigten die Absicht des Kabinetts Nakasone, „auch künftig dem gefährlichen Washingtoner Kurs in dieser Region zu folgen".

Weiter meint die „Prawda": „Unter dem Deckmantel einer 'sowjetischen militärischen Bedrohung' überbieten die regierenden Kreise Japans im Tempo der Steigerung des Militärpotentials viele NATO-Länder und schüren eine Atmosphäre des Chauvinismus und Antisowjetismus."

Reagan ringt um Stimmen für sein MX-Programm

Kreml will neues US-Raketensystem zu Fall bringen

TH. KIELINGER, Washington

Mit allen Mitteln der Überredungskunst hat Präsident Reagan in den vergangenen Tagen die Mitglieder des Repräsentantenhauses zu bewegen versucht, seine Regierung in der wichtigen Frage weiterer Unterstützung für die MX-Interkontinentalrakete nicht im Stich zu lassen. Die Abgeordneten werden heute oder morgen darüber abstimmen, ob die von der Administration gewünschten 2,7 Milliarden Dollar für die Produktion von 40 MX-Raketen – für das Haushaltsjahr 1985 – gewährt werden sollen oder nicht.

Im vergangenen Jahr gewann das Weiße Haus eine ähnliche Schlacht mit nur neun Stimmen Vorsprung; damals ging es um die ersten zu dislozierenden 21 Modelle der neuen atomaren Interkontinentalrakete. Das gesamte Dislozierungsprogramm ist auf hundert Stück angelegt.

Diesmal glaubt die Opposition, im Kongreß genügend Stimmen auf ihrer Seite zu haben, um das MX-Programm – zumindest was die Aufstellung der Rakete angeht – stoppen zu können. Der Optimismus gründet sich auf die einfache Tatsache, daß sich die bisherige Argumentation der Regierung zum Beweis der Notwendigkeit des neuen Raketensystems noch nicht bewahrheitet hat. Präsident Reagan und seine Berater hatten die strategische Modernisierung unter anderem damit begründet, es werde mit der MX ein Anreiz für die Sowjets geschaffen, die Abrüstungsverhandlungen ernst zu nehmen. Die Rakete solle eine Art von amerikanischer Trumpfkarte bei den START-Verhandlungen abgeben.

Druck aus Moskau

Diese Prämisse ist von Moskau gründlich zerstört worden. Nicht nur sind die Sowjets den USA nicht in den START-Verhandlungen entgegengekommen, sondern haben sogar alle Verhandlungen über die atomare Abrüstung abgebrochen oder einstweilen einseitig unterbrochen, offensichtlich mit der Absicht – wie man jetzt in Washington mehr und mehr annimmt –, auf diese Weise Druck auf das MX-Programm auszuüben, wenn nicht das Programm insgesamt zu Fall bringen zu können.

Die Administration ist sich der gefährlichen Folgen der Moskauer Intransigenz-Taktik voll bewußt – der Folgen auch für die Bündnisbeziehungen der USA. Wenn der Kongreß angesichts der Moskauer Propaganda Abstand von der MX-Dislozierung nehmen sollte, stünde Westeuropa allein da mit seiner mutigen Entscheidung, an dem einmal gefaßten NATO-Doppelbeschluß festgehalten zu haben. Die USA hätten dann auf einem wichtigen Felde ihrer Verantwortlichkeit – der Modernisierung der strategischen Waffen – gegenüber sowjetischem Druck nachgegeben.

Stark bleiben

Reagan erklärte am Montag auf einer Pressekonferenz: „Die Sowjets hoffen, erneut unsere Modernisierungsbemühungen beeinträchtigen zu können. Jetzt aufzugeben, hieße, Moskau zu ermuntern, unsere Abrüstungsvorschläge zu ignorieren." So würde der Kreml praktisch dafür belohnt werden, die Abrüstungsverhandlungen blockiert zu haben, meinte der Präsident.

Reagan verteidigte sich auf seiner kurzen Pressekonferenz auch gegen den Vorwurf, er sei mitschuldig an der Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Supermächten. So diene das, was die Sowjets am meisten bemängelten – der militärische Wiederaufbau der USA – einzig und allein dem einen Ziel: Das Arsenal an Atomwaffen reduzieren zu können. Der Präsident brachte die Verteidigungspolitik seiner Administration auf die Formel: „Unsere Verteidigungspolitik fußt auf einer simplen Prämisse: Wir fangen keine Kriege an, wir halten Stärke aufrecht, um Aggression abschrecken zu können."

Die Administration hofft, doch noch genügend Stimmen aufzubringen, vor allem angesichts der allzu durchsichtigen sowjetischen Propagandaabsicht. Hilfe glaubt man auch von der Moskauer Ankündigung erwarten zu können, daß in diesen Tagen als Antwort auf die NATO-Nachrüstung neue sowjetische Mittelstreckenraketen in der „DDR" aufgestellt werden sollen. Die unaufhörliche sowjetische Aufrüstung dient dem Präsidenten als wichtiges Argument bei der Suche nach Unterstützung für eine Fortsetzung glaubwürdiger amerikanischer Abschreckung.

Rau soll auf SPD-Parteitag die Personal-Konflikte entschärfen

Brandt: Als „linke Mitte" mehrheitsfähig / Friedrich nicht wieder im Vorstand

PETER PHILIPPS, Bonn

Mit einer abendlichen Präsidiumssitzung wird die SPD-Spitze heute abend in Essen den Parteitag einläuten, der die Genossen bis Montag mittag beschäftigen wird. Vielleicht wird dabei auch ein Geheimnis gelüftet: Was der scheidende stellvertretende Vorsitzende und ehemalige Bundeskanzler, Helmut Schmidt, in seiner mehr als einstündigen Eröffnungsrede, den SPD-Delegierten als persönliche Hinterlassenschaft ins Stammbuch schreiben wird. Im Bundesvorstand geht man davon aus, daß Schmidt allerdings „in Frieden von der Partei scheiden" wolle und vor allem „Vermächtnispflöcke" in der Wirtschaftspolitik einschlagen werde.

842 bereits vorliegende Anträge und Wahlvorschläge sollen erledigt werden, zu denen erfahrungsgemäß noch größere Mengen an Initiativanträgen und Resolutionen während der Veranstaltung hinzukommen werden. Von der Arbeits-, Sozial- und Wirtschaftspolitik über Kommunalpolitik und Medien bis zu Sicherheits- und Abrüstungsfragen reicht der Speisezettel, den die Strategen in der Bonner Parteizentrale zusammengestellt haben. Hinzu kommen die Wahlen zum Parteivorstand. Man wolle, so heißt es, das gleiche wie die CDU auf ihrem Parteikongreß vor wenigen Tagen in Stuttgart versuchen: in den „vier entscheidenden Sektoren auf den Wandel zu reagieren". Stolz wird darauf verwiesen, daß bereits im Vorfeld von Essen „viele Konflikte wegmoderiert" worden seien. Und, wie sich in den vergangenen Wochen gezeigt hat, weder die „Rechten" noch die „Linken" sind heute so geschlossen wie einst.

Im Zentrum, und dies war vor allem die Intention des unumstrittenen Vorsitzenden Willy Brandt, soll auf dem Parteitag die Wirtschaftspolitik stehen, zu der auch – wie es Bundesgeschäftsführer Peter Glotz formuliert – das Thema des „Chip-Chip-Hurra", der Zukunftstechnologien also, gehören wird. Auch in der „Baracke" weiß man, daß bei dieser Diskussion die SPD unter dem schweren Handicap leidet, solche Diskussionen nicht mit unumstrittener persönlicher Kompetenz in Verbindung bringen zu können, wie sie die Garde der Deist, Schiller, Möller Arndt und Schmidt einst darstellte. Außerdem wollen viele Linke das vom Parteivorstand als Leitantrag eingebrachte „Ehrenberg-Papier" nicht ohne weiteres mittragen. Die Sachdiskussion ist darüberhinaus von persönlichen Animositäten überschattet, die sich vor allem um Ehrenberg, Dohnanyi und Roth drehen, zu der noch eine „offene Rechnung" hinzukommt, die der voraussichtliche niedersächsische Spitzenkandidat Gerhard Schröder mit dem ehemaligen Bundesminister Ehrenberg zu begleichen hat, nachdem vor allem auf dessen Betreiben Anke Fuchs als Schröder-Gegenkandidatin nach Niedersachsen entsandt worden war. Spätestens bei den Vorstandswahlen könnte dies zur Niederlage Ehrenbergs führen.

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau soll auf



Helmut Schmidt FOTO: WEREK

Brandts Wunsch versuchen, bereits mit seiner Einleitungsrede solche Auseinandersetzungen möglichst nicht hochkommen zu lassen. Ein weiterer Streitpunkt im Bereich Wirtschaft, die Forderung der Partei-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) nach Verstaatlichung, ist bereits vom Tisch.

Daß auch dieser Parteitag die Möglichkeit langer und mit Wonne geführter Debatten haben muß, ist allen Beteiligten klar. Die Sicherheitspolitik, zu der am Sonnabend Bahr das Einleitungsreferat halten wird, wird es nach den Kölner Beschlüssen vom letzten Herbst wohl nicht mehr sein, zumal Brandt für das noch strittige Thema einer stärkeren „Konventionalisierung" der europäischen Streitkräfte bereits die Denkrichtung angesprochen hat, daß dies ohne Erhöhung der Verteidigungsbudgets zu geschehen habe. Wer das Antragspaket durchliest, kommt deshalb auf zwei andere Bereiche: Die Frage der Geschwindigkeitsbeschränkung auf Autobahnen (Ein Mitglied des Parteivorstands: „Ein Thema, bei dem alle Delegierten automatisch Experten sind, selbst wenn sie sich chauffieren lassen") und die Medienpolitik, bei der Bundesgeschäftsführer Peter Glotz bereits im Vorfeld heftige Prügel aus der Partei bezogen hat. Die von ihm mitbetriebene Wende zu mehr Realismus ist nicht auf große Gegenliebe gestoßen. Allerdings hat Parteichef Brandt jetzt im Parteiblatt „Vorwärts" seinem Manager noch einmal den Rücken gestärkt: „Es wäre nicht vernünftig, so zu tun, als verhindere man etwas, weil man es nicht zur Kenntnis nimmt."

An gleicher Stelle hat der seit mehr als 20 Jahren amtierende SPD-Vorsitzende auch klargemacht, in welche Richtung die zukünftige Programmarbeit in der Partei zu gehen habe, für die in Essen zur Fortschreibung des Godesberger Programms eine Kommission unter Brandts Vorsitz bestellt werden soll: Es gehe um die inhaltliche Basis für eine „mehrheitsfähige Sozialdemokratie", was bedeute, „eine, die das Gravitationszentrum der deutschen Politik ein wenig verschiebt". Er habe eine „Politik der linken Mitte" im Auge, „die links möglichst wenig Freiraum läßt und die gerade auch die neuen Berufe im Blick hat, die Ingenieure und Techniker".

Neun Mitglieder des bisherigen Parteivorstands haben inzwischen ihren Verzicht auf eine erneute Kandidatur erklärt. Zu denen, für die von der amtierenden SPD-Führung bereits Nachfolger vorgeschlagen worden sind – so Oppositionsführer Vogel als Brandt-Stellvertreter statt Schmidt –, sind in den vergangenen Tagen überraschend auch noch die ehemalige Ministerin Antje Huber und der Vizepräsident des Europaparlaments, Bruno Friedrich, hinzugekommen. Auf der Matte stehen als aussichtsreiche Kandidaten inzwischen der Kasseler Oberbürgermeister Eichel (Vorreiter einer Zusammenarbeit mit den Grünen) und Hamburgs ehemaliger Bürgermeister Klose.

Chinas Premier gegen Raketen in Europa und Asien

AP, Peking

Der Ministerpräsident der Volksrepublik China, Zhao Ziyang, hat sich gestern vor dem Nationalen Volkskongreß für die Vernichtung der in Europa und Asien aufgestellten Atomraketen ausgesprochen. Sowohl die USA als auch die Sowjetunion rief er auf, dort keine weiteren Atomwaffen zu installieren.

Zhao sagte vor den rund 3000 Abgeordneten des Parlaments, Peking sei aber am Ausbau der Beziehungen zu den USA und zur Sowjetunion interessiert. Dem stünden im Falle der USA jedoch die Waffenlieferungen an Taiwan und im Falle der Sowjetunion die Truppenkonzentrationen an der mongolischen und chinesischen Grenze, die Unterstützung der vietnamesischen Aggression in Kambodscha und an der chinesischen Grenze sowie die fortdauernde Besetzung Afghanistans im Wege. Die Taiwan-Frage, so Zhao, müsse „eher früher als später" gelöst werden. Er forderte die Regierung in Taipeh auf, „ernsthaft" über das Angebot Pekings zur Wiedervereinigung nachzudenken.

Taiwans Kabinett zurückgetreten

DW. Taipeh

Das Kabinett der Republik China auf der Insel Taiwan ist am Dienstag zurückgetreten, um den Weg zu einer Regierungsbildung nach der Wiederwahl des Präsidenten Tschiang Tsching-kuo freizumachen. Der 74jährige Tschiang, der im März für sieben Jahre wiedergewählt worden war, ist ein Sohn des Staatspräsidenten Tschiang Kai-schek, der 1949 nach dem Sieg der Kommunisten auf dem chinesischen Festland nach Taiwan ging. Präsident Tschiang war von der Nationalversammlung wiedergewählt worden. Sie führt ihre Legitimation auf Wahlen zurück, die 1947 in China abgehalten wurden.

Wie in informierten Kreisen der Hauptstadt Taipeh verlautete, soll der Gouverneur der Zentralbank und Direktor des Rates für Wirtschaftsplanung und Entwicklung, Yu Kuo-hua (70), an Stelle des erkrankten bisherigen Premiers Sun Jun-suan das Amt des Ministerpräsidenten übernehmen. Yu ist seit 1969 Minister ohne Geschäftsbereich.

Reagan lehnt Bemühungen um Zusage der Sowjetunion ab

US-Außenministerium legte Katalog über Sicherheitsmaßnahmen für die Spiele vor

TH. KIELINGER, **Washington**

Auf einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz im Weißen Haus lehnte es Präsident Reagan ab, eine „aktivere persönliche Rolle dabei zu spielen, die Sowjets zu überreden, ihre Entscheidung für einen Boykott der Spiele in Los Angeles rückgängig zu machen". Es drehe sich hier, so argumentierte Reagan, um eine Sache zwischen Moskau und dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC), nicht um ein Problem zwischen Moskau und Washington.

Der Präsident, der im nachhinein noch einmal seine Unterstützung für den amerikanischen Boykott der Olympischen Spiele 1980 begründete, nannte *die von Moskau angeführten* Argumente für die sowjetische Absage „absolut irreführend". „Niemand in der Geschichte" habe sich so um die Sicherheitsbelange der Athleten bemüht wie die amerikanischen Organisatoren in Los Angeles, sagte der Präsident. Er knüpfte dabei noch einmal an sein Schreiben an den IOC-Präsidenten Samaranch vom Dienstag vergangener Woche an, in dem Reagan Samaranch die Zusage gegeben hatte, daß die Sicherheit der Teilnehmer auch durch die US-Bundesbehörden gewährleistet wird.

Zu den sowjetischen Bedenken äußerte sich auch der Polizeichef von Los Angeles, der der UdSSR vorwarf, sich nie nach den Sicherheitsmaßnahmen für die Spiele erkundigt zu haben. Er glaube nicht, daß die Sowjetunion ein Recht habe zu kritisieren, wovon sie nichts wisse, erklärte er.

Falsche Behauptungen

In die Kontroverse hat sich auch das amerikanische Außenministerium *in einem Anfang der Woche* veröffentlichten Dokumentenkatalog eingeschaltet. Er listet genau auf, zu welchen Maßnahmen die US-Verantwortlichen den Sowjets zuliebe bereit sind, um auch die geringsten Sicherheitsbedenken auszuräumen und alle Wünsche nach freier Beweglichkeit der Sportler aus der UdSSR zu erfüllen. Die Unterlagen waren am 27. April durch den Rechtsberater des State Department, Edward Derwinski, übergeben worden.

Das Ministerium qualifizierte die *Anschuldigungen* des sowjetischen Sportministers Marat Gramow vom Montag als „einen klassischen Fall vollkommener Verdrehung" ab. Gramow hatte auf einer Pressekonferenz in Moskau unter anderem behauptet, die Organisatoren in Los Angeles hätten Drogenanschläge gegen sowjetische Athleten geplant, um sie zur Flucht zu bewegen, und im übrigen sei der Schutz vor unliebsamen Demonstranten nicht gesichert. Als Beweis führte Gramow einen Brief Washingtons an die Emigranten-Gruppe „Ächtet die Sowjetunion" an. Bei den Emigranten handelt es sich um eine Protestgruppe, die sich für Demonstrationen gegen die sowjetische Teilnahme an den Olympischen Spielen gerüstet hatte.

In Wahrheit, so führte das State Department aus, habe man der Gruppe mitgeteilt, daß die Regierung kein Land von den Spielen ausschließen könne, ohne das *Gastgeberrecht* zu verlieren. Außerdem habe Präsident Reagan zugesichert, daß die Sportler aller Länder willkommen seien.

Die Unterlagen enthalten auch ein Schreiben Derwinskis an das sowjetische Olympische Komitee, in dem es heißt: „Ich muß Ihnen offen gestehen, daß die Aufmerksamkeit, die die sowjetischen Medien dieser 'Gruppe zur Ächtung der Sowjets' entgegengebracht haben, weit mehr Interesse an dieser Organisation in den US-Medien hervorgerufen hat, als ihr zu*kommt oder sie aus eigenen* Stücken erwoben hätte. Es ist Ihnen gelungen, diese Gruppe aus den hinteren Seiten der 'Los Angeles-Presse' auf die erste Seite der 'Washington Post' befördert zu haben."

Als Reaktion auf die Äußerungen des State Departements erklärte die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass: „Im US-Außenministerium ist offenbar beschlossen worden, daß es viel bequemer ist, Simpel und Schwachköpfe zu spielen, als Verantwortungsgefühl und Grundsätze *zu zeigen und die bittere* Wahrheit zuzugeben."

Auch der frühere Staatssekretär im State Department, Eagleburger, nahm in einem Fernseh-Interview zu der sowjetischen Absage Stellung. Er erklärte, daß die Weigerungstaktik der Sowjetunion – erst der Auszug aus den Raketenverhandlungen, jetzt der Olympia-Boykott – dabei helfen werde, Präsident Reagan im November wiederzuwählen.

Ein Fragezeichen steht immer noch hinter dem Besuch des IOC-Präsidenten Samaranch in der Sowjetunion. Nach Ansicht des österreichischen Sportministers, Helmut Zilk, der am Montag mit seinem Amtskollegen Gramow zu einer Unterredung über die Absage der Sowjetunion zusammengekommen war, wird Samaranch möglicherweise in der kommenden Woche nach Moskau reisen.

Rettung der Spiele

Zilk erklärte, er habe aus dem Gespräch mit Gramow den Eindruck ge*wonnen*, daß der NOK-Vorsitzende der Sowjetunion mit dem Besuch Samaranchs rechne. Gleichzeitig betonte der Österreicher, auch ein UdSSR-Besuch des IOK-Präsidenten werde *keinen Einfluß auf die* sowjetische Entscheidung haben. Die bilateralen sportlichen Beziehungen würden von dieser Entscheidung aller Wahrscheinlichkeit nach nicht betroffen, sagte Zilk.

Der IOC-Präsident hat unterdessen die Rettung der Olympischen Spiele in Los Angeles als höchstes Ziel des Internationalen Olympischen Komitees bezeichnet. In der maltesischen Hauptstadt La Valetta erklärte Samaranch: „Unser höchstes Ziel ist es jetzt, die Olympischen Spiele von Los Angeles zu retten." Sichtlich enttäuscht von der definitiven Absage der Sowjetunion durch Moskaus NOK-Präsidenten meinte der IOC-Präsident, daß trotz allem die Hoffnung nicht aufgegeben werden dürfe. Samaranch räumte allerdings ein, daß sich die von Moskau ausgelöste Absagebewegung weiter ausdehnen wird. An den Spielen in Los Angeles werden seiner Meinung nach rund 100 der ursprünglich vorgesehenen 140 Sport-Nationen teilnehmen.

Keinen Zweifel an der Teilnahme ließ der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees Jugoslawiens, Zdravko Mutin. Nach seiner Rückkehr von einer Reise in die Vereinigten Staaten betonte der Jugoslawe: „Unser Standpunkt ist bekannt und wir werden ihn nicht ändern. Wir werden nach Los Angeles gehen."

Seite 2: Zum Boykott die Angst
Seite 12: Nur noch in Griechenland?

Pläne des Ostblocks zu Gegenspielen werden konkret

DW. Bonn

Als einziges Mitglied des Warschauer Paktes sträubt sich weiterhin Rumänien gegen einen Boykott der Olympischen Spiele in Los Angeles. Am Montag kam es in Bukarest zu einem Treffen zwischen Rumäniens Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu *und dem sowjetischen Botschafter* in Rumänien, Tiayelnikow. Über das Ergebnis dieses Gesprächs wurde jedoch nichts bekannt. Auch Polen und Ungarn haben sich der Entscheidung der UdSSR bisher noch nicht offiziell angeschlossen. Sie haben ihre Entscheidungen für die nächsten Tage angekündigt.

Die Pläne des Ostblocks für ein Gegenprogramm zu den Spielen in den USA nehmen indessen konkrete Formen an. Wie aus polnischen Kreisen zu hören war, haben hohe Sportfunktionäre aus den Ländern des Warschauer Pakts in Sofia zwei Alternativen diskutiert: einmal, zu verschiedenen Terminen in mehreren Ländern Veranstaltungen in einzel*nen Sportarten zu organisieren, zum* anderen sogenannte Gegenspiele zu organisieren.

Moskaus Sportminister Marat Gramov hat sich allerdings „im Prinzip" nicht für die letzte Möglichkeit ausgesprochen. Mit den Worten „Wir haben niemanden aufgefordert, nicht an den Spielen teilzunehmen", wies er unterdessen die Anschuldigung zurück, die UdSSR habe politischen Druck auf ihre Verbündeten ausgeübt.

Sidon: Israel gibt Verwaltung auf

dpa, Tel Aviv

Die israelischen Besatzungstruppen in Südlibanon und die von ihnen unterstützten libanesischen Milizen in Südlibanon haben gestern ihr Verwaltungsgebäude in der Küstenstadt Sidon aufgegeben und den zivilen libanesischen Behörden übergeben.

Damit hat Israel die Aktivität seiner *nach der Eroberung Südlibanons* im Sommer 1982 begründeten Zivilverwaltung für die südlibanesische Bevölkerung abgebaut. Regierungskreise in Jerusalem sagten auf Anfrage, daß die Abschaffung dieser Abteilung nicht auf einen bevorstehenden Rückzug der israelischen Truppen von ihrer Verteidigungslinie am Awali-Fluß hindeut.e

Das militärische Hauptquartier der Israelis war bereits vor einigen Monaten aus dem ehemaligen libanesischen Regierungssitz in ein Gebäude außerhalb der Stadt verlegt worden, weil Guerillas immer häufiger israelische Soldaten angriffen hatten.

Ankara: Petition für Demokratie

AP, Ankara

Eine Gruppe von 1200 türkischen Intellektuellen und Künstlern hat in einer Petition an die Staatsführung ein Ende der Menschenrechtsverletzungen und die Herstellung vollständiger Demokratie gefordert. Die Bittschrift wurde gestern nach Angaben von fünf Mitgliedern der Gruppe im Amtssitz von Staatspräsident Kenan Evren in Ankara übergeben. Ein weiteres Exemplar erhielt Parlamentspräsident Necmettin Karaduman.

Die Unterzeichner verlangen insbesondere die Beendigung der Folterpraxis in den Gefängnissen, die Abschaffung der Todesstrafe, eine Generalamnestie und die Herstellung vollständiger Meinungs- und Pressefreiheit. Ferner sollten alle Teile der Bevölkerung die Möglichkeit zur Beteiligung an politischen Entscheidungen erhalten.

Diese *Forderungen laufen auf* eine umfangreiche Abänderung der 1982 in einer Volksabstimmung angenommenen Verfassung hinaus, die den Gewerkschaften, der Presse und den *Universitäten Beschränkungen auf*erlegt.

Hollands Nein zur Nachrüstung hätte Folgen für ganz Europa

WELT-Gespräch mit niederländischen Politikern über Gefahren für die NATO

Von EVI KEIL

In niederländischen Regierungskreisen wächst die Hoffnung, daß Ministerpräsident Ruud Lubbers doch noch mit Hilfe von Kompromissen ein „Ja" zur Nachrüstung im Parlament erreicht. Ein „Nein" würde den Sturz der Koalitionsregierung aus Christlich-Demokratischer Appell (CDA) und der liberal-konservativen „Volkspartei für Freiheit und Demokratie" (VVD), bedeuten.

In einem offenen Brief forderte kürzlich Piet de Jong, der frühere Ministerpräsident (CDA), ein „Ja" zur Stationierung von 48 Cruise Missiles im niederländischen Woensdrecht. In einem „WELT"-Gespräch erklärte de Jong, der auch Verteidigungsminister seines Landes war: „Die Sowjetunion versucht seit langem, Westeuropa und die USA auseinander zu dividieren. Dies wird gelingen, und die NATO wird gespalten, wenn Ministerpräsident Lubbers keine ausreichende Mehrheit für den Nachrüstungsbeschluß von 1979 findet. Denn es besteht dann die Gefahr, daß die Belgier *ihrer Nachrüstung* ebenfalls eine Absage erteilen."

In einem offenen Brief, der von 15 weiteren ehemaligen Ministern unterschrieben wurde, hatte Piet de Jong darauf hingewiesen, daß „die geographische Lage der Niederlande in Westeuropa und die Entwicklung auf den Waffengebieten dem Land keine Chance mehr gibt, allein für seine Sicherheit zu sorgen". Wörtlich hieß es weiter: „In unserer Situation kann auch Neutralität keinen Frieden und keine Sicherheit mehr garantieren."

Einseitige Medien

De Jong bezeichnet die bisherige Informationspolitik in den Niederlanden zu diesem Thema „als sehr einseitig. Die meisten Zeitungen sind linksorientiert. Sie, das Fernsehen und die Kirchen sprechen sich ständig für ein 'Nein' zur Stationierung aus und beeinflussen Tag für Tag die öffentliche Meinung. Aber auch die Regierung hat bisher viel zu wenig getan, um Verständnis bei den Bürgern für die Notwendigkeit der Stationierung zu finden."

Hart geht er mit den Kirchen ins Gericht. Der Niederländische Kirchenrat und der Interkirchliche Friedensrat hatten sich besonders für ein „Nein" engagiert. De Jong: „Man darf das Evangelium nicht dazu benutzen, um auf außenpolitische Fragen Antworten zu geben."

Hinter verschlossenen Türen in Den Haag geht man zur Zeit noch davon aus, daß sieben CDA-Mitglieder gegen die Stationierung stimmen wollen und sieben weitere sich der Stimme enthalten könnten. Die Liberalen dagegen wollen geschlossen für die Stationierung stimmen. Lubbers aber, dessen Koalition 79 von 150 Sitzen hat, muß mindestens fünf eigene Abweichler für sich gewinnen, um den Sturz zu verhindern. Zu den prominentesten Abweichlern gehört der eigene Verteidigungsminister de Ruiter, Rechtswissenschaftler und früherer Rektor der protestantischen Freien Universität in Amsterdam. Piet de Jong: „Der Ministerpräsident sollte versuchen, auch mit seinem Verteidigungsminister klar zu kommen. Stimmt de Ruiters als einziger im Kabinett gegen die Nachrüstung, muß er gehen."

De Jong bestätigt, daß es in der *CDA zur Zeit mehrere Kompromiß*vorschläge gibt, die für die „Dissidenten" das „Ja" schmackhaft machen sollen. „Kompromiß Nummer Eins sieht vor, daß die Niederlande zwar 'Ja' zur Stationierung sagen und die Bunker für die Cruise Missiles gebaut werden, die Marschflugkörper aber in den USA stationiert werden. Im Spannungs- und Krisenfall sollen sie dann in 24 Stunden in die Niederlande geflogen werden. Ich bin der Meinung, so etwas kann man nicht machen. Das ist ein Abweichen vom *Nachrüstungsbeschluß, und niemand* in der Allianz wird verstehen, warum so etwas für Holland gilt und für die anderen NATO-Partner nicht."

Vater dieser Idee ist angeblich der frühere niederländische Außenminister Norbert Schmelzer. Der wiederum erklärt der „WELT": „Diese Idee stammt nicht von mir. Aber ich will nicht leugnen, daß ich auf Bitten des Ministerpräsidenten mit Ruud Lubbers darüber gesprochen habe." „Formell", so Piet de Jong, „liegt der Vorschlag bei Lubbers noch auf dem Tisch. *Die konsultierten NATO-Part*ner haben aber hierzu alle Kritik geäußert." Kompromißvorschlag Nummer zwei auf dem Tisch von Lubbers: Ein Nachrüstungs-Ja will er verbinden mit der allmählichen Reduzierung der Nuklearaufgaben der Niederländer im Bündnis.

Der Abgeordnete Professor Joris Voorhoeve, außen- und verteidigungspolitischer Sprecher der VVD sieht in den Aktivitäten der Kirchen einen Hauptgrund für die Stimmung gegen die Nachrüstung.

Kommunistisch gesteuert

Auf die Frage, ob der Interkirchliche Friedensrat kommunistisch unterwandert sei, sagt er: „Ja." Die Friedensbewegung in Holland nennt er „durch zahlreiche kommunistische Gruppen gesteuert". Im Interkirchlichen Friedensrat „gibt es Gruppen, die eine marxistische Interpretation des Neuen Testamentes predigen". Er fügt hinzu, es gebe Beweise, daß die Sowjetunion die Diskussion in den Niederlanden zu manipulieren versuche. „Auch die DDR versucht, Einfluß zu nehmen auf die Verteidigungsdiskussion bei uns."

Die Frage, so Voorhoeve, ob auch Gelder aus dem kommunistischen Machtbereich in Holland eingesetzt werden, „ist nicht so wichtig wie die andere Frage, warum Anti-Verteidigungsgruppen besonders viel Geld *von den niederländischen* Kirchen bekommen".

Als „die Crux heute" bezeichnet Voorhoeve die Tatsache, „daß die gesamte Diskussion über die Verteidigungspolitik in den letzten 15 Jahren den Gegnern der NATO überlassen wurde. „Jetzt ist die Regierung in der Situation des Baron von Münchhausen, *der tiefer und tiefer in den Sumpf* einsinkt und sich an den eigenen Haaren herausziehen muß."

Voorhoeve warnt die CDA-Fraktionsmitglieder „Allianz-Solidarität zu brechen, die Glaubwürdigkeit der NATO zu unterlaufen und die Abrüstungspolitik zu gefährden". Der liberale Politiker: „Wie kommen wir Holländer eigenlich dazu, Herrn Tschernenko 48 Cruise Missiles auf einem Silbertablett zu offerieren, ohne daß die Russen hierfür das geringste bezahlen!" Voorhoeve: „Ein niederländisches Nein *zur Stationierung* wird nicht nur Auswirkungen auf Belgien haben. Da wird es vielleicht auch eine neue Gegenbewegung in der Bundesrepublik geben."

Belgrad droht allen Dissidenten und Gegnern des Regimes im Ausland

Dolanc spricht von „speziellem Krieg" gegen Jugoslawien und lobt den Geheimdienst

CARL GUSTAF STRÖHM, **Wien**

Jugoslawien hat seit gestern ein neues kollektives Staatspräsidium. Die neue Garnitur an der Staatsspitze ist die erste, die nicht von Tito ausgesucht wurde und nicht in dieser Funktion mit ihm zusammengearbeitet hat. Zugleich markiert das neue Präsidium eine offenkundige Verschärfung des innenpolitischen Klimas in dem von einer schweren Wirtschaftskrise geschüttelten Vielvölkerstaat. Besonders die Vertreter Kroatiens, der ehemalige Außenminister Jozip Vrhovec, ferner Bosniens und der Herzegowina, Branko Mikulic, aber auch der Repräsentant Serbiens, der Ex-General Nikola Ljubicic, *sind als Anhänger einer Politik* der harten Hand bekannt. Dieser Gruppe hat sich auch der neue Vertreter Sloweniens im Staatspräsidium, der bisherige Innenminister Stane Dolanc, angeschlossen.

Dolanc, der als bisheriger oberster Chef der Staatssicherheit die Verantwortung für die Massenverhaftung von 28 Belgrader Intellektuellen am Karfreitag trägt, wurde in einem Brief, den 19 prominente jugoslawische Schriftsteller, Maler, Akademiemitglieder – unter ihnen der bekannte Autor Dobrica Cosic – geschrieben haben, die Frage nach dem mysteriösen Tod eines der Verhafteten, des Dissidenten Radomir Radovic, gestellt. Wegen dieses Falles sowie wegen der angeblichen Mißhandlung von vier weiteren damals Verhafteten durch die Sicherheitsbehörden war der bisherige Innenminister von den 19 Unterzeichnern des Briefes zum Rücktritt aufgefordert worden.

Wenige Tage vor seinem Aufrükken ins kollektive Staatspräsidium hat der scheidende Innenminister Dolanc in einem Interview für Radio Zagreb die Verschärfung des innenpolitischen Kurses bestätigt. Zum 40. Jahrestag der jugoslawischen Sicherheits- und Geheimpolizei – erst als OZNA, später als UDBA bekannt – kritisierte Dolanc den bisher herrschenden „Opportunismus", der gegenüber jenen vorherrsche, die „frech unser politisches System attackieren" und Tito und Kardell angriffen. Die Aktivitäten zur Unterwühlung des *jugoslawischen Systems, so* Dolanc, fänden ihren Ausdruck in „verschiedenen Petitionen" zu Fragen der Menschenrechte und der künstlerischen Freiheiten.

Dolanc sprach von einem „speziellen Krieg", der heute aus dem Ausland gegen Jugoslawien geführt werde. Manchmal sei die offizielle Politik gewisser nicht näher bezeichneter Länder gegenüber Jugoslawien freundlich, während gleichzeitig die Geheimdienste dieser Länder „verschiedene Aktivitäten" entfalteten, um ihren Einfluß in Jugoslawien zu verstärken.

Die im Westen oftmals auch von amtlicher und halbamtlicher Seite erhobene Beschuldigung, wonach der jugoslawische Sicherheitsdienst unliebsame Emigranten im Ausland „liquidiere", wies Dolanc als „Teil einer anti-jugoslawischen Kampagne" zurück, deren Quellen hauptsächlich bei der faschistischen Emigration zu suchen seien.

Während Dolanc auf die Vorfälle und Vorwürfe im Zusammenhang mit der Belgrader Massenverhaftung mit keinem Wort einging, schilderte er einen konkreten Fall von „staatsfeindlicher Tätigkeit": Bei einem Universitätsprofessor der Soziologie – es handelt sich, wie inzwischen bekannt wurde, um den zur Zeit in Haft befindlichen Wissenschaftler Vojislav Seselj aus Sarajevo –, sei während einer Hausdurchsuchung ein zur Veröffentlichung vorbereitetes Manuskript gefunden worden, in welchem *der Autor die Reduzierung der* bestehenden sechs jugoslawischen Teilrepubliken auf vier Republiken vorgeschlagen und außerdem einer „Ent-Titoisierung" das Wort geredet habe. Dieser Vorschlag stellt nach Auffassung von Dolanc ein schweres Staatsverbrechen dar.

Im Blick auf die jugoslawischen Dissidenten und oppositionellen Intellektuellen erklärte Dolanc abschließend: „Deshalb, weil wir als Dienst das alles gefunden haben (das heißt den Artikel des Professors Seselj), sind wir keine Demokraten – aber er ist ein Demokrat, und Demokraten sind auch jene, die mit ihm illegal zusammentreffen und die ihn mit allen möglichen Mitteln verteidigen, einschließlich mit der Drohung, die öffentliche Meinung der Welt zu mobilisieren."

Nigerias Junta lebt in ständiger Furcht vor einem neuen Putsch

Wachsende Zweifel an der Glaubwürdigkeit und dem Reformwillen in Lagos

ACHIM REMDE, **Bonn**

Nur kurze Zeit konnte Tai Solarin sich über die gerichtliche Freilassungsverfügung freuen. Genau gesagt *waren es acht Minuten, bevor die* nigerianische Sicherheitsbehörde NSO (Nigerian Security Organization) ihn erneut ins Gefängnis brachte. Sicherheit – „Security" ist nicht ohne Grund zum Trauma der Regierung Buhari geworden, die sich Sylvester 1983 mit einem Staatsstreich an die Macht gebracht hat. Die Putschisten hatten das Ausmaß der wirtschaftlichen Misere Nigerias unterschätzt.

Preissteigerungen, bei Nahrungsmitteln um mehr als das Doppelte, Arbeitslosigkeit und Kriminalität scheinen seit dem Putsch nicht ab-, sondern zugenommen zu haben, und die Hoffnung, daß sich dies in absehbarer Zeit ändert, ist verschwunden. Nacheinander hat Buhari die Angehörigen der alten Regierung, aber auch die der ehemaligen Opposition und schließlich alle, die es wagten, Kritik zu äußern, ins Gefängnis werfen lassen. Dazu gehörte auch Tai Solarin, der als bekannter Publizist der ehemaligen Opposition verbunden war und die Verhaftung des renommierten Oppositionspolitikers Lateef Jakande öffentlich angeprangert hatte. Ein neues Pressegesetz verbietet jegliche Kritik an der Regierung.

Die gleichzeitige Welle der Verhaftungen wegen Wirtschaftsdelikten *hat auch ausländische Geschäftsleu*te, darunter Deutsche, erfaßt, denen man vorwarf, bei betrügerischen Aktionen zum Nachteil der Regierung mitgewirkt zu haben. Auf Intervention der Deutschen Botschaft in Lagos sind sie zum größten Teil wieder auf freiem Fuß. Doch alle größeren Projekte in Nigeria werden gegenwärtig von staatlichen Untersuchungskommissionen überprüft. Die daraus resultierende Unsicherheit bleibt nicht ohne Wirkung auf die Präsenz der ausländischen Wirtschaft, für die Nigeria in der Vergangenheit ein lukrativer Markt war. Angesichts der unverändert hohen Kosten – Lagos gilt seit 3 Jahren als die teuerste Stadt der Welt – zieht sich manches Unternehmen zurück.

Wie fast alle vorhergehenden Regierungen hat auch Buhari nunmehr eine Antikorruptionskampagne gestartet. Da durchgreifende Maßnahmen gegen die Vertreter der Nationalpartei des gestürzten Shagari und ihre Geschäftspartner, deren Korruption als Begründung für den Staatsstreich diente, bis jetzt aber ausgeblieben sind – Shagari selbst befindet sich in komfortablem Hausarrest –, entsteht in der Bevölkerung der Eindruck, daß der „Kampf gegen Disziplinlosigkeit" ein Ablenkungsmanöver ist. Ohnehin glaubt man, daß zwischen Putschisten und Shagari-Administration enge Beziehungen bestehen und der Putsch Buharis nur dazu diente, einen bevorstehenden radikalen Coup jüngerer Militärs aus*zuschließen*.

In der Tat gehören Angehörige des alten und des neuen Regimes zu einer sozialen Elite, deren harter Kern nach einer nordnigerianischen Stadt „Kaduna-Mafia" genannt wird. Sie spielte *schon* in der Regierung der Generäle Murtala Muhammad und Obasanjo eine hervorragende Rolle.

Der für die Verhaftungswelle zuständige Direktor der Sicherheitsbehörde NSO, Rafindadi, als Mitglied des Obersten Militärrats dem inneren Führungszirkel Buharis angehörend, war noch von Shagari ernannt und ist von Buhari in dieser Funktion bestätigt worden. Beobachtern der diplomatischen Szene war lange Zeit unerklärlich, wie er sich vom Propagandisten der Regierung Shagari – in seinem vorherigen Amt als nigerianischer Botschafter in Bonn war er Presseberichten über Wahlfälschungen mit Verve entgegengetreten – zum Mitglied der Putschistenregierung *wandeln konnte*. Daß *die Put*schisten ihren Coup mit dem Luxus und der Verschwendung der Shagari-Administration gerechtfertigt haben, entbehrt in seinem Falle nicht *einer gewissen Ironie*. Rafindadi war in Bonn vor allem dadurch aufgefallen, daß er den Mercedes 280, den er als Dienstwagen vorfand, sofort durch einen 500 SEL ersetzte, und auf Empfängen mit einer brillantenbesetzten Goldarmbanduhr glänzte. Die Gefahr ist groß, daß die Regierung Buhari den radikaleren Elementen, denen sie – wie es heißt – zuvorgekommen ist, den Weg bereitet, indem sie unglaubwürdig wird.

Zur Wahl nur „unabhängige" Anhänger Khomeinis

Zweite Runde der Parlamentswahlen in Iran / Die Rolle des Madschlis im Staat der Revolutionäre

M. D. AHMED, **Hamburg**

In Iran findet morgen die zweite Runde der Parlamentswahlen statt. Ursprünglich bewarben sich 1584 Kandidaten um die 270 Sitze im Parlament (Madschlis). Die Bewerber wurden einer strengen Eignungskontrolle unterworfen. Zugelassen wurden schließlich 1230 „unabhängige" Kandidaten. Es gab keine Parteilisten, aber den Parteien wurde freigestellt, auch namentliche Empfehlungen auszusprechen.

Die Parteien der Nationalisten, der Liberalen und des linken Flügels haben längst aufgehört, eine Rolle in der Landespolitik zu spielen. Die letzte Partei aus dieser Gruppe, die im Parlament verblieben war, war die „*Nahzaht-e-Azadi*" (Die Freiheitsbewegung) des ehemaligen Premierministers Mehdi Bazargan. Sie nahm an den Wahlen nicht teil, weil ihre Zeitung „Mizan" verboten worden war und sie keine *Möglichkeit* mehr sah, sich an die Wähler zu wenden.

Die Islamisch-Republikanische Partei (IRP) des Staatspräsidenten Khamenei hält die Fäden der Landespolitik fest in der Hand. Sie ist allerdings nicht ohne Konkurrenz im Parlament. Ihre Rivalen stammen ebenfalls aus der Gruppe der Schriftgelehrten, *die zwar im strengen Sinne* des Wortes keine Opposition darstellen, aber mit der IRP um die Gunst Khomeinis konkurrieren.

Es sind dies: 1. Die „Ulama Mubarizin" (Die kämpfenden Schriftgelehrten) des einflußreichen Ayatollah Mahdavi-Kani, dem es sogar gelang, 1981 für kurze Zeit das Premierministeramt zu übernehmen. Diese Gruppe nimmt aktiv an den Kämpfen im Golfkrieg teil. Bisher sollen 700 ihrer Mitglieder gefallen sein. 2. Die „Hizbullahi" (Die Partei Gottes), die sich *mit den Mudschahidin-e-Khalq* Straßenschlachten liefert. 3. Die Imam-Gruppe. Sie verfolgt die Linie Khomeinis. Auf deren Konto ging die Besetzung der US-Botschaft und die Geiselnahme der amerikanischen Diplomaten. Diese Gruppe war schuld an den Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften in Mekka und Medina während der Pilgerfahrt in den Jahren 1981/82. 4. Die Gruppe der Ayatollahs aus Qom, die im Land hohes Ansehen genießen und die Arbeit des Parlaments und der Regierung *scharf* beobachten.

Dem Parlament kommt im Machtgefüge des iranischen Staates eine zentrale Rolle zu. Der Präsident wird zwar vom Volk direkt gewählt, aber seine Amtsführung wird vom Parlament überwacht. Bereits Bani-Sadr bekam dies zu spüren, als der von ihm vorgeschlagene Kandidat für das *Premierministeramt* vom Parlament abgelehnt wurde. Die IRP setzte sich seinerzeit mit ihrem Kandidaten Radschai durch. Die gleiche Erfahrung mußte später Präsident Khamenei machen, obwohl er *gleichzeitig* Generalsekretär der IRP war. Auch sein Kandidat für das Premierministeramt wurde vom Parlament verworfen.

Es ist diesem Umstand zu verdanken, daß der Parlamentspräsident Rafsandschani nach Khomeini und seinen mutmaßlichen Nachfolger Ayatollah Montanzeri der mächtigste Mann im Staat ist. Auch er verdankt diese Machtfülle den Parlamentsmitgliedern: Er muß sich jedes Jahr in sein Amt neu wählen lassen. Die Arbeit des Parlaments wiederum wird vom Verfassungswächterrat kontrolliert, der die verabschiedeten Gesetze auf ihre Verfassungstreue hin prüft.

London mobilisiert seine Reserven

Verteidigungsweißbuch: Mehr Schiffe und Panzer für die britischen Streitkräfte

FRITZ WIRTH, **London**

Das britische Verteidigungsministerium mobilisiert seine stillen Reserven. Das Unternehmen ist Teil eines rigorosen Sparprogramms mit dem Ziel, den gegenwärtigen Verteidigungsetat in Höhe von 17 Milliarden Pfund kosteneffektiver einzusetzen. Zugleich soll mit der Mobilisierung dieser Reserven die Kampfkraft der Truppen in der „Frontlinie" verstärkt werden.

Nutznießer dieses Programms ist unter anderem die britische Rheinarmee, die in den nächsten Jahren durch ein neues Panzer-Regiment erweitert werden soll, wodurch die Kampfkraft der britischen Truppen in der Bundesrepublik um etwa 50 Panzer erhöht wird. Auf ähnliche Weise soll die britische Kriegsmarine verstärkt werden. Verteidigungsminister Michael Heseltine gab in einem gestern veröffentlichten Weißbuch bekannt, daß acht Fregatten und Zerstörer, die nach einem Beschluß des ehemaligen Verteidigungsminister John Nott aus dem Jahre 1981 eingemottet werden sollten, im aktiven *Dienst* bleiben werden, wodurch auch die Kampfkraft der Kriegsmarine erheblich erhöht werde.

Die Flottenreduzierung Notts war nach dem Falklandkrieg fragwürdig geworden. Die Wiederherstellung der alten Kampfkraft von 58 Fregatten und Zerstörern ist eine späte Rehabilitierung für den früheren Marine*minister* Keith Spee, *der* sich seinerzeit dieser Flottenreduzierung widersetzte und deshalb von Premierministerin Thatcher entlassen wurde.

Zugleich kündigte Heseltine eine Straffung und Zentralisierung des Führungsmanagements seines Ministeriums und der Streitkräfte an. Einzelheiten dieser Pläne, die in den Führungskreisen der britischen Streitkräfte stark umstritten sind, sollen in einem Weißbuch im Juli dieses Jahres vorgelegt werden.

Außerdem wurde bekannt, daß sich die Kosten für die Umrüstung der britischen Nuklear-Streitkräfte vom Polaris- auf das Trident-System wegen des steigenden Dollarkurses auf 9 Milliarden Pfund (rund 35 Milliarden D-Mark) erhöht haben. Die Kosten waren ursprünglich mit 7 Milliarden Pfund veranschlagt worden.

Die britische Nuklearverteidigung beansprucht im Augenblick 2,3 Prozent des Verteidigungshaushaltes. Die britische Luftwaffe hat mit 20 Prozent den höchsten Anteil am Verteidigungshaushalt. Dieser ist der höchste aller NATO-Partner in Europa und soll im nächsten Jahr auf 18 Milliarden Pfund erhöht werden.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Offiziersausbildung – wozu?

„Erst Ausbildung, dann das Studium": WELT vom 17. April

Sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren,

wer als Offizier junge Soldaten führen will, muß nicht nur hervorragende militärische Fähigkeiten besitzen, sondern muß sich auch im psychologisch-pädagogischen Bereich auskennen. Er muß dem politischen und geistigen Leben verbunden sein und imstande, daraus für sich seinen eigenen Standpunkt zu bestimmen und Impulse an die Soldaten weiterzugeben. Die Ausbildung soll den Offizier nicht zum „Militär-Technokraten", sondern zum – im wahrsten Sinne des Wortes – „gebildeten" Menschen machen.

Diese Forderungen sind nicht neu; ihre Bedeutung läßt sich über Männer von Scharnhorst und Gneisenau über Moltke, Seekt und Beck bis in die Gegenwart verfolgen. Die beiden Hochschulen der Bundeswehr in München und Hamburg sollten berufen sein, dieses Erbe fortzuführen.

An diesem Punkt aber setzen meine Bedenken ein. Die vornehmste und vordringlichste Aufgabe des Offiziers ist es, ein guter Einheits- und Truppenführer zu sein. Seine auch noch so umfassende Ausbildung soll auf dieses Ziel hin ausgerichtet sein. Gelegentlich aber gewinne ich den Eindruck, als gelte das Studium an den Bundeswehrhochschulen mehr der späteren Versorgung im Zivilleben als der Verwendung in der Truppe. Es wäre nutz- und sinnlos – auch im Sinne der Steuerzahler – Offiziere heranzubilden, die zwar „hochgebildet" sind, in der Truppe aber versagen. Wenn schon in dem genannten Artikel davon gesprochen wird, bestimmte Studiengänge würden „am Markt vorbei" ausbilden, sollte man unter „Markt" nicht das spätere Zivilleben verstehen, sondern die Truppe.

So sage ich „Ja" zur Bundeswehrhochschule, aber nur unter der Voraussetzung, daß die dort erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten auch an die Truppe weitergegeben werden, damit sich diese Geisteshaltung auf die gesamte Bundeswehr auswirken kann. Es geht mehr als nur um das Studium einzelner Offiziere; es geht darum, die Bundeswehr mit einem Geist zu erfüllen, der sie die Schwierigkeiten, vor denen sie steht, zu überwinden hilft und ihre Integration in unsere Gesellschaft fördert.

Mit freundlichen Grüßen
W. Thiemann, Hamburg 73

Verstummt

Sehr geehrte Redaktion,

Carl Gustaf Ströhm hat völlig recht: In einem Land wie Polen spielt die Bundesrepublik im Äther so gut wie keine Rolle. Das Regime des Generals Jaruzelski hält es in richtiger Einschätzung der politischen Harmlosigkeit der polnischen Sendungen des Deutschlandfunks für Geld- und Stromverschwendung, diese zu stören. Sie sind überall in Polen – im Gegensatz zu der Londoner BBC und den amerikanischen Sendern – ausgezeichnet zu empfangen.

Auch die scheinbar imposanten Hörerpostzahlen der Polen-Redaktion des DLF können nicht darüber hinwegtäuschen, daß seit 1980 rund eine halbe Million polnischer Hörer vom (ungestörten) DLF zu anderen (gestörten) westlichen Stationen abgewandert sind – was in der Presseerklärung des DLF sorgfältig verschwiegen wird. Noch trauriger ist es mit der Resonanz des DLF in Ungarn und in der Tschechoslowakei bestellt. Dort liegen die nur in deutscher Sprache sendenden ORF und RTL weit vor dem in den Landessprachen areitenden DLF, der mit dem größten Programmangebot aller westlichen Sender – ausgenommen Radio Freies Europa – zwei- bis fünfmal weniger Hörer hat.

Der Zweck der von Egon Bahr 1975 eingefädelten Abgrenzungsvereinbarung zwischen DLF und „Deutscher Welle" wurde voll erreicht: In Ostmitteleuropa hat sich die Bundesrepublik informationspolitisch selbst ins Aus manövriert und spielt im Äther so gut wie keine Rolle mehr.

Herbert Reich, Hamburg 40

IOC und Politik

Sehr geehrte Herren,

es ist einfach falsch, jetzt zu behaupten, die olympische Idee sei durch die Absage Moskaus zum Sterben verurteilt. Es ist genauso falsch, so zu tun, als wenn die Politik nie eine Rolle gespielt hat und spielen sollte.

Die Idee der Spiele ist erhalten, auch wenn nur eine kleinere Zahl von Völkern ihre Sportler teilnehmen läßt. Noch gilt der Spruch: Dabeisein ist alles.

Das IOC kann die Politik nicht aus den Spielen heraushalten. Es hätte von Beginn an sagen müssen, daß nur solche Nationen teilnehmen dürfen, die sich zur Zeit der Spiele nicht im Krieg oder in kriegsähnlichem Zustand befinden.

Politik wurde geduldet, als man Deutschland 1920 und 1924 ausschloß, als man Deutschland 1948 und 1952 nicht zuließ.

Vielleicht erinnert man sich beim IOC gelegentlich daran, daß es einen Staat Estland gab mit je einer Goldmedaille 1920 und 1924, mit zwei 1928 und mit zwei 1936. Estland ist verschwunden, dem IOC ist dies nicht aufgefallen.

Wer die Olympischen Spiele und deren friedliche Idee aufrecht halten will, muß Haltung zeigen und darf nicht vor der Politik zurückweichen.

Nicht die Zahl der teilnehmenden Nationen ist entscheidend, sondern der Geist, der die Spiele erfüllt. Die Idee der Spiele ist erst tot, wenn die freien Völker der Welt sie aufgeben, nur weil Moskau nicht mitmacht.

Es sei erlaubt, darauf hinzuweisen, daß das zaristische Rußland 1908 in London eine Goldmedaille gewann. Die Sowjetunion jedoch ist bis einschließlich 1948 ferngeblieben.

Man sollte den Sportlern und den Zuschauern in der Welt die Freude nicht nehmen. Ob Moskau dabei ist, das ist nicht so wichtig, als die Spiele im Sinne des Friedens und der Begegnung.

Mit den besten Grüßen aus Berlin
K. G. Welker, Berlin 21

Wort des Tages

„Ich denke mir oft, was Gott wohl von den Menschen hält, die nicht an ihn glauben. Vermutlich amüsiert er sich über sie."

Paul Claudel; franz. Schriftsteller und Diplomat (1868–1955)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

DIPLOMATIE

Günther van Well, bisher deutscher UNO-Botschafter in New York – seit 1981, geht demnächst als Botschafter nach Washington. Das Bundeskabinett unter Leitung von Kanzler **Helmut Kohl** wird heute bei Zustimmung zur Versetzung van Wells ein größeres Revirement im Auswärtigen Amt in Gang setzen. Botschafter **Peter Hermes**, bisher in Washington, soll neuer Botschafter beim Vatikan werden. Van Well, 1922 geboren, ist Jurist und Diplom-Volkswirt. Er war als junger Diplomat bereits in New York und in Tokio tätig, ehe er von 1967 bis 1971 das Referat „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen" leitete und so auf deutscher Seite der ständige Mann in der Viermächtegruppe wurde. Bei der Ratifizierung der Verträge mit Warschau und Moskau war er der Referent des Auswärtigen Amtes im Bundestag. Der Ministerialdirigent van Well wurde 1971/72 stellvertretender Leiter der Politischen Abteilung III, Übersee, Dritte Welt und 1973 Leiter der neu geschaffenen Politischen Abteilung II, Westeuropa, Nordamerika, NATO.

*

Über die Versetzung von Staatssekretär **Hans Werner Lautenschlager**, der als Botschafter zur Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen gehen soll – als Nachfolger von **Günther van Well** –, entscheidet das Bundeskabinett heute ebenfalls. Lautenschlager, als Sohn eines Diplomaten 1927 in Tientsin in China geboren, legte sein Abitur an der deutschen Schule in Shanghai ab. 1946 kam er nach Deutschland, studierte Jura und trat 1955 in das Auswärtige Amt ein. Er nahm an den Verhandlungen zur Gründung der EWG und von Euratom teil und ging von 1958 bis 1964 zur Kommission der Europäischen Atomgemeinschaft, wo er zuletzt Kabinettschef bei Kommissionsmitglied **Heinz Krekeler** war. Nach einer zeitweisen Versetzung an die deutsche Botschaft in Neu-Delhi war Lautenschlager 1968/69 im Referat Sowjetunion tätig, von 1969 bis 1973 Leiter des Referats Handel und Agrarpolitik der EG und 1975 Leiter der Abteilung IV im AA, Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische Integration. Lautenschlager gilt als einer der führenden Unterhändler Bonns in Fragen der Außenwirtschaft, der Energie, der internationalen Währungspolitik und der Nord-Süd-Problematik. 1979 wurde er als Nachfolger von **Peter Hermes** Staatssekretär, zuständig für die auswärtige Wirtschafts- und Kulturpolitik.

GEBURTSTAGE

Professor Dr. **Hermann Hoepke**, emeritierter Lehrstuhlinhaber und Direktor der Anatomie in Heidelberg, feierte seinen 95. Geburtstag. Hoepke, einer der wohl bekanntesten und verehrtesten Bürger der Stadt Heidelberg, kam 1921 an das Anatomische Institut, wo er sich 1923 habilitierte und 1927 außerordentlicher Professor wurde. 1940 wurde ihm von den Nationalsozialisten das Lehramt entzogen, und er arbeitete dann als praktischer Arzt in der Altstadt. Gerade die Altstadt war es, die Professor Hoepke bewog, nach dem Zusammenbruch sich für ein Mandat im Stadtrat zur Verfügung zu stellen. 18 Jahre, von 1950 bis 1968, lenkte er die Geschicke dieser Stadt mit. Seine letzte Vorlesung hielt er am 28. Juni 1961 im Hörsaal der Alten Anatomie, wo er auch 1922 seine Antrittsvorlesung gehalten hat.

In der Medizin herrschte bis 1965 allgemein die Auffassung vor, daß es gegen Krebs keine körpereigenen Abwehrmechanismen gebe. Hoepke war dagegen bereits in den 30er Jahren durch seine Untersuchungen über das lymphatische System zu der Überzeugung gekommen, daß es eine körpereigene Abwehr gegen Krebs geben müsse. 1952 gelang es ihm, die Bedeutung der Lymphozyten und Plasmazellen wie auch der Zellen des RHS für die Geschwulstabwehr darzustellen.

Literatur und Musik – er hat Homers „Ilias" und „Odyssee" ins Deutsch unserer Tage übertragen – sind Gebiete, die sich Hoepke mit Neigung und Freude erschlossen hat, ebenso wie seinen Einsatz für den Erhalt der Altstadt von Heidelberg.

*

Der langjährige Direktor der Universitäts-Frauenklinik in Marburg, Professor Dr. **Rudolf Buchholz**, feierte seinen 70. Geburtstag. Den Lehrstuhl für Frauenheilkunde und Geburtshilfe hatte Professor Buchholz von 1964 bis 1981 inne. Der weit über sein Fachgebiet hinaus bekannte Arzt und Forscher hat sich vor allem auf dem Gebiet der experimentellen und klinischen Hormonforschung einen Namen gemacht. In Marburg gründete er eine besondere Abteilung für Gynäkologische Endokrinologie und Reproduktion. Auf seine Initiative hin wurde in Marburg die hochdotierte Kempkes-Stiftung für onkologische und endokrinologische Forschung installiert.

KIRCHE

Papst **Johannes Paul II.** hat den Würzburger Ordinarius für Altes Testament, Professor Dr. **Josef Schreiner**, zum Mitglied der Päpstlichen Bibelkommission berufen. Neben Professor Dr. **Joachim Gnilka**, München, ist Schreiner das dritte deutsche Mitglied des 20köpfigen international zusammengesetzten Gremiums. Präsident der Päpstlichen Bibelkommission ist Kurienkardinal **Josef Ratzinger**.

EHRUNG

Der Vorstandsvorsitzende der Daimler-Benz AG, **Werner Breitschwerdt**, ist in Bochum mit der Ehrendoktorwürde der Abteilung für Maschinenbau der Ruhr-Universität ausgezeichnet worden. Breitschwerdt erhielt diese Ehrung in Anerkennung seiner hervorragenden Leistungen als Fahrzeugkonstrukteur.

VERNISSAGE

In der nordrhein-westfälischen Landesvertretung in Bonn wurde eine Ausstellung mit Plastiken und Gemälden sowjetischer Künstler vom Minister für Bundesangelegenheiten, **Günther Einert**, eröffnet. Der sowjetische Botschafter, **Wladimir Semjonow**, der zur Eröffnung gekommen war, sah sich dort mit seinem eigenen Porträt – einer Plastik in Bronze – konfrontiert. Eine Arbeit der Bildhauerin **Adelaida Pologowa**. Pologowa, 1923 in Swerdlowsk geboren, gehört zu jenen fünf sowjetischen Künstlerinnen, deren Werke auf Initiative von Botschafter Semjonow in den Westen kamen. Darunter auch die Arbeiten von **Tatiana Nasarenko**, Jahrgang 1944, **Natalia Nesterowa**, ebenfalls Jahrgang 1944, **Elena Borisovna Romanowa**, gleicher Jahrgang, und der 1930 geborenen **Tatiana Sokolowa**. Es sind alles Künstlerinnen, die mit dem sowjetischen Realismus nicht mehr sehr viel zu tun haben.

Der frühere stellvertretende Chef des Militärischen Abschirmdienstes (MAD), Kapitän zur See **Konrad Koch**, ist im Alter von 63 Jahren nach langer schwerer Krankheit in Köln gestorben. Koch hat sein Berufsleben für den Schutz dieses demokratischen Staatswesens eingesetzt und dafür große Belastungen auf sich genommen. Bis in die jüngste Zeit hinein hatte sich Koch Gedanken über die Zukunft des MAD, über dessen Führungsstruktur und Effizienz nach den Affären der zurückliegenden Monate gemacht und dazu auch öffentlich Stellung bezogen. Das Bundesverteidigungsministerium hat in dieser Sache seinen Rat gesucht. Als junger Oberleutnant war Koch aus dem Zweiten Weltkrieg nach Hause gekommen. 1956 begann er seine nachrichtendienstliche Laufbahn beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln, 1959 wechselte er zur Bundeswehr über. 1966 war Koch Erster Offizier auf



Konrad Koch
FOTO: J. H. DARCHINGER

dem Zerstörer Hamburg. Danach ging es beim MAD steil aufwärts: Chef des Stabes, Kommandeur des Dienstes für die Bereiche Schleswig-Holstein und Hamburg und 1973 dann stellvertretender Chef des gesamten Dienstes in Köln. Koch hat hier, bei wechselnden und mehr oder weniger glücklosen Amtschefs, die kontinuierliche und auch erfolgreiche Abwehrarbeit des Dienstes sichergestellt. Die Aufdeckung des schweren Spionagefalls **Lutze/Wiegel** auf der Hardthöhe gehört dazu. Politische und fachliche Motive waren es, die ihn veranlaßten, sich gegen den Amtschef zu stellen und diesen auch vor Gremien des Bundestages bloßzustellen. Der General mußte gehen, Koch, CDU-Mitglied, wurde von dem sozialdemokratischen Verteidigungsminister 1982 in den Ruhestand versetzt. Seine Treue zum Dienst ist dadurch nicht erschüttert worden.

NATIONALELF / Stielike spielt wieder Libero

Mit Guido Buchwald gegen den Weltmeister

DW./sid, Düsseldorf

Uli Stielike kehrt auf den Libero-Posten zurück, Bernd Schusters Erscheinen ist weiterhin fraglich, Guido Buchwald bestreitet sein erstes Länderspiel: Das sind die wichtigsten personellen Aspekte vor dem Spiel der deutschen Fußball-Nationalmannschaft gegen Weltmeister Italien anläßlich des 80. Geburtstages des Weltverbandes am nächsten Dienstag (20.15 Uhr, live im Ersten Fernsehprogramm).

Bundestrainer Jupp Derwall nannte gestern für dieses Spiel ein Aufgebot von 22 Spielern, aus dem am Samstag voraussichtlich noch vier Namen gestrichen werden. Vier Wochen vor dem ersten Spiel bei der Europameisterschaft (14. Juni gegen Portugal in Straßburg) gibt das Aufgebot selbstverständlich auch Hinweise darauf, mit welchen 20 Spielern Derwall nach Frankreich fahren wird. Einzige Neuigkeit dabei: Der 23 Jahre alte Guido Buchwald vom VfB Stuttgart wird wohl im letzten Moment den Sprung zur Europameisterschaft schaffen. Schon gegen Italien soll der defensive Mittelfeldspieler eingesetzt werden – als 46. Neuling, seitdem Derwall das Amt des Bundestrainers übernahm. Derwall: „Wenn ich ihn hole, will ich ihn auch sehen."

Buchwald, 1,83 m groß, hat eine Blitzkarriere hinter sich. Für eine Ablöse in Höhe von 400 000 Mark kam er Anfang der Saison von den zweitklassigen Stuttgarter Kickers zum Lokalrivalen. Auf Anhieb eroberte er sich einen Stammplatz beim Meisterschafts-Favoriten und ist heute der einzige Spieler des VfB Stuttgart, der in allen 32 bisherigen Bundesliga-Spielen eingesetzt wurde. Der gelernte Elektro-Installateur überzeugte in vier Spielen der Olympia-Mannschaft von Erich Ribbeck. Er gilt als technisch versiert, dynamisch und stürmt erfolgreich trotz seiner defensiven Aufgaben. Jupp Derwall: „Solche Männer brauche ich."

Gebraucht hätte Derwall gegen Italien auch Bernd Schuster, um die Form seines Regisseurs nach einer langen Verletzungspause (Zehenbruch) zu überprüfen. Doch auch gestern wartete er vergeblich auf eine Antwort auf das Fernschreiben, in dem der Deutsche Fußball-Bund vom FC Barcelona die Freigabe Schusters gefordert hatte. Der spanische Klub bestreitet am 19. und 26. Mai Pokalspiele gegen San Sebastian und beharrt auf der Mitwirkung seines deutschen Stars.

Den Plan, Schuster als Libero der deutschen Mannschaft aufzubauen, hat Derwall offensichtlich aufgegeben. Uli Stielike kehrt auf den Posten zurück, auf dem er schon bei der Europameisterschaft 1980 in Italien und bei der Weltmeisterschaft 1982 in Spanien stand. Die Experimente mit Herget und Bruns haben den Bundestrainer nicht überzeugt: „Stielike ist wohl doch die beste Lösung, nachdem Gerd Strack wegen seiner Verletzung ausfällt."

Nach dem Spiel gegen Italien bleiben Derwall noch zehn Tage Zeit, um das endgültige Aufgebot für die Europameisterschaft zu nominieren. Dabei kalkuliert er die rechtzeitige Genesung des Stuttgarter Torwarts Helmut Roleder (Nierenprellung) ein und sagt: „Dann sind noch etwa drei Plätze frei." Ein Hinweis darauf, daß auch ein Spieler wie der lange verletzte Leverkusener Herbert Waas, Bremens Verteidiger Jonny Otten oder der zuletzt oft enttäuschende Kölner Pierre Littbarski noch keinen Platz sicher haben. Immerhin: Am Sonntag werden alle für das Spiel in Zürich nominierten Profis für die Europameisterschaft eingekleidet.

Das Aufgebot, Tor: Burdenski (Bremen), Schumacher (Köln), Roleder (Stuttgart). – **Abwehr:** Brehme, Briegel (beide Kaiserslautern), Bruns (Gladbach), Bernd und Karl-Heinz Förster (beide Stuttgart), Herget (Uerdingen), Otten (Bremen), Stielike (Real Madrid). – **Mittelfeld:** Bommer (Düsseldorf), Buchwald (Stuttgart), Matthäus (Gladbach), Meier (Bremen), Rolff (Hamburg), Schuster (Barcelona). – **Angriff:** Allofs, Littbarski (beide Köln), Milewski (Hamburg), Rummenigge (München), Völler (Bremen), Waas (Leverkusen).

In Italiens Aufgebot stehen mit Cabrini, Gentile, Scirea, Bergomi, Collovati, Tardelli, Rossi, Conti und Altobelli neun Spieler, die vor zwei Jahren mit einem 3:1-Finalsieg über Deutschland die Weltmeisterschaft in Spanien gewann.

STAND ● PUNKT / Kompromiß

Jupp Derwall hat einmal in seiner Not vorgeschlagen, Spieler zu sperren, die er in der Nationalmannschaft haben will und die aus fadenscheinigen Gründen absagen. Ein absurder Plan, Einberufungsbefehle für Fußballspieler kann und darf es nicht geben. Absurd aber war auch, was sich Stuttgarts Vereinspräsident Gerhard Meyer-Vorfelder ausgedacht hatte – ausgerechnet er, der als Kultusminister von Baden-Württemberg darum kämpft, daß in den Schulen ein gesundes Nationalgefühl vermittelt wird. Er wollte seine Nationalspieler für Derwall sperren, weil sie ja noch gegen den Hamburger SV um den deutschen Titel kämpfen. Es ist nicht so gekommen, die Brüder Förster sind dabei, mit Guido Buchwald sogar ein Debütant. Wahrscheinlich werden sie gegen Italien nicht über die gesamten 90 Minuten spielen, ein vernünftiger Kompromiß. Unvernünftig war es allemal, daß hier ein Vereinspräsident mit denen spielte, die die Nationalmannschaft abwerten wollen. DW.

Detlef Schrempf – der große Unbekannte aus USA

MARTIN HÄGELE, Los Angeles

Der junge Mann weiß ganz genau, daß er demnächst Millionär sein wird. Die Finger einer Hand reichen aus, um die Jahre abzuzählen, bis es soweit sein wird. Mag sein, daß ihn diese Aussicht für einen kurzen Augenblick etwas verlegen macht. Er steht da und blickt über T-Shirt und Blue jeans an seinem schlaksigen Körper herunter. So, als müsse es am Erdboden – zwischen Augenhöhe und Fuß liegen bei ihm zwei Meter – den Punkt geben, auf den er sich zu konzentrieren habe. Irgendwo da unten bei den halbhohen Sportschuhen, deren Schnürsenkel er stets offen trägt. Dann sagt er: „Ja, die zahlen hier schon unmögliche Summen."

Das klingt, als sei ihm gerade klargeworden, was diese Worte bedeuten: „Mindestens 600 000 Dollar Jahresgehalt werde ich haben. Wenn ich einen guten Agenten finde, kommt sicherlich noch mehr raus."

Deutsche Athleten, die in einem Jahr eine Million Mark anhäufen können, sind rar und gelten hierzulande allemal als Superstars. Karl-Heinz Rummenigge ist einer der wenigen. Jetzt steht da einer, dessen Name klingt hierzulande wie Hinz und Kunz, Müller, Mayer oder Schmitz. Nichtssagend also, nur von Spezialisten einzuordnen, aber dennoch bald auf einer Gehaltsstufe mit Rummenigge: Detlef Schrempf, 20 Jahre alt, 2,06 Meter groß. Er gehört zur deutschen Basketball-Nationalmannschaft, die seit gestern versucht, sich für das olympische Turnier in Los Angeles zu qualifizieren. Sollte es ihr gelingen, Detlef Schrempf wäre für die Amerikaner Deutschlands prominentester Olympiateilnehmer.

Einem Deutschen in Los Angeles kann es schon heute passieren, daß ihm stellvertretend auf die Schultern geklopft wird: „Ihr Deutschen habt ja ganz tolle Basketballspieler." In diesem Moment ist nicht nur Schrempf gemeint, sondern auch Christian Welp, der 2,10 m groß ist und auch im Nationalteam spielt.

Die beiden spielen für die Washington University in Seattle. Im Halbfinale der Westküste sind sie bei den amerikanischen Universitäts-Meisterschaften mit ihrem Team ausgeschieden. Hätten sie gewonnen, sie hätten zu den vier besten College-Mannschaften im Mutterland ihres Sports gehört. Aber trotz der Niederlage (58:64 gegen die Universität Dayton) drängelten sich die Journalisten um die beiden deutschen Riesen: „Detlef, what's about ..." Und: „Chris, your opinion ..." Zwei gefragte Stars.

Daneben steht dann Trainer Marv Harshman und grinst: „Erzählt nur Gutes über euren Coach." Dieser grauhaarige Gentleman gibt sein freundliches Gemüt vor jedem Training gleichsam an der Garderobe ab. Welp: „In Seattle, in unserer Halle, dem Hec-Edmondson-Pavillion, stehen in allen Ecken Papierkörbe mit Plastiktüten. Falls einer kotzen muß. Und das kommt häufig vor."

Wann und wie oft sich einer übergebe während des Trainings, das sei für die Trainer eine wichtige Kontrolle über die körperliche Verfassung der Spieler. Welp: „Die stehen hier auf der alten, harten Schule. Das macht sich am Ende bezahlt." Deshalb sei er ja schließlich hierhergekommen, als Austauschschüler.

Mit zwölf Jahren spielte Welp beim Post-SV Osnabrück, wechselte dann zum lokalen Basketball-Krösus BC Giants und wurde Junioren-Nationalspieler. Im Fernsehen sah er eine Reportage über Michael Pappert, der heute beim BSC Saturn Köln spielt, Kapitän der deutschen Nationalmannschaft ist und vor drei Jahren bei der Redlands University Los Angeles lernte. „Das wär' was für mich", dachte Welp. Mutter hielt es für „eine Schnapsidee", Vater sagte: „Versuch's doch." Welp war kaum 18, als er sich „für ein Jahr" verabschiedete. Jetzt will er nicht mehr nach Hause.

Schrempf ist sportlich schon einen Schritt weiter. Er kam, als er gerade 17 Jahre alt war, aus Leverkusen. Sein Trainer Otto Reintjes riet ihm: „Geh nach Amerika." Er ging – lang, dünn, nichts auf der Brust. Trainer Harshman am Anfang: „Detlef hat nicht das Selbstvertrauen, einfach zu glauben, er könne mit den Amerikanern tatsächlich mithalten." Der Trainer heute: „Wenn Detlef den Ball zugespielt bekommt, dann passiert etwas Gutes."

Statistiken sprechen für sich. Schrempf ist der beste Werfer, der beste Abfänger gegnerischer Angriffe, der erfolgreichste Freiwurfspezialist aller College-Mannschaften. Er ist der Typ des kompletten Spielers. Ähnlich wie Magic Johnson, der schwarze Superstar der Los Angeles Lakers, der von seinem Profiklub jetzt lebenslang an goldene Ketten gelegt wurde – mit einem Vertrag, der ihm 25 Millionen (!) Dollar garantiert. Detlef Schrempf wird in den amerikanischen Zeitungen nur noch „The white Magic" genannt. Das ist nicht nur Ritterschlag in dem Land, in dem Basketball erfunden wurde, das ist eben auch dollarschwerer Wechsel auf die Zukunft.

Und diesen Mann kennt hierzulande, in seiner Heimat, kaum jemand. Schrempf denkt bei diesem Einwand wieder nach, sucht die eigenen Schuhspitzen mit den Augen und sagt dann: „Das Fernsehen, der Ben Wett vom ZDF, wollte schon immer einen Film über mich machen. Es hat bisher nicht geklappt, und mir ist das auch ganz recht so." Die Scheu davor, auf einer Gehaltsstufe mit einem Rummenigge zu stehen, umgerechnet demnächst etwa 1,5 Millionen Mark im Jahr zu verdienen? Auch das macht ihn wortkarg.

Der künftige Millionär hat die Härte gelernt. Als die Zuschauer bei Auswärtsspielen „Heil Hitler" oder „Nazi" schrieen, als sie in Sprechchören forderten „Tötet den Scrimp", hat er mit noch konzentrierteren Korbwürfen geantwortet. Schrempf hat sich in den USA durchgesetzt – mit fünf, sechs Stunden Training am Tag. Jetzt hat er seinen Beruf gelernt: „Vor zwei, drei Jahren habe ich erkannt, daß ich mit meinem Spiel viel Geld verdienen kann. Und dann habe ich mich nur noch auf Basketball konzentriert."

BOYKOTT

Suche nach Kontakten

der, Bad Homburg

Der Ostblock bemüht sich trotz des Olympia-Boykotts zurzeit besonders intensiv um zweiseitige Sportkontakte zum Westen. Das erklärte Willi Weyer, der Präsident des Deutschen Sport-Bundes, auf einer Pressekonferenz in Bad Homburg. Weyer, der in diesem Zusammenhang als Beispiel einen „überaus freundlichen Brief" des bulgarischen Sportpräsidenten nannte, sieht einen direkten Bezug zum Olympia-Boykott: „Man will die Olympiasieger von Los Angeles jagen, man will gleich nach den Spielen zeigen, daß die eigenen Leute doch besser sind."

Dies deutet auch darauf hin, daß jetzt selbst die Sowjets vor dem Problem stehen, ihren Spitzenathleten eine Art Trostpflaster für die entgangene Olympiateilnahme zu geben. Aus diesem Grunde hält Weyer auch die Voraussetzungen für die innerdeutschen Sportgespräche im Herbst für zumindest nicht schlechter als zuvor.

Zur Diskussion um den Boykott sagte Weyer: „Die Olympischen Spiele waren immer politisch – siehe Nichtteilnahme der Deutschen nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg." Niemand werde ihm nachweisen können, daß die Spiele je unpolitisch waren. Deshalb sei er auch felsenfest davon überzeugt, daß es die Spiele weiter geben wird, „aber wie, das steht in den Sternen".

SPORT-NACHRICHTEN

Trennung auf dem Eis

Stuttgart (sid) – Claudia Massari und Leonardo Azzola, das beste Eiskunstlauf-Paar der Bundesrepublik, haben sich getrennt. Der Grund: Meinungsverschiedenheiten zwischen Azzola und Trainer Karel Fajfr, die in der Stuttgarter Eishalle sogar zu Handgreiflichkeiten geführt haben sollen. Claudia Massari will weiter von Fajfr betreut werden, Azzola wird seine Karriere wohl beenden. Beide hatten bei den Olympischen Winterspielen in Sarajevo Platz 13 belegt.

Ohne Wunderlich

Düsseldorf (sid) – Bundestrainer Simon Schobel plant die mögliche Olympia-Teilnahme der deutschen Handball-Nationalmannschaft ohne Erhard Wunderlich. Der Trainer gab ein vorläufiges Aufgebot von 26 Spielern ohne Wunderlich bekannt, der noch beim FC Barcelona spielt und sich in der nächsten Saison dem Zweitliga-Klub TSV Milbertshofen anschließt. Neu im Aufgebot: Frank Thünemann (Bergkamen) und Rolf Schlögl (Göppingen).

Cash gescheitert

Rom (sid) – Der 19 Jahre alte australische Daviscup-Spieler Pat Cash ist bei den internationalen Tennis-Meisterschaften von Italien in Rom bereits in der ersten Runde gescheitert. Der 32. der Weltrangliste unterlag dem 167 Plätze schlechter eingestuften Italiener Claudio Mezzadri mit 4:6, 2:6.

Bengtsson besiegt

Judenburg (sid) – Europameister Ulf Bengtsson (Schweden) unterlag im Finale des internationalen Tischtennis-Turniers von Judenburg (Steiermark) dem Tschechoslowaken Milan Orlowski mit 14:21, 22:20, 18:21. Der Düsseldorfer Ralf Wosik (19:21, 21:18, 12:21 gegen Bengtsson) und Georg Böhm aus Saarbrücken (21:23, 16:21 gegen den Jugoslawen Zoran Kalinic) waren im Viertelfinale ausgeschieden.

Finale ausverkauft

Frankfurt (sid) – Bereits 24 Stunden nach Eröffnung des Vorverkaufs ist das Endspiel um den deutschen Fußball-Pokal zwischen Bayern München und Borussia Mönchengladbach am 31. Mai in Frankfurt restlos ausverkauft. Insgesamt wurden 61 146 Eintrittskarten verkauft. Die Einnahmen des Finales teilen sich nach Abzug der Kosten beide Vereine und der Deutsche Fußball-Bund.

Neue Trainer-Jobs

Wien (sid) – Zwei deutsche Eishockey-Trainer, die in der letzten Bundesliga-Saison vorzeitig entlassen worden waren, haben in Österreich neue Arbeitgeber gefunden. Heinz Weisenbach (39) übernahm das Training des Landesmeisters VEU Feldkirch, Gerhard Kießling (61) betreut Aufsteiger HC Lustenau. Weisenbach arbeitete zuletzt in Düsseldorf, Kießling in Iserlohn.

ZAHLEN

TENNIS

Internationale Meisterschaften von Deutschland in Berlin, Damen, 1. Runde: Medrado (Brasilien) – Barker (England) 6:3, 7:6, Jexell (Schweden) – Klitsch (USA) 4:6, 6:2, 6:4, Lindquist (Schweden) – Gerken (USA) 4:6, 6:2, 6:4, Drescher (Schweiz) – Benjamin (USA) 4:6, 6:4, 6:4, Cueto (Deutschland) – Romanov (Rumänien) 6:1, 6:2, Keppeler (Deutschland) – Yanagi (Japan) 7:6, 6:4, Graf (Deutschland) – Hobbs (England) 6:2, 7:5, Minter (Australien) – Bonsignori (Italien) 6:4, 7:5, Goles (Jugoslawien) – Raschiatore (USA) 6:2, 6:2, Madruga (Argentinien) – Holton (USA) 6:2, 6:2, Inoul (Japan) – Skronska (CSSR) 6:3, 6:2, Schropp (Deutschland) – Einy (England) 2:6, 3:6. – **Grand-Prix-Turnier** in München, Herren, 1. Runde: Urpi (Spanien) – Tous (Spanien) 6:3, 6:2, Fromm (USA) – Stepanek (Deutschland) 6:1, 1:6, 6:2, Fibak (Polen) – Fillol (Chile) 6:4, 6:4, Frawley (Australien) – Jelen (Deutschland) 6:4, 6:1. – **Internationale Meisterschaften** von Italien in Rom, Herren, 1. Runde: Panatta (Italien) – Luna (Spanien) 7:5, 6:1, Mezzardi (Italien) – Cash (Australien) 6:4, 6:2, Clerc (Argentinien) – Gonzales (Paraguay) 6:3, 6:1, Dibbs (USA) – Dowdeswell (England) 6:2, 6:0, Arraya (Peru) – Gildemeister (Chile) 7:6, 5:7, 7:6, Ostoja (Jugoslawien) – Stadler (Schweiz) 6:4, 7:5, Carlsson (Schweden) – Hlasek (CSSR) 6:2, 6:2.

FUSSBALL

Englische Meisterschaft, Nachholspiele: West Bromwich – Southampton 0:2, West Ham – Everton 0:1.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 2 904 688,80 Mark, 2: 72 617,20, 3: 9290,00, 4: 129,20, 5: 9,00. – **Toto,** Elferwette: 1: 8306,20, 2: 213,90, 3: 16,10. – 6 aus 45: 1: unbesetzt, Jackpot 239 837,80, 2: unbesetzt, Jackpot 79 945,85, 3: 13 324,30, 4: 143,00, 5: 11,00. – **Rennquintett,** Rennen A: 1: 231,30, 2: 38,40. – Rennen B: 1: 694,10, 2: 70,40. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 73 449,20. (ohne Gewähr)

MOTORSPORT

Rückzug von Renault?

dpa, Paris

Der französische Automobilkonzern Renault erwägt den Rückzug aus der Formel-1-Weltmeisterschaft. Das Werk, das 1977 seine Wagen vor allen Konkurrenten mit Turbomotoren ausrüstete, will seine weitere Teilnahme an den Titelkämpfen davon abhängig machen, ob das Problem des Treibstoff-Verbrauchs gelöst wird. Team-Direktor Gérard Larrousse kündigte in der Sportzeitung „L'Equipe" für den Fall den Rückzug an, daß in den nächsten fünf Rennen das durch die Limitierung des Tankinhaltes aufgetretene Problem nicht behoben werden könne.

In den beiden ersten Rennen in Brasilien und Südafrika war der Wagen von Patrick Tambay wegen Treibstoffmangels ausgeschieden. In Imola erhielt der zweite Fahrer, Derek Warwick, aus dem gleichen Grunde die Anweisung, langsamer zu fahren. Larrousse: „Das ist keine Art, Rennen zu fahren, wenn ich Warwick auf diese Weise stoppen muß. Man bestraft den Fahrer und das ganze Team, und in der Öffentlichkeit ist das auch nicht gut für uns."

Nach den Worten von Warwick liegt Renault in der Technologie des Treibstoffverbrauchs hinter der Konkurrenz zurück, will aber die PS-Zahl der Wagen nicht drosseln. Bei Renault laufe deshalb jetzt ein großes Entwicklungsprogramm an.

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1984/85

Humanmedizin
1. vorklinisches Semester

Nr.	von	nach
1	Bochum	Freiburg
2	Bochum	Tübingen
3	Bochum	Ulm
4	FU Berlin	Freiburg
5	FU Berlin	Heidelberg
6	FU Berlin	Hamburg
7	FU Berlin	Uni München
8	FU Berlin	Tübingen
9	FU Berlin	Ulm
10	Düsseldorf	Frankfurt
11	Frankfurt	Bonn
12	Frankfurt	Göttingen
13	Frankfurt	Hannover
14	Frankfurt	Hamburg
15	Frankfurt	Lübeck
16	Frankfurt	Uni Kiel
17	Gießen	Heidelberg
18	Gießen	Hamburg
19	Gießen	Münster
20	Gießen	Uni München
21	Heidelberg	Göttingen
22	Heidelberg	Hamburg
23	Marburg	Hamburg
24	Münster	Heidelberg
25	Mainz	Heidelberg
26	Würzburg	Uni München

Humanmedizin
2. vorklinisches Semester

Nr.	von	nach
1	Aachen	Erlangen
2	Aachen	Freiburg
3	Aachen	Heidelberg
4	Aachen	Hamburg
5	Aachen	Uni München
6	Aachen	Mainz
7	Aachen	Regensburg
8	Aachen	Tübingen
9	Bochum	Bonn
10	Bochum	Düsseldorf
11	Bochum	Frankfurt
12	Bochum	Freiburg
13	Bochum	Heidelberg
14	Bochum	Münster
15	Bochum	Saarbrücken
16	Bochum	Tübingen
17	Bochum	Ulm
18	Bochum	Würzburg
19	FU Berlin	Freiburg
20	FU Berlin	TU München
21	FU Berlin	Uni München
22	FU Berlin	Mainz
23	FU Berlin	Regensburg
24	Düsseldorf	Hannover
25	Düsseldorf	Münster
26	Düsseldorf	Mainz
27	Essen	Erlangen
28	Essen	Frankfurt
29	Essen	Hannover
30	Essen	Hamburg
31	Essen	Uni Kiel
32	Essen	Würzburg
33	Frankfurt	Freiburg
34	Gießen	Bonn
35	Gießen	Freiburg
36	Gießen	Göttingen
37	Gießen	Hannover
38	Gießen	Lübeck
39	Gießen	Uni Kiel
40	Gießen	Marburg
41	Gießen	Würzburg
42	Heidelberg	Uni München
43	Heidelberg	Regensburg
44	Heidelberg	Ulm
45	Lübeck	Erlangen
46	Lübeck	Freiburg
47	Lübeck	TU München
48	Lübeck	Uni München
49	Lübeck	Regensburg
50	Münster	Freiburg
51	Mainz	Heidelberg
52	Mainz	Uni München
53	Saarbrücken	Erlangen
54	Saarbrücken	Freiburg
55	Saarbrück.	Uni München
56	Saarbrücken	Würzburg
57	Ulm	Heidelberg
58	Ulm	Mainz
59	Ulm	Tübingen

Humanmedizin
3. vorklinisches Semester

Nr.	von	nach
1	Bonn	Münster
2	FU Berlin	Göttingen
3	FU Berlin	Hannover
4	FU Berlin	Hamburg
5	FU Berlin	Uni München
6	Erlangen	TU München
7	Erlangen	Uni München
8	Frankfurt	Erlangen
9	Frankfurt	Würzburg
10	Gießen	Erlangen
11	Heidelberg	Düsseldorf
12	Heidelberg	Göttingen
13	Hamburg	Heidelberg
14	Hamburg	Uni München
15	Hamburg	Mainz
16	Köln	Hamburg
17	Marburg	Hannover
18	Münster	Freiburg
19	Münster	Heidelberg
20	Münster	TU München
21	Münster	Uni München
22	Münster	Tübingen
23	Würzburg	TU München
24	Würzburg	Uni München

Humanmedizin
1. klinisches Semester

Nr.	von	nach
1	Aachen	Freiburg
2	Aachen	Heidelberg
3	Aachen	Tübingen
4	Düsseldorf	Bochum
5	Düsseldorf	Essen
6	Düsseldorf	Freiburg
7	Düsseldorf	Heidelberg
8	Gießen	Heidelberg
9	Gießen	Lübeck
10	Gießen	Uni Kiel
11	Gießen	Mannheim
12	Heidelberg	Freiburg
13	Heidelberg	Tübingen
14	Lübeck	Freiburg
15	Lübeck	Heidelberg
16	Lübeck	Mannheim
17	Lübeck	Mainz
18	TU München	Freiburg
19	Uni München	Freiburg
20	Uni München	Heidelberg
21	Uni München	Mannheim
22	Uni München	Tübingen
23	Saarbrücken	Aachen
24	Saarbrücken	Freiburg
25	Saarbrücken	Tübingen
26	Saarbrücken	Würzburg

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Sommersemester 1984

Kissinger glaubt an neue Periode der Entspannung

Früherer Außenminister kritisiert Moskaus „Aggressivität“

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Henry Kissinger, ehemals amerikanischer *Außenminister* und Sicherheitsberater Präsident Nixons, ist fest davon überzeugt, daß die Sowjetunion innerhalb der nächsten 15 Monate an den Verhandlungstisch zurückkehren wird. Damit aber werde eine neue Periode der Entspannung beginnen. Er glaube nicht, sagte Kissinger vor österreichischen Politikern, Wirtschaftsführern und Bankiers in Wien, daß die Gefahr eines Atomkrieges heute größer sei als in den vergangenen Jahren. Aufgabe der USA sei es, für ein weltweites Gleichgewicht zu sorgen.

Der „europäischste“ unter den politischen Köpfen Amerikas ging hart mit den europäischen Ängsten und Amerika-Klischees ins Gericht. Es sei falsch zu glauben, die USA würden von undisziplinierten Cowboys regiert. Die Rhetorik Präsident Reagans sei zwar anfangs vielleicht „zu aggressiv“ gewesen, seine konkreten Maßnahmen in den Ost-West-Beziehungen seien jedoch gemäßigt. Demgegenüber habe sich die sowjetische Aggressivität verstärkt, je versöhnlicher die Sprache Amerikas wurde.

In den vergangenen acht Monaten habe Reagan die Sowjets immer wieder zum Dialog aufgefordert. Die Antwort Moskaus in Form einer Verweigerungspolitik, die darauf ausgerichtet sei, dem Präsidenten eine Wahlniederlage zu bereiten sowie Europäer und Amerikaner voneinander zu trennen, bezeichnete Kissinger als „kurzsichtig“. Denn auch für die innere Sicherheit des Kreml, der sich seit drei Jahren in einer permanenten Nachfolgekrise befinde, seien Verhandlungen eine Notwendigkeit.

In den nächsten fünf Jahren sei in Moskau, nicht zuletzt angesichts des Durchschnittalters des Politbüros, ein großer personeller Wechsel zu erwarten. „Ich glaube nicht, daß diese Ablösung in einer Atmosphäre internationaler Konfrontation stattfinden kann“, meinte Kissinger. Er äußerte die Überzeugung, daß – sobald die Sowjets erkennen müßten, daß ihre Hoffnungen auf ein Scheitern Reagans ebenso illusorisch seien wie ihr Warten auf eine Spaltung zwischen Europa und den USA – es wieder normale diplomatische Kontakte geben werde. Der Westen dürfe deshalb nicht „wegen des Zusammenbruchs der Verhandlungen einen Nervenzusammenbruch erleiden“.

Kissinger *warnte davor*, die Verhandlungen zur Rüstungsbegrenzung isoliert zu betrachten oder zu überschätzen. Nicht deren Fehlschlag sei das eigenliche Problem, sondern das Fehlen eines Dialogs auf hoher Ebene und das von Moskau betriebene „Schüren politischer Spannungen“, das weltweit das Gleichgewicht gefährdet.

Wenn Moskau als universaler Sachwalter einer Ideologie auftrete, werde es stets Komplikationen geben. Keine Nation habe das Recht, ihre eigene Sicherheit auf Kosten der Sicherheitsbedürfnisse aller anderen zu definieren, so der Ex-Außenminister. Die Europäer forderte Kissinger in diesem Zusammenhang auf, die Machtverhältnisse sorgfältig zu analysieren und ihre eigene Identität stärker zu entwickeln – auch auf dem Gebiet der Verteidigung.

Kirche in Polen verhandelt weiter über Gefangene

DW. Warschau

Der polnische Episkopat verhandelt weiter mit der Regierung in Warschau über die Freilassung von sieben führenden Mitgliedern der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ und vier Vertretern des Nationalen Komitees der Selbstverteidigung (KOR), die seit Monaten auf ihren Prozeß warten. Die katholische Kirche in Polen wies am Dienstag Meldungen zurück, wonach es zu einem Fehlschlag bei den seit September vergangenen Jahres laufenden Verhandlungen gekommen sei. Die Gesprächspartner hätten allerdings vereinbart, über Verlauf und Inhalt der Gespräche Stillschweigen zu bewahren.

Unterdessen haben sich die Spannungen zwischen der katholischen Kirche und den Warschauer Behörden verstärkt. Die Kirche warf der amtlichen Nachrichtenagentur PAP vor, Äußerungen von Primas Kardinal Jozef Glemp über die Beziehungen zwischen Kirche und Staat verdreht zu haben. Glemp hatte in Krakau gesagt, der Respekt vor der geistigen Autonomie der Kirche erfordere „nicht nur Gespräche zur Normalisierung und nicht nur neue Verträge“, es gehe vor allem um das geeignete, gereifte nationale Klima. Die amtliche Nachrichtenagentur PAP hatte dagegen berichtet, der Kardinal habe bedeutet, in Polen sei das Klima für nationale Übereinkunft und Zusammenarbeit gereift. Der Episkopat erklärte zu dem am Montag veröffentlichten PAP-Bericht, Glemps Anmerkungen seien „vereinfacht“ wiedergegeben worden.

Aussperrung bei Metall. Gespräch in Druckindustrie

● Fortsetzung von Seite 1

Blüm riet den Arbeitgebern bei Metall und Druck, im Tarifkonflikt um die 35-Stunden-Woche auf die Gewerkschaften zuzugehen. Der Arbeitnehmerseite sollte noch einmal ein Angebot „möglicherweise mit differenzierten Lösungen“ gemacht werden, erklärte Blüm im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt“. Der CDU-Politiker vertrat die Auffassung, daß die Gewerkschaften trotz der Zuspitzung des Konflikts noch flexibel genug seien. Man müsse sie vor allem auf die Folgen eines flächendeckenden Streiks aufmerksam machen. Dies schade nur der Gewerkschaft, an deren Schwächung er „keinerlei Interesse“ habe, fügte Blüm hinzu.

Der IG-Druck-Vorsitzende Erwin Ferlemann erklärte, das für den 22. Mai angekündigte Spitzengespräch mit den Arbeitgebern sei nicht mit Verhandlungen gleichzusetzen. Es werde um die Lohnstruktur gehen. An der Frage der Arbeitszeitverkürzung müsse man sich derzeit aber nicht „festbeißen“.

Der Arbeitgeberverhandlungführer Beltz Rübelmann sagte, der Bundesverband Druck erwarte von dem Frankfurter Gespräch eine Klärung, ob die Gewerkschaft „bereit ist, über die im ersten Spitzengespräch erörterten Themen weiter zu verhandeln“. Dies betreffe „Möglichkeiten der tarifvertraglichen Regelung variabler beziehungsweise für bestimmte Bereiche und Mitarbeitergruppen auch verkürzter Arbeitszeiten“.

Professoren kritisieren Hochschulen der Bundeswehr

AP, Bonn

Der Beirat für innere Führung beim *Bundesverteidigungsministerium* hat sich kritisch über die Arbeit der Bundeswehrhochschulen geäußert. Wie sein Vorsitzender, Professor Hans-Adolf Jacobsen, vor Journalisten in Bonn sagte, sind Unterricht und Erziehung an diesen beiden Hochschulen in Hamburg und München zu wenig auf die Berufswelt der Offiziere abgestellt. Auch nach Meinung von Beiratsmitglied Professor Hans-Dieter Bastian werden die Offiziere im Studium auf ihre künftige pädagogische Aufgabe nicht vorbereitet.

Über die Sonderstellung der Bundeswehrhochschulen gibt es im Beirat, der dazu eine weitere Empfehlung vorbereiten wird, keine Meinungsverschiedenheiten. Die Mitglieder sind jedoch der Ansicht, daß das Tragen der Uniform im Unterricht, der für die jungen Offiziere Dienst sei, wünschenswert wäre. Eine Pflicht zur Uniform lehnen die Studenten selbst ab, da sie hierin einen Schritt in Richtung Militärakademie befürchten. Zumindest in Hamburg, so wurde deutlich, werden Soldaten immer wieder angepöbelt, wenn sie in der Öffentlichkeit Uniform tragen.

In diesem Zusammenhang hat der Beirat dem Minister zwei Empfehlungen zur Frage eines „rationalen Dialogs über Sicherheitspolitik“ und über die Arbeit der Jugendoffiziere zugeleitet. Aus Sorge über zunehmende Tendenzen, die demokratische Grundordnung in Frage zu stellen, setzt sich der Beirat für mehr politischen Bildung ein.

Kontroverse in Karlsruhe über Parlamentsrechte

Vor dem Verfassungsgericht geht es um volle Akteneinsicht

DW./dpa, **Karlsruhe**

Gegensätzliche Auffassungen über das Verhältnis zwischen dem Schutz des Steuergeheimnisses und den Kontrollfunktionen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses bestimmten gestern vor dem Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe die mündliche Verhandlung um die Akteneinsicht in der sogenannten Flick-Parteispenden-Affäre. Auf Antrag der Bundestagsfraktionen der Grünen und der SPD müssen die Karlsruher Richter darüber befinden, in welchem Umfang dem Untersuchungsausschuß des Bundestages zur Aufklärung der möglicherweise illegalen Parteispenden Steuerakten zugänglich gemacht werden müssen.

Die Bevollmächtigten der SPD, Professor Hans-Peter Schneider (Hannover), und der Grünen, Professor Uwe Wesel (Berlin), vertraten übereinstimmend die Meinung, daß grundsätzlich das Kontrollrecht des Parlaments gegenüber der Regierung geklärt werden müsse. Der Artikel 44 Grundgesetz (GG), der für Untersuchungsausschüsse die sinngemäße Anwendung der Strafprozeßordnung vorschreibe, begründe keine „Gegenrechte“. Die Frage des Kontrollrechts sei „bisher weder im Steuergesetz noch in der Verfassung geklärt“.

Demgegenüber betonte Finanzminister Gerhard Stoltenberg als Vertreter der Bundesregierung, daß das Steuergeheimnis auch gegenüber parlamentarischen Untersuchungsausschüssen unverzichtbar sei. Es schaffe die Voraussetzung für eine gerechte, gleichmäßige und wettbewerbsneutrale Besteuerung und sei somit auch von entscheidender Bedeutung für die Einbindung der deutschen Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft.

Wenn nicht ausgeschlossen werden könne, daß aus Anlaß „parlamentarischer *Kontroversen*“ wirtschaftliche Verhältnisse in das Licht der Öffentlichkeit gezogen würden, könne für die deutsche Volkswirtschaft und damit für das Wohl der Bundesrepublik Deutschland ein „nicht absehbarer Schaden“ entstehen, meinte Stoltenberg. Der Karlsruher Richterspruch werde damit auch von „beachtlicher wirtschaftspolitischer Bedeutung“ sein.

Stoltenberg sagte weiter, die Regierung habe es zu keiner Zeit auch nur in Betracht gezogen, durch Berufung auf das Steuergeheimnis dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß Vorgänge zu verheimlichen. Die nicht zugänglich gemachten Akten hätten im übrigen keine Hinweise auf Unregelmäßigkeiten oder gar auf Straftaten enthalten.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß hatte im Juni vergangenen Jahres einstimmig die Herausgabe aller einschlägigen Vorgänge zu der Flick-Affäre aus dem Finanz- und dem Wirtschaftsministerium gefordert. Unter Hinweis auf das Steuergeheimnis hatte die Regierung dem Ausschuß lediglich einen Teil der Akten überlassen. Im Untersuchungsausschuß war moniert worden, daß unter Hinweis auf das Steuergeheimnis Teile von Akten zurückgehalten worden waren. Der Ausschuß hatte betont, eine parlamentarische Untersuchung habe Vorrang vor dem Steuergeheimnis.

Ärzte gegen die 35-Stunden-Woche

PETER JENTSCH, Aachen

Gegen die Einführung der 35-Stunden-Woche in den Krankenhäusern hat sich der Präsident der Bundesärztekammer, Karsten Vilmar, ausgesprochen. Zum Auftakt des 87. Deutschen Ärztetages gestern in Aachen erklärte Vilmar: „Die Humanität im Krankenhaus erfordert rund um die Uhr menschliche Zuwendung. Der bei einer 35-Stunden-Woche drohende ständige Personalwechsel ist damit nicht vereinbar.“

Vor den *250 Delegierten* wandte sich Vilmar zugleich gegen die „rigorose“ Kostendämpfungspolitik im *medizinischen Bereich*. Sie führe zu einer Gefährdung der Versorgung. Der wissenschaftliche Fortschritt, *neue Diagnose- und Therapieverfahren* ließen sich nicht an Kostenparameter wie die Steigerung des Brutto*sozialprodukts oder die Grundlohn*summe anbinden.

Auch DAG ruft zu Urabstimmung auf

hs / DW. Hamburg

Nach dem ergebnislos verlaufenen zweiten Spitzengespräch zwischen Gesamtmetall und dem Bundesvorstand der Deutschen *Angestellten*-Gewerkschaft (DAG) in Düsseldorf hat die Gewerkschaftsleitung gestern *in Hamburg beschlossen, Anträgen* auf Urabstimmung unter den insgesamt rund 25 000 DAG-Mitgliedern in den *Tarifbezirken Nordwürttemberg* / Nordbaden und Hessen zuzustimmen. Die Urabstimmungen sollen *bis Freitag nächster Woche* abgeschlossen sein, sagte der DAG-Bundesvorsitzende Hermann Brandt. *Bei dem Gespräch mit Gesamtmetall* am Montag seien die Arbeitgeber auch auf DAG-Vorschläge einer flexiblen *und kostenneutralen Regelung* der Wochenarbeitszeitverkürzung nicht eingegangen. Sie hätten lediglich *ihr altes Lohn- und Gehaltsmodell* vorgetragen.

Olympia nur noch in Griechenland?

E. ANTONAROS, Athen

„Rettet die Olympischen Spiele, bevor es zu spät ist. Weil die Politik die olympische Idee zu zerstören droht, ist Olympia der bestgeeignete ständige Austragungsort für die Sommerspiele.“ Mit diesen Worten hatte der griechische Staatspräsident Konstantin Karamanlis seinen Vorschlag erneuert, wonach die Olympischen Sommerspiele auf Dauer in Griechenland ausgetragen werden sollen. Karamanlis reagierte rasch nach der Weigerung Moskaus und anderer Ostblockländer, olympische Teams nach Los Angeles zu schicken: „Statt ein Fest der Verbrüderung und der Aussöhnung zu sein, sind die Spiele zu einer Arena politischer Auseinandersetzungen geworden. Die olympische Idee, wie sie vor 2500 Jahren in Griechenland geboren wurde, ist akut gefährdet.“

Neu ist der Vorschlag aus Athen nicht. Karamanlis hatte ihn 1980 zum erstenmal in die Diskussion gebracht, als zum Beispiel Amerikaner und Deutsche die Moskauer Spiele boykottierten. Dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) hatte der griechische Staatschef vorgeschlagen, ein größeres Gebiet um Alt-Olympia (Peloponnes) für exterritorial zu erklären und direkt dem IOC unterstellen zu lassen.

Karamanlis ist fest davon überzeugt, daß dadurch nicht nur die immer wieder auftauchenden politischen Gegensätze beseitigt werden könnten. Darüber hinaus könnte ein für allemal das immer komplizierter werdende Finanzierungsproblem bewältigt werden. Denn mittlerweile – so Karamanlis – „können es sich nur die ganz reichen Länder leisten, die Spiele zu organisieren“.

Im ständigen Austragungsort Griechenland wäre alles völlig anders: In und bei Olympia, wo zur Zeit keine Sportanlagen existieren, sollten für den Bau von Stadien, Sporthallen und Unterkünften für Sportler und Funktionäre nur einmal Riesenbeträge ausgegeben werden. Auch diese Anlagen könnten nach Karamanlis' Vorschlag von allen Ländern der Welt durch feste Beitragszahlungen finanziert werden.

Nunmehr sieht sich Karamanlis in seiner Prognose aus dem Jahr 1980 bestätigt, daß die Politisierung die Spiele gefährden könnte. Wie gefährlich Politik und kommerzielle Interessen für die olympische Idee werden könnten, erlebte Griechenlands führender Politiker unlängst im eigenen Lande: Die Entzündung der olympischen Flamme für Los Angeles wäre beinahe blockiert worden, weil der kommunistische Bürgermeister von Alt-Olympia die Flamme wegen der Vermarktung der Spiele durch die Amerikaner nicht freigeben wollte. Karamanlis intervenierte direkt bei Regierungschef Papandreou. (SAD)

Craxi bleibt Sozialistenchef

rtr, Verona

Der italienische Ministerpräsident Bettino Craxi ist als Vorsitzender der Sozialistischen Partei (PSI) wiedergewählt worden. Zuvor hatte er zum Abschluß des viertägigen Parteikongresses sein Vorgehen in der erneut aufgeflammten Affäre um die Freimaurerloge P-2 verteidigt. Craxi hatte Rücktrittsangebote von drei sozialdemokratischen Ministern abgelehnt. Die Rücktrittsangebote folgten auf Presseberichte, wonach der Parteichef der Sozialdemokraten, Haushaltsminister Pietro Longo, der Geheimloge P-2 angehört habe.

„Ich konnte nicht anders handeln, als ich gehandelt habe“, erklärte Craxi den Delegierten seiner Partei. Longo hat die Mitgliedschaft in der P-2-Loge dementiert. Die Enthüllungen über diesen Geheimbund hatten vor drei Jahren zum Sturz der damaligen Regierung geführt.

Die CSU spricht von „Genossenfilz“

dpa, Bonn

Als „eklatanten Fall von Genossenfilz“ hat die CSU die Berufung des SPD-Bundestagsabgeordneten Egon Bahr zum neuen Leiter des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg kritisiert. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Wolfgang Bötsch, sprach gestern in Bonn im *Zusammenhang mit* der Ernennung von einem „rechtswidrigen Verfahren“, da sie den akademischen Regeln *widerspreche*. Das wissenschaftliche Institut der Universität werde mit Bahr an der Spitze zum „Sprachrohr der SPD-Zentrale in Bonn“ und scheide damit als ernsthafter Partner in der wissenschaftlichen Erörterung sicherheitspolitischer Fragen aus. Bötsch sagte auch, durch den Vorgang werde mit Steuergeldern eine „Stabsstelle der SPD“ installiert.

Do it yourself

hdt. – Ein Konsumklima wie in den fünfziger oder sechziger Jahren, angeheizt durch ständig wachsende Nachfrage, wird sich in absehbarer Zeit nicht wiederholen. Ursache für diesen Veränderungsprozeß ist allerdings nicht nur die verminderte Kaufkraft, sondern ganz wesentlich eine grundlegende Änderung der Bedürfnisse der Konsumenten.

Umsatzstagnation in manchen Bereichen wie beispielsweise im Lebensmittelsektor ist davon genauso eine Folge wie der Nachfrageboom nach Dingen der Freizeitgestaltung. Das alles läßt sich ganz konkret belegen. Der gesamte private Verbrauch stieg in der Bundesrepublik in den letzten zehn Jahren um rund 130 Prozent, die Freizeitausgaben jedoch um fast das Doppelte.

Auch die breite Do-it-yourself-Bewegung profitiert von dieser Entwicklung. Der Jahresumsatz mit den Heimwerkern aller Art wird gegenwärtig auf 20 bis 22 Milliarden Mark geschätzt, und er wächst mit steigender Freizeit. Kein Wunder, daß sich auf diesem Markt einiges an Anbietern tummelt. Etwa zwei Drittel des Gesamtumsatzes wird jedoch von den großen Filialunternehmen erzielt, und bei diesen wiederum spielen die Lebensmittelfilialisten insgesamt eine größere Rolle als solche Unternehmen, die aus der Baustoffbranche stammen. Die co op AG ist nur eine von vielen, aber auch ein Beispiel, das zeigt, wie planmäßig Stagnation in einem Bereich durch Wachstum in einem anderen ausgeglichen werden kann. Eine durchaus erfreuliche und flexible Reaktion auf Strukturveränderungen.

Machtverfall

J. B. – Vor gut 10 Jahren brachte die Opec die westliche Welt an den Rand einer gewaltigen Krise. „Autofreie" Tage, lange Schlangen vor den Tankstellen, hektisches Hamstern von Heizöl bestimmten das Bild im Spätherbst 1973. Die Vervierfachung des Ölpreises von heute auf morgen auf zehn Dollar je Barrel glich einer Vertreibung aus dem Ölparadies. Zehn Jahre später hat sich die Entwicklung wieder gegen die Opec verkehrt. Die Macht des Kartells ist abgebröckelt, die Opec selbst in Schwierigkeiten. Ihre Preispolitik hat einen Strukturwandel in den Industriestaaten ausgelöst, der nun auf sie zurückwirkt. Der Bedarf an Öl ist gedrosselt, Förderquellen außerhalb der Opec sind erschlossen worden. Bei fallenden Preisen und sinkenden Fördermengen fließen die Petrodollarströme immer spärlicher und haben den Traum, aus der Wüste einen Garten Eden zu machen, zerstört. Die von der Opec inszenierte Krise hat die Mitgliedsstaaten eingeholt.

BDI / Jahresversammlung: „Innovation – die Zukunft unserer Wirtschaft"

Ergebnisse der Forschung müssen schneller verwertet werden

gil./Mk./ss. **Bonn**

Die Forschungsergebnisse müssen schneller verwertet werden. So könne eine der wichtigsten Schwachstellen im Innovationsprozeß beseitigt werden. Dies erklärte der scheidende Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Rolf Rodenstock, auf der Jahresversammlung seiner Organisation in Bonn. Diese stand unter dem Motto „Innovation - die Zukunft unserer Wirtschaft". Über dieses Thema wurde gestern in zwei Arbeitsgruppen eingehend diskutiert.

Rodenstock, der sein Amt am 1. Januar an Hans Joachim Langmann, Vorsitzender des Gesellschafterrates und der Geschäftsleitung der Firma E. Merck, abgeben wird, sieht vordringlichen Handlungsbedarf vor allem auf fünf Feldern:

1. Der Zielkonflikt zwischen Investitionen - und damit Zukunftssicherung - und Gegenwartsbedürfnissen muß über einen längeren Zeitraum hinweg sowohl im privaten als auch im staatlichen Bereich zugunsten der Investitionen gelöst werden. Nur so können neue Wachstumsfelder und damit Beschäftigungspotentiale erschlossen und Innovationen vorangetrieben werden.

2. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen muß fortgeführt werden. Eine grundlegende Reform der Unternehmensbesteuerung hält der BDI für unabdingbar. Die Tarifreform der Lohn- und Einkommensteuer überwiegend durch steuerliche Umschichtung zu finanzieren, „wäre widersinnig".

3. Da das Kostenniveau insgesamt entschieden zu hoch sei, erwartet Rodenstock von den Politikern, daß sie bei ihren Entscheidungen die Grenzen der Belastbarkeit der Volkswirtschaft und der Unternehmen respektieren.

4. Regulierungen und Reglementierungen haben den Spielraum für unternehmerische Entscheidungen stärker eingeengt.

5. Der BDI tritt mit Nachdruck für die weltweite Eindämmung aller staatlichen Subventionierung ein.

In der ersten Arbeitsgruppe bestand weitgehend Übereinstimmung darüber, daß die unzureichende Ertrags- und Finanzkraft, fehlgeleitetes Risikokapital und überholte Strukturen die „zukunftsorientierten Innovationsaktivitäten", so die Bezeichnung von Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling, behindern. Für den früheren Forschungsminister Andreas von Bülow (SPD) liegt die Fähigkeit, technologische Neuerungen schnell zu verwerten, in besonderem Maße bei kleinen und mittleren Unternehmen.

Selbstbewußt, aber auch mit Anflügen von Gewissenserforschung, diskutierten Unternehmer und Politiker in der anderen Arbeitsgruppe auf einem Podium in der Bonner Beethovenhalle. Die These von Finanzstaatssekretär Hans Tietmeyer, die Deutschen verfügten über die entscheidenden Ressourcen – Kapital und Intelligenz –, fand Zustimmung. Gleichzeitig aber stellte man Fehlleitungen beider Faktoren fest: Obgleich ausreichend Sparkapital angesammelt werde, funktioniere die Transformation in haftendes Risikokapital schlecht.

Wenn ein Unternehmen allenfalls vier Prozent Umsatzrendite bieten könne, kassiere der Anleger für risikolose Staatspapiere das Doppelte, beklagte Heinrich Weiss (Schloemann-Siemag). Die Mitarbeiterschaft sei für innovative Prozesse gerüstet und gut motiviert, meinte Tyll Necker (Hako-Werke), aber das deutsche Bildungswesen sei wegen seiner Unkündbarkeit und der staatlichen Garantie auch für die schlechteste Universität noch nicht auf die Herausforderungen eingestimmt. Die Elite-Diskussion ist nach Ansicht von Karl-Heinz Narjes (EG-Kommissar) „typisch deutsch", obgleich es doch nur darum gehe, gleichermaßen Breiten- wie Spitzenqualität zu fördern.

Die Unternehmer seien in früheren Jahren einer „falschen Sozialromantik" erlegen, beklagte Weiss, weil sie eine unvertretbare Gewinn- und Kapitalauszehrung zugelassen hätten. Dadurch seien Rezession und Arbeitslosigkeit in einem plötzlichen Schub über sie hereingebrochen. Das sei nun schwer zu korrigieren. Ulrich Steger (SPD) wurde nicht widersprochen, als er feststellte, die Deutschen seien „viel zu wehleidig".

LEBENSMITTEL-EINZELHANDEL

Für Preiserhöhungen ist der Spielraum nur gering

HANNA GIESKES, **Bonn**

„Der harte Wettbewerb im Lebensmittelhandel läßt für Preiserhöhungen nur geringen Spielraum." Johann Anton Pernice, Hauptgeschäftsführer im Hauptverband des Deutschen Lebensmittel-Einzelhandels, beziffert die Steigerungsrate bei Nahrungs- und Genußmitteln von Januar bis einschließlich März dieses Jahres auf 2,3 Prozent gegenüber einer allgemeinen Erhöhung der Lebenshaltungskosten um 3,3 Prozent. Diese Entwicklung werde vorerst „mit Sicherheit" anhalten, sagte Pernice gestern bei der Vorlage des Jahresberichts seiner Organisation in Bonn.

Die Entschärfung der durch diesen Wettbewerb enstandenen Probleme ist derzeit einer der wichtigsten Bereiche der verbandlichen Tätigkeit. Im Jahr 1983 seien wiederum 3000 überwiegend kleine und kleinste Lebensmittel-Einzelhändler vom Markt verschwunden, weil sie dem Konkurrenzdruck nicht hätten standhalten können. Von dieser Konzentration hätten eindeutig die Großbetriebsformen profitiert. Pernice setzt den Umsatzanteil des gesamten filiasierten Bereichs im Lebensmittelhandel bei 70 Prozent an, „obwohl nur knapp 25 Prozent diesen Betriebsformen zuzurechnen sind".

Mit „vorsichtiger Hoffnung" begleitet die Verbandsführung die Bemühungen um eine Milderung der Wettbewerbsprobleme mittels „Fortschreibung der Gemeinsamen Erklärung zur Sicherung des Leistungswettbewerbs". Offenbar seien einvernehmliche Lösungen möglich. Diese Zuversicht werde indes gedämpft durch die Erfahrung, daß sich nicht alle großen Handelsunternehmen an ihre „Berliner Erklärung" vom Oktober 1983 hielten, in der sie dem Kartellamtspräsidenten zugesichert hatten, auf Verkäufe unter dem Einstandspreis zu verzichten.

„Wenn schon dieses Gelöbnis nicht hält, dann wird ein unverbindliches Papier erst recht nicht halten", fürchtet Pernice, der deshalb für Sanktionsmöglichkeiten im Rahmen der Gemeinsamen Erklärung plädiert. Im übrigen sollte Wolfgang Kartte gegen die „Sünder" jetzt das Kartellgesetz anwenden, mit dem er im Oktober gedroht habe.

Ein weiterer neuralgischer Punkt ist die Frage der Verantwortlichkeit bei Verstößen gegen das Lebensmittelrecht. Es gehe nicht an, daß der Lebensmittelhändler für Dinge verantwortlich gemacht werde – etwa die Korrektheit der Zutatenliste – auf die er gar keinen Einfluß habe. Dies werde in der Ministerialbürokratie allerdings auf Widerstand stoßen, „denn damit rütteln wir ernsthaft an überkommenen obrigkeitlichen Vorstellungen".

Der Lebensmittel-Einzelhandel setzte im vergangenen Jahr 136,3 Mrd. DM um, 2,2 Prozent mehr als 1982. Das kommt einem mageren realen Plus von 0,3 Prozent gleich. In den ersten Monaten 1984 habe sich die positive Entwicklung fortgesetzt.

Bedrohliche Zinslast

Von CLAUS DERTINGER

Die Amerikaner werden keinen ganz leichten Stand haben beim Weltwirtschaftsgipfel im nächsten Monat in London. Wieder einmal werden sie wegen des hohen Budgetdefizits, einer der Hauptursachen der hohen Zinsen, unter Beschuß geraten. An der Themse wird Präsident Reagan die gleichen Vorwürfe zu hören bekommen wie in seiner Heimat, wo sich sein Finanzminister Donald Regan einfach taub stellt und der Notenbank die Schuld an den hohen Zinsen in die Schuhe schiebt.

Die Kritiker des zinstreibenden US-Budgetdefizits können bei diesem Gipfel wohl mit noch mehr Gewicht als vor einem Jahr als Anwälte der Interessen der übrigen Welt auftreten. Denn inzwischen wächst die Angst, die amerikanische Konjunktur könnte unter der Last der hohen Zinsen zusammenbrechen und in eine Rezession umschlagen. Ob eine „weiche Landung" gelingt, gilt nicht mehr als sicher.

Ein Einbruch der amerikanischen Konjunktur wäre nicht nur für die Weltwirtschaft insgesamt ein fühlbarer Rückschlag, sondern ganz besonders auch für die Bemühungen zahlreicher Entwicklungsländer, zu einem wirtschaftlichen Gleichgewicht zurückzufinden. Ob die Gipfelappelle der Partner an die weltwirtschaftliche Verantwortung Washingtons wirklich mehr nützen als jene, mit denen zum Beispiel der US-Notenbankchef die amerikanischen Politiker zu einer baldigen Entscheidung über eine deutliche Reduzierung des Haushaltsdefizits zu drängen versucht, steht freilich in den Sternen.

Auch wenn die US-Konjunktur zinsrobuster bleiben sollte, als heute vielfach befürchtet wird: Die ohnehin schon unter hohen Zinslasten stöhnenden hochverschuldeten Entwicklungsländer sind es bestimmt nicht. Denn eine zweiprozentige Zinserhöhung, wie sie die USA in den letzten Monaten hinter sich haben, dürfte den jährlichen Zinsendienst der Entwicklungsländer um mehr als acht Milliarden Dollar hochjagen und damit die Chancen für eine Überwindung der Schuldenkrise drastisch verschlechtern.

Deswegen wird seit einiger Zeit immer intensiver überlegt, wie man die aktuellen zusätzlichen Zinsbelastungen für die internationalen Großschuldner möglichst niedrig halten kann. Eine gelegentlich vorgeschlagene Zinssubventionierung durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) ist gewiß keine gangbare Lösung. Das wäre der erste Schritt auf einem Weg, an dessen Ende der Zins seine Funktion als marktmäßiges Steuerungsinstrument eingebüßt hätte.

Und teilweiser Zinsverzicht der Gläubiger? Der wäre wohl den Banken, die betriebsintern ohnehin schon mehr oder weniger große Abstriche von ihren eingefrorenen Krediten machen müssen, mit Rücksicht auf die eigene Stabilität kaum zuzumuten, weil solche Sitten, erst einmal eingerissen, weltweit Schule machen könnten. Entgegenkommen zeigen die Banken ja bereits gegenüber Ländern, die mit ihren Sanierungsanstrengungen Erfolge haben.

Eher praktikabel erscheint schon der Vorschlag, die Zinsen ganz oder teilweise zu kapitalisieren, also auf deren laufende Zahlung zu verzichten und sie der Schuld zuzuschlagen. In diesem Zusammenhang kam auch der Gedanke auf, den Zinsendienst auf den Realzins zu begrenzen, also den Marktzins abzüglich Inflationsrate, und den Rest zu kapitalisieren. Über eine solche Lösung ernsthaft nachzudenken lohnt sich. Sie wäre sicher ehrlicher als die Finanzierung von Zinszahlungen durch neue Kredite der Gläubiger, wenngleich sie den amerikanischen Banken wegen der Bilanzierungsbestimmungen ernsthafte Ertragsbelastungen aufbürdete. Daß auch eine Zinskapitalisierung die Problemlösung nur in die Zukunft verschiebt, liegt auf der Hand. Doch kommt es darauf an, Zeit zu gewinnen und den Schuldnerländern eine gewisse Atemfreiheit zu verschaffen, damit sie ihr Haus wieder in Ordnung bringen können und so bald wie möglich wieder kreditwürdig werden.

Das Bewußtsein für die Notwendigkeit, längerfristige Lösungen anzustreben, auch bei den Umschuldungen –, wächst zweifellos. Die neuerliche Zinseskalation trägt ihren Teil dazu bei. Aber mit ihr droht dem empfindlichen Gespinst der Schuldner-Gläubiger-Beziehungen und damit auch den Finanzmärkten zugleich eine neue Zerreißprobe.

AUF EIN WORT



„Wir brauchen jetzt Einkommenszuwächse auch in Form von Steuererleichterungen, um die Konjunktur am Leben zu erhalten."

Dieter H. Vogel, Vorsitzender des Vorstands der Pegulan AG, Frankenthal.
FOTO: DIE WELT

Schneider für Verlängerung

dpa/VWD, **Düsseldorf**

Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) hat erstmals offiziell bestätigt, daß er gegenüber Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) nachdrücklich für eine Fristverlängerung der Ende 1984 auslaufenden Mehrwertsteuer-Option bei Bauherrenmodellen eintritt. Die Verlängerung für die umsatzsteuerliche Freistellung von Eigentümern bei Vermietung über einen gewerblichen Zwischenvermieter solle die negativen Auswirkungen am Bau mildern, die sich durch das zeitliche Zusammentreffen mit der Auslauffrist für die Investitionszulage zum Jahresende ergäben. Dies würde auch dazu beitragen, die Beschäftigung zu verstetigen. Wegen der jährlichen Steuerausfälle bei der Mehrwertsteueroption in Höhe von rund 600 Millionen Mark hängt die Fristverlängerung wesentlich vom Finanzministerium ab.

HWWA

Lambsdorff: Tarifpartner waren zuletzt einsichtsvoll

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Die im Herbst 1982 eingeleitete Neuorientierung der Wirtschaftspolitik muß konsequent fortgesetzt werden, um die Wachstumsmöglichkeiten dauerhaft zu erweitern. Eine weitere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, eine wachstumsfördernde Steuerreform sowie Abbau staatlicher Regulierungen sind für Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff Eckpunkte der Wirtschaftspolitik. Damit könne die Investitionstätigkeit zu dem Schwung früherer Jahre zurückfinden.

Der Minister wies darauf hin, der gegenwärtige Aufschwung sei kein Erfolg, den die Wirtschaftspolitik für sich allein beanspruchen könne. „Auch das einsichtsvolle Verhalten der Tarifpartner in den letzten Jahren hat eine bedeutende Rolle gespielt", sagte Lambsdorff im Hamburger Institut für Wirtschaftsforschung HWWA. Ein Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung lasse sich nicht leugnen.

Der Anstieg der Reallöhne sollte unterhalb des Produktivitätszuwachses bleiben. Damit könnten die Erlöse der Unternehmen in größerem Umfang für die Finanzierung von Investitionen und damit für die Schaffung von Arbeitsplätzen verwendet werden. Die dadurch mögliche Beschäftigungszunahme werde umso größer sein, je flexibler die Lohnstruktur nach regionalen, sektoralen und beruflichen Knappheiten gestaltet werde. Entschieden wandte sich der Minister gegen die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. „Es ist einfach abwegig, durch Verteuerung der Arbeit zusätzliche Arbeitsplätze schaffen zu wollen", erklärte Lambsdorff.

OPEC

Hohe Einnahmeverluste für die Ölproduzenten

JAN BRECH, **Hamburg**

Die Einnahmen der 13 Mitgliedstaaten der Opec aus dem Verkauf von Rohöl und Mineralölprodukten sind im vergangenen Jahr weiter drastisch gesunken. Nach Schätzungen der Deutschen Shell AG, Hamburg, haben die Opec-Staaten 1983 nur noch rund 160 Milliarden Dollar aus dem Vertrieb von Öl und Ölprodukten erlöst. Das sind im Vergleich zum Vorjahr 41,5 Milliarden. Dollar oder gut 20 Prozent weniger. Gegenüber dem Höchststand von 1980 mit knapp 279 Milliarden Dollar ist innerhalb von drei Jahren ein Rückgang von mehr als 40 Prozent eingetreten.

Überproportional hoch sind vor allem die Verluste Saudi-Arabiens. Die Saudis, die 1981 noch Öl im Wert von 113 Mrd. Dollar exportierten, nahmen im Berichtsjahr lediglich 46,1 Milliarden Dollar ein. Das sind zwar nach wie vor 29 Prozent aller Opec-Einnahmen, doch 20 Milliarden Dollar weniger als noch im Vorjahr. Zu den wenigen Gewinnern des Jahres 1983 gehört neben Algerien (9,7 nach 8,5 Milliarden Dollar) der Iran, dessen Einnahmen als Folge gesteigerter Förderung um 2,7 auf 21,7 Milliarden Dollar stiegen.

Der Iran ist hinter Saudi-Arabien inzwischen wieder zweitgrößter Opec-Exporteur. Starke Verluste mußte demgegenüber der Kriegsgegner Irak hinnehmen. Das Land, das 1980 noch mit 26,1 Milliarden Dollar die zweite Stelle in der Opec einnahm, hat inzwischen zwei Drittel der Erlöse eingebüßt. Die Einnahmen erreichten 1983 nur noch 8,6 Milliarden Dollar. Alle anderen großen Ölproduzenten mußten ebenfalls Einnahmeausfälle von 3,9 bis 1,5 Milliarden Dollar hinnehmen. Kuwait hielt die Exporterlöse bei knapp 10 Milliarden Dollar.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Sorge um Zinsentwicklung

Basel (VWD) – Die Notenbankchefs der wichtigen Industrieländer haben sich bei der BIZ-Tagung besorgt über die weltweit steigenden Zinsen geäußert. Die Möglichkeit einer Leitzinsanpassung in der Bundesrepublik bereits am Donnerstag bleibe bestehen. Die Bundesbank könne zu diesem Schritt gezwungen sein, um mit der internationalen Entwicklung Schritt zu halten. Der Kursanstieg des Dollar habe dagegen bei den Diskussionen eine untergeordnete Rolle gespielt.

„Handelsdefizit nötig"

Miami (VWD) – Das enorme US-Handelsbilanzdefizit sei nötig, um die weltweite Konjunkturerholung zu stützen, betonte US-Handelsminister Baldrige. Die USA müßten den Fehlbetrag als notwendiges Übel hinnehmen, damit zahlungsbilanzschwache Länder einen Handelsüberschuß erreichen. Dieser könne einen Beitrag zum Schuldendienst dieser Länder leisten. Der scharfe Rückschlag im Handel mit Lateinamerika dürfte seinen Tiefpunkt überschritten haben und sich 1984 wieder erholen. Erste Anzeichen hierfür seien im Februar und März sichtbar geworden. Das Handelsbilanzdefizit der USA veranschlagt Baldrige für 1984 auf mehr als 100 Mrd. Dollar.

Ecu-Clearingsystem

Brüssel (VWD) – Die Arbeitsgruppe zur Schaffung eines Ecu-Clearingsystems hat ihre Vorarbeiten zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) als Agent des Systems abgeschlossen. Der Arbeitsgruppe gehören 18 Geschäftsbanken aus Belgien, Luxemburg, Frankreich, Italien, der Bundesrepublik, den Niederlanden, Irland und Großbritannien sowie Vertreter der EG-Kommission, der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der EG-Bankenvereinigung an.

Präsidentenwechsel

Brüssel (SAD) – In der Diskussion zwischen Vertretern der zehn EG-Mitgliedsstaaten über die Frage, wer ab 1985 den Luxemburger Gaston Thorn an der Spitze der Brüsseler EG-Kommission ablösen sollte, bauen die Niederländer vorsichtig ihren früheren Finanzminister und jetzigen holländischen EG-Kommissar Frans Andriessen als geeignetsten Kandidaten für diese Position auf. Die Amtszeit der gesamten EG-Kommission läuft zum Jahresende aus.

Ein Bankhaus gibt auf

Bremen (dos) – Die britische Merchant Bank Kleinwort, Benson Ldt., die 1980 die Mehrheit am Bremer Bankhaus Martens & Weyhausen übernommen hatte und das Institut seit 1983 unter dem Namen Kleinwort, Benson (Deutschland) GmbH & Co. KG weiterführte, wird das „aktive, werbende Geschäft" des Bremer Bankhauses mit dem 30. Juni auslaufen lassen. Mit der Norddeutschen Landesbank, die 25 Prozent des Eigenkapitals von 35 Mill. DM hält, sei darüber Übereinstimmung erzielt worden, heißt es in einer Mitteilung. Das gesamte Bankgeschäft soll im Einvernehmen mit den Kunden an Kreditinstitute am Bankenplatz Bremen weitervermittelt werden. Die Liquidation werde erforderlich, nachdem sämtliche Verkaufsbemühungen erfolglos geblieben sind. Das Bankhaus beschäftigt 88 Mitarbeiter. Das Geschäftsvolumen erreichte 1983 gut 730 Mill. DM, die Bilanzsumme 622 Mill. DM.

Neuer IEA-Chef

Paris (J.Sch.) – Der Verwaltungsrat der Internationalen Energieagentur (IEA) hat gestern Helga Steeg zum Exekutivdirektor ernannt. Frau Steeg war bisher Ministerialdirektorin im Bundeswirtschaftsministerium. Zu ihren Aufgaben gehörte unter anderem die Energiepolitik. Als langjährige Vorsitzende des Handelsausschusses der OECD hat sich Frau Steeg bei dieser internationalen Organisation sowie der ihr angeschlossenen IEA einen guten Namen gemacht. Nachdem Ulf Lantzke Ende März sein Amt als Exekutivdirektor der IEA aufgegeben hatte, war die Agentur provisorisch von seinem Stellvertreter Wallace Hopkins geleitet worden. Als nachfolger Lantzkes hatte die EG den Holländer De Brauw vorgeschlagen. Dem widersprachen die Amerikaner.

EG-JAPAN

Neue Gatt-Runde noch umstritten

Ha. Brüssel

Unterschiedliche Auffassungen über den Zeitpunkt für eine neue Welthandelsrunde sind bei Gesprächen zwischen einer japanischen Regierungsdelegation und der EG-Kommission zum Ausdruck gekommen. Beide Seiten wollen in den nächsten Monaten versuchen, sich über die Zielsetzungen einer solchen Konferenz einig zu werden.

Der Besuch war der erste Kontakt der nach dem Vorbild der inzwischen gewährten europäisch-amerikanischen Spitzengespräche mehrere japanische Regierungsmitglieder, darunter Außenminister Abe und den Minister für Handel und Industrie Okonogi nach Brüssel geführt hatte. In einer gemeinsamen Pressekonferenz betonten sowohl die Japaner wie EG-Vizepräsident *Wilhelm* Haferkamp, das Interesse an einem weiteren Ausbau der bilateralen Beziehungen.

CONTI-GUMMI / Konzernergebnis wurde deutlich verbessert – Positiver Trend hat sich noch verstärkt

„Sechs Prozent sind untere Dividenden-Grenze"

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die günstige Entwicklung vor allem im zweiten Halbjahr 1983 hat sich bei der Continental Gummi-Werke AG, Hannover, im bisherigen Verlauf des Jahres 1984 in noch verstärktem Maße fortgesetzt. Helmut Werner, Vorstandsvorsitzender des Unternehmens, bezieht sich mit dieser Aussage nicht nur auf den Umsatz, der gegenüber dem ersten Quartal 1983 im Konzern um 12 Prozent auf 875 Mill. DM und in der AG um 11 Prozent zugenommen hat. Freude bereiten auch die Betriebsergebnisse. Werner und Finanzchef Horst W. Urban wollen konkrete Zahlen zwar nicht nennen, weil dies zu „Fehleinschätzungen" führen könne. Beide lassen aber keinen Zweifel daran, daß vor allem das Ergebnis im Konzern kräftig verbessert wurde.

Bedeckt hält sich der Conti-Vorstand bei seinen Dividendenprognosen. Werner: „Wir gehen heute davon aus, daß das Ergebnis des laufenden Jahres uns auch für 1984 die Auszahlung einer Dividende gestatten wird." Der Hinweis auf „Dividendenkontinuität" allerdings bezieht sich mehr auf die Ausschüttung generell, nicht auf den Dividendensatz. Wenn exogene Faktoren nicht wirksam werden, dürften die für 1983 vorgeschlagenen 6 Prozent eher die untere Grenze sein. Werner verwies in diesem Zusammenhang auf den Tarifkonflikt. Vorsorglich will das Unternehmen für einen Teil der Belegschaft Kurzarbeit beantragen.

Ausführlich befaßte sich Urban mit der beabsichtigten Stimmrechtsbegrenzung auf 5 Prozent. Damit soll vermieden werden, daß „ein Großaktionär unerwünschten Einfluß auf die Geschicke der Gesellschaft nimmt". Vor allem aus dem Ausland tauchten immer wieder Spekulationen auf, daß sich bei Conti ein Großaktionär einkaufe. Immerhin seien 1983 rund 1 Mrd. DM Conti-Aktien an den deutschen Börsen umgesetzt worden, fast das Vierfache des Aktienkapitals (270 Mill. DM).

Mittlerweile hat sich das AG-Grundkapital um 19 Mill. DM erhöht, nachdem ein Teilbetrag von 38 Mill. DM des Wandeldarlehens 1979 genutzt wurde. Wenn bis Ende 1984 auch für die restlichen Teile des Wandeldarlehens die Wandlungsrechte ausgeübt werden, erhöht sich das Grundkapital auf 299 Mill. DM. Ob auch die Gläubigerin des 11-Mill.-Dollar-Wandeldarlehens, die Uniroyal Inc., ihre Wandlugsrechte 1984 wahrnehmen wird, stehe noch nicht fest. Die Anfang 1984 begebene Optionsanleihe (70 Mill. DM) sei „mit großem Erfolg" plaziert worden.

Am Anstieg des Konzernumsatzes im Geschäftsjahr 1983 um 4,3 Prozent auf 3,39 (3,25) Mrd. DM haben die Bereiche Reifen (plus 4,2 Prozent auf 2,3 Mrd. DM) und Technische Produkte (plus 5,1 Prozent auf 0,88 Mrd. DM) gleichermaßen Anteil. Der Beteiligungsbereich steuerte 265 Mill. DM (plus 7,3 Prozent) zum Umsatz bei. Alle Konzernbereiche erzielten positive Ergebnisse.

Mit der Wiederaufnahme der Dividendenzahlung für 1983 wurde nach den Worten Werners „ein ganz zentrales Unternehmensziel erreicht", zumal das Umfeld in der Kautschukindustrie nach wie vor schwierig sei. Der Gewinn vor Ertragssteuern erhöhte sich im Konzern auf 102 (59) Mill. DM. Der Jahresüberschuß von 41,3 (20) Mill. DM zeige erfreuliche Fortschritte, wenngleich dies noch kein Grund zur Zufriedenheit sein könne.

Ausdruck der deutlich verbesserten Ertragslage im Konzern sei der um 32,4 Prozent auf 271 Mill. DM gestiegene Cash-flow (AG: plus 41,5 Prozent auf 164,3 Mill. DM). Der Gewinn pro Aktie erhöhte sich auf 10,35 (4) DM im Konzern und auf 7,60 (1,96) DM in der AG. Die Eigenkapitalquote hat sich auf 23,5 (22) Prozent im Konzern und auf 36,4 (34,6) Prozent in der AG verbessert. Einschließlich der Leasing-Investitionen (25,8 Mill. DM) wurden in Sachanlagen 154 (132) Mill. DM investiert. Für 1984 sind gut 200 Mill. DM vorgesehen. Bei den Abschreibungen (150 nach 126 Mill. DM) kehrte Conti zur degressiven Methode zurück.

Conti-Gummi	1983	±%
Weltumsatz (Mill. DM)	3387	+ 4,3
dav. AG	1993	+ 6,8
Uniroyal	820	+ 4,9
Exportquote (%)	36,4	i.V.27,3
Investitionen	128	– 2,8
Abschreibungen	136	+ 9,5
Beschäftigte (31.12.)	26 688	– 3,4
Brutto-Cash flow	271	+ 32,4
Netto-Cash flow	191	+ 31,7
Jahresüberschuß	41,3	+ 106,5
AG-Überschuß	16,2	+ 184,3
Ergebnis vor Steuern	102,4	+ 73,6
Konzern-Gewinn pro Aktie (DM)	10,34	+ 158,8
Dividende (%)	6	

CITROËN / Gewerkschaften besetzen weitere Werke

Kraftprobe für Autoindustrie

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Sozialkonflikt bei Citroën verschärft sich. Außer dem Montagewerk von Aulnay-Sous-Bois, wo seit Freitag nicht mehr produziert wird, halten die Streikposten der kommunistischen CGT-Gewerkschaft jetzt auch die Anlage von Nanterre und Levallois besetzt. Dem Ausstand hat sich inzwischen die linkssozialistische CFDT-Gewerkschaft angeschlossen. Sie war für den schweren Konflikt in dem Talbot-Werk von Poissy zu Beginn dieses Jahres verantwortlich gewesen.

Vor allem diese vier in der Pariser Region liegenden Werke des privaten Peugeot-Konzerns sind personell weit überbesetzt. Citroën will daher insgesamt 6000 Personen freisetzen. Jedoch widersetzen sich die Gewerkschaften jeder Entlassung. Die CGT, die in den Betriebsräten der Citroën-Werke majoritär ist, will auch einen Belegschaftsabbau durch vorzeitige Pensionierungen und die Rückführung von Gastarbeitern verhindern.

Beide Gewerkschaften fordern unter Hinweis auf den Streik in der deutschen Metallindustrie für die französische Automobilindustrie die schnelle Einführung der 35-Stunden-Woche. Dann könnten sogar zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, behaupten sie. Außerdem verlangt die CGT die Rückverlagerung der Auslandsproduktion, soweit diese zur Versorgung des nationalen Automarktes bestimmt ist.

Die hier zunächst (aber nicht nur) angesprochene Citroën-Verwaltung hält das aber schon deshalb für unmöglich, weil dadurch der Export gefährdet würde. Tatsächlich haben Länder wie Spanien ihre Autoeinfuhr von der Errichtung von Produktions- und Montagewerken der betreffenden Exporteure abhängig gemacht. Auf dem spanischen wie portugiesischen Markt steht die französische Automobilindustrie an erster Stelle.

Der gesamte französische Automarkt schrumpfte allerdings noch stärker, nämlich um 13,27 Prozent, dabei im Jahresvergleich April um 18,4 Prozent, was vor allem an den starken Einbrüchen bei Talbot (minus 57 Prozent) und Renault (minus 34 Prozent) lag. Die ausländischen Marken büßten im April nur 6,7 Prozent ein, womit sie ihren Marktanteil weiter erhöhen konnten. Dieser erreichte in den ersten vier Monaten 34,6 Prozent gegenüber 32,7 Prozent im gesamten letzten Jahr.

RATENKREDITBANKEN / Zinsabstand zu übrigen Banken wird sich verringern

Konsumkredit belebt sich neuerdings

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Vehement wehren sich die Teilzahlungsbanken gegen die nicht verstummenden Vorwürfe der Verbraucherschützer. Sie würden die Ratenkreditnehmer mit sittenwidrigen Verträgen übers Ohr hauen. Und quasi zum Beweis ihres guten Gewissens verweisen sie auf die von einer Verbraucherzentrale gegenüber dem Bankenfachverband Konsumenten- und gewerbliche Spezialkredite (BKK) e. V. abgegebene strafbewehrte Unterlassungserklärung, wonach nicht mehr behauptet werden darf, daß die Mehrzahl der in den Jahren 1975 bis 1980 mit den Mitgliedsinstituten abgeschlossenen Kreditverträge sittenwidrig und so nichtig seien.

Davon unberührt bleibt freilich die Tatsache, daß Konsumenten für Ratenkredite bei den Teilzahlungsspezialisten im Schnitt rund drei Prozent mehr Zinsen zahlen müssen als bei Geschäftsbanken und Sparkassen, während die Ratenbanken im gewerblichen Geschäft durchaus marktkonforme Zinsen nehmen, was, wie Verbandsvorstandsmitglied Richard Bernhard, Geschäftsführer der Deutschen-Bank-Tochter Gefa, einräumt, vom harten Wettbewerb erzwungen werde.

Ihre höheren Zinsen begründen die Teilzahlungsbanken vor allem mit der höheren Risikoquote (1,5 bis zwei Prozent) ihrer Ratenkredite im Vergleich zu den besser abgesicherten der übrigen Banken und damit, daß die Ratenkreditzinsen der anderen Institute über die Mischkalkulation „subventionierte" Preise seien.

Im Verband ist man sich allerdings im klaren darüber, daß die zunehmende Verbraucheraufklärung zu einer Verringerung des Zinsabstands führen wird, worauf sich die Teilzalungsspezialisten durch eine verstärkte Refinanzierung bei Nichtbanken einstellen.

Für die Branche war 1983 im Konsumentenkreditgeschäft kein sonderlich gutes Jahr, während sich inzwischen eine Belebung abzeichnet. Sie spürte mit einer leichten Verringerung ihres Ratenkreditvolumens um 0,4 Prozent auf knapp 15,4 Mrd. DM ebenso wie die Universalbanken mit weitgehend überregionalem Geschäft die Probleme am Arbeitsmarkt. Dagegen profitierten, so Verbandsvorstand Franz Endres von der UTB Kreditbank Augsburg, Sparkassen und Girozentralen mit einem Plus von 8,5 Prozent vom hohen Kundenanteil im öffentlichen Dienst mit nicht gefährdetem Arbeitsplatz. Das Ratenkreditvolumen aller Banken wuchs um 3,8 Prozent auf 75 Mrd. DM. Trotz gestiegenen Wertberichtigungsbedarfs sei aber die Ertragslage der meisten Mitgliedsinstitute befriedigend.

Im gewerblichen Kreditgeschäft der Verbandsmitglieder (plus 11,5 Prozent) machte sich die Konjunkturbelebung positiv bemerkbar. Auch im ersten Quartal 1984 hielt der Trend an. Trotz deutlichr Entspannung der Risikosituation waren die Ausfälle zwar immer noch höher als in Normalzeiten, aber sie hielten sich im unteren Promille-Bereich. Die Ertragslage wird als befriedigend bis gut bezeichnet.

Fiat erhöht das Kapital

ds, Mailand

Die Holding des Turiner Fiat-Konzerns erhöht ihr Kapital gratis von 337,5 auf 1350 Mrd. Lire (2,2 Mrd. DM) und gegen bar von 1350 auf 2025 Mrd. Lire. Durch die Operation werden 675 Mrd. Lire in die Kassen der Holding fließen. Die vorangegangene Kapitaloperation hatte im Februar 1981 stattgefunden. Damals schöpfte Fiat von den Aktionären 250 Mrd Lire ab. Rund ein Drittel des Kapitals der Gesellschaft liegt in den Händen der Agnelli-Holding IFI (Turin), weitere rund zehn Prozent sind bei der Libyan Foreign Arab Bank. Der Rest ist im Besitz von Kleinaktionären. Mit der Kapitalaufstockung finanziert Fiat einen Teil des Finanzbedarfs von rund 920 bis 9500 Mrd. Lire zwischen 1984 und 1986. Von dem gesamten Finanzbedarf will die Fiat-Konzernleitung 70 Prozent durch Selbstfinanzierung decken. Im Jahre 1983 erzielte die Holding Fiat SPA einen Reingewinn von 214 (111) Mrd. Lire. Daraus wird sowohl auf die Stamm- als auch auf die Vorzugsaktien eine Dividende von 180 (160) Lire gezahlt.

EG / Lissabon fordert sofortige Zollfreiheit

Widerstände aus Brüssel

WILHELM HADLER, Brüssel

Widerstände der südlichen EG-Länder gegen höhere Einfuhren von Ölsardinen drohen den „Fahrplan" der Beitrittsverhandlungen mit Portugal durcheinanderzubringen. Während Lissabon einen sofortigen freien Zugang für dieses besonders wichtige Exporterzeugnis verlangt, besteht die Gemeinschaft bisher auf einem schrittweisen Zollabbau innerhalb von zehn Jahren.

Der portugiesische Planungs- und Finanzminister Ernani Lopes hat die Vorschläge der EG in der jüngsten Verhandlungsrunde entschieden zurückgewiesen. Er erinnerte daran, daß Sardinen außer Textilien, Wein und Tomatenmark das einzige Erzeugnis sind, bei dem sein Land international wettbewerbsfähig sei. Die EG fürchtet jedoch eine Exportlawine. Durch den Beitritt Portugals wird sich die „Selbstversorgungsrate" der Gemeinschaft bei Sardinenkonserven von bisher 61 auf 150 Prozent erhöhen.

Mühsame Verhandlungen deuten sich auch über den künftigen Zugang zu den Fischereigewässern an. So hat die EG Lissabon vorgeschlagen, zehn Jahre lang den Status quo aufrechtzuerhalten, was bedeutet, daß auch nach dem Beitritt portugiesische Fischer vorerst für die wichtigsten Speisefischarten von den Fanggründen des „EG-Meeres" nicht profitieren dürfen. Portugal verfügt nur über eine Flotte von recht kleinen Fischereifahrzeugen. Die Schutzmaßnahme ist deshalb vor allem im Hinblick auf den spanischen Beitritt gefordert worden. Die Gespräche mit Madrid über Fischereifragen haben fünf Monate vor dem geplanten Abschluß der Beitrittsverhandlungen noch nicht einmal begonnen. Unter diesen Umständen glauben immer mehr Experten, daß der Termin kaum noch einzuhalten sein wird.

Einig sind sich die EG und Lissabon darüber, daß die Eingliederung der portugiesischen Landwirtschaft in den Gemeinsamen Agrarmarkt in zwei Phasen erreicht werden soll. Die EG will Portugal ferner gestatten, für acht Jahre Nahrungsmittel von der Mehrwertsteuer auszunehmen.

AUDI / Metallstreik droht Höhenflug zu unterbrechen

1983 war ein Spitzenjahr

DANKWARD SEITZ, München

Spätestens Anfang nächster Woche wird auch die Audi NSU Auto Union AG, Ingolstadt/Neckarsulm, die Produktion einstellen müssen, weil in Folge des Streiks in Nordwürttemberg/Nordbaden dringend benötigte Zulieferteile ausbleiben. Wie Vorstandsvorsitzender Wolfgang R. Habbel anläßlich der Vorlage des Geschäftsberichts 1983 erklärte, könne dabei keineswegs von einer „freiwilligen Produktionseinstellung oder Aussperrung gesprochen werden, da diese Spezialteile kurzfristig weder bei anderen Herstellern noch im Ausland zu erhalten seien. Zum anderen sei es ja auch die Taktik der Gewerkschaft, mit ihren Schwerpunktstreiks andere Unternehmen zu treffen.

Keinen Zweifel ließ Habbel daran, daß die von dieser Maßnahme vorerst betroffenen rund 20 000 Mitarbeiter nicht mit einer Lohnfortzahlung rechnen können. „Die Rechtslage hierfür ist eindeutig, auch wenn ein Arbeitnehmer seine Arbeitskraft zur Verfügung stellen will." Vorsorglich werde Audi zwar einen Antrag auf Kurzarbeit stellen, jedoch sei nicht damit zu rechnen, daß die zuständigen Arbeitsämter in dieser Situation helfen.

Allein von der Dauer dieses Arbeitskampfes wird in entscheidendem Maße abhängen, ob Audi 1984 wieder ein „ordentliches Ergebnis" erreichen kann. Schon bei einem Produktionsausfall von vier Wochen hätte man „alle Hände voll zu tun", nicht in die roten Zahlen zu rutschen. Im positiven Fall müßte es nach Habbel möglich sein, bei weitgehend unverändertem Produktionsvolumen wegen des Trends zu höherwertigen Autos ein „deutliches Umsatzplus und ein wieder zufriedenstellendes Ergebnis" erreichen zu können. Zusätzliche Impulse werden von dem neuen Audi 80 erwartet.

Sehr vielversprechend war auf jeden Fall das erste Quartal 1984, in dem ein Umsatzplus von 47,5 Prozent auf 2,59 Mrd. DM erzielt werden konnte. Hergestellt wurden in dieser Zeit über 109 000 Fahrzeuge (plus 23,6 Prozent), wovon 60 Prozent in den Export gingen. Allein in Nordamerika stieg der Absatz gegenüber der Vorjahreszeit um 86 Prozent auf 17 200 Einheiten; für das Gesamtjahr erwartet man hier über 65 000 Stück verkaufen zu können. Sowohl der Audi 5000 – die US-Version des Audi 100 – als auch der neueingeführte Audi 5000 Turbo erfreuten sich in den USA großer Beliebtheit.

Im Inland hingegen mußte Audi in den ersten drei Monaten 1984 ein Absatzminus von 15,2 Przent auf knapp 40 000 Fahrzeuge hinnehmen. Neben einer Abschwächung des Gesamtmarktes im März habe man aber auch die teilweise sehr aggressiven Marketinganstrengungen der Konkurrenten zu spüren bekommen. Dabei gibt er allerdings auch zu, daß wegen des florierenden US-Marktes und des hohen Dollar-Kurses der Inlandsmarkt etwas vernachlässigt wurde.

Ein absolutes Spitzenjahr war für Audi das Jahr 1983, in dem nach den Worten von Habbel „das geerntet werden konnte, was in den Vorjahren gesät wurde". Mit einem Gewinn von 54,21 (21,08) DM je 50-DM-Aktie (nach (DVFA) wurde praktisch das gesamte Grundkapital verdient. Dieses Ergebnis ist um so höher zu bewerten, als die Produktionsausweitung mehr als 2900 neue Mitarbeiter erforderte und dadurch die Personalkosten um 15,2 Prozent auf 1,89 Mrd. DM anzogen. Hauptumsatzträger war der Audi 100 mit einem Anteil von 42 Prozent bzw. 3,4 Mrd. DM vor dem Audi 80 mit 30 Prozent bzw. 2,4 Mrd. DM. Die Auftragsfertigung des Porsche 944 brachte einen Umsatz von 257 Mill. DM.

Audi	1983	±%
Umsatz (Mill. DM)	8019	+ 30,9
Pkw-Absatz (Stück)	388 610	+ 19,5
dav. Ausland	189 932	+ 5,2
Beschäftigte [1]	33 589	+ 9,7
Sachinvestitionen (Mill. DM)	392	- 49,0
Abschreibungen	491	+ 23,7
Cash-flow [2]	793	+ 43,0
Bilanzsumme	2896	+ 26,0
Grundkapital	215	(215)
Eigenkapital	707	+ 4,7
Gewinnabführung	145	+54,6
Jahresüberschuß [3]	33	+ 37,5

[1] zum Jahresende; [2] Jahresergeb. vor Gewinnabführ. u. Rücklagenveränd. + Anlageabschreib. - Zuschreibungen ± Veränderung d. Pensionsrückst. ± Veränderung d. Eigenkapitalanteils d. Sonderposten mit Rücklageanteil; [3] nach Gewinnabführung an die Volkswagen AG, Wolfsburg.

HOESCH / Vor großen Stahlinvestitionen – Zukäufe im Beteiligungsbereich

Kapitalerhöhung ohne Dividende

J. GEHLHOFF, Dortmund

Ein ungewöhnlicher Akt des wiedergewonnenen Selbstbewußtseins: Nach der besonders drastisch vollzogenen Roßkur des Abbaus unrentabler Stahlkapazitäten schlägt die Dortmunder Hoesch Werke AG den nahezu 100 000 Eigentümern von 284 Mill. DM Aktienkapital zur Hauptversammlung am 29. Juni vor, das Kapital im Verhältnis 4:1 zu erhöhen, wobei das Emissionsagio für die jungen Aktien mindestens 50 Prozent betragen soll.

Zugleich mit diesem in der Stahlbranche einmaligen Vorgang will Vorstandsvorsitzender Detlev Rohwedder auch in der HV standhaft jegliche Prognose verweigern, ob nach jahrelanger Dividendenlosigkeit für 1984 die Rückkehr zur Dividende winkt. Er setzt bei seinen Aktionären auf Vertrauensvorschuß in die wiedergewonnene Leistungskraft dieses vor wenigen Jahren noch todkranken Stahlkonzerns. Gute Gründe für solche Erwartung kann der Hoesch-Chef nun mit Vorlage der 1983er Bilanz ins Feld führen.

● In der Stahlerzeugung, die nur noch ein Drittel zum Konzern-Fremdumsatz beiträgt (aber noch die Hälfte des Konzern-Vermögens ausmacht), hat Hoesch als Lohn der Kahlschläge im neunten Stahlkrisenjahr 1983 nur noch 5 DM Verlust je Walzstahltonne gemacht gegenüber 60 DM/t beim deutschen Branchendurchschnitt. Ab Anfang 1984 schreibe Hoesch da (noch kleine) schwarze Zahlen.

● Der in den letzten Jahren dürftigen Investitionstätigkeit folgt nun eine kräftige Belebung, die bis Ende 1984 ein „Freigabevolumen" von 1,5 Mrd. DM bringen werde. Deren Schwergewicht liegt bei weiterer Strukturverbesserung im Stahl, um weitgehend die 20prozentigen Investitionszuschüsse aus dem Bonner 3 Mrd.-DM-Stahlhilfeprogramm zu nutzen. An besagtem Programm (bis Ende 1985) ist Hoesch im Quintett der bedachten deutschen Konzerne mit 391 Mill. DM Investitions- und 477 Mill. DM (bedingt rückzahlbarer) Strukturhilfe am stärksten beteiligt. Rund 300 Mill. DM flossen bereits im 4. Quartal 1983 zu und verschönten die Bilanz –, nicht aber das mit 30 Mill. DM positive und „echt verdiente" wirtschaftliche Ergebnis.

● Im Vorgriff auf die Zeit nach den bis Ende 1985 nun großen Stahlinvestitionen signalisiert Hoesch 1984 bereits Expansionslust außerhalb der Stahlerzeugung. Dem 53 Mill. DM teuren Erwerb von 49,6 Prozent an dem Kölner Anlagenbauer PHB Weserhütte (1,16 Mrd. DM 1983er Umsatz), derzeit durch Widerstand des Mehrheitsaktionärs Otto Wolff AG eher eine Sackgasse, folgten jetzt für schätzungsweise 70 Mill. DM zwei weitere Taten: Anteilsaufstockungen auf 75 (50) Prozent beim Dortmunder Anlagen- und Maschinenbauer Orenstein & Koppel AG (1,13 Mrd. DM 1983er Umsatz) aus Besitz des Frankfurter Agiv-Mischkonzerns und auf 66,6 (33,3) Prozent beim Gelsenkirchener Handelshaus Eisen und Metall AG (aktuelles Umsatzpotential 0,8 Mrd. DM) aus dem Besitz der Düsseldorfer Rheinmetall AG.

Solche Taten liegen für Rohwedder auf der strategischen Linie, daß der Hoesch-Vorstand künftig nicht mehr an seinen Sanierungsarbeiten im Stahl zu messen sei, sondern am aussichtsreichen Aufbruch zu neuen Ufern. Dies trotz Verzichts auf Dividendenprognose auch mit hoffnungsvollem Hinweis für die Aktionäre:

Zwei Drittel seines Fremdumsatzes machte der Konzern schon 1983 vor allem mit „Verarbeitung" (hauptsächlich der Veredelung der eigenen Flachstahlprodukte) sowie mit Handel. Das alles sei nun per Saldo nachhaltig in den schwarzen Zahlen und reiche schon bei ein Prozent Umsatzrendite aus, um das im Vergleich zum Umsatz kleine Hoesch-Aktienkapital mit „angemessener Dividende" zu bedienen. Vorausgesetzt, der von der Holding in rechtliche Selbständigkeit ausgegliederte Stahlbereich macht keinen Strich durch die Rechnung, wenn der Streik in der Metallindustrie zu einem nicht aufholbaren Beschäftigungseinbruch führt.

Weiteres Positivum für die zur Kapitalerhöhung gebetenen Aktionäre: Vor allem der 1983er Zufluß aus der Bonner Stahlhilfe, bei Hoesch identisch mit (Teil-)Ersatz eigener Struktur-Vorleistungen, hat dem Konzern nun 837 Mill. DM Rücklagen bewahrt. Das ergibt für die Hoesch-Aktie einen stolzen „Bilanzkurs" von 408 Prozent – fast doppelt so viel wie der aktuelle Börsenkurs.

Hoesch-Konzern	1983	±%
Umsatz (Mill. DM)	6736	- 9,4
Exportanteil (%)	33,8	(33,3)
Rohstahlerz. (1000 t)	3929	- 3,5
Walzstahlabsatz	3517	- 3,4
Belegschaft	35 300	- 7,8
Personalaufwand	1874	- 5,8
Gesamtinvestitionen	226	+ 5,1
Abschreibungen	353	+ 34,2
Zinsaufwandsaldo	133	- 34,5
Wirtschaftl. Ergebnis	30	+ 42,9

EUROPA MÖBEL / Einbruch noch nicht wettgemacht

Preise sollen stabil bleiben

HANNA GIESKES, Luxemburg

„Die Möbelwirtschaft wird einen stärkeren und schnelleren Aufschwung nehmen als die meisten übrigen Wirtschaftsbereiche." Hans Reiter, Präsident der Europäischen Möbelunion, des nach eigener Darstellung weltweit führenden Möbel-Einkaufsverbandes, stützt seine Hoffnungen „einmal auf die angestauten Ersatz- und Modernisierungswünsche und zum anderen auf den wegen der Bevölkerungspyramide zu erwartenden Neubedarf". Hinzu komme, „daß unsere Preise in diesem Jahr grundsätzlich stabil bleiben werden", sagte Reiter während der Vorlage des Jahresberichts seiner Organisation in Luxemburg.

Die Europäische Möbelunion ist die Dachorganisation der 15 Europa-Möbel-Landesverbände. Im vergangenen Jahr waren ihr 1452 Möbelhäuser mit 2187 Verkaufsstellen angeschlossen. „Erhebliche Meinungsverschiedenheiten über Leistungen und Gegenleistungen" mit dem englischen Verband hatten 1982 eine Trennung und mithin das Ausscheiden von über 100 Mitgliedern zur Folge. Trotzdem stieg der Gesamtverkaufsumsatz der Anschlußhäuser von umgerechnet 5,5 Mrd. DM 1982 auf 5,9 Mrd. DM im vergangenen Jahr. Dieses nominale Plus von 7,3 Prozent konnte freilich den Einbruch des Jahres 1982 nicht wettmachen, für das die Europäische Möbelunion vorsichtshalber erst gar keine Zahlen veröffentlicht hatte: Im Jahr 1981 lag der Gesamtumsatz der 1550 angeschlossenen Möbelhändler bei etwas über 6,5 Mrd. Schweizer Franken.

„Unsere Mitglieder beurteilen die nächsten Monate mit Zuversicht." Hans Peter Voigt, Geschäftsführer der Europa Möbel Deutschland GmbH & Co. KG, Bonn, sieht noch „beachtliche Reserven" für Wachstum in den eigenen Reihen. Im vergangenen und in diesem Jahr hätten die angeschlossenen 158 Anschlußhäuser mit insgesamt 251 Verkaufsstellen „stark expandiert". Darüber hinaus sei der Verband offen für neue Mitglieder von außen, „nachdem wir uns über viele Jahre auf diesem Gebiet eher restriktiv verhalten haben". Das bedeutet, daß Gebietsschutz nur noch „in einem vernünftigen Verhältnis zur wirtschaftlichen Stärke der Mitglieder" gewährt werde.

Der zentralregulierte Einkaufsumsatz von Europa Möbel Deutschland betrug 1983 rund 601 Mill. DM nach 573 Mill. DM im Jahr 1982, „das ein sehr schlechtes Jahr war". Auch hier ist der Anschluß an die 81er Umsätze – 634 Mill. DM – noch nicht geglückt. Allerdings liegen die Regulierungen von Februar bis April 1984 um 9,4 Prozent über den entsprechenden Vorjahreszahlen, und Voigt erwartet, „daß sich das bei zehn Prozent einpendelt". Die Mitglieder kaufen zwischen 70 und 80 Prozent ihres Bedarfs bei Europa Möbel ein; Voigt schätzt den Anteil seines Verbandes am gesamten deutschen Einkaufsumsatz mit Möbeln auf 12 bis 14 Prozent.

Auf den „Markt der Zukunft" werde man sich durch konsequenten Ausbau des Marketing-Service für die Anschlußhäuser einstellen, der weit über die Bereitstellung zusätzlicher Werbemittel hinausgehe. So bereite Europa-Möbel Spezialkonzepte vor, die es dem einzelnen Mitglied ermöglichen sollen, sich etwa auf Polstermöbel oder Küchen zu spezialisieren.

Salzgitter stärkt Geschäft mit China

JAN BRECH, Hamburg

Die engen geschäftlichen Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und dem bundeseigenen Salzgitter-Konzern sollen ausgebaut werden. Dies ist zwischen einer Delegation der VR China unter Leitung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Li Peng und dem Vorstandsvorsitzenden der Salzgitter AG, Ernst Pieper, vereinbart worden. Die Gespräche fanden im Rahmen einer Präsentation der Salzgitter Gruppe in Hamburg statt. Die Chinesen besichtigten unter anderem den Hafen Hansaport, an dem die Salzgitter AG mehrheitlich beteiligt ist.

Die Geschäfte von Salzgitter mit der VR China haben sich nach Angaben von Pieper in den vergangenen Jahren sehr günstig entwickelt. Der Auftragseingang dürfte mit knapp 300 Mill. DM in diesem Jahr das gleiche Volumen erreichen wie im Vorjahr. Neben dem kontinuierlichen Stahlgeschäft haben in letzter Zeit vor allem der Auftrag zum Bau von drei Containerschiffen bei der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) zum Geschäftsaufschwung beigetragen. Ferner liefert Salzgitter Bergbauausrüstungen und Baukräne.

Zur Zeit wird nach Angaben von Salzgitter über weitere Lizenzvergaben in den Bereichen Kranbau, Schiffskomponenten und Fahrzeugbau verhandelt. Darüber hinaus zeigt Salzgitter besonderes Interesse an dem chinesischen Projekt von „Feststoff-Pipelines" für den Transport von Kohle.

Zementindustrie bleibt optimistisch

hg. Bonn

„Günstiger als erwartet" ist das Jahr 1983 für die Zementindustrie verlaufen. Peter Schuhmacher, Präsident des Verbandes der Deutschen Zementindustrie, rechnet „angesichts der vorhandenen Auftragsbestände" auch in diesem Jahr mit einer leichten Zunahme der Zementnachfrage. Es sei allerdings zu erwarten, daß sich die Baunachfrage und mithin auch der Zementabsatz durch den Wegfall bisher gewährter Vergünstigungen – Mehrwertsteueroption, Investitionszulagen, Sonderprogramm für den sozialen Wohnungsbau – im Laufe des Jahres abschwächen werde, sagte Schuhmacher in Bonn.

Der Absatz der 71 Betriebe der Branche lag 1983, wie im Jahr zuvor, bei 27,9 Mill. Tonnen. Davon waren 94 Prozent für den Bedarf des inländischen Baumarktes bestimmt; sechs Prozent wurden exportiert. Am Inlandsmarkt konnte ein geringfügiges Plus von 1,9 Prozent erzielt werden; allerdings war der Absatz infolge der Baukrise zwischen 1980 und 1982 um 18 Prozent gesunken. Den leichten Anstieg führt Schuhmacher im wesentlichen auf das Sonderprogramm der Bundesregierung zurück.

Seit 1980 habe die Zementindustrie trotz sinkenden Absatzes rund 1,3 Mrd. DM für neue Anlagen investiert. Zwischen 1980 und 1981 seien mehr als 0,5 Mrd. DM für die Umstellung der Produktion von Erdöl auf Kohle aufgewendet worden. Schuhmacher rechnet damit, daß die Investitionstätigkeit der Branche in den nächsten Jahren nicht nachlassen wird.

STADTSPARKASSE MÜNCHEN / Einlagenzuwachs

Bisher bestes Geschäftsjahr

DANKWARD SEITZ, München

Eine beachtliche Geschäftsausweitung in allen Sparten bescherte der Stadtsparkasse München 1983 ihr bislang „bestes Geschäftsjahr". Mit sichtlichem Stolz konnte Vorstandsvorsitzender Alfred Lehners, der sein Amt Anfang August an Josef Turiaux übergeben und in den Vorstand der Bayerischen Landesbank überwechseln wird, feststellen, daß das Institut mit einem Bilanzsummen-Wachstum von 7,4 Prozent auf 8,7 Mrd. DM auf den 6. Platz unter den deutschen Sparkassen vorgerückt ist.

Entscheidend getragen wurde diese Entwicklung durch „einen seit Jahren nicht mehr erreichten Zuwachs" bei den Spareinlagen von 9,8 Prozent auf 4,8 Mrd. DM. Insgesamt erhöhten sich die Einlagen und Schuldverschreibungen um 7,4 Prozent auf 8,1 Mrd. DM. Eine beachtliche Ausweitung verzeichnete die Stadtsparkasse nach Angaben von Lehners auch beim Kreditgeschäft. Begünstigt durch die Konjunkturbelebung wurden an Kunden mit 5,2 Mrd. DM 9,0 Prozent mehr ausgeliehen. Einschließlich des Bankengeschäfts erhöhte sich das Kreditvolumen um 4,7 Prozent auf 5,8 Mrd. DM. Das Kreditgeschäft mit der gewerblichen Wirtschaft trug dazu 1,4 Mrd. DM (plus 24 Prozent) bei.

Bei einer auf 3,7 (3,24) Prozent verbesserten Zinsspanne bezeichnete Lehners die Ertragslage als „sehr zufriedenstellend". Während die Personalkosten nur mäßig stiegen, erhöhten sich der Zinsüberschuß um 24,2 Prozent auf 317,6 Mill. DM und der Provisionsüberschuß 15,8 Prozent auf 35,1 Mill. DM. Verdoppelt wurde die Risikovorsorge mit 60,8 (30,9) Mill. DM. Der „Löwenanteil" dieses Betrages entfiel nach Lehners auf versteuerte Sonder-Sammelwertberichtigungen. An echten Ausfällen habe man nur eine einstellige Millionenzahl hinnehmen müssen, und nur in einem Fall sei ein Auslandsrisiko eingegangen worden. Zum Ausdruck kommt die Ertragsverbesserung auch in dem auf 111,4 (89,7) Mill. DM gestiegenen Steueraufwand.

Als Jahresüberschuß weist die Stadtsparkasse 32 (28) Mill. DM aus, die voll in die Sicherheitsrücklage eingestellt werden. Die haftenden Eigenmittel erhöhen sich dadurch auf 390 Mill. DM, was einer Eigenkapitalquote von 4,48 Prozent entspricht.

FINANZANZEIGEN

Deutsche Texaco AG
Hamburg



Wertpapier-Kenn-Nummer 550 900

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der am Montag, 2. Juli 1984, 12.00 Uhr, in unserem Hause Überseering 40, Hamburg 60, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

eingeladen.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1983 mit den Berichten des Vorstandes und des Aufsichtsrates
   Vorlage des Teilkonzern-Abschlusses und des Teilkonzern-Geschäftsberichtes für das Geschäftsjahr 1983
2. Beschlußfassung über die Gewinnverwendung
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates
4. *Wahl der Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1984*

Weitere Einzelheiten bitten wir, der im Bundesanzeiger Nr. 92 vom 16. Mai 1984 veröffentlichten Einladung zu entnehmen.

Hamburg, im Mai 1984 Der Vorstand

Trinkaus & Burkhardt



		1983 Mio DM	1982 Mio DM*
Trinkaus & Burkhardt Gruppe	Geschäftsvolumen	5.691	5.546
	Bilanzsumme	5.468	5.229
	Einlagen	4.932	4.725
	Kredite	3.986	3.843
	Eigenkapital	187	187
Trinkaus & Burkhardt Düsseldorf, Essen, Frankfurt, München, Stuttgart	Geschäftsvolumen	4.283	4.242
	Bilanzsumme	4.061	3.923
	Eigenmittel	187	187
Trinkaus & Burkhardt (International) S.A., Luxemburg	Bilanzsumme	1.448	1.338
	Eigenmittel	51	42
Trinkaus & Burkhardt (Schweiz) AG, Zürich	Bilanzsumme	105	92
	Eigenmittel	18	16

*) Einheitlich zu den Fremdwährungsmittelkursen per 31. Dezember 1983 umgerechnet

Klöckner-Humboldt-Deutz Aktiengesellschaft
KHD Köln

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit für Donnerstag, den 28. Juni 1984, 10.00 Uhr, zur

ordentlichen Hauptversammlung *eingeladen.*

Die Hauptversammlung findet in diesem Jahr nicht im Rhein-Saal, sondern im **Congress-Saal des Congress-Centrums Ost der Kölner Messe, Haupteingang Osthallen,** Köln-Deutz, statt.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses vom 31. Dezember 1983, des Geschäftsberichts des Vorstands und des Berichts des Aufsichtsrats über das Geschäftsjahr 1983. Vorlage des Konzernabschlusses vom 31. Dezember 1983 und des Konzerngeschäftsberichts des Vorstands für das Geschäftsjahr 1983.

2. Verwendung des Bilanzgewinns
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn von DM 42 400 000,– zur Ausschüttung einer Dividende von DM 8,– je Aktie im Nennbetrag von DM 50,– auf das Grundkapital von DM 265 000 000,– zu verwenden.

3. Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen Entlastung vor.

4. Beschlußfassung über eine Satzungsänderung zur Ermächtigung des Vorstands, das Grundkapital durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Stammaktien und/oder stimmrechtsloser Vorzugsaktien im Gesamtnennbetrag von bis zu DM 75 000 000,– zu erhöhen (Schaffung eines genehmigten *Kapitals*).
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, Ziffer 4 Abs. 2 der Satzung unter Wegfall des Abs. 3 wie folgt *neu zu fassen*:
„Der Vorstand ist ermächtigt, bis zum 28. Juni 1989 mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu DM 75 000 000,– durch ein- oder mehrmalige Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Stammaktien und/oder stimmrechtsloser Vorzugsaktien gegen Bareinlagen zu erhöhen. Die stimmrechtslosen Vorzugsaktien sind mit einer Mehrdividende von 1% gegenüber den Stammaktien sowie mit einem nachzahlbaren Vorzugsgewinnanteil von 6% des Nennbetrages auszustatten. Später auszugebende Vorzugsaktien können den aus der erstmaligen (Teil)-Ausnutzung des genehmigten Kapitals hervorgegangenen stimmrechtslosen Vorzugsaktien bei der Verteilung des Gewinns und des Gesellschaftsvermögens gleichgestellt werden. Über die Ausgabe der neuen Aktien, den Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienausgabe entscheidet im übrigen *der Vorstand mit Zustimmung* des Aufsichtsrats. Das Bezugsrecht der Aktionäre kann nur ausgeschlossen werden, soweit es zum *Ausgleich von Spitzenbeträgen* erforderlich ist.
Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, die Fassung der Satzung entsprechend *dem Umfang und der* Durchführung der Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital zu ändern":

5. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1984
Der Aufsichtsrat schlägt die Treuhand-Vereinigung AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Steuerberatungsgesellschaft, Frankfurt am Main, als Abschlußprüfer vor.

Gemäß § 186 Abs. 4 AktG gibt der Vorstand zu Punkt 4 der Tagesordnung folgenden Bericht an die Hauptversammlung:

> Den Aktionären wird bei der Ausnutzung des genehmigten Kapitals ein Bezugsrecht auf die neuen Aktien gewährt. Der Vorstand soll jedoch vorsorglich ermächtigt werden, für den Spitzenbetrag, der aufgrund der Festlegung des Emissionsvolumens und der Darstellung eines praktikablen Bezugsverhältnisses entsteht, das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen; danach nicht zum Bezug benötigte Aktien werden zum Börsen*preis für Rechnung der Gesell*schaft verwertet.

Die Aktionäre, die an der Hauptversammlung teilnehmen und ihr Stimmrecht ausüben wollen, haben ihre Aktien bis spätestens Freitag, den 22. Juni 1984, zu hinterlegen und bis zum Schluß der Hauptversammlung im Sperrdepot zu belassen.

Wir bitten, die Bescheinigung über die *Hinterlegung* bis spätestens Montag, den 25. Juni 1984, bei der Gesellschaft einzureichen.

Hinterlegungsstellen sind neben den *Wertpapiersammelbanken* und Notaren sowie neben der Gesellschaftskasse in Köln-Deutz, Deutz-Mülheimer Straße 111, die *nachstehend aufgeführten Banken* oder deren Niederlassungen in Köln, Berlin, Bochum, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München, Münster, Stuttgart, Paris, Bordeaux, Lille, Lyon, Marseille, Nancy, Nantes, Toulouse, Brüssel, Antwerpen und Lüttich:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft, Dresdner Bank Aktiengesellschaft, Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft, Commerzbank Aktiengesellschaft, Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft, Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie., *Berliner* Handels- und Frankfurter Bank, Bankhaus J. H. Stein, Berliner Bank Aktiengesellschaft, Trinkaus & *Burkhardt, Westdeutsche* Landesbank Girozentrale, Westfalenbank Aktiengesellschaft, Société Générale, Frankreich, Société Générale Alsacienne de Banque S. A., Frankreich, Banque Bruxelles Lambert, Belgien, Société Générale de Banque, S. A., Belgien.

Der Hinterlegung wird auch dadurch genügt, daß die Aktien für eine dieser Hinterlegungsstellen mit deren Zustimmung bei einer anderen Bank bis zur Beendigung der Hauptversammlung im Sperrdepot gehalten werden.

Köln, im Mai 1984 Der Vorstand

Einladung zur ordentlichen Hauptversammlung

Die ordentliche Hauptversammlung der Aktionäre unserer Gesellschaft findet am Mittwoch, dem 27. Juni 1984, 10.00 Uhr, im Sitzungssaal der Industrie- und Handelskammer in Hagen/Westfalen, Bahnhofstr. 18, statt.

Tagesordnung:

1. *Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses für das* Geschäftsjahr 1983 mit den Berichten des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
2. Verwendung des Bilanzgewinnes für das Geschäftsjahr 1983.
3. *Entlastung von Aufsichtsrat und Vorstand für das Geschäftsjahr 1983.*
4. Wahl der Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1984.

Die vollständige Tagesordnung sowie Hinweise zur satzungsgemäßen Hinterlegung der Aktien sind im Bundesanzeiger Nr. 92 vom 16. *Mai 1984 erschienen.*

Unsere Aktionäre, die ihre Aktien durch ein Kreditinstitut verwahren lassen, erhalten über ihre Depotbank eine Einladung zur Hauptversammlung zugesandt.

Bad Homburg v. d. Höhe, im Mai 1984
Der Vorstand



Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer *die Chiffrenummer auf dem Umschlag vermerken!* W 286

Rütgerswerke AG

Frankfurt am Main

Wertpapier-Kenn-Nr. 707 200

Wir gestatten uns, die Aktionäre unserer Gesellschaft auf Mittwoch, den 27. Juni 1984, 11.00 Uhr,

zur

ordentlichen Hauptversammlung

in das Haus der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, Junghofstraße 5–11, einzuladen.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses der Rütgerswerke AG und des Konzernabschlusses, des Geschäftsberichts und Konzerngeschäftsberichts sowie des Berichts des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1983.
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinnes für das Geschäftsjahr 1983 (Vorschlag der Verwaltung: Ausschüttung einer Dividende von 7,50 DM je 50 DM Aktiennennbetrag an die für das Jahr 1983 gewinnanteilberechtigten Aktionäre; auszahlbar am 1. Juli 1984.
3. Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 1983.
4. Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1983.
5. Wahlen zum Aufsichtsrat (Ersatzwahl eines Vertreters der Anteilseigner).
6. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1984.

Teilnahme

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens am 19. Juni 1984 bei einer unserer Hinterlegungsstellen bis zur Beendigung der Hauptversammlung ordnungsgemäß hinterlegen.

Die Veröffentlichung des vollen Wortlauts unserer Tagesordnung und der Einzelheiten über die Teilnahmebedingungen mit *Bekanntgabe der Hinterlegungsstellen erfolgt im Bundesanzei*ger Nr. 92 und in der Börsen-Zeitung Nr. 94 vom 16. Mai 1984.

Frankfurt am Main, den 11. Mai 1984 **Der Vorstand**

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine *Telefon-Nummer nennen*



Gehören Sie zum Führungsnachwuchs?

Ein Unternehmen der Investitionsgüter-Industrie denkt an die Nachfolgeplanung und will in Marketing und Vertrieb noch stärker werden. Auf qualifizierte Hochschulabsolventen – Diplom-Kaufleute und Wirtschaftsingenieure – wartet ein 15-Monate-Programm in der Technik mit anschließender Fachausbildung – bis sie fit sind für zukünftige Führungsaufgaben.

Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 19. Mai, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.

Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

THOMSON / Erfolgreich in der Wehrtechnik

Wachstumsraten nehmen ab

JOACHIM WEBER, Koblenz

„Die Wachstumsraten im internationalen Markt der Wehrtechnik werden in den kommenden Jahren eher bei fünf Prozent als bei den bisher gewohnten zehn Prozent pro Jahr liegen", prophezeit Alain Bougault, Bereichsdirektor der französischen Thomson CSF, im Elektrokonzern der Thomson S. A. für die „professionelle" Elektronik zuständig. Budgetprobleme und eine generell spürbare Verlangsamung in der Aufnahmefähigkeit der Märkte seien die Gründe des geringeren Tempos.

Thomson CSF, engagiert in der Entwicklung von Luftfahrtausrüstungen, Flug- und Schiffahrts-Sicherungsanlagen, Luftabwehr-Waffensystemen, Radar- und Sonar-Systemen für die Marine, Simulatoren für Flugzeuge und Panzer und militärischer Telekommunikation, hat beachtliche Erfolge vorzuweisen.

In den vergangenen zehn Jahren hat die Gesellschaft, zu 52 Prozent im Besitz der staatlichen Thomson S. A., ihren Umsatz im Bereich der professionellen Systeme – daneben gibt es noch die Bauelemente-Fertigung und eine professionelle Studio- und Fernsehtechnik – verfünffacht. 1983 erreichte sie ein Volumen von 14 Mrd. Franc (rund 4,8 Mrd. DM), von denen 58 Prozent aufs Auslandsgeschäft entfielen. Sechs Siebtel seiner Umsätze bezieht der Bereich mit seinen 35 500 Mitarbeitern in 35 Werken aus den Verteidigungsetats. Zum Vergleich: Die Thomson-Gruppe insgesamt setzte 1983 mit 110 000 Mitarbeitern 50 Mrd. Franc um.

Im Deutschland-Geschäft der CSF ist der Verteidigungs-Anteil noch nicht ganz so hoch. Zu den rund 300 Mill. DM, die drei Tochtergesellschaften (Bauelemente, Medizintechnik, professionelle Systeme) 1983 insgesamt umsetzten, trug die Thomson-CSF Elektronik, Koblenz, nur 35 Mill. DM bei, von denen etwa zwei Drittel aus dem Militärgeschäft stammten. Doch mit 5 bis 10 Prozent pro Jahr liegen die Wachstumserwartungen für die nächsten 5 bis 10 Jahre in Deutschland über dem internationalen Durchschnitt. Mit einem neuen Service- und Vertriebszentrum für 10 Mill. DM in Koblenz unterstreicht Thomson CSF diese Einschätzung.

RÜTGERSWERKE / Dividendenzulage als Vorgriff auf verbesserte Ertragserwartungen im laufenden Jahr

Später Start in das Hoch der Chemie-Industrie

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Nachdem die Aktionäre der Rütgerswerke AG, Frankfurt, im vergangenen Jahr mit einer Dividende von 7 (8,50) DM je 50-DM-Aktie am Ertragsrückgang des Unternehmens spürbar beteiligt worden waren, werden sie (die Ruhrkohle AG mit Mehrheit, der Freistaat Bayern mit mehr als 25 Prozent, beide indirekt) für 1983 bereits wieder mit einem Trostpflaster in Gestalt von 7,50 DM je Aktie auf knapp 100 Mill. DM Grundkapital bedacht.

Dabei geht es nicht, wie etwa in der Großchemie, darum, die Früchte des Aufschwungs gerecht zu verteilen – bei Rütgers gab es (noch) keinen Gewinnsprung. Der Jahresüberschuß blieb mit 22 Mill. DM so gut wie unverändert; das Ergebnis je Aktie von 22,30 (22,25) DM deutet ebenfalls nicht auf Ertragseruptionen hin, und auch der Brutto-Cash-flow imponiert nicht übermäßig.

Vorstandschef Heinz-Gerhard Franck verweist allerdings auf die Gewinnbelastung durch Pensionsrückstellungen, die im Gefolge der versicherungstechnischen Umstellung um 35 Mill. DM aufzustocken waren. Darunter sollten die Aktionäre wohl nicht leiden. Ansonsten bedeuten die 50 Pfennig Dividendenzulage gewissermaßen einen Vorgriff auf das Jahr 1984, mit dem der sonst sehr vorsichtige Franck freilich auch erheblich verbesserte Ertragserwartungen signalisiert.

Die ersten vier Monate des neuen Geschäftsjahres haben dazu durchaus Anlaß gegeben. Der Konzernumsatz stieg in dieser Zeit um 29 (real 22) Prozent auf 931 (724) Mill. DM, selbst mit Blick auf die miserable Vorjahresbasis noch eine beeindruckende Steigerung. Das Tempo werde sich zwar nicht durchhalten lassen, meinte Franck. Doch „für den weiteren Verlauf des Jahres sind wir nicht ohne Hoffnung".

Dabei setzt der Kohlechemie-Spezialist darauf, daß die günstige Entwicklung in den Abnehmerbranchen Chemie, Elektronik, Aluminium- und Autoindustrie anhält. Besserung zeichne sich auch im Hochbau ab, allerdings nicht im öffentlichen Bereich und auch nicht im Straßenbau, in dem die Rütgers-Organgesellschaft Teerbau zu den Großanbietern zählt.

Die für Rütgers etwas zögernd in Gang gekommene Belebung zeichnete sich schon in der zweiten Jahreshälfte 1983 ab. Nach einer flauen ersten Halbzeit genügten ihre Zuwachsraten noch, um fürs Gesamtjahr eine Steigerung des Konzernumsatzes um 7 Prozent auf 2,67 (2,5) Mrd. DM auszuweisen. Die „angespannten Marktverhältnisse" sorgten gleichwohl noch für einen durchschnittlichen Preisrückgang um ein Prozent, so daß der Mengenzuwachs sogar 8 Prozent erreichte.

Vor allem in den letzten Monaten des Jahres drückten zusätzlich auch noch steigende Rohstoffpreise auf den Ertrag, die nicht entsprechend weiterzugeben waren. Die Gesamtbelastung war nur durch die bessere Kapazitätsauslastung und interne Rationalisierungsmaßnahmen zu kompensieren. Daß dennoch zum Jahresende mit 11 283 (11 132) (Tabelle: Jahresdurchschnitt) Mitarbeitern ein Prozent mehr Menschen im Konzern beschäftigt waren, signalisierte ebenfalls die Belebung.

Optimismus auch im Investitionsplan: Nachdem 1983 nur noch 107 (114) Mill. DM – bei 109 (115) Mill. DM Abschreibungen – in die Sachanlagen des Konzerns geflossen waren, sollen es in diesem Jahr 122 Mill. DM werden. Die Schwerpunkte bleiben dabei unverändert: Verbesserung der Verfahren in Richtung Energie- und Materialersparnis, Beseitigung von Engpässen und auch der Aufbau neuer Produktionen.

Rütgerswerke	1983	±%
Gruppenumsatz [1] (Mill. DM)	3347	+ 7,7
Konzernumsatz	2673	+ 7,1
dav. Ausland (%)	31	(31)
Mitarbeiter	11 238	- 0,2
Netto-Ergebnis [2]	44	+ 0,2
Brutto-Cash-flow [3]	152	+ 8,6
Netto-Cash-flow [4]	112	+ 20,4
in % d. Ges. Inv.	93	(75)

[1] Konzern + wichtigste Beteiligg. anteilig; [2] Ergebnis/Aktie nach Ang. d. Untern. 22,30 (22,25) DM; [3] Jahresübersch. + Zuf. zu lfr. Rückst. und Sonderposten + Abschr. ± Zuf. zu lfr. Rückst. und Sonderposten + Abschr. = ao. Posten + EEV-Steuern; [4] Brutto minus Steuern u. Div.

HEIMTEXTILIEN

Umsatz hat sich stabilisiert

VWD, München

Der Umsatz der deutschen Heimtextilien-Industrie hat sich 1983 auf dem Niveau des Vorjahres stabilisiert. Wie es in dem jetzt in München vorgelegten Bericht des Verbandes der deutschen Heimtextilien-Industrie heißt, sind die stark rückläufigen Tendenzen der Vorjahre zum Stillstand gekommen. Der Umsatz sank gegenüber dem Vorjahr nur noch geringfügig um 0,1 Prozent auf 4,51 Mrd. DM. Die mit Abstand größte Sparte Teppiche verzeichnete mit einem Umsatzwachstum um 0,8 Prozent auf 1,97 Mrd. DM eine positivere Tendenz.

Die Branche steht unter Preisdruck, daher liegt das Absatzwachstum mit 2,9 Prozent auf 141 Mill. qm über der Umsatzausweitung. Bei Möbelstoffen gab es ein Umsatzplus um 2,4 Prozent auf 714 Mill. DM, bei Steppdecken um 3,7 Prozent auf 598 Mill. DM. Negativ entwickelten sich die Sparten Gardinenstoffe mit einer Umsatzeinbuße um 3,1 Prozent auf 531 Mill. DM. Uni-Buntgewebe Dekostoffe mit einem Minus von 2,8 Prozent auf 406 Mill. DM, bedruckte Dekostoffe mit minus 1,8 Prozent auf 147 Mill. DM und der Bereich Schlaf-, Wohn-, und Reisedecken, der mit 139 Mill. DM sogar 16,4 Prozent weniger umsetzte. Nach verbandsinternen Schätzungen dürfte der Inlandsumsatz noch um ein bis zwei Prozent unter dem Vorjahresniveau gelegen haben.

SCHIESSER / Befriedigendes Ergebnis

Schub beim Auftragseingang

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Günstigere Perspektiven für das Geschäftsjahr 1984 erblickt die zu den bedeutendsten Wäscheproduzenten zählende Schiesser AG, Radolfzell/Bodensee. Man spüre eine deutliche Zunahme der Auftragseingänge – vor allem für das zweite Halbjahr – bei modischen Produkten und im Auslandsgeschäft. Das in schweizerischem Besitz befindliche Unternehmen erwartet einen Umsatzanstieg um 7 Prozent auf 450 Mill. DM.

Die Geschäftsentwicklung bei Schiesser im Jahre 1983 ensprach dagegen nicht voll den Erwartungen. Mit 422 Mill. DM lag der Umsatz um 1,7 Prozent unter dem des Vorjahres. Die Gründe liegen nach Ansicht des Vorstandes in der Stagnation der Wäschenachfrage und der Bevorzugung preisgünstiger Angebote durch den Verbraucher, vor allem bei klassischer Standardwäsche.

Der Exportanteil beträgt unverändert 11 Prozent. Unter den einzelnen Produktgruppen erzielte im Inlandsgeschäft als einzige die Freizeitbekleidung mit einem Plus von 10 Prozent auf 26 Mill. DM Umsatz einen Zuwachs. Herrenwäsche stagnierte bei einem Umsatz von 170 Mill. DM. Bei Damenwäsche verringerte sich der Inlandsabsatz um 3 Prozent auf 131 Mill. DM, Kinderwäsche und -bekleidung (39 Mill. DM) verzeichnete sogar einen Rückgang um 11 Prozent.

Gleichwohl kam Schiesser in der Beschäftigung wie auch aus Ertragssicht – das Ergebnis wird mit „befriedigend" beschrieben – gut über die Runden. Unter dem Strich verbleibt ein leicht auf 7,3 (7,5) Mill. DM verringerter Jahresüberschuß, aus dem eine von 15 auf 14 Prozent reduzierte Dividende auf das Grundkapital von 48 Mill. DM ausgeschüttet wird. Der Cash-flow (nach Steuern) nahm auf 32 (30,7) Mill. DM zu.

In Sachanlagen wurden 9,4 (17,9) Mill. DM investiert, für 1984 sind 8 Mill. DM Sachinvestitionen eingeplant. Mit einer Eigenkapital-Quote von 41,4 Prozent sieht sich Schiesser (3900 Beschäftigte) in einer nach wie vor günstigen Position.

Bergmann-Holding zuversichtlich

Wz. Berlin

Die Holding Bergmann-Elektricitäts-Werke AG, Berlin, hat 1983 trotz der ungünstigen Situation ihr Ergebnis gehalten. Sie schlägt daher der Hauptversammlung am 5. Juli für das Geschäftsjahr 1983 wieder eine Dividende von 7 DM je 50-DM-Aktie vor. Gleichzeitig werden die Rücklagen der Holding aus dem Jahresüberschuß um 7,9 Mill. DM verstärkt. Großaktionäre sind die Siemens AG, die Deutsche Bank und die Bayerische Vereinsbank. Für dieses Jahr rechnet die Bergmann-Gruppe mit einem größeren Umsatzwachstum. In den ersten vier Monaten wuchs der Auftragsbestand um elf Prozent.

Außer der Deutschen Telephonwerke und Kabelindustrie AG (DeTeWe) gehören zur Gruppe: die Bergmann Kabelwerke, die Bergmann Elektro GmbH, die Gossen GmbH, die Heliowatt Werke GmbH, die Lackdraht Union GmbH und die Schorch GmbH. Zum ersten Mal ist außerdem die Garbe, Lahmeyer & Co. AG, Aachen, im Abschluß der Holding enthalten.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Bauboden: Sechs Prozent

Frankfurt (VWD) – Eine Dividende von 6 Prozent wird der Hauptversammlung der Deutsche Bau- und Bodenbank AG, Berlin/Frankfurt, am 18. Juni in Berlin für das Geschäftsjahr 1983 vorgeschlagen. Nach Zuführung von rund 11 Mill. DM zu den Rücklagen wird ein Bilanzgewinn von 12,263 Mill. DM ausgewiesen.

Wieder Ausschüttung

Stuttgart (VWD) – Die Brauerei Rob. Leicht AG, Stuttgart, schüttet für das Geschäftsjahr 1983 eine Dividende von 10 Prozent auf das unveränderte Grundkapital von 10,08 Mill. DM aus. Zuletzt hatten die Aktionäre dieser Familien-AG für das Geschäftsjahr 1980 eine Dividende erhalten.

Schmalbach übernimmt

Braunschweig (dos) – Die Schmalbach-Lubeca AG, Braunschweig, größter deutscher Hersteller von Verpackungen, übernimmt vorbehaltlich der Zustimmung durch die Aufsichtsgremien die belgische Firma Cobelplast SA, Lokeren/Gent. Die Übernahme ermögliche es Schmalbach, pasteurisierbare und sterilisierbare Kunststoff-Schalenverpackungen sowie -Folien für aseptische Verpackungssysteme anzubieten. Cobelplast beschäftigt 130 Mitarbeiter und repräsentiert einen Umsatz von rund 40 Mill. DM.

Unveränderte Dividende

Bellheim (VWD) – Die Brauerei K. Silbernagel AG, Bellheim/Pfalz, schlägt für das Geschäftsjahr 1983 eine unveränderte Dividende von 12 Prozent auf 3,6 Mill. DM Grundkapital vor. HV ist am 26. Juni.

Tauziehen um Roussel

Paris (J.Sch.) – Die Finanzgruppe Suez und der Chemiekonzern Rhone-Poulenc, beide verstaatlicht, wollen eine Beteiligung an der französische Pharmagesellschaft Roussel-Uclaf, die gegenwärtig zu 54,5 Prozent von der deutschen Hoechst AG kontrolliert wird. Dabei geht es zunächst um eine eventuelle Abtretung der im direkten Staatsbesitz befindlichen Beteiligung an Roussel-Uclaf, die zur Zeit 40 Prozent betragen soll. Diese Beteiligung könnte nach dem 1. Juli 1986 auf 50 Prozent erhöht werden. Das sieht ein Abkommen zwischen Hoechst und der französischen Regierung vor. Danach wäre es denkbar, daß Hoechst ein verstaatliches Unternehmen als gleichberechtigten Partner erhielte.

TV-Preiserhöhung

Hannover (dos) – Preiserhöhungen um zwei bis drei Prozent für einige Farbfernsehgeräte hat die Telefunken Fernseh- und Rundfunk GmbH, Hannover, mit Wirkung vom 21. Mai angekündigt. Das zur französischen Thomson-Gruppe gehörende Unternehmen begründet diesen Schritt mit der „ungünstigen Entwicklung des Wechselkurses".

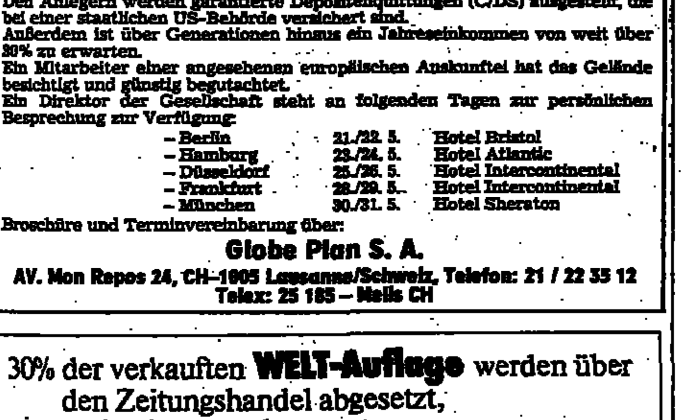
Dyckerhoff gibt 6 DM

Wiesbaden (dpa/VWD) – Eine von 5 auf 6 DM erhöhte Dividende je 50-DM-Aktie wird die Dyckerhoff Zementwerke AG, Wiesbaden, der HV am 4. Juli für 1983 vorschlagen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Bauunternehmung W. H. M. Tegels GmbH; **Arolsen:** Gerhard Bock, Kaufm., Volkmarsen; **Aschaffenburg:** Marok-Kleidung GmbH, Großwallstadt; **Baden-Baden:** Hans-Dieter Göckler, Gaststätte „Ritterschänke", Kappelrodeck; **Braunschweig:** August Grote & Sohn KG; **Brilon:** Mechthild Thoridt geb. Gerber; **Detmold:** Magdalena Lüdeking, Barntrup; Georg Gaus, Lage-Ehrentrup; **Essen:** Paul Hörster GmbH, Hattingen; **Esslingen:** Dr. Wolfgang Müller, Reichenbach/F.; **Gelsenkirchen:** Nachl. d. Werner Hintermeier, Gelsenkirchen-Horst; **Köln:** Nachl. d. Gerhard Käsch, Pulheim; RUFA-Sportartikel u. Zweiradhandelsges. mbH; **Tostedt:** Ina Wiechern, Kies- u. Mörtelwerk, Heidenau; **Wuppertal:** GWT Ges. f. Wassertechnik mbH, Erkrath 2.

Anschlußkonkurs eröffnet: Limburg/Lahn: Karl Ruppert KG, Runkel-Ennerich; **Stuttgart:** Peter Hans Koppel, Backnang.



Das Amtsgericht – 13 N 31/81 – 5450 Neuwied 1, den 30.04.1984

Terminbestimmung. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Hermann Etscheid GmbH, Neustadt/Wied-Fernthal, wird Termin bestimmt auf Montag, den 28. Mai 1984, 10.00 Uhr, Zimmer 120, zur Beschlußfassung durch die Gläubigerversammlung über folgende Tagesordnung: 1.) Bericht des Verwalters über die Geschäftsjahre 1983 und 1984. 2.) Zwangsversteigerung des Betriebsgrundbesitzes. 3.) Gründung einer GmbH zur Übernahme der Betriebsgrundstücke.





Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin
Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp
Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgeschichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheller (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt
Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch
Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck
Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners
Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf
Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel
Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander
Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert
Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611
2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777
4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29
3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106
4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756
6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13, Telex 4 185 525
7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71
8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.
Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.
Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.
Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.
Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.
Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.
Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.
Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt
Herstellung: Werner Koziak
Anzeigen: Dietrich Windberg
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Aktien sehr widerstandsfähig

Weniger Druck auf die Automobilwerte

DW.- Trotz der von den Arbeitgebern in Baden-Württemberg beschlossenen Aussperrungen setzte sich am Aktienmarkt in Sachen Arbeitskampf ein vorsichtiger Optimismus durch. Er stützt sich in erster Linie auf die Verschiebung der Streiks in Hessen auf den kommenden Montag. Meinungskäufe wurden von den sogenannten „Kurventechnikern" vorgenommen, die in dem am Vortag stärker zurückgenommenen Notierungen Kaufsignale entdeckt haben wollen. In einigen Standardaktien kam es zu Kurserholungen.

Bemerkenswert widerstandsfähig tendierten auch die von den Stillegungen bedrohten Aktien der Autokonzerne. Porsche-Vorzugsaktien wurden zeitweise bis knapp 20 DM über dem Montagschlußkurs gehandelt. Von der besseren Börsenstimmung profitierten auch die am Vortag durch den Bezugsrechthandel belasteten Hoechst-Aktien, die sich leicht oberhalb ihrer Vortagsnotiz einpendelten. Nach wie vor Meinungskäufe bei Aachen-Münchener Beteiligung, wo der Kurs einen neuen Spitzenstand erreicht hat. Die Aktien der von Kurzarbeit bedrohten Conti-Gummi konnten sich jetzt behaupten.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt verminderten um 9 DM und Audi NSU um 5 DM. Hein. Lehmann gaben um 5 DM und Rheag um 8 DM nach. Schiess gaben um 3 DM und Stinnes um 10 DM nach. Aufgestockt haben Pegulan St. um 4 DM und Rhein Textil um 10 DM. Stöhr stockten um 4 DM auf. Bei den Versicherungen erhöhten Allianz Leben um 10 DM und Colonia um 10 DM. Auch Nordstern verbesserten sich um 10 DM.

Frankfurt: Altana erhöhten um 10 DM auf 308 DM und Varta um 5,50 DM auf 173,50 DM. VGT verloren 5,50 dM auf 126 DM und Westafrikanische Viktoria 10 DM auf 90 DM. Bayerische Brauerei Schock-Janisch schlossen 299 DM Taxe (285 DM Taxe). Parkbräu 400 DM Taxe (420 DM Taxe).

Hamburg: Haller Meurer gingen erneut fester mit 145 DM (plus 5 DM) aus dem Markt. HEW lagen bei 96,50 DM (minus 0,50 DM) und NWK-Vorz. bei 179,50 DM (plus 0,50 DM). Reichelt verminderten um 3 DM und Triton um 2,10 DM. Unverändert wurden Beiersdorf mit 338 DM sowie Vereins- und Westbank mit 298 DM gehandelt.

München: Etienne Aigner verloren 5 DM auf 280 DM und Agrob St. 4 DM auf 261 DM. Flachglas gaben um 8 DM nach und Leonische Draht um 4 DM. Erhöhen konnten Großkraft Franken um 5 DM und Wanderer um 7 DM. Zahnräder Renk stockten um 1 DM auf 221 DM auf.

Berlin: Schering erholten sich um 2 DM, Berthold, DUB-Schultheiss und Herlitz St. um je 1 DM. Kempinski wurden um 8 DM niedriger taxiert. Dt. Hypobank Berlin lagen um 4,50 DM, Herlitz Vz. und Orenstein um je 2 DM leichter.

Nachbörse: leicht erholt

WELT-Aktienindex: 148,9 (148,4)
WELT-Umsatzindex: 1441 (1696)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München

Kurswert in 1000 DM

Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart.

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Mailand

Wien

Tokio

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

Madrid

Hongkong

Singapur

Paris

Sydney

Brüssel	15. 5.	14. 5.
Arbed	1725	1765
Brux. Lambert	2570	2580
Cockerill Ougrée	290	300
Ebes	2570	2580
Gevaert	3205	3245
Kreditbank	–	7290
Pétrofina	8080	7990
Soc. Gén. d. Belg.	1825	1825
Sofina	6290	6210
Solvay	4120	4130
UCB	5190	5200
Index	154,47	154,45

Singapur	15. 5.	14. 5.
Cycle + Car.	Geschlossen	–
Cold Storage		–
Dev. Bk. of Sing.		9,40
Fraser + Neave		6,00
Kl. Kepong		2,99
Mal. Banking		9,65
Nat. Iron		5,95
OCBC		10,10
Sime Darby		2,41
Singapur Land		4,72
Un. Overs. Bank		5,20

Wien	15. 5.	14. 5.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	211	211
Gösser-Brauerei	327	326
Länderbank Vz.	205	205
Österr. Brau AG	301	300
Perlmooser	366	368
Reininghaus	382	380
Schwechater Br.	154	154
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	148	148
Universale HochTief	–	210
Veitscher Magnesit	215	214
Index	54,90	54,87

Kopenhagen	15. 5.	14. 5.
Den Danske Bank	244	238
Jyske Bank	565	565
Kopenh. Handelsbk.	250	247
Novo Industri	2510	2510
Privatbanken	254	245
Ostasiat. Komp.	178	177
Dan. Sukkerfabr.	650	660
For. Bryggerier St.	960	760
Kgl. Porz. Fabr.	380	380

Optionshandel

Frankfurt: 15. 5. 84: 488 Optionen = 26 100 (40 450) Aktien, davon 137 Verkaufsoptionen = 8100 Aktien. Kaufoptionen: AEG 7-100/3, 7-110/1, 10-100/6,7, 10-110/3,3, 1-100/10,9, BASF 7-160/7,5 10-170/7, 10-180/3,4, 1-180/7,5, 1-200/3,8, Bayer 7-170/8, 7-180/2,7, 10-180/6, 1-180/10, BMW 10-420/8, Commerzbk. 7-170/7, 7-180/1-180/10, BMW 10-420/8, Commerzbk. 7-170/7, 7-180/2,4, 10-170/12, 10-180/6, 10-190/3,5, 1-180/10, 1-190/6, Conti 7-130/2,5, 10-120/13, 10-130/5,05, 10-140/2,6, 1-180/8, Dt. Babcock St. 7-160/6,4, Deutsche Bk. 7-380/10, 7-390/6,9, 7-400/3,5, 10-380/18, 10-390/13,1, 10-400/7,5, Dresdner Bk. 7-170/6, 10-170/11,4, 1-190/5,2, Hoechst 10-180/7,4, 10-190/4,9, 1-180/13, 1-190/9,9, 1-200/5,5, Hoesch 7-110/9,3, 7-120/2,4, 7-130/1,5, 10-120/6, 1-120/9, Karstadt 1-290/5,4, Klöckner 7-60/2,5, 10-60/5,8, 10-65/3, 1-55/5, 1-70/3,5, Lufthansa St. 10-140/11, MAN 10-160/5, Mercedes 10-520/14,6, Mannesmann 7-150/2,85, 7-160/1, 10-150/6,9, 10-160/2,5, 1-150/10,2, 1-160/6,2, Preussag 10-230/10, RWE St. 10-170/3, RWE Vz. 10-170/2, Schering 10-360/8, Siemens 7-392/9, 7-400/8,2, 7-420/5,1, 10-410/7,35, 1-430/10, Thyssen 7-85/3,2, 7-90/0,8, 10-85/6, 10-90/3,4, 10-95/2,7, 1-85/10, 1-90/6,8 Veba 7-170/2,5, 10-180/2,5, VEW 10-120/6, VW 7-190/8, 7-230/1,9, 10-190/19, 10-200/11,9, 1-210/7, 10-220/5,1, 1-200/17,4, 1-220/10, Alcan 10-90/4, Elf 7-80/6,7, 10-80/10,4, /10-85/6,6, IBM 1-330/17, Norsk Hydro 7-230/13, Philips 7-230/13, Philips 7-38,9/5,6, 7-40/4, 10-45/2,5, Sperry 1-120/6. Verkaufsoptionen: AEG 7-90/1,15, 7-100/6, 10-95/3,6, 1-80/1,2, 1-90/3,4, BASF 1-160/4, Bayer 7-160/2,8, 7-170/7,6, BMW 7-380/13, 7-400/20,9, 7-420/38, 10-380/15, Commerzbk. 7-180/11,5, 1-170/6,1, Conti 7-120/3,15, 7-130/8, 1-130/10,2, Daimler 7-550/14,4, Degussa 10-370/8, Dresdner Bk. 7-170/2,5, 10-170/7, GHH St. 7-150/5,8, 10-150/8, Hoesch 7-110/3, Klöckner 7-55/2,5, MAN 7-150/5,7, Mercedes 7-490/14,4, 7-500/22,6, Mannesmann 7-140/2,6, 10-140/2,7, 1-140/3,7, RWE St. 7-172/9, Siemens 7-390/7,6, 1-370/3,6, Thyssen 7-85/3,2, 1-80/2,5, Veba 7-160/2,5, VW 7-180/2,5, 7-/180/5, 7-200/11, 7-210/20, 7-220/30, 10-190/8,9, Chrysler 7-65/3, 10-65/4,55, 10-70/6,9, 1-65/6,5, Elf 10-85/5, Litton 7-190/10, Sony 10-45/3,9. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.7, 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 15. 5.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11 –11⅛	5½–5¾	3¼–3⅜
3 Monate	11¾–12	5⅞–6⅛	3⅝–3⅞
6 Monate	12⅜–12½	6¼–6⅜	4⅛–4⅜
12 Monate	12⅞–13⅛	6½–6¾	4¼–4⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 15. Mai folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1445,00	1795,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1240,00	1498,00
5 US-Dollar (Liberty)	455,00	661,20
1 £ Sovereign alt	239,00	295,75
1 £ Sovereign Elizabeth II.	233,00	288,42
20 belgische Franken	181,00	235,98
10 Rubel Tscherwonez	251,00	313,50
2 südafrikanische Rand	233,00	287,28
Krüger Rand, neu	1045,00	1231,20
Maple Leaf	1045,00	1231,20
Platin Noble Man	1089,00	1281,36
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	282,00	328,04
20 schweiz. Franken „Vreneli"	194,00	245,10
20 franz. Franken „Napoléon"	188,00	238,28
100 österr. Kronen (Neuprägung)	964,00	1162,80
20 österr. Kronen (Neuprägung)	193,00	242,82
10 österr. Kronen (Neuprägung)	102,00	133,38
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	456,00	559,74
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	107,00	144,78

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

15. 5. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	2,7497	2,7577	2,7136	2,71	2,80
London1)	3,810	3,824	3,787	3,75	3,90
Dublin1)	3,066	3,080	3,029	2,98	3,11
Montreal3)	2,1255	2,1335	2,0995	2,08	2,18
Amsterd.	88,760	88,980	88,83	88,00	90,00
Zürich	120,930	121,120	121,02	119,50	122,25
Brüssel	4,901	4,921	4,838	4,74	4,94
Paris	32,470	32,630	32,01	31,75	33,50
Kopenh.	27,285	27,405	27,065	26,25	28,25
Oslo	35,050	35,170	34,35	34,25	36,00
Stockh.**)	33,890	34,050	33,59	33,00	34,75
Mailand2) **)	1,618	1,628	1,603	1,59	1,88
Wien	14,207	14,247	14,197	14,11	14,33
Madrid**)	1,784	1,794	1,740	1,79	1,98
Lissabon**)	1,970	1,990	1,900	1,65	2,45
Tokio	1,1906	1,1935	–	1,18	1,21
Helsinki	47,180	47,380	46,11	46,50	48,25
Buen. Air.	–	–	–	–	10,00
Rio	–	–	–	0,09	0,28
Athen*) **)	2,5110	2,5650	–	2,20	3,00
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4695	2,4885	–	2,42	2,53
Johannesbg.*)	2,1260	2,1480	–	1,70	1,95

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert.

Devisen

Nachdem der Dollar-Kurs an den fernöstlichen Märkten als Fortsetzung der technischen Abwärtsbewegung vom Vortag bis 2,7470 durchgesackt war, setzte sich am 15. 5. in Europa eine leichte Erholung des Dollarkurses durch. In einem relativ ruhigen Marktgeschehen ergab sich eine Bandbreite zwischen 2,7525 und 2,7630. Die Bundesbank gab 8 Mill. Dollar zum amtlichen Mittelkurs von 2,7557 an den Markt ab. Gerüchten zufolge wurde sie auch im Interbankhandel beobachtet. Mit dem sich stabilisierenden Dollarkurs verlangsamte sich auch die Aufwärtsbewegung der D-Mark. Das Britische Pfund verlor 1,1 Pfg. auf 3,817 und der Japanische Yen schwächte sich um 2,5 Promille auf 1,1920 ab. Verbessern konnte sich der Französische Franc um 1 Pfg. auf 32,56. Unverändert zum Vortag notierten der Holländische Gulden und die Italienische Lira. US-Dollar in: Amsterdam 3,1040; Brüssel 56,1675; Paris 8,4690; Mailand 1698,00; Wien 19,3580; Zürich 2,2754; Ir. Pfund/DM 3,072; Pfund/Dollar 1,3861; Pfund/DM 3,817.

Ostmarkkurs am 15. 5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 17,25; Verkauf 20,25 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Zinssätze für US-Dollar am Euromarkt notierten am 15. Mai auf Vortagsniveau, am Terminmarkt ergaben sich keine gravierenden Veränderungen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,38/1,28	4,05/3,95	8,13/7,93
Pfund/Dollar	0,32/0,34	0,92/0,95	1,85/1,90
Pfund/DM	1,60/0,20	3,70/2,30	6,80/5,40
FF/DM	26/10	61/45	123/107

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 15. 5.: Tagesgeld 5,5–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,8–6,0 Prozent; Dreimonatsgeld 6,15–6,37 Prozent.

Privatdiskontsätze am 15. 5.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 15. 5.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50)–7,50 (6,47)–8,00 (6,94)–8,25 (7,24)–8,50 (7,45)–9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50)–7,50 (6,50)–8,00 (6,99)–8,25 (7,31)–8,50 (7,54)–9,00 (7,79)–9,00 (7,96) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,65, 2 Jahre 6,78. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,80, Rendite 7,80.

هكذا في الأصل

Bundesanleihen

		15. 5.	14. 5.
8 dgl. 83 S.41	5/88	99,95	100
8 dgl. 83 S.42	9/88	100	100
8 dgl. 83 S.43	12/88	99,95	99,85bG
8 ¼ dgl. 83 S.44	12/88	100,5	100,5
8 dgl. 84 S 45	3/89	99,8	100,05
7½ dgl. 84 S.46	4/89	98	98,45

Bundesbahn

		15. 5.	14. 5.
F 8 Bdbahn 72	9/84	100,3	100,3
8¼ dgl. 75	9/84	100,4G	100,4G
6 dgl. 78 III	11/84	99,9	99,95

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

	15. 5.	14. 5.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82	82
6½ dgl. Pf 5	87G	87G
7 dgl. Pf 2	100,5G	100,5G
F 7½ Bulola Pf 104	100,9G	100,9G
9 dgl. Pf 105	103,8G	103,8G
10 dgl. Pf 108	107,9G	107,9G
7 dgl. KS 132	95,75G	95,75G
8 dgl. KS 155	99,35G	99,35G
9 dgl. KS 169	102,8G	102,8G

Langläufer verstärkt angeboten

Die weiterhin unsichere Zinsentwicklung in den USA löste am deutschen Rentenmarkt weitere Abgaben aus. Die Gefahr einer Diskont- und Lombardsatzerhöhung am 30. Mai ist nach Ansicht der Rentenhändler noch nicht völlig gebannt. Angeboten wurden besonders öffentliche Titel mit längeren Laufzeiten, deren Kurse erneut zurückgenommen wurden. Achteinviertelprozentige Emissionen mit Restlaufzeiten von rund neun Jahren werden mit zirka 99,30 DM notiert. Die neue achteinviertelprozentige Bahnanleihe wird offiziell zu einhunderteinviertel angeboten.

	15. 5	14. 5
M 5½ Bayer. Hdbk Pf 14	95,25bG	92,5G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6½ dgl. Pf. 2	95,25bG	95,75G
7 dgl. Pf 3	94,75bG	95,5G
7 dgl. Pf 27	100bG	100,2G
6½ dgl. KS 14	97,50G	98G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	122G	122G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	74,25bG	74,25G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G

	15. 5	14. 5
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	118G	118G
5 dgl. 14	90,1G	90,1G
6 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 9	109G	109G
6 dgl. Pf 80	94,4	94,4
8 dgl. Pf 73	101,8G	101,9G
4 dgl. KO 5	102G	102G

	15. 5.	14. 5.
M 6 Versorik Hbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	78bG	77G
7 dgl. Pf 100	100,15G	100,25G
D 8 WestLB Pf 350	101,2G	101,2G
8¼ dgl. Pf 403	87,8G	87,8G
9½ dgl. Pf 1007	105,35G	105,35G
8 dgl. Pf 1015	98,75G	98,75G
7 dgl. KO 556	100,35G	100,35G
6¼ dgl. KS 420	98,4G	98,4G
9¼ dgl. KO 1301	104,6G	104,6G

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Etwas fester schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Mit Ausnahme der ersten beiden Sichten, die schwächer notierten, ging Kaffee leicht befestigt aus dem Markt. Kleine Gewinne in allen Kontrakten verzeichnete Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	15. 5.	14. 5.
Mai	360,00	356,00
Juli	343,00	340,75
Sept.	342,50	341,00

Weizen Winnipeg (can. $/t)

Kakao New York ($/t)	15. 5.	14. 5.
Terminkontr. Mai	2599	2560
Juli	2587	2570
Sept.	2605	2590
Umsatz	4974	7493

Zucker New York (c/lb)

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Zinn-Preis Penang

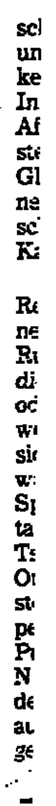
Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse



Autor Roderich Feldes

Landmensch, von der Stadt geprägt

Die Harmonie ist hin in Birkenroth, einem kleinen Dorf irgendwo im Nassauischen. Und das betrifft nicht nur den Zustand des Männergesangvereins Harmonie e.V., sondern auch die Dorfgemeinschaft. Angefangen hat es mit einem großen Sängerfest: Mit der etwas holprigen Rede des Vorsitzenden, mit Darbietungen von „Es dunkelt schon in der Heide" bis zu „Habet Dank, ihr Freunde mein": aber auch mit dem fröhlich-feuchten Abschluß. Und so findet sich der gesamte Vorstand des MGV am frühen Morgen an der Sektbar zusammen, feiert den Erfolg und sonnt sich in gegenseitigem Lob. Zur Hochstimmung trägt auch die mit über 9000 Mark gefüllte Abendkasse bei. Aber die ist verschwunden, als die Sänger nach wenigen Stunden Schlaf zum Aufräumen in die Mehrzweckhalle zurückkehren.

Jetzt zeigt sich, daß es nicht nur mit der Harmonie im Gesangverein, sondern auch mit der im Dorf nicht mehr weit her ist. Das Verschwinden der Kasse führt keine Veränderung herbei, es macht nur deutlich, was bereits geschehen ist, ohne daß die

Das Verschwinden der Harmonie – ARD, 20.15 Uhr

Dorfbewohner etwas von der schleichenden Veränderung ihres Zusammenlebens gemerkt hätten. Wo man früher die Sache unter sich geregelt hätte, fällt dem Vorstand jetzt nichts besseres ein, als die Polizei aus der Stadt herbeizurufen. Die ermittelt wenig und stellt die Untersuchung ein. Als schließlich bekannt wird, daß *eine der „Arbeitsbienen"* des Vereins die Kasse nur hat verschwinden lassen, um dem arroganten Vorstand eins auszuwischen, ist der MGV am Ende. Ein mittleres Erdbeben aus Verdächtigungen, der Begleichung alter Rechnungen, Ressentiments gegen die Zugewanderten und Status-Intrigen hat die alte Ordnung im Dorf zusammenbrechen lassen.

Roderich Feldes, Jahrgang 1946, weiß, wovon er schreibt. Er ist in einem Birkenroth im Forsthaus aufgewachsen, in Dillenburg zur Schule gegangen, hat in Gießen und Frankfurt neben Germanistik, Linguistik und Philosophie auch Volkskunde



Kennt aus eigener Erfahrung, was er beschreibt: Roderich Feldes
FOTO: WINFRIED KRÜGER

studiert. Nach eigenem Bekenntnis ein Landmensch, der durch die Stadt geprägt wird, dann aber wieder aufs Land zurückfindet. Noch vor dem Abitur erschien der erste Gedichtband. Während seiner Dissertation schrieb er Hörspiele und Erzählungen. Die Einladung, ein Fernsehspiel zu schreiben, kam, als der erste Band mit Erzählungen „Die Reise an den Rand des Willens" erschienen war. „Das Verschwinden der Harmonie" *ist seine dritte Arbeit* für das Fernsehen.

Die ländliche Heimat hat Feldes nur kurzfristig für das Studium verlassen. Er lebt jetzt mit Frau und vier Kindern am grünen Rande eines kleinen Dörfchens bei Dillenburg. Der Kontrast Dorf/Stadt hat ihn nicht nur sein Leben geprägt, er hat sich auch aufs deutlichste in den meisten seiner Erzählungen und ganz besonders in dem autobiographisch gefärbten Roman „Lilar" niedergeschlagen. Aber ist er deshalb ein Dorfromancier? Sicher, seine Sympathie gehört der Lebensform Dorf. „In der Stadt wird man nicht wahrgenommen, man hat keine Verantwortung mehr; alles ist delegiert, selbst der Protest. Im Dorf ist man noch direkt betroffen, hier sieht man deutlicher, welche Veränderungen unsere Umwelt bedrohen; hier wird man noch in die Pflicht genommen, wenn es darum geht, Traditionen zu bewahren und sich gegen die Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung zu wehren." Es ist eben nicht nur eine Änderung der Anschrift, wenn aus Birkenroth plötzlich Hornig 12 wird. Und so ist das Dorf ein Ausschnitt aus unserer Wirklichkeit, in dem sich die Erschütterungen, die jede Gemeinschaft bedrohen, nur besonders deutlich zeigen.

PETER BÖBBIS

KRITIK

Von Montand bis Obelix

Natürlich: Das Vorbild – auch wenn die Machart anders ist – bleibt wohl unerreicht. Es hat damals Maßstäbe gesetzt, dieses „Pariser Journal" mit dem unübertroffenen Georg Stefan Troller. Aber Vergleichbares flimmert schon lange über den Schirm – Werner Baeckers gekonnt gemachtes „New York, New York" etwa. Und, oh Wunder, ausgerechnet der WDR, der sich mit dem Genre Unterhaltung immer ein bißchen schwertut, hebt mit **Boulevard Paris** eine neue Serie aus der Taufe, die spritzig ist, gebildet, einprägsam, ein Bilderbogen, ein Kaleidoskop. Auch mit Klischees, aber die gut angeboten, mit leichter Hand und dennoch nicht oberflächlich.

Zu Paris gehört nun einmal ein Yves Montand, gehört Mode – als Beispiel Nina Ricci –, gehört das Centre Pompidou mit seinem zehn Hektar-Kulturangebot, gehört auch der neidvolle Blick auf die Geschäfte, die rund um die Uhr geöffnet haben – in Deutschland gegen Gewerkschaften und SPD nicht durchsetzbar. Auch Asterix und Obelix, die ihren 25. Geburtstag feiern, haben ihren Platz in diesem Bilderbogen.

Der Titel der Sendung legt zwar den Schluß nah, es ginge in erster Linie um Glamour und Glitzer, aber das täuscht: Das Gesicht der Weltstadt, sieben Jahre lang nach dem „Pariser Journal" ein weißer Fleck auf der Fernsehkarte (wenn es nicht gerade um Politik ging), wurde journalistisch nachgezeichnet, die Konturen prägen sich ein.

Die Realisation lag bei der ersten Sendung fest in französischer Hand. Kenner der Szene sorgten für den Blick auch hinter die Kulissen. Und wenn die deutsche Jornalistin Sabine Mann, die seit Jahren in der französischen Hauptstadt lebt, ihrer Moderation noch ein wenig mehr Schwung gibt, dann wird die nächste Sendung wie Champagner perlen.

LILO BERGEL

Aufruhr der Eidgenossen

rb – „So nicht, Heiner Gautschy!" titelte die *größte* Schweizer Tageszeitung, der „Tages-Anzeiger". Der Chefredakteur griff persönlich zur Feder. Beim *angesehensten* Schweizer Blatt, der „Neuen Zürcher Zeitung", widmete man dem Vorgang nicht weniger als 84 Zeilen. Was die Zeitungsleute aufgescheucht hatte, war die Art der Gesprächsführung von Heiner Gautschy in seiner Fernseh-Talkshow „Unter uns gesagt" mit dem Chefredakteur von „Blick", dem auflagenstärksten Boulevardblatt des Landes, Peter Uebersax. Gautschy sei gleichsam mit gesenktem Kopf auf sein Gegenüber losgegangen, hieß es anderntags in der Presse. Und er habe mehr Unterstellungen als Fragen serviert, habe weder ein Gespräch aufkommen noch Antworten zugelassen.

Wollte Gautschy vielleicht die oft perfiden Angriffe von Peter Uebersax' Blatt gegen das helvetische Fernsehen rächen? Stand vor seinem geistigen Auge die Serienüberschrift der Zeitung des silbernen Jubiläums des Fernsehens, die da lautete: „25 Jahre Bildstörung"?

Was in der vergangenen Woche in der benachbarten Schweiz passierte und im süddeutschen Raum sicher auch von deutschen Fernsehzuschauern beobachtet wurde, kommt einem in der Bundesrepublik bekannt vor. Gibt es nicht auch hier Fernsehsendungen, wo Talkmaster, Moderatoren und Interviewer sich auf Kosten ihrer Gäste profilieren, ihnen das Wort abschneiden, Vorurteile, Ressentiments und Antipathie erkennen lassen?

Genau wie in der Bundesrepublik bombardierten die Schweizer Fernsehzuschauer hinterher empört die Sendeanstalt mit Anrufen, und bei der Zeitung des vor Millionen so schlecht behandelten Journalisten gingen Reaktionen in Wort und Schrift ein – in einer „Grundwelle von ungeheurer Intensität" und in „seit den Zürcher Jugendunruhen nie wieder gekanntem Ausmaß".

Eines aber war in der Schweiz anders als in unserem Land: 24 Stunden nach der Sendung, die ein Volk empörte, einen verdienten Zeitungsmann beleidigte und seine Kollegen alarmierte, bedauerte das Schweizer Fernsehen in einer offiziellen Verlautbarung den Vorfall auf dem Bildschirm, entschuldigte sich zusammen mit dem Talkmaster dafür und gab schließlich bekannt, daß das Vertragsverhältnis mit dem entgleisten Heiner Gautschy per Ende Oktober 1984 „im gegenseitigen Einvernehmen nicht verlängert werde".

ARD



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau
10.23 Frauengeschichten
11.10 Was bin ich?
Heiteres Beruferaten
mit Robert Lembke
11.55 Umschau
12.10 Panorama
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Der Traumfabrikant Carl Laemmle
1. Die Filmstadt
Film von Hans Beller
16.55 Null ist Spitze
4. Tapetensprüche
17.20 Kein Tag wie jeder andere
Roberts und Ragnas abenteuerliche Reise (2)
Film von und mit Hans-Georg Ullrich und Detlef Gumm
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Das Verschwinden der Harmonie
Von Roderich Feldes
Mit Peter Brombacher, Rudolf Brand, Irm Hermann u. a.
Regie: Ulrich Heising
22.00 Brennpunkt
Pulverfaß Mittelamerika
Die Situation in Zentralamerika nach den Wahlen in El Salvador vor dem Hintergrund der Bewaffnungsabsichten Costa Ricas und der gesteigerten Waffenlieferungen der USA soll Inhalt dieser Sendung sind. Dabei wird es vor allem um die Beziehung zwischen Amerika und den zentralamerikanischen Staaten gehen.
Moderation: Hans Gresmann und Jochen Waldmann
22.30 Tagesthemen
23.00 Nick Lewis, Chief Inspector
Die Tatwaffe
Pauline, die frühere Frau von Nick Lewis, wurde verhaftet. Bei ihrem Abflug nach Deutschland hatte *die Polizei in ihrem Gepäck* eine Pistole gefunden, mit der bei einem Banküberfall ein Mädchen erschossen wurde. Nick Lewis ist von Paulines Unschuld überzeugt, er hält sie für das Opfer eines raffinierten Komplotts ...
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Löwenzahn
Peter steckt in Geldnöten
anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Kompass
Lexikon mit Bildern und Berichten
Wie kann man einen Brand schnell und sicher löschen? Wie entstehen die großen Wellen auf dem Meer? Wie funktioniert eine Magnetschwebebahn?
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Das Maastricht Salon Orkest
17.50 Bret Maverick
Die Erleuchteten
dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Direkt
Tausend Mitglieder zählt der Jugendclub „Kritisches Theater", der vom Schauspieldirektor des Württembergischen Staatstheaters gegründet wurde.
20.15 ZDF Magazin
Westeuropäische Union – Zweiter Pfeiler der Nato? / Sowjets steigern auch konventionelle Rüstung / Bogdan Lis: Polnische Stimme aus dem Untergrund / Deutsche Kripo bekämpft Rauschgifthandel in Thailand
Moderator: Fritz Schenk
21.00 Der Denver-Clan
Sieben Tage Frist
21.45 heute-journal
22.05 mittwochslotto – 7 aus 38
22.10 Treffpunkt Ü-Wagen 4
Im Bibelhaus Stuttgart
Bestseller ohne Leser?
22.40 Fußball-Europapokal
Endspiel der Pokalsieger
Reporter: Eberhard Figgemeier
Aufzeichnung aus Basel
23.40 heute



Das Geld wird Hans-Georg Hoffmann (Rudolf Brand, l.) und Peter Hühsing (Wolfgang Unterzaucher) schon bald Unannehmlichkeiten bereiten. (Das Verschwinden der Harmonie – ARD, 20.15 Uhr).
FOTO: ARD

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Englisch (47)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Gütersloh
Informationen und Unterhaltung
21.45 eff-eff
Freizeit und Fitness
22.15 Bronco Buster
Amerikanischer Spielfilm (1952)
Regie: Budd Boetticher
(Original mit deutschen Untertiteln)
23.30 Wege zum Menschen
Das Heil in der Gruppe
0.15 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Natur und Freizeit (9)
19.15 Praktische Tips
60 Jahre sind kein Alter
19.30 Landwirtschaft aktuell
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Die Weltwirtschaftskrise
Kann es wieder passieren?
21.45 Auf St. Pauli ist der Teufel los
Italienischer Gangsterfilm (1959)
23.35 Nachrichten

HESSEN
19.00 Urlaubers Hinterland: Spanien (2)
Autos, Eis und Artischocken
Rund um die Costa Blanca
19.45 Spanien-Sport-Spezial
20.30 Wenn Spanier deutsch werden ...
21.30 Drei aktuell im Sport
22.00 Im Dienste der spanischen Frau
Spanischer Spielfilm (1978)

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg
Englisch (47)
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Der blaue Traum
Beruf: Schlagersänger
20.15 Das Louisiana
Museen der Welt
Kunst mit Picknick
21.00 Das Fest der mutigen Frauen
Amerikanischer Spielfilm (1957)
Mit Audie Murphy, Kathryn Grant u. a.
22.15 Aus dem Reisetagebuch des André Malraux (11)
Picasso – der Kopf aus Obsidian

BAYERN
18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Kini '84
19.45 Nur ein Viertelstündchen
20.00 Klimbim
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Malu
22.30 Z. E. N.
22.40 Aschaffenburger Gespräche '84
0.10 Rundschau
0.15 News of the Week

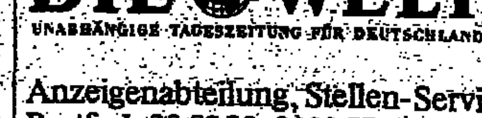
Am 9. Mai 1984 verstarb im 85. Lebensjahr das Mitglied unseres Landesbeirats Schleswig-Holstein, Herr

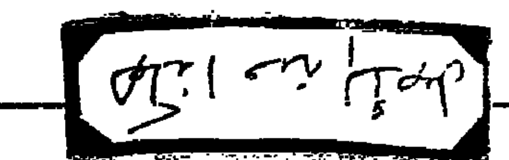
Egon Oldendorff
Schiffsreeder

Wir trauern um eine hervorragende Persönlichkeit, die uns in unserem Landesbeirat sechzehn Jahre zur Seite gestanden hat. Die unternehmerischen Qualitäten und die menschliche Ausstrahlungskraft dieses sachkundigen Ratgebers haben wir sehr geschätzt.

Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Aufsichtsrat und Vorstand der
COMMERZBANK
Aktiengesellschaft





Hauptkerl fürs Kino

gaz – Das war eindrucksvoll: Der Schauspieler Manfred Krug, im dritten Programm des Westdeutschen Rundfunks in der Interview-Sendung „Ich stelle mich" mit provozierenden Fragen aus der Reserve gelockt, wehrte sich so gekonnt seiner Haut, daß die provozierenden Journalisten am Ende gar nicht gut aussahen.

Sie wollten ihn, den ehemaligen Star des „DDR"-Kinos, zu dem Eingeständnis bringen, daß er sich hier im Westen auf billige Weise „vermarkten" lasse, daß er zu sehr hinter dem Geld her sei und selbst den Einsatz in populären Vorabend-Sendungen nicht scheue. Aber Krug konterte mit einem nur allzu berechtigten „Na und?". Wieso sei es ehrenrührig, wenn ein Schauspieler den freien Markt bediene? Er, Krug, sitze eben nicht irgendwo in fester, bürokratisch abgesicherter Lebensstellung, er müsse sehen, wo er bleibe, und dafür sei Popularität genau das Richtige.

Der Fernsehzuschauer hörte aus der Gegen-Philippika des Schauspielers noch etwas anderes heraus, nämlich die entschiedene Absicht, sich gegen neue politische (und sei es medienpolitische) Bevormundung zu wehren. Jahrelang hat Krug in der „DDR" zwischen Publikumsgunst und Parteiauflagen lavieren müssen, hat Kompromisse schließen müssen, die seinem kraftvollen, Hans Albers ähnlichen Schauspielertalent schadeten. Jetzt im Westen bietet sich endlich einmal die Gelegenheit, zu unverstellter Popularität zu kommen – soll er sich da, statt die Chance wahrzunehmen, von selbsternannten Medienpäpsten einschüchtern lassen, die ihm übelnehmen, daß er sich nicht den sterilen, anämischen Cliquen des „progressiv-kritischen Autorenfilms" anschließt?

Nun, Manfred Krug ist ein Hauptkerl, der sich nicht einschüchtern läßt. Die Popularität ist ihm zu gönnen; sie sollte keinen guten Regisseur davon abschrecken, ihm auch einmal die Rolle des Dorfrichters Adam oder des Majors Tellheim anzubieten.

Irritationen über Werner Herzogs „Ameisen": Zwischenbericht von den 37. Filmfestspielen in Cannes

Lieber sterben als sich preisgeben

Strahlende Sonne über der Croisette. Die großen Hotels haben Liegestühle und bunte Schirmchen am Strand aufgestellt. Für die cineastischen Attraktionen im Festspielpalais ist es nicht leicht, mit solcherlei Verlockungen zu konkurrieren. Aber bislang schafften sie es. Gleich der Eröffnungsfilm war ein Paukenschlag: Alain Corneaus „Fort Saganne", mit fünfzig Millionen Francs die teuerste französische Produktion aller Zeiten, ein Mammutwerk von drei Stunden Länge, nostalgischer Rückblick auf Glanz und Elend der französischen Kolonialzeit in Nordafrika.

Der Bauernjunge Saganne, den Gérard Depardieu mit viel Inbrunst spielt, wird zu Beginn dieses Jahrhunderts, bei der Eroberung der Sahara, zum Helden in prächtiger Uniform. Im Grunde jedoch ist er eine recht blasse Figur, die es ohne den Krieg nie zu etwas gebracht hätte. Sein Leben verläuft banal. Er heiratet ein Provinzmädchen und liebt eine eigenwillige Pariser Journalistin (Cathérine Deneuve). – Ganz das Übliche.

Die Liebesszenen mit beiden Frauen geraten Corneau freilich so komisch und bemüht leidenschaftlich, daß sie in Cannes viel Heiterkeit auslösten. Besser gelangen die aufwendigen Kampfszenen, in denen das Blut in Strömen auf den weißen Wüstensand fließt. Und Kamele spielen immer wieder einen grandiosen Solopart. Trotz ihrer verhältnismäßig schwachen Leistungen wurden Gérard Depardieu und Cathérine Deneuve schon vor der Vorstellung am Eröffnungsabend vor dem Festspielpalast von einer unübersehbaren Menge geradezu frenetisch gefeiert. Der Film ist ein französisches gesellschaftliches Ereignis, und er wird es wohl auch bleiben.

Ähnlichen Zulauf wie „Fort Saganne" hatte bislang nur Andrzej Zulawskis Film „Die öffentliche Frau", der ebenfalls für Frankreich um die Goldene Palme streiten wollte, von der Auswahlkommission jedoch zurückgewiesen wurde. Der gekränkte polnische Regisseur, der seit Jahren in Paris lebt, suchte Schützenhilfe bei der Presse und erzwang sich gleichsam eine Vorführung im Rahmen der Festspiele. Zweitausendfünfhundert Menschen fanden sich im großen Auditorium ein, noch einmal so viele standen draußen vor der Tür. Dabei offeriert Zulawski nur ein Inferno aus Sex, Besessenheit und Tod, wie er es schon oft inszeniert hat.

Wohltuender Kontrast nach so viel Trubel: Bertrand Taverniers „Sonntag auf dem Lande", ein kleines Meisterwerk, erlesen im Dekor, auf einer Farbpalette zwischen Grün und Schwarzweiß. Tavernier, Literat und sensibler Außenseiter des französischen Kinos, zeichnet hier, zehn Jahre nach dem „Uhrmacher von St. Paul", erneut das intime Porträt einer Familie. Ein Sonntag nicht ganz wie jeder andere wird gezeigt. Im Spätsommer des Jahres 1912 fühlt ein alter Maler, dem zum Genie weniger das Talent als vielmehr der Mut gefehlt hat, sein Ende kommen. In der Begegnung mit seinen beiden Kindern, dem Sohn und der Tochter, die das Haus längst verlassen und den Vater lange nicht mehr besucht haben, ersteht vor dem Alten noch einmal sein Leben, und er erkennt, daß es *doch* Sinn gehabt hat.



Erster Höhepunkt in Cannes: Louis Ducreux und Sabine Azéma in dem Film „Sonntag auf dem Lande" von Bertrand Tavernier FOTO: DIE WELT

Besonders die Beziehung zwischen Vater und Tochter, einer intelligenten, emanzipierten Frau à la Georges Sand, ist voller Zärtlichkeit, wenngleich die beiden nur belanglose Freundlichkeiten auszutauschen scheinen. Überhaupt scheint nicht in diesem Film vorzugehen, was von Bedeutung ist. Die alte Pendule hakt Stunde um Stunde ab. Und doch werden die Helden immer plastischer und gewinnen an Profil. Der 73jährige Theaterschauspieler Louis Ducreux als alter Maler liefert hier eine großartige Leistung ab. Er ist kraftvoll und zerbrechlich zugleich; in der ersten Filmrolle seines Lebens qualifizierte er sich auf Anhieb für einen Darstellerpreis.

Bemerkenswerte schauspielerische Leistungen auch in dem spanischen Beitrag „Die heiligen Unschuldigen". Der Regisseur Mario Camus gewann 1983 den Goldenen Berliner Bären für den „Bienenkorb". Mit seinem neuen Film, der nach einem Roman seines Landsmannes Miguel Delibes entstand, hat er sich nun endgültig als wichtigster spanischer Regisseur neben Carlos Saura etabliert. Sein Film, hart, kompromißlos und oft genug bedrückend in der Aussage, spielt in den sechziger Jahren in der Provinz Estremadura. Es gibt aber kaum Anspielungen auf das Franco-Regime. Die Wurzeln dessen, wovon der Film erzählt, reichen viel tiefer in die spanische Vergangenheit hinab, in die Zeit des Feudalsystems. Pacos Familie führt ein erbärmliches Dasein in den Diensten eines reichen Gutsherrn, das an Leibeigenschaft erinnert. Ergeben fügen sich die Älteren in ihr Schicksal. Die Jungen mucken ein bißchen auf. Und doch ist es schließlich einer der Alten, der seinen Herrn während einer Jagd tötet, nachdem der eine kleine, zahme Krähe erschoß, das Haustier von Pacos Schwager. Ein unerwartet makabrer Schluß in einem Film, der immer wieder mit fast archetypischen Bildern überrascht.

Werner Herzog, der Globetrotter unter den Filmemachern, ist nach wie vor für Überraschung gut. Sein mit Spannung erwarteter Film „Wo die grünen Ameisen träumen", der erste der beiden offiziellen Beiträge der Bundesrepublik, entstand in Australien. Wiederholt engagierte sich Herzog für die dortigen „Aborigines", ein sterbendes Volk mit einer geheimnisvollen untergehenden Kultur. Herzog hat bekanntlich schon Blinde, Taube, hypnotisierte Zwerge und sprachlose Indianer vor seine Kamera geholt, ohne sie je der Sensationslust preiszugeben. Ebenso behutsam geht er jetzt mit den Aborigines um.

Zwei Stämme, in deren Reservat eine Minengesellschaft Uran fördern will, leisten Widerstand. Sie setzen sich den Planierraupen in den Weg, sie laufen in die Sprenglinien, sie gehen bis vors oberste Gericht in Canberra, um ihr letztes Rückzugsgebiet zu verteidigen, den Ort, „wo die grünen Ameisen träumen". Seit Jahrtausenden ist dieser Platz das Heiligtum der Eingeborenen. Die Bedrohung der Ameisen kommt für sie der Zerstörung des eigenen Lebens gleich. Keine Frage, daß sie einen ausweglosen Kampf führen.

Herzog hat die Aborigines eindrucksvoll ins Bild gesetzt, unbeweglich, ernsthaft, mit brennendem Blick, zum Sterben, aber nicht zum Aufgeben bereit. Dazu die monotonen Töne, die sie ihren Dröhnrohren entlocken. Sie gleichen Totengesängen. Immer wieder schwenkt die Kamera über die staubig-rote Weite einer australischen Urlandschaft, aus der nun Baukräne und Bohrtürme ragen. Kleine weiße Hügel überall: Abraum aus den Stollen, der von den Lastwagen herunter einfach in die Gegend gekippt wird. Einmal fegt ein Tornado über das Land und erzeugt wahre Weltuntergangsstimmung.

Herzogs Film konnte in Cannes einen Achtungserfolg verbuchen, allein schon wegen der Ernsthaftigkeit seines Anliegens. Aber er läßt doch vergleichsweise kühl. An Herzogs beste Arbeiten, etwa den „Kaspar Hauser", kommt er nicht heran. Der Preisregen wird wohl an ihm vorbeigehen.

DORIS BLUM

Wuppertal: Ballett von Pina Bausch uraufgeführt

Immer an der Wand lang

„Uraufführung - ein Stück von Pina Bausch" stand wieder einmal karg im Programmheft. Irgendwann wird für die neue Szenenfolge des Wuppertaler Tanztheaters ein Titel gefunden sein, der es zumindest den Balletichronisten erleichtert, das Werk im Gesamtschaffen der Bausch zu verorten. Eine inhaltliche Umorientierung der Bausch erwartet wohl ernsthaft niemand. In Wuppertal nichts Neues also, und doch gehört das titellose Produkt zum Bewegendsten, was die Bausch in den letzten Jahren zur Aufführung gebracht hat, wenigstens die erste Stunde des nach Wuppertaler Maßstäben wohltuend kurzen Abends, der nur zweieinhalb Stunden beansprucht.

Wie immer unterlegt oder kontrastiert mit Musikstücken, die vom Bluesgesang einer Billie Holyday bis zu Tenorromanzen von Donizetti reichen, läßt uns die Bausch in einem halben Hundert ineinander verschachtelter und simultan ablaufender Solo- und Ensembleszenen teilhaben an ihrer melancholischen Weltschau. Immer an der Wand entlang bewegt sich das Ensemble bänglich und unsicher über die leere, von Peter Papst mit Erdreich bedeckte Bühne in den dunklen Zuschauerraum, um wie aufgeschreckte Kaninchen wieder in das Licht der Bühne zurückzufliehen. Dort hat sich der wuchtige Jan Minarik mit Badehose und Schwimmkappe in brutaler Macho-Nacktheit postiert und bläst bunte Luftballons auf.

Mit dieser ausgedehnten Eingangsszene, in der die kleinen Detonationen platzender Ballons Schreckliches anzukündigen scheinen, ist der Grundton der Szenencollage angeschlagen: Angst, Einsamkeit, Anlehnungsbedürfnis, Hilflosigkeit und wie die Wörter alle heißen mögen, die etwas über die Unfähigkeit oder Schwierigkeit des Miteinanders von Menschen aussagen wollen. Für viele Zuschauer, die nach Wuppertal geladen waren, um das zehnjährige Bestehen des nordrhein-westfälichen „Sekretariats für gemeinsame Kulturarbeit" zu feiern, war es die erste Begegnung mit dem Tanztheater der Pina Bausch. Das jubelnde Einverständnis der Bausch-Gemeinde, das in den letzten Jahren so manchen Premierenabend allzu glatt verlaufen ließ, konnte sich nicht ungehindert entfalten. Skeptische Distanz war spürbar.

Aber den 24 Tänzer- und Sängerpersönlichkeiten gelang die Überzeugungsarbeit weitgehend. Wer kann sich schon auf Dauer entziehen, wenn in lapidaren, fast desinteressiert wirkenden und trotzdem poetischen Bildern menschliche Verhaltensrituale entlarvt und unser aller Wunschvorstellungen zu Hirngespinsten erklärt werden?

Banale Minigeschichten werden in der Montage zu einem Trauergesang auf menschliche Unzulänglichkeit. Eine in ihrer nüchternen Präsentation grauenerregende Anweisung für eine „richtige" Fuchsjagd wird abgelöst von einem Mann (Arthur Rosenfeld), der in Todesangst singend um Hilfe fleht. Ein harmlos erscheinendes Nachlaufspiel verkehrt sich in eine brutale Menschenjagd. Die Szenen komponiert die Bausch wie in ihren großen erzählenden Arbeiten („Sacre du printemps" und Bartóks „Blaubart") aus unzusammenhängenden Einzelheiten zu einer überzeugenden Geschichte über den Menschen. Wenn zum Abschluß des ersten Teils ein Mädchen einsam auf der Riesenbühne als Mahnmal der Verlassenheit zurückbleibt, könnte der Abend eigentlich zu Ende sein.

Im zweiten Teil finden sich noch zahlreiche spannend verrätselte Bilder, aber sie wollen sich nicht mehr ineinanderfügen. Selbst die fulminante Silvia Kesselheim kann ihren Auftritten nicht den Nummerncharakter nehmen. Nun läßt die Bausch Großrequisiten in Form ausladender Tannenbäume für ein paar Minuten auf die Bühne hieven oder ein Motorboot ein paar Sekunden lang aus den Kulissen zerren. Die Ökonomie der Mittel ist dahin. Show-Effekte halten Einzug, und mit dem Aufmarsch einer Wuppertaler Senioren-Blaskapelle streift die Bausch, sicher ungewollt, den Bereich, wo bühnenunerfahrene Menschen der Lächerlichkeit preisgegeben werden.

Der Beifall war heftig, aber nicht so ausdauernd wie an früheren Abenden. Verständlich, weil der Kultusminister des Landes das Publikum zu einem spätabendlichen Empfang geladen hatte aus Anlaß der Eröffnung des internationalen Tanzfestivals „New York und zurück". Mit der Bausch-Premiere hat das Festival möglicherweise bereits seinen Höhepunkt hinter sich.

ALBIN HÄNSEROTH

Kurfürsten und Bürger in der „Pfaffenstadt" – Ausstellungen zur Geschichte des 2000jährigen Trier

Berühmt durch ihre schrecklichen Katastrophen

Ein Stück Holz ist das Hauptbeweismittel. Der Gründungspfahl der alten römischen Moselbrücke stammt laut dendroarchäologischem Befund aus dem Jahr 17 vor Christus. Man schließt daraus, daß ein Jahr später bei dieser ersten festen Pfahlbrücke über die Mosel unter der Ägide oder im Auftrag des Kaisers Augustus die Stadt Trier gegründet wurde. Weitere handfeste Belege zum zweitausendjährigen Stadtjubiläum liegen eigentlich nicht vor, obwohl das Rheinische Landesmuseum Trier in seiner Sonderausstellung alles Mögliche an Zeugnissen und Bodenfunden aufbietet, was dieses Gründungsdatum wahrscheinlich machen soll. Spitzfindige Kombinationskünstler wollen es sogar präzis auf den 1. August 16 v. Christus fixieren.

Genaugenommen handelt es sich um zwei Ausstellungen. Beide werden von einem eigenen, vorzüglich ausgestatteten Katalog begleitet und kommentiert. Die eine zeigt Trier als „Augustusstadt der Treverer", die andere als „Kaiserresidenz und Bischofssitz". Es werden also Anfang und Endphase des römischen Kapitels in der wechselvollen Geschichte der alten Stadt an der Mosel dokumentiert.

Daß es auch schon vor Cäsar und Augustus im Land der keltisch-germanischen Treverer eine beachtliche Kultur mit zivilisatorischen Ansätzen gegeben hat, wird einleitend mit einer Fülle von eindrucksvollen Zeugnissen kultischen und profanen Kunsthandwerks belegt. Wir erleben dann das rasche Aufblühen der Augusta Treverorum, die bereits wenige Jahrzehnte nach dem ersten Brückenbau der römische Geograph Pomponius Mela als „überaus wohlhabend" bezeichnete und der nun auch amtlich der Titel einer römischen „Civitas" zuerkannt wurde. Wir beobachten gleichermaßen das allmähliche Verschmelzen der beiden Kulturen, der einheimischen mit der römisch-mediterranen, in der Kunst ebenso wie im Alltag. Der militärische Bereich, in dem sich diese Integration besonders leicht verfolgen läßt, spielte hier keine große Rolle. Trier war stets ziviler Etappenort, Verkehrsknotenpunkt, Verwaltungs- und Handelszentrale, wo Handwerk und Gewerbe blühten, auch eine „Musenstadt" mit Schulen und Akademien, zuletzt Residenz- und Beamtenstadt (mit annähernd der Ausdehnung und Einwohnerzahl wie heute) und Bischofssitz mit frühzeitiger Tendenz zur „Pfaffenstadt" (um mit Victor von Scheffel zu sprechen).

All dies bringt die Ausstellung unmittelbar zur Anschauung, z. B. durch die für die gallo-römische Kunst charakteristische Grabplastik mit ihren ehrlichen, soliden Darstellungen des Familien- und Geschäftslebens. In den Porträts mischen sich Realismus und Idealisierung; nur selten kann von Vergeistigung die Rede sein. Dazu treten die großartigen Mosaiken, die von Mythologien und Mysterienkulten, von Zirkusspielen und Gladiatorenkämpfen erzählen. Einen Eindruck vom luxuriösen Lebensstandard der römischen oder romanisierten Oberschicht vermitteln Schmuck und edles Gerät sowie Architekturreste von bedeutenden Bauwerken und aufwendige, kunstvolle Ausstattungen.

Eine Fortsetzung – naturgemäß mit gegenseitigen Überlappungen – bilden die Ausstellungen der Kirche (s. WELT v. 5. 5. 84), aber auch die einzigartige Dokumentation „Trier – 2000 Jahre Stadtentwicklung" in der zu einer „Kulturfabrik" hergerichteten ehemaligen Tuchfabrik . Sie ergänzt die Darstellung des Landesmuseums durch Stadt- und Lagepläne, Architekturzeichnungen, Modelle, Großfotos und verfolgt die wechselvolle Entwicklung der Bau- und Stadtgeschichte Triers, die nach einem Wort des französischen Historikers Justin Bonnaire „in den Annalen der Geschichte berühmt (ist) durch ihre schrecklichen Katastrophen", bis in die Gegenwart.

Haben wir es hier nur mit Kopien und Reproduktionen zu tun, so werden im Städtischen Museum Simeonstift „Kurfürsten und Bürger" weitgehend durch Originale vorgestellt. Diese Übersicht setzt im späten Mittelalter ein und reicht bis zur Großvätergeneration der heute Lebenden. Eine didaktisch vorzüglich ausgearbeitete Broschüre („Ein Weg aus der Stadt von heute zurück zu den Anfängen") verfolgt – neben dem instruktiven Ausstellungskatalog – die Stadtgeschichte über sechzig Generationen zurück bis zu Vercingetorix. Den Ausgangspunkt dieser vielfältigen Erkundungen bildet ein großes Stadtmodell. Aber auch im Simeonstift sollte der Besucher sich nicht mit der „Ahnengalerie" bescheiden, sondern in der ständigen Schausammlung die originalen Zeugnisse der bildenden Kunst miteinbeziehen, die zumindest die letzten tausend Jahre Trierer Geschichte anschaulich illustrieren.

EO PLUNIEN

Alle Ausstellungen bis November 1984.
Kataloge: „Augustusstadt" und „Kaiserresidenz" je 27 Mark, zusammen 50 Mark, Buchhandelsausgaben: 35 bzw. 40 Mark, „2000 Jahre Stadtentwicklung" 18 Mark; „Kurfürsten und Bürger" 20 Mark; Broschüre „Weg zurück . . ." 9,80 Mark.

Gisela Uhlen wird 65

Französin mit Anmut auf deutsch

Früh aufgestanden ist Gisela Uhlen schon immer. Sie hatte, da war sie noch nicht 18 Jahre alt, ihren ersten auffälligen Erfolg im Film. Dem sollten sich in schneller Folge viele andere anschließen. Mit 20 war sie dann schon eine Art Star. Sie hatte eine ironische Frische, war hochintelligent und hatte eine zielsichere Anmut. Sie war, sozusagen auf deutsch, eine Französin.

In Dresden, wo sie geboren ist, strebte sie zum Ausdruckstanz. Sie war eine Schülerin der großen Mary Wigman, ging dann aber stracks zum Theater und kam in Bochum in die Talentschule des strengen Theaterzuchtmeisters Saladin Schmitt. Bei ihm spielte sie alle großen jugendlichen Rollen neben Horst Caspar und Ernst Schröder und all den anderen aufsteigenden Bühnensternen, die sich damals in Bochum auf die Szene drängten. Sie filmte nach dem Kriege wieder, war bei der DEFA und für einige Spielzeiten am Deutschen Theater und an der Maxim-Gorki-Bühne in Ost-Berlin, bis sie Barlog an sein Schiller-Theater holte. Hier hat sie in eindrucksvoller Folge eine ganze Reihe von Bühnengestalten (manche unvergeßbar) geformt – von Ibsen oder Ostrowskij, Sartre oder Anouilh. Seitdem gehört sie keinem Ensemble mehr an.



Aus der Talentküche Saladin Schmitts: Die Schauspielerin Gisela Uhlen FOTO: DPA

Sie kann den Boulevard intelligent bedienen. Das tut sie bisweilen. Sie hat im Fernsehen gelegentliche Auftritte. Die sind meist schauspielerisch hoch interessant. Sie hat kürzlich auch eine eigene Tournee-Truppe gegründet. Mit der geht sie über die Lande, eine moderne Neuberin.

Im Grunde ist sie, wie so viele Könnerinnen ihrer Generation, vereinsamt. Sie hat es unverdient schwer. Wir sind ihr heute, da sie ihren 65. Geburtstag feiert, für so viele vitale Eindrücke und Leistungen herzlich dankbar.

FRIEDRICH LUFT

Troisdorf: „Bilderbuch-Kunst in der DDR", ganz ohne politische Attitüde

Von Jüterbog direkt ins Labyrinth

Zum zweiten Mal zeigt das Museum für Bilderbuchkunst der Stadt Troisdorf, rechtsrheinisch zwischen Bonn und Köln gelegen, „Bilderbuch-Kunst in der DDR". Im September/Oktober 1982 waren es fünf Zeichner, diesmal sind es sechs Bilderbuchmalerinnen (und in einer dritten Ausstellung sollen Ehepaare folgen).

Das „in" im Titel erweist sich vor Ort als eine sympathische Einschränkung. Wer Buchhandlungen in Leipzig, Dresden oder Ost-Berlin kennt, weiß, in welchem Ausmaß das Kinderbuch in der „DDR" politisiert ist. Aber da diese Ausstellung ohne offiziösen Klimbim, ohne „Ständige Vertretung" oder den „Staatlichen Kunsthandel der DDR" zustandekam, muß sie sich nicht zu irgendwelchen politischen Demonstrationen verpflichtet fühlen, sondern kann sich auf gute Zeichnungen konzentrieren, die sich auch unabhängig von ihrer Aufgabe als Buchschmuck zu entfalten vermögen.

Das gilt besonders für die Radierungen der in Spanien geborenen Nuria Quevedo zu Franz Fühmanns „Prometheus", die jedoch keine Kinderbuch-, sondern allenfalls Jugendbuchillustrationen sind. Elizabeth Shaw wirkt mit ihren naiven und eher karikaturnahen Federzeichnungen (selbst wenn sie koloriert sind) ein wenig abgestanden. Das mag daran liegen, daß sie – die Älteste in diesem Kreis – seit Jahrzehnten schon demselben Stil huldigt.

Als eine eigenwillige und variable Illustratorin erweist sich G. Ruth Mossner. Peter Hacks und Erwin Strittmatter bebildert sie mit farbenfrohen Aquarellen und Vignetten, die von bäuerlicher Malerei inspiriert zu sein scheinen, während sie Walther Petris Geschichte von der „Güterlok aus Jüterbog" über eine labyrinthische Doppelseite aus zeichnerischen und typographischen Elementen fahren läßt. Bei Gisela Neumann fällt der Reichtum der Phantasiegestalten und Gespenster auf, die sie durch russische Märchen oder eine ironische Variante des „Lumpengesindels" spazieren läßt.

Damit dem Betrachter jedoch jederzeit bewußt bleibt, daß diese Zeichnungen nicht bloßer Selbstzweck sind, hängt unter den Bildern meist ein Exemplar des ganzen Buches. Da kann man dann Original und Reproduktion vergleichen – und verstehen lernen, warum so viele Graphiker (und nicht nur die Bilderbuchmaler) über so manchen Qualitätsverlust in der Auflage klagen. (Bis 31. Mai; München, Schloß Blutenburg: 1. Januar bis 10. Februar 1985; Katalog: 4 Mark)

PETER DITTMAR



Buchschmuck im besten Sinne: „Prometheus" von Nuria Quevedo, Radierung zu Franz Fühmann FOTO: KATALOG

JOURNAL

Lorin Maazel geht nach Pittsburgh

AP, Wien

Der scheidende Direktor der Wiener Staatsoper, Lorin Maazel, wird für einige Zeit das Symphonie-Orchester von Pittsburgh im US-Bundesstaat Pennsylvania übernehmen. Er wird Nachfolger von André Previn, der als Musikdirektor der Philharmoniker nach Los Angeles geht. Der Wechsel ist für Maazel so etwas wie eine Rückkehr; denn der Künstler ist in Pittsburgh aufgewachsen und hat dort die Universität besucht.

Hessische VS-Vorsitzende zurückgetreten

dpa, Frankfurt

Die Vorsitzende des Verbandes hessischer Schriftsteller (VS), Dagmar Scherf, ist nach einem Mißtrauensvotum der Mitgliederversammlung zurückgetreten. Der Streit hatte sich am Verhalten von Frau Scherf während der Bundesdelegiertenkonferenz am 1. April in Saarbrücken entzündet: Entgegen einer Empfehlung der hessischen Mitgliederversammlung und der Frauengruppe des Landesverbandes hatte sie den Schriftsteller Hans-Peter Bleuel zur Wahl vorgeschlagen. Dies hatten mehrere hessische Schriftsteller, darunter Peter Härtling und Peter O. Chotjewitz, als ein „kaltblütiges Ignorieren" des Mitgliedervotums für Ingeborg Drewitz bewertet.

Jüdisches Museum in Ungarn wiedereröffnet

dpa, Budapest

Zum 40. Jahrestag des Beginns der Deportation der ungarischen Juden durch die Deutschen ist in Budapest das Jüdische Museum nach seiner Wiederherstellung neu eröffnet worden. Der stellvertretende Bürgermeister der Stadt bezeichnete die religiösen und historischen Ausstellungsstücke als „Bestandteil der nationalen Kultur". Das Museum hat eine der wertvollsten Sammlungen jüdischer Kultgegenstände in Europa.

München rüstet sich für das Europäische Filmfest

R. M. B. München

Die Internationale Münchner Filmwochen GmbH veranstaltet in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit der „Fédération Européenne des Réalisateurs de L'Audiovisuel" (FERA) ein Europäisches Filmfestival in München, das vom 23. Juni bis 1. Juli stattfindet. 120 Filme stehen als deutsche Erstaufführung auf dem Programm. Zum 2. Münchener Filmfest werden Regisseure aus 26 Ländern West- und Osteuropas erwartet. Ein Kolloquium am 28. Juni befaßt sich mit dem Thema „Die Medien des 21. Jahrhunderts – Eine Herausforderung für den europäischen Film".

Polnischer PEN-Club ohne Schriftsteller

J. G. G. Warschau

„Probleme" hat nach Angaben des KP-Organs „Tribuna Ludu" der „provisorische Vorstand" des reaktivierten polnischen PEN-Clubs. Die Zeitung räumt ein, daß der PEN-Club gegenwärtig mehr „verwaltet wird". „Die Vorstandsmitglieder sind keine Schriftsteller, sondern Verleger" von Staatsverlagen, die auch „Meriten als Literaturkritiker" haben. Viele von ihnen seien aktiv an der Gründung des neuen Schriftstellerverbandes beteiligt gewesen, wird von der Zeitung hervorgehoben. Die „diversen Formen der Aktivitäten des Clubs und seiner Mitglieder" seien Gegenstand von zahlreichen (kritischen) Gesprächen im „Literatenmilieu", heißt es abschließend.

Jazzfestival in Bad Segeberg

DW. Bad Segeberg

Miles Davis, Lionel Hampton, Dave Brubeck – das sind die „Zugpferde", die die Jazzfans nach Bad Segeberg locken werden, wo vom 9. bis zum 11. Juli das Internationale Jazzfestival stattfindet. Neben den Genannten treten im Kalkbergtheater Sarah Vaughan, B. B. King, Spyro Gyra, Stanley Clarke und Miroslav Vitous auf. Die Jazztage werden mit einer „Happy Piano-Night" auf der Tribüne am Rennfeld eröffnet. Die Solisten sind Katie Webster, Axel Zwingenberger und Ray Bryant.

Materialien zu Gustav Landauer gesucht

DW. Heidelberg

Der Verlag Lambert Schneider in Heidelberg plant die Edition der Werke und Briefe des Schriftstellers Gustav Landauer (1870-1919). Dazu suchen die Herausgeber Manuskripte und Briefe von und an Landauer sowie Bildmaterial. Besitzer oder Personen, die Informationen geben können, werden gebeten, mit Prof. Norbert Altenhofer Kontakt aufzunehmen, und zwar beim Institut für Deutsche Sprache und Literatur II, Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Gräfstr. 76, 6000 Frankfurt am Main.

Steuerbetrug: Der Prophet muß ins Gefängnis

ERNST HAUBROCK, Washington

Das oberste Bundesgericht der Vereinigten Staaten hat in einer stark *beachteten Entscheidung einen Berufungsantrag* des koreanischen Religionsschriftstellers und Sektenführers Sun Mjung Moon zurückgewiesen und damit seine Verurteilung in zwei unteren Instanzen wegen massiven Steuerbetrugs bestätigt. Unmittelbar nach dem Spruch aus Washington verfügte der Bundesbezirksstaatsanwalt von Manhattan, daß Moon seine Haftstrafe von 18 Monaten am 18. Juni antreten muß.

Das Manhattaner Bundesgericht hatte ihn nach einem Sensationsprozeß im Sommer 1982 für schuldig befunden, wissentlich und in Verschwörung mit einem Mitarbeiter Einkünfte aus Kapitalinvestitionen und Importgeschäften in Höhe von 162 000 Dollar nicht versteuert und Steuererklärungen gefälscht zu haben. Das Gericht verurteilte ihn damals außerdem zu 25 000 Dollar Geldstrafe.

Professor Laurence Tribe, angesehener Verfassungsrechtler an der Harvard-Universität und einer der Anwälte Moons, kündigte an, er werde einen weiteren Berufungsantrag an das Bezirksgericht richten und zwar mit „neuen Informationen", die eine Aufhebung des Urteils erzwingen würden.

„Die Schlacht ist noch nicht verloren", *erklärte auch Mose Durst,* Geschäftsführer und Präsident der von Moon gegründeten „Vereinigungskirche". „Dies ist für die USA ein Tag der Schande", sagte Durst. „Zum ersten Mal in seiner Geschichte will dieses Land einen weltweit bekannten *Religionsführer* wegen seines Glaubens ins Gefängnis werfen."

Moon und seine Anwälte berufen sich auf die von der amerikanischen Verfassung garantierte Steuerfreiheit



Wird kaum noch um 18 Monate in einer Gefängniszelle herumkommen: Sektenführer Sun Mjung Moon FOTO: AP

für kirchliche Organisationen. Die umstrittenen Einkünfte seien nicht Moons persönliches, sondern Kircheneigentum gewesen. Sprecher von mehreren anderen religiösen und kirchlichen Gruppen in den USA äußerten über die Entscheidung des Obersten Bundesgerichtes Befremden. Die Verurteilung Moons stelle eine Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte seiner Kirche dar.

Der 64jährige, der nach Ende des Korea-Krieges ein völlig mittelloser Flüchtling war, ist heute Herr über ein Wirtschaftsimperium mit mehr als 150 Unternehmen, darunter Fischfangflotten, Restaurantketten, Zeitungen und riesigem Immobilien-Besitz, das auf viele hundert Millionen Dollar geschätzt wird. Das gewaltige Vermögen der Sekte wurde von ihren jugendlichen Anhängern zusammengetragen, die nach eigenen Angaben weltweit mehr als drei Millionen zählen.

Seit einer spektakulären Massentrauung von mehr als 4000 Moon-Jüngern im New Yorker Madison Square Garden im Juli 1982 und Moons kurz darauf folgender Verurteilung lebt der Religionsstifter mit seiner koreanischen Frau und seinen 13 Kindern abgeschirmt auf seinem scharf bewachten luxuriösen Landsitz in einem New Yorker Vorort. Seit er vor gut zehn Jahren auch in den USA einen großen Zulauf von jungen Leuten hatte, wurden seiner Kirche immer wieder massive Vorwürfe wegen ihrer Missionsmethoden gemacht: Sie betreibe Seelenfängerei und Gehirnwäsche. In Schriften und öffentlichen Erklärungen wird er mit Moses, Buddha und Jesus auf eine Stufe gestellt. Täglich spreche Gott zu ihm. Seine Anhänger glauben fest daran, daß Moon auserwählt ist, „der wahre Messias zu sein". (SAD)

BKA fürchtet eine neue Kokain-Welle

H. H. KANNENBERG, Frankfurt

Der „Mann mit dem Koks", Symbolfigur der „Roaring Twenties", der wilden zwanziger Jahre von Berlin, erlebt in der Bundesrepublik Deutschland derzeit ein furioses Comeback. Das Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden, letztes Wochenende auf Rhein-Main bei der Jagd auf Kokain-Schmuggler mit 4,8 Kilogramm auf einen Schlag erfolgreich, prophezeit eine Konjunktur der gefährlichen Droge. BKA-Sprecher Reuter: „Aus Südamerika, vorwiegend aus Kolumbien und Bolivien, drängen große Mengen auf den europäischen Markt. *Der Bedarf ist da,* denn Kokain ist längst nicht mehr das Reservat der Schickeria. Immer mehr junge Leute aus den sozialen Mittelschichten erschnüffeln sich ihren Happen Glück durch die Nase. An den bitteren Preis denkt keiner!"

Beim BKA vergleicht man den gegenwärtigen Kokain-Boom strukturell mit der Heroin-Schwemme in den siebziger Jahren. Reuter: „Die USA waren für Trends auf dem europäischen Rauschgiftmarkt schon immer ein zuverlässiger Indikator. Dort hat das Kokain dem Heroin in den letzten Jahren ansehnliche Marktanteile abgejagt. Heute liegt das Verhältnis etwa 50 zu 50. In der Bundesrepublik Deutschland liegt das Heroin derzeit noch eindeutig vorn. Doch in zwei oder drei Jahren hat Koks vermutlich gleichgezogen."

Lahmgelegt

Der Koks-Coup auf Rhein-Main legt in seinen Auswirkungen praktisch den gesamten skandinavischen Markt lahm. Von den drei Kurieren, die mit 4,8 Kilo Kokain im doppelten Kofferboden aus Argentinien eingeflogen waren, führten Spuren nach Schweden und Norwegen. Mit Hilfe von Interpol wurde nach dem Frankfurter Fang die Bombe scharf gemacht: In Schweden wanderten 15, in Norwegen vier Kokain-Dealer hinter Gitter: Schweden, Jugoslawen und Polen.

Der internationale Händlerring hatte wesentliche Teile des skandinavischen Koks-Marktes kontrolliert, ehe er aufflog. Dabei arbeiteten die Kokain-Händler in den letzten Wochen, ohne es zu wissen, unter den Augen der Polizei. Das BKA: „Die drei in Frankfurt festgenommenen Kuriere waren von Stockholm nach Buenos Aires geflogen – die Polizei war dabei. Sie hatten in Argentinien *Kokain gefaßt – die Polizei* war Zeuge. Die Dealer flogen unter Polizeibeobachtung nach Frankfurt zurück. Dort brauchten sie nur noch abgeräumt zu werden. Gleichzeitig schnappte in Schweden und Norwegen die Falle zu!"

Daß auch Jugoslawen und Polen im skandinavischen Koks-Deal mitmischten, ist im Metier ein Novum. BKA-Reuter: „Möglicherweise war das nur ein Zufall. Ob mehr dahintersteckt, werden wir erst in einigen Monaten sagen können." Schließlich waren in den siebziger Jahren auch erstmals Türken als Heroin-Kuriere aufgetaucht. Einige Jahre später hatten sie auf dem europäischen Heroin-Markt die Ostasiaten ausgebootet.

Breite Front

Unübersehbare Anzeichen dafür, daß Kokain in Europa drauf und dran ist, auf breiter Front in die Heroin-Reservate einzubrechen, liefert die Beschlagnahme-Statistik. Innerhalb eines Jahres schnellte in Deutschland die sichergestellte Koks-Menge von 33 Kilo (1982) auf 106 Kilo (1983) hoch. *Das entspricht einem Kleinverkaufswert* von 22 Millionen Mark.

Da das Koksangebot derzeit noch vom wachsenden Markt ohne Schwierigkeiten aufgesogen wird, sind die Händler noch nicht zu aggressiven Vermarktungsmethoden übergegangen. Die Polizei in Frankfurt: „Vor die Schulen wagt sich der Mann mit dem Koks noch nicht!"

Zugreisende in Italien leben gefährlich

KLAUS RÜHLE, Rom

Zu Beginn der Reisesaison unternimmt Italien große Anstrengungen, um den Feriengästen aus dem Ausland, vor allem aus Deutschland, den Urlaub im sonnigen Süden schmackhaft zu machen. Autofahrer bekommen verbilligte Benzingutscheine und Sondertarife auf den Autobahnen (Siehe WELT vom 11. 5. 84). Die italienische Luftfahrtgesellschaft Alitalia hat ihr Liniennetz für den Sommerverkehr ausgebaut und bemüht sich um ein perfektes Image bei der internationalen Kundschaft. Weniger im Gespräch ist der Zugverkehr. Das hängt wahrscheinlich auch damit zusammen, daß die italienischen Eisenbahnen seit geraumer Zeit bevorzugtes Ziel von Diebesbanden sind, die das Reisen jenseits des Brenners und des Gotthards vor allem nachts zu einem nicht ungefährlichen Unternehmen machen.

Im vergangenen Jahr haben rund 5000 Reisende Anzeige erstattet, nachdem sie im Zug bestohlen worden waren. Das bedeutet einen Tagesdurchschnitt von 14 Diebstählen. In den meisten Fällen werden schlafende Reisende die Opfer. Die Eisenbahnverwaltung hat inzwischen zwar die Abteile der Schlaf- und Liegewagen mit noch mehr Schlössern ausgerüstet, *aber die Zahl der Raubzüge* nimmt eher zu.

Ausgesprochen aktiv ist vor allem auf den Bahnhöfen auch die Gilde der Taschendiebe. Eine typisch italienische Spezialität ist dabei das sogenannte „Scippo", das blitzschnelle Entreißen von Taschen oder Kleidungsstücken. In der Regel verschwindet der Dieb ebenso schnell in der Menschenmenge. Freilich kann man als ausländischer Feriengast nicht nur auf dem Bahnhofsgelände Opfer eines „Scippo" werden.

Da die italienische Bahnpolizei nur aus 4600 Mann besteht, ist sie außerstande, die täglich eine Million Reisenden in 8000 Zügen ausreichend zu beschützen. Deshalb hat Italiens Transportminister Claudio Signorile kürzlich den Vorschlag gemacht, die Zugschaffner in Hilfspolizisten zu verwandeln, das heißt ihnen polizeiliche Funktionen zu übertragen und sie dafür zusätzlich zu besolden. Er stieß damit jedoch auf entschiedene Ablehnung bei den Eisenbahnern, die keine Lust verspüren, gegen die Verbrecher anzutreten. Die Gewerkschaft des italienischen Zugpersonals *erklärt dazu:* „*Unsere Männer* üben ohnehin einen verantwortungsvollen Beruf aus. Sie können und wollen nicht auch noch Sheriff spielen."

Angesichts dieser Absage hat der Transportminister sich damit begnügen müssen, die Kontrollen auf den Hauptbahnhöfen zu verschärfen und den Reisenden in Broschüren und auf Plakaten zur Vorsicht zu raten.

Ein Vierhänder der Alderson-Zwillinge schaffte es bis in die Royal Academy

SIEGFRIED HELM, London

Die Malerei, das Komponieren und das Verseschmieden gelten als höchst individuelle künstlerische Ausdrucksweisen. Die englischen Zwillingsschwestern Dorothy und Elizabeth Alderson (83) sind der lebendige Beweis dafür, daß Kunst auch im Kollektiv möglich ist. Sie malen ihre Bilder grundsätzlich als Gemeinschaftsproduktion. Die eine fängt rechts auf der Leinwand an und arbeitet sich bis zur Bildmitte vor, während die andere ihr mit Pinsel und Palette von links entgegenkommt. Kunstexperten mußten zähneknirschend zugeben, daß sich das fertige Werk zu nahtloser Einheit fügt. War es einst Brauch, daß Meister der Rohform ihrer Schüler den letzten Schliff gaben, so malen die Alderson-Schwestern völlig gleichberechtigt – seit ihrer Jugend. Und über einen Auftragsmangel brauchen sie sich nicht zu beklagen.

Die Anerkennung für die beiden kommt zwar spät, aber nicht zu spät. Wird manch ein Künstler erst von den Nachgeborenen entdeckt, gewürdigt und verstanden, so wird dies den Alderson-Schwestern schon jetzt, kurz vor ihrem 84. Geburtstag zuteil. Die Royal Academy hat ein von den Schwestern signiertes Werk für ihre traditionsreiche Sommerausstellung angenommen. Damit haben die Alderson-Schwestern endlich auch Eingang in den Maler-Musentempel der Nation gefunden.

Dorothy und Elizabeth Alderson gehören ganz und gar nicht zu jenen Malern, die mit einer trickreichen „Masche" auf sich aufmerksam zu machen suchen. Sie malen brav gegenständlich. Damit ihre Auftraggeber das Sujet auch wiedererkennen. Die Zwillinge leben in der nordenglischen *Grafschaft Durham bei* Darlington auf dem Lande, wo sie im Jahre 1900 als Kinder eines Bauern zur Welt kamen. Schon früh begannen sie mit Kreide auf den Fliesen des Hofes zu malen: „Ja und dann malten wir zusammen Pferde. Wir hockten immer gerne zusammen und dabei blieb es dann auch. Als wir Teenager waren, herrschte wegen des Krieges Papiermangel. Da mußten wir eben sparsam mit Papier umgehen." Ihre unkonventionelle Art, vierhändig vor der Staffelei zu schaffen, habe nichts mit Harmonie des Biorhythmus zu tun, sagen sie: „Es kommt vor, daß wir uns mit den Händen ins Gehege kommen, doch das größte Problem ist, daß wir uns bei der Farbgebung nicht vertun."

Als sie 16 waren, wollten sie in Darlington Malunterricht nehmen. Doch ihr Lehrer riet ihnen nach einiger Zeit davon mit der Begründung ab, dabei könne nur ihr Stil Schaden nehmen. Sie waren 18, als der erste Auftrag kam. Ein reicher Farmer ließ sich von ihnen sein Lieblingspferd malen. Als Honorar forderten und erhielten sie 30 Mark. Seitdem sind die Schwestern als Kunstmaler im Duett tätig. Sie haben Hunderte von Werken geschaffen und können heute für eine Auftragsarbeit mehr als 300 Mark verlangen.

Bilder der Alderson-Schwestern fanden ihren Weg bis nach Texas und *Kalifornien. Die Königinmutter* ist Besitzerin eines Bildes von ihnen. Die Alderson-Schwestern haben in mehreren britischen Städten ausgestellt. Unter anderem in Edinburgh und London. „Es ist wundervoll, daß wir jetzt endlich auf der Sommerausstellung der Royal Academy vertreten sein werden", sagte Dorothy. „Wenn wir lange genug leben, dann hoffen wir, im nächsten Jahr wieder mit einer schönen Landszene dabei zu sein." Gnade vor den Augen des gestrengen Auswahlkomitees fand ein Aquarell der Schwestern mit dem Titel „Die Rübenwagen".

Die Zwillinge malten auch weiter, als Dorothy einen Bauern heiratete, der glücklicherweise in der Nähe von Elizabeth wohnte. Als Dorothy Witwe wurde, zogen die beiden wieder zusammen. Zur Ausstellungs-Eröffnung wird man die Alderson-Schwestern in London allerdings nicht erleben: „Für so lange Reisen sind wir schon ein bißchen zu alt."



Leben können die Zwillingsschwestern Dorothy (links) und Elizabeth Alderson schon lange von ihrer Kunst – jetzt ward ihnen auch die Ehre zuteil: Die Royal Academy nahm eines ihrer Werke in die traditionsreiche Sommerausstellung auf. FOTO: SAD

Eine Welle der Lynchjustiz rollt über Brasilien

W. THOMAS, Sao Paulo

Der junge Mann ist gefesselt in „Elios Bar" im Slumviertel Rdim Guanhambu gebracht worden. Dort wurden die ihm zur Last gelegten Verbrechen aufgezählt: drei Morde, Rauschgifthandel, Raubüberfälle. Eine Abstimmung folgte: „Hände hoch, wer seinen Tod wünscht." Alle Hände reckten sich nach oben. Der letzte Wunsch: ein Glas Rum, eine Zigarette. Dann zerrte die Menge, etwa 60 Frauen und Männer, den Verurteilten ins Freie und schlug ihn mit Stöcken tot.

Die „Hinrichtung" des 33jährigen Osvaldo Pires an einem April-Morgen hat besonders großes Aufsehen erregt, weil detailliert darüber berichtet wurde. Es war jedoch nur ein Fall von vielen. *Immer mehr Brasilianer* greifen heute zur Lynchjustiz, fast jede Woche nehmen Menschen in irgendeinem Teil des Landes das Gesetz selbst in die Hand. São Paulo, die größte Stadt, registrierte in den letzten fünf Monaten zwanzig Vigilantenmorde, darunter auch diese:

Im Dezember vergangenen Jahres faßte Staatsanwalt Jeferson Figueira einen 15jährigen Jungen, der einer Frau eine Kette vom Hals gerissen hatte. Figueira warf den Teenager auf den Asphalt und trampelte ihn tot. Dutzende Passanten schauten zu.

Im Februar stahl José Itamar dos Santos (42) fünf Pfund Reis in einem Lebensmittelgeschäft und erstach einen Verkäufer. Abends erschienen 40 *aufgebrachte Männer* in seiner Wohnung und schlugen ihn vor den Augen seiner Frau und seiner fünf Kinder tot.

„Die Leute sehen diese Explosion des Verbrechens und haben das Vertrauen in die Justiz verloren", urteilt die Soziologin Mara Kotscho nach einer Umfrage für die Zeitung „Folha de São Paulo" eine Umfrage durchführte. Die Hälfte ihrer Interview-Partner sprach sich für die Lynchjustiz aus. Besonders die Einwohner ärmerer Wohnbezirke, in denen die Polizei kaum noch Herr der Lage ist.

Nirgendwo anders auf der Welt lebt aber auch ein Polizist so gefährlich wie in São Paulo. In den letzten zwölf Monaten sind in der 13-Millionen-Stadt 45 Beamte im Dienst ums Leben gekommen. Die Lynchjustiz breitet sich in diesem Land ohne Todesstrafe auch deshalb aus, weil die Beteiligten meist straffrei ausgehen. Auch den Mördern von Osvaldo Pires wird nichts passieren. Als der junge Mann tot war, verständigten sie die nächste Polizeistation. Die Polizei kam und notierte die Namen und Anschriften von 43 Personen. Bisher wurde niemand festgenommen. Man trifft sich weiter abends zum Bier in „Elios Bar".

LEUTE HEUTE

Hungerstreik

Zum erstenmal in der Geschichte des französischen Parlaments trat gestern einer der 491 Abgeordneten der Nationalversammlung der Sozialist **Robert de Caumont** (46) in den Hungerstreik. De Caumont will damit gegen die geplante Schließung eines Aluminiumwerks in seinem Wahlkreis protestieren.

Handschuh-Fauxpas

„Markenzeichen" des amerikanischen Pop-Stars ***Michael Jackson*** sind seine weißen Handschuhe. Und die zieht er selbst dann nicht aus, wenn er Präsident **Ronald Reagan** die Hand schüttelt. Dies zu beobachten, hatte jetzt die ganze Nation Gelegenheit, als ihm Reagan und Frau **Nancy** im Weißen Haus für seine musikalische Unterstützung *einer landesweiten* Kampagne gegen Trunkenheit am Steuer dankten. Das Präsidentenpaar, so hieß es, habe über den Fauxpas großzügig hinweggesehen.

Zu Fuß zum Pol

Der britische Abenteurer **David Hempleman-Adams** (27) hat beim *zweiten Versuch sein Ziel erreicht,* als erster Mensch ohne fremde Hilfe zu Fuß zum magnetischen Nordpol zu gelangen. Gestern morgen knallten am Pol die Champagnerkorken. Hempleman-Adams und seine Freunde, die ihn mit einer gecharterten Sportmaschine abholten, *mußten* sich mit dem Trinken beeilen: „Da oben gefriert der Champagner ein bis zwei Minuten nach dem Öffnen der Flasche."

Ex-Königin vor Gericht

Die Witwe von König Faisal II. von Irak steht in New York wegen Mißhandlung ihres Sohnes (8) unter Anklage. Bis zum Prozeß am 4. Juni ist sie gegen eine Kaution von 10 000 Dollar auf freiem Fuß. Die Ex-*Königin ist gebürtige Französin* und hieß bis zu ihrer Heirat **Geneviève Arnault**. Ein Jahr nach ihrer Heirat war Faisal ermordet worden. Sie ließ sich darauf in den USA nieder. Der Sohn stammt aus zweiter Ehe.

Einstweilige Verfügung gegen Hafen-Vertrag?

dpa, Den Haag

Mit einer einstweiligen Verfügung will die niederländische „Vereinigung zur Bewahrung von Naturdenkmälern" der Haager Regierung die Paraphierung eines Vertrages über *den Bau eines neuen Hafens* verbieten lassen. Über den Tiefwasserhafen für Emden (Dollarthafenprojekt) hatten die Niederlande mit der Bundesrepublik Deutschland sechs Jahre lang verhandelt. Die Unterzeichnung ist für den 22. Mai geplant. Die einstweilige Verfügung wurde beim Haager Gericht beantragt.

Wie die Vereinigung gestern erklärte, war sie an den Verhandlungen nicht beteiligt. Sie sehe sich durch die Paraphierung „vor vollendete Tatsachen gestellt". Nach Meinung der niederländischen Naturschützer würde der Bau eines neuen Hafens die Wasserqualität im Dollartgebiet beeinträchtigen und die für das Naturleben wichtige Wattenoberfläche um zwölf Prozent verringern. Die Vereinigung ist Eigentümer von 4000 Hektar Grundgebiet im Dollartbecken, das nach niederländischen Bestimmungen Naturschutzgebiet ist. Beobachter *in Den Haag halten jetzt* eine längere Verzögerung des Ratifizierungsprozesses für denkbar.

Städtepartnerschaft

AFP, Peking

Washington und Peking wollen ein Abkommen über eine Städtepartnerschaft schließen. Wie die Nachrichtenagentur Neues China gestern meldete, hält sich der Bürgermeister von Washington, Marion Barry junior, zu diesem Zweck zur Zeit in der chinesischen Hauptstadt auf.

Utah unter Wasser

dpa, Salt Lake City

Ein ungewöhnlich heftiger Wärmeeinbruch hat im Westen der USA die Rekord-Schneemengen aus dem vergangenen Winter schmelzen lassen und zahlreiche Überschwemmungen und Erdrutsche ausgelöst. In dem am schlimmsten betroffenen Bundesstaat Utah wurde am Sonntag ein 71 Jahre alter Mann von den Schlammmassen getötet. In der Hauptstadt Salt Lake City arbeiten rund 200 Helfer fieberhaft, um die Flut mit Sandsäcken zu kanalisieren.

Waldbrand in Schweden

AP, Stockholm

Bei einem Brand in der Nähe von Göteborg sind bisher 40 Quadratkilometer Wald vernichtet worden. Die riesigen Rauchwolken waren gestern in ganz Westschweden zu sehen und verdunkelten *zeitweilig die Sonne.*

Lehrer in die USA?

AP, Atlanta

24 Schulverbände im US-Bundesstaat Georgia sind an einer Anstellung *arbeitsloser Lehrer der Fachrichtungen* Mathematik und Naturwissenschaften interessiert. Eine Gruppe von Pädagogen aus Georgia will im Juli in die Bundesrepublik Deutschland kommen, um Bewerber zu testen.

Hinterbliebene klagen

AP, Tokio

Angehörige von 26 japanischen Opfern des Jumbo-Abschusses durch die sowjetische Luftwaffe im vergangenen *Jahr* verlangen von der *Koreanischen* Fluggesellschaft KAL Schadenersatz in Höhe von umgerechnet 33 Millionen Mark. Ein Angebot der Fluggesellschaft, für jedes der Opfer umgerechnet knapp 280 000 Mark zu zahlen, haben die Hinterbliebenen abgelehnt.

Haft in Frankreich

dpa, Marseille

In zweiter Instanz hat ein Gericht in Marseille einen 42 Jahre alten *Deutschen* wegen Rauschgiftschmuggels zu sechs Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von umgerechnet 87 000 Mark verurteilt. Der französische Zoll hatte 1977 in seinem Auto 52 Kilogramm Kannabis sichergestellt.

Über Bord geworfen

AP, Athen

Ein griechischer Kapitän soll vor der haiverseuchten somalischen Küste elf „blinde" Passagiere mit Schwimmwesten über Bord geworfen haben. Der Kapitän und zehn Besatzungsmitglieder wurden jetzt in ihrem Heimathafen Piräus festgenommen. Über das Schicksal der Ausgesetzten ist nichts bekannt.

WETTER: Mäßig warm

Wetterlage: Ein Tiefdruckgebiet zieht über die Alpen nordwärts zur Deutschen Bucht und beeinflußt mit seinen Schlechtwetterfronten das Bundesgebiet.



Vorhersage für Mittwoch:

Nordwestdeutschland und Berlin: Anfangs wolkig mit Aufheiterungen. Frühdunst. Vormittags Bewölkungsverdichtung aus Südost. Nachfolgend zeitweise Regen oder Sprühregen, zum Teil länger andauernd. Nachmittags 16 *bis 19 Grad, nachts um 10 Grad.*

Süd- und Südwestdeutschland: Stark bewölkt bis bedeckt. Zum Teil länger andauernder Regen. Nachmit*tags 11 bis 14 Grad, nachts bei Auflockerung* um 7 Grad, schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Wechselhaft, einzelne schauerartige Regenfälle, weiter mäßig warm.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	15°	Kairo	25°
Bonn	13°	Kopenhagen	12°
Dresden	12°	Las Palmas	20°
Essen	13°	London	12°
Frankfurt	12°	Madrid	10°
Hamburg	14°	Mailand	13°
List/Sylt	13°	Mallorca	14°
München	15°	Moskau	20°
Stuttgart	13°	Nizza	14°
Algier	17°	Oslo	18°
Amsterdam	13°	Paris	11°
Athen	21°	Prag	13°
Barcelona	15°	Rom	18°
Brüssel	12°	Stockholm	15°
Budapest	17°	Tel Aviv	21°
Bukarest	20°	Tunis	21°
Helsinki	20°	Wien	15°
Istanbul	18°	Zürich	10°

***Sonnenaufgang am Donnerstag:** 5.28 Uhr, Untergang: 21.10 Uhr, **Mondaufgang:** 0.16 Uhr, Untergang: 6.46 Uhr. * in MESZ, zentraler Ort Kassel.

Airport-Express saust an Rollstuhlfahrern vorbei

tdt, Frankfurt

Viermal täglich verkehrt zwischen den Flughäfen *Frankfurt und Düsseldorf* der „Airport-Express" der Deutschen Lufthansa. Ein beliebter Zug, den im vergangenen Jahr 90 000 Reisende benutzten. Doch nicht jedermann ist offenbar an Bord willkommen: Rollstuhlfahrer bleiben vor*zugsweise draußen.*

Wolfgang Surlemont (32) aus Neuss kann ein Lied davon singen. „Hunde", beschied *man dem Rollstuhlfahrer* im Düsseldorfer Stadtbüro der Gesellschaft bei seinem ersten Versuch, ein Ticket zu bekommen, „dürfen ja auch nicht mitfahren."

Den Zugang zum Nobel-Zug für die rund eine Million Körperbehinderter, die auf fremde Hilfe oder den Rollstuhl angewiesen sind, verhindert ein Passus des Passagetarifs, in dem geregelt ist, wer die bequemen Waggons besteigen darf und wer nicht: Danach sind Rollstuhlfahrer von der Bahnbeförderung ausgeschlossen.

Doch Surlemont, nebenbei noch *Vorsitzender des Vereins „Reisen mit* Behinderten e. V.", wollte sich damit nicht zufrieden geben und befragte die Lufthansa nach den Gründen.

Dieser Passus des Tarifs sei eher als Empfehlung, denn als Dienstvor*schrift zu verstehen, ließ Marketing*-Direktor Herbert Wendlik in seiner prompten Antwort an den Reisemanager Surlemont wissen. Selbstverständlich könne jeder behinderte Flug- oder Fahrgast mit der Airport Eisenbahn fahren. „Desgleichen soll*te es keine* Probleme bei solchen Behinderten geben, deren eingeschränkte Bewegungsfreiheit durch eine Begleitperson *ausgeglichen* wird." Und auch bei alleinreisenden Gelähmten helfe die Lufthansa, so Wendlik. Zwar sei in diesem Fall ein Flugzeug angebrachter, doch wer auf dem Zug bestehe, werde nicht von der Beförderung ausgeschlossen.

Schöne Worte. Doch die Probe aufs Exempel ging daneben. Buchen konnte Surlemont zwar, doch aus technischen Gründen, hieß es wenig später, sei seine Beförderung ausgeschlossen. Der Rollstuhl stand wieder im Wege. Doch auch diesmal gab der Rheinländer nicht nach und zitierte aus dem Wendlik-Schreiben. Da erst hatte er Erfolg.

Als er dann im Dezember 1983, freundlichst unterstützt von zwei Stewards, den Trip nach Frankfurt tatsächlich schaffte, stellte er begeistert fest: „Der Airport-Express ist der be*hindertengerechteste Zug auf* deutschen Schienen. Die Türen sind breit genug und für die Rollstühle gibt es genügend Stauraum."

Doch die Fahrt vorbei am Rheinpanorama war eine maßgeschneiderte VIP-Reise für *Surlemont: Weniger* prominente Behinderte bleiben immer noch draußen. Die Zusicherungen von Wendlik, er habe inzwischen die zuständigen Fachdienststellen angewiesen, die strikte Formulierung flexibler zu handhaben, erwiesen sich als uneingelöste Versprechungen. Geschehen ist seither nichts.

Als *Surlemont später noch einmal* inkognito eine Karte für den Lufthansa-Express lösen wollte, begann das alte Spiel: Kinder dürften auch nicht an Bord, hieß es in der Absage, außerdem: die Türen seien zu eng und es fehle Platz für die Rollstühle – Ausreden, wie Surlemont nun weiß. Kein Wunder also, daß die LH gegenüber den Behinderten nun nach neuen Argumenten sucht. Die Rede ist jetzt davon, „daß Haltezeiten von einer Minute, zu wenig Personal und das Problem mit der Toilette", die Beförderung zu schwierig gestalteten.

Probleme, die die Behinderten nicht gelten lassen. Die meisten seien in Hygienefragen unabhängig, behaupten sie. Im übrigen *müßten* die sechs Zugbegleiter bei den wenigen Passagieren eigentlich in der Lage sein, mal mit Hand anzulegen. „Und das Einsteigen dauert", erinnert sich Surlemont, „gerade eine halbe Minute."

Doch scheint der Zug weiterhin für die Behinderten abgefahren zu sein – aus purer Nächstenliebe, übrigens. „Wir meinen es doch nur gut mit diesen Leuten", tröstet eine LH-Sprecherin, „das Flugzeug ist doch einfach bequemer."

Nicht unbedingt: Als Reinhard Jordan vom Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft für Behinderte neulich von Düsseldorf nach Frankfurt flog, wollte er wie immer einen Platz in der ersten Reihe haben. „Plötzlich ging es nicht mehr", erinnert sich der promovierte Volkswirt. „Auf Grund irgendwelcher Beförderungsbestimmungen mußte ich weiter hinten sitzen und wurde durchgereicht. Daß dies nicht angenehm war, dürfte auf der Hand liegen."

ZU GUTER LETZT

„Der stille Tod der Krodile" – Überschrift in der WELT